Landkreis Gießen

HESSENS MITTE • WISSEN
WIRTSCHAFT & KULTUR

Beteiligungsbericht
für das Geschäftsjahr 2019

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

wer sich beteiligt, ist aktiv. Wer sich beteiligt, ergreift Initiativen. Was für gesellschaftliche Belange gilt, hat im übertragenen Sinn für viele Bereiche Bedeutung, in denen sich der Landkreis Gießen einbringt, um im Rahmen seiner Gestaltungsmöglichkeiten die Städte und Gemeinden zu unterstützen und zu begleiten. Von Wohnbauförderung bis Breitbandversorgung, von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung bis hin zu Verkehr, Energie, Tourismus und Kultur reicht die Breite der Aufgaben, die der Landkreis Gießen als Teilhaber und Impulsgeber in Gesellschaften, Verbänden und weiteren Institutionen wahrnimmt.

Diese wirtschaftliche Beteiligung ist kein Selbstzweck. Vielmehr geht es um eine nachhaltige Daseinsvorsorge im Zuge der kommunalen Selbstverwaltung. Die Hessische Gemeindeordnung ermöglicht diese wirtschaftlichen Beteiligungen, wenn deren öffentlicher Zweck dies rechtfertigt. Dies ist die Grundlage für die Entscheidungen des Kreistags, der Aufgaben an verschiedene Organisationen übertragen hat.

Rahmenbedingungen und Bedarfe verändern sich. Dies zeigt sich auch aktuell durch die Coronapandemie, deren Auswirkungen die Entwicklung vieler Unternehmen teils gravierend beeinflussen wird. Die Folgen der Krise auf die Beteiligungen des Landkreises, werden die Beteiligungsberichte der Folgejahre aufzeigen.

Möglichkeit zur Steuerung und Optimierung besteht nur, wenn Gremien und Kreispolitik über Kennzahlen und Daten verfügen, die Aufschluss über die Beteiligungen des Landkreises, deren rechtlichen Hintergrund und Umfang geben. Nicht zuletzt geht es dabei auch um die erforderliche Transparenz für die Öffentlichkeit. Aus gutem Grund regelt die Hessische Gemeindeordnung im § 123a das Erfordernis der Berichterstattung über Beteiligungen. Der vorliegende Bericht geht darüber noch hinaus, da er nicht nur die Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts darstellt. Darüber hinaus stellen wir Ihnen jährlich eines unserer Beteiligungsunternehmen in einem der Ausschüsse des Kreistages vor.

Im Beteiligungsbericht des Landkreises Gießen werden die Eckdaten auf Grundlage der Abschlüsse 2019 und 2018 aufbereitet. Der Beteiligungsbericht ist öffentlich und kann über das Internetportal des Landkreises Gießen unter www.landkreis-giessen.de →Der Landkreis Gießen →Finanzen und Kasse →Beteiligungen →Beteiligungsbericht 2019 abgerufen werden.

Gießen, im Februar 2021

Anita Schneider,
Landrätin

Inhalt

1. Allgemeines ... 7
1.1. Aufbau und Gegenstand des Beteiligungsberichtes ... 7
1.2. Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung ... 8
1.3. Beteiligungsbegriff ... 9

2. Beteiligungen im Landkreis Gießen im Überblick ... 10
2.1. Wesentliche Wirtschaftsdaten der Beteiligungen ... 10
2.2. Beteiligungsstruktur zum 31.12.2019 ... 12
2.3. Änderungen der Beteiligungsstruktur nach dem 31.12.2019 ... 13

3. Einzeldarstellung der Beteiligungen des Landkreises Gießen ... 14
3.1. Energie, Wasser und Verkehr ... 14
3.1.1. Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) ... 14
3.1.2. Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH ... 20
3.1.3. Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (OVAG) ... 24
3.1.4. ovag Netz GmbH ... 28
3.1.5. VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH ... 31
3.1.6. Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke ... 35
3.1.7. Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV) ... 40

3.2. Breitbandversorgung ... 46
3.2.1. Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH ... 46
3.2.2. Breitband Gießen GmbH ... 51

3.3. Beschäftigungsförderung und Wohnen ... 55
3.3.1. Zentrum Arbeit und Umwelt - Gießener gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft mit beschränkter Haftung(ZAUG gGmbH) ... 55
3.3.2. Sozialer Wohnungsbau und Strukturförderung im Landkreis Gießen GmbH ... 62

3.4. Wirtschaft und Kreditwesen ... 66
3.4.1. Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH (TIG) ... 66
3.4.2. Sparkassenzweckverband Gießen ... 70
3.4.3. Sparkasse Gießen ... 72
3.4.4. Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ... 77
3.4.5. FrankfurtRheinMain GmbH ... 82

3.5. Natur, Tourismus und Kultur ... 89
3.5.1. Stadttheater Gießen GmbH ... 89
3.5.2. Region Vogelsberg Touristik GmbH ... 94
3.5.3. Wasserverband Nidda ... 99
3.5.4. Zweckverband Naturpark Taunus ... 103
3.5.5. Zweckverband Naturpark Vulkanregion Vogelsberg ... 107

3.6. Eigenbedarf und Sonstiges ... 111
3.6.1. Servicebetrieb Landkreis Gießen ... 111
3.6.2. Stiftung „Von Schulen – Für Schulen“ rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts ... 116
3.6.3. ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen, Körperschaft des öffentlichen Rechts ... 120
3.6.4. Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd ... 125

4. Sonstige Mitgliedschaften, Jobcenter und sonstige Sicherheiten ... 128
4.1. Sonstige Mitgliedschaften ... 128
4.1.1. Überblick über sonstige Mitgliedschaften ... 128
4.1.2. Einzeldarstellung wichtiger sonstiger Mitglieschaften ... 135
4.1.2.1. Region GießenerLand e.V. – Regionalentwicklung im Landkreis Gießen ... 135
4.1.2.2. Lahntal Tourismus Verband e.V. ... 139

4.2. Jobcenter Gießen ... 143

4.3. Bestellung von sonstigen Sicherheiten und Gewährleistungen ... 146

5. Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung der Beteiligungen des Landkreises Gießen gemäß § 121 Absatz 7 HGO ... 147

6. Anhang ... 154
6.1. Anhang allgemein ... 154
6.1.1. Rechts- und Organisationsformen ... 154
6.1.2. Begriffsdefinitionen ... 157

6.2. Anhang - Lageberichte ... 160
6.2.1. Überblick ... 160
6.2.2. Lageberichte im Einzelnen ... 161
6.2.2.1. Lagebericht Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.1.7. ... 161
6.2.2.2. Lagebericht Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH - Ergänzung zu Kapitel 3.2.1. ... 167
6.2.2.3. Lagebericht Breitband Gießen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.2.2. ... 170
6.2.2.4. Lagebericht „Zentrum Arbeit und Umwelt“ – Gießener gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft mit beschränkter Haftung - Ergänzung zu Kapitel 3.3.1. ... 180
6.2.2.5. Lagebericht Sozialer Wohnungsbau und Strukturförderung GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.3.2. ... 196
6.2.2.6. Lagebericht Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.4.1. ... 198
6.2.2.7. Lagebericht Regionalmanagement Mittelhessen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.4.4. ... 215
6.2.2.8. Lagebericht Stadttheater Gießen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.5.1. ... 239
6.2.2.9. Lagebericht Region Vogelsberg Touristik GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.5.2. ... 244
6.2.2.10. Jahresbericht Zweckverband Naturpark Vulkanregion Vogelsberg - Ergänzung zu Kapitel 3.5.5. ... 249
6.2.2.11. Lagebericht Servicebetrieb Landkreis Gießen - Ergänzung zu Kapitel 3.6.1. ... 251
6.2.2.12. Lagebericht ekom 21 – KGRZ Hessen - Ergänzung zu Kapitel 3.6.3. ... 259

1. Allgemeines

1.1. Aufbau und Gegenstand des Beteiligungsberichtes

Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht soll den Kreisgremien, der Verwaltung und der Öffentlichkeit eine Informationsgrundlage über die Beteiligungen des Landkreises Gießen an die Hand gegeben werden.

Der Beteiligungsbericht gliedert sich in **sechs Teile**:
Der **erste Teil** enthält allgemeine Informationen über die kommunalrechtlichen Vor-aussetzungen und die Definition des Beteiligungsbegriffs.

Im **zweiten Teil** sind die Beteiligungen und die Kapitalanteile des Landkreises Gießen im Überblick dargestellt.

Der **dritte Teil** enthält detaillierte Informationen zu den einzelnen bestehenden Beteiligungen für das Jahr 2019. Dabei werden die Beteiligungen nach inhaltlichen Gesichtspunkten in sechs Gruppen gegliedert:

- Energie, Wasser und Verkehr
- Breitbandversorgung
- Beschäftigungsförderung und Wohnen
- Wirtschaft und Kreditwesen
- Natur, Tourismus und Kultur
- Eigenbedarf und Sonstiges

Die Darstellung der einzelnen Beteiligungen ist im Allgemeinen durch folgende Struktur gekennzeichnet:

- Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck
- Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse
- Organe der Beteiligungen
- Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO
- Auswirkung auf den Kreishaushalt und Gewährung von Sicherheiten
- Daten zur Rechnungsprüfung
- Geschäftsentwicklung

In den Aufstellungen betreffend die Auswirkungen auf den Kreishaushalt werden nur diejenigen Finanzbeziehungen zwischen dem Landkreis Gießen und den Beteiligungen dargestellt, die direkt aus dem gesellschaftlichen Verhältnis resultieren. Sonstige Zahlungen zwischen den Gesellschaften und dem Landkreis Gießen sind nicht berücksichtigt.

Die Geschäftsentwicklung umfasst im Allgemeinen die Kurzfassungen von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung und ausgewählte Kennzahlen. Lageberichte sind im Anhang des Beteiligungsberichtes enthalten.
Grundsätzlich beziehen sich die Daten auf das Jahr 2019. Aus Gründen der Vergleichbarkeit werden bei der Darstellung wirtschaftlicher Kennzahlen auch die Jahre 2017 und 2018 berücksichtigt. Ferner werden wesentliche - vor allem personelle - Änderungen des Jahres 2020 als nachrichtliche Ergänzungen aufgeführt.

Der **vierte Teil** bezieht sich auf sonstige Mitgliedschaften und das Jobcenter.

Der **fünfte Teil** gibt einen Überblick über die Ergebnisse der Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung der Beteiligungen des Landkreises Gießen gemäß § 121 Absatz 7 HGO.

Der **sechste Teil** beinhaltet Anhangs-Angaben, d.h. Definitionen von Rechtsformen, und Begriffsdefinitionen sowie Lageberichte.

1.2. Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Die kommunale Selbstverwaltung ist eines der Grundprinzipien unseres demokratischen Gemeinwesens und durch den § 28 Abs. 2 Grundgesetz geschützt. Die Zuständigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften umfasst alle Aufgaben, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln. Planungshoheit, Organisationshoheit, Personalhoheit, Steuerhoheit, Rechtsetzungshoheit und Finanzhoheit werden den Kommunen garantiert. Somit kann die Kommune eigenverantwortlich entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung ihrer Aufgaben gestaltet.

Nach § 121 Absatz 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) besteht für einen Landkreis die Möglichkeit der **wirtschaftlichen Betätigung**, wenn

- der **öffentliche Zweck** die Betätigung rechtfertigt,
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem **angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit** der Gemeinde bzw. des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
- der **Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird** oder erfüllt werden kann (Subsidaritätsvorbehalt).

Gemäß § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO gilt, dass Tätigkeiten, die vor dem 01.04.2004 ausgeübt wurden, ohne den Subsidaritätsvorbehalt zulässig sind.

Für den Bereich der erneuerbaren Energien ist die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung gegenüber der Subsidaritätsklausel in § 121 Abs. 1 Nr. 3 gelockert. Die Gemeinde darf sich gemäß Abs. 1a auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung und des Vertriebs on Strom, Wärme und Gas aus erneuerbaren Energien sowie der Verteilung von hieraus gewonnener thermischer Energie wirtschaftlich betätigen, wenn diese Betätigung innerhalb des Gemeindegebiets oder im regionalen Umfeld in den Formen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgt.

In § 121 Abs. 2 HGO sind die Tätigkeiten genannt, die gemäß ausdrücklicher Regelung nicht als wirtschaftliche Betätigung anzusehen sind. Es handelt sich um Tätigkeiten

- zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
- auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung, der Breitbandversorgung sowie
- zur Deckung des Eigenbedarfs.

Dies bedeutet, dass nur Tätigkeiten, die nicht unter den Negativkatalog nach § 121 Abs. 2 HGO fallen, als wirtschaftliche Betätigung anzusehen sind. Traditionelle Kernbereiche der kommunalen Daseinsvorsorge genießen den besonderen Schutz des Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz.

Nach § 121 Abs. 7 HGO muss eine Kommune mindestens einmal in jeder Wahlzeit prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Absatz 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.

Durch § 121 Abs. 8 HGO wird eine Kommune gezwungen, wirtschaftliche Unternehmen so zu führen, dass möglichst ein Überschuss für den Haushalt erzielt wird, sofern der öffentliche Zweck dies zulässt.

Darüber hinaus wird in § 122 HGO festgelegt, welche Voraussetzungen grundsätzlich erfüllt sein müssen, damit ein Landkreis eine Gesellschaft gründen oder sich an ihr beteiligen darf:

- Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO müssen vorliegen.

- Die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde müssen auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt sein.
- Die Gemeinde muss einen angemessenen Einfluss haben, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan.
- Es muss gewährleistet sein, dass der **Jahresabschluss** und der **Lagebericht**, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Alle genannten Beteiligungsvoraussetzungen gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 % der Anteile beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will (vgl. § 122 Abs. 5 HGO).

Ist die Gesellschaft nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet, darf der Landkreis die Gesellschaft nur dann gründen oder sich an ihr beteiligen, wenn

- die Voraussetzungen des § 122 Abs. 1 Nr. 2 bis 4 HGO vorliegen und
- ein wichtiges Interesse des Landkreises an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

1.3. Beteiligungsbegriff

Laut § 271 Absatz 1 Handelsgesetzbuch sind Beteiligungen Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen. Als Beteiligung gelten im Zweifel Anteile an einer Kapitalgesellschaft, deren Nennbeträge insgesamt den fünften Teil des Nennkapitals dieser Gesellschaft überschreiten.

Das Gemeindewirtschaftsrecht fasst den Beteiligungsbegriff weiter als das Handelsgesetzbuch. So regelt § 126 HGO, dass bestimmte Vorschriften über die Beteiligung an Gesellschaften auch für die „Beteiligung an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung“ gelten. Dies kann zum Beispiel ein eingetragener Verein sein.

Die Verwendung des Begriffs „Beteiligung“ setzt offenbar nicht voraus, dass es sich bei dem Beteiligungsobjekt um ein Unternehmen im Sinne des § 271 Abs.1 HGB oder des § 121 HGO handeln muss.

Auf dieser Annahme basiert die weite Fassung des Beteiligungsbegriffs des Landkreises Gießen.
Beteiligungen grenzen sich durch organisatorische Selbstständigkeit und eine eigenständige Buchhaltung von der Kernverwaltung ab. Der vorliegende Beteiligungsbericht bezieht sich auf

- privatrechtliche Gesellschaften,
- öffentlich-rechtliche Körperschaften,
- öffentlich-rechtliche Anstalten
- Eigenbetrieb
- Vereine und Verbände
- Stiftung
- Jobcenter

Vereine und Verbände – mit Ausnahme der Zweckverbände – sowie das Jobcenter werden jedoch in diesem Bericht als Beteiligungen im weiteren Sinne betrachtet. Die für den Landkreis Gießen relevanten Rechtsformen werden im Anhang erläutert.

2.1. Wesentliche Wirtschaftsdaten der Beteiligungen

Wesentliche Wirtschaftsdaten per 31.12.2019

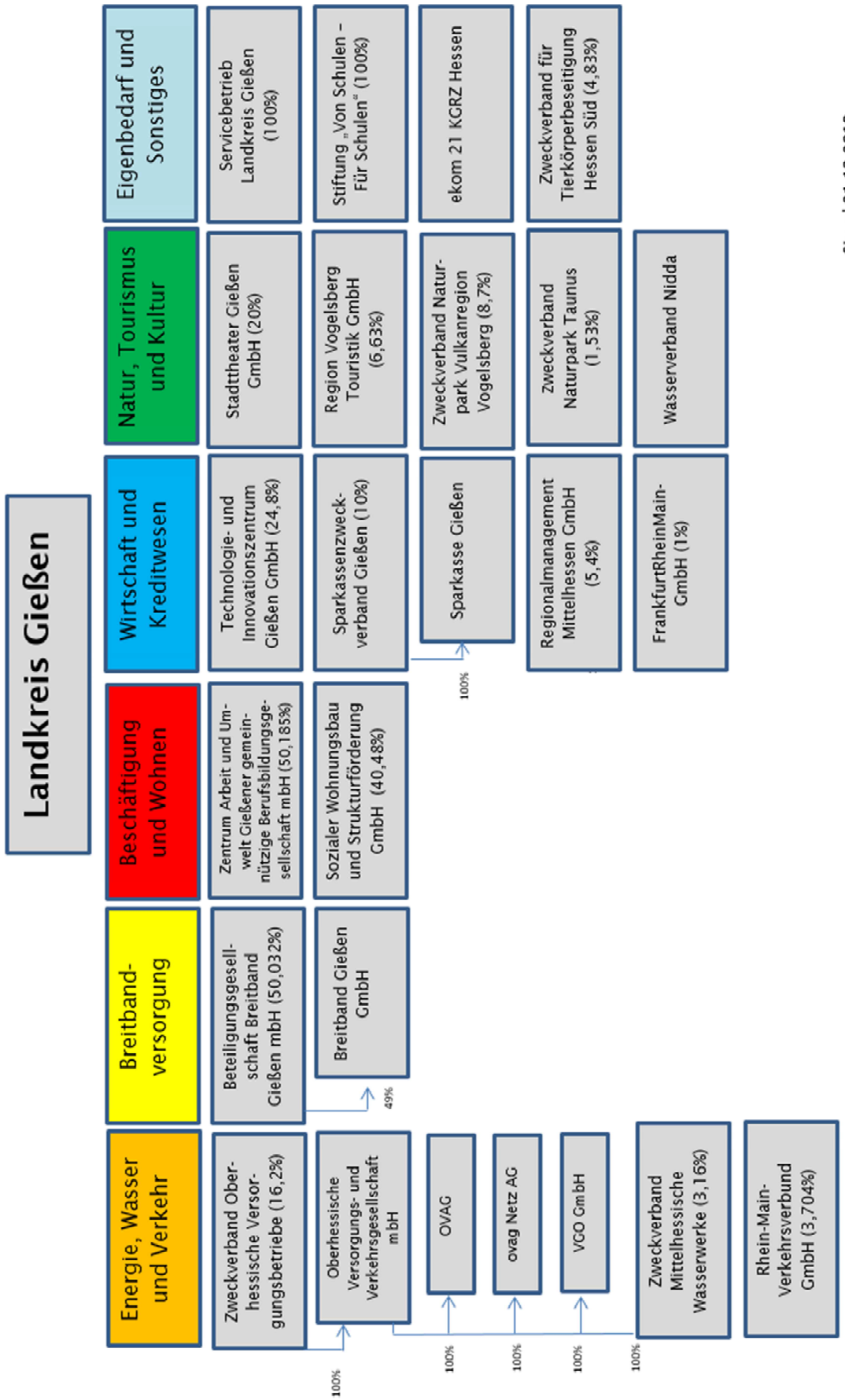
Unternehmen	Form der Beteiligung	Anteil LK Gießen	gezeich -netes Kapital	Eigen-kapital	Bilanz-summe	Anlage-vermögen	Gesamt-leistung	Personal-kosten	Jahres-ergebnis
		%	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Servicebetrieb Landkreis Gießen	unmittelbar	100,00	200	200	1.117	351	13.506	7.184	0
Stiftung „Von Schulen - Für Schulen“	unmittelbar	100,00	50*	45	139	72	15	0	6
Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen GmbH	unmittelbar	50,032	25	413	418	25	0	0	2
Breitband Gießen GmbH	mittelbar	24,52	50	-1.131	3.950	2.361	759	0	36
ZAUG g GmbH Zentrum Arbeit und Umwelt Gießen	unmittelbar	50,185	271	2.392	6.334	2.077	12.503	9.125-	-173
Sozialer Wohnungsbau und Strukturförderung im Landkreis Gießen GmbH	unmittelbar	40,48	126	106	110	0	0	0	-6
Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH	unmittelbar	24,80	71	1.581	3.603	3.274	965	279	102
Stadttheater Gießen GmbH	unmittelbar	20,00	26	131	2.342	0	17.369	14.610	15
Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe	unmittelbar	16,20	133.912	140.432	172.631	169.959	12.546	301	2.687
Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (Konzern)	mittelbar	16,20	148.000	381.504	572.300	391.437	481.787	55.162	25.000

* Stiftungskapital

Wesentliche Wirtschaftsdaten per 31.12.2019

Unternehmen	Form der Beteiligung	Anteil LK Gießen	gezeich-netes Kapital	Eigen-kapital	Bilanz-summe	Anlage-vermögen	Gesamt-leistung	Personal-kosten	Jahres-Ergebnis
		%	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Sparkassenzweckverband	unmittelbar	10,00							
Sparkasse Gießen	mittelbar	10,00		138.259	2.403.943	41.195	67.893	28.514	1.986
Region Vogelsberg Touristik GmbH	unmittelbar	6,63	151	30	55	3	359	163	5
Regionalmanagement Mittelhessen GmbH	unmittelbar	5,40	25	238	293	8	1.159	410	20
Rhein-Main Verkehrsverbund	unmittelbar	3,704	690	2.171	43.831	14.647	62.077	14.327	0
Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke	unmittelbar	3,16	18.000	24.462	74.636	67.374	26.599	10.319	670
FrankfurtRheinMain GmbH	unmittelbar	1%	250	252	837	273	898	1.972	-4.774
ekom 21 – KGRZ Hessen	unmittelbar		11.600	37.596	109.250	24.151	159.937	45.485	609

2.2. Beteiligungsstruktur zum 31.12.2019



2.3. Änderungen der Beteiligungsstruktur nach dem 31.12.2019

Die Zusammensetzung der Beteiligungen des Landkreises ist grundsätzlich nicht starr, sondern sie ist durch einen Prozess des Wandels gekennzeichnet.

Allerdings haben sich nach 2019 keine Änderungen ergeben.

3. Einzeldarstellung der Beteiligungen des Landkreises Gießen

3.1. Energie, Wasser und Verkehr

3.1.1. Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV)

Hanauer Straße 9 – 13, 61169 Friedberg
Telefon 06031/82-0, Telefax 06031/82-1343
E-Mail: info@zov.de, Internet: www.zov.de

Verbandszweck und öffentlicher Zweck

Aufgabe des Verbandes ist es laut Satzung, die Bevölkerung des Verbandsgebietes und benachbarter Gebiete mit Energie und Wasser zu versorgen und dort den öffentlichen Personennahverkehr durchzuführen. Er ist berechtigt, Entsorgungsaufgaben zu übernehmen soweit die Verbandsmitglieder ihm diese übertragen. Hierzu bedient er sich der OVVG und deren Töchter. Der Verband hat die Versorgung der Bevölkerung mit Telekommunikationsinfrastrukturen, Telekommunikations- und Rundfunkdiensten sowie verwandten Diensten für den Vogelsbergkreis und den Wetteraukreis selbst oder durch Dritte ergänzend und ausgleichend sicherzustellen. Darüber hinaus hat er gemeinnützige Bestrebungen für den oberhessischen Raum zu fördern, soweit dadurch die anderen bereits genannten Aufgaben nicht gefährdet sind.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Verbandszweck. Die Tätigkeit des Zweckverbandes liegt im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge.

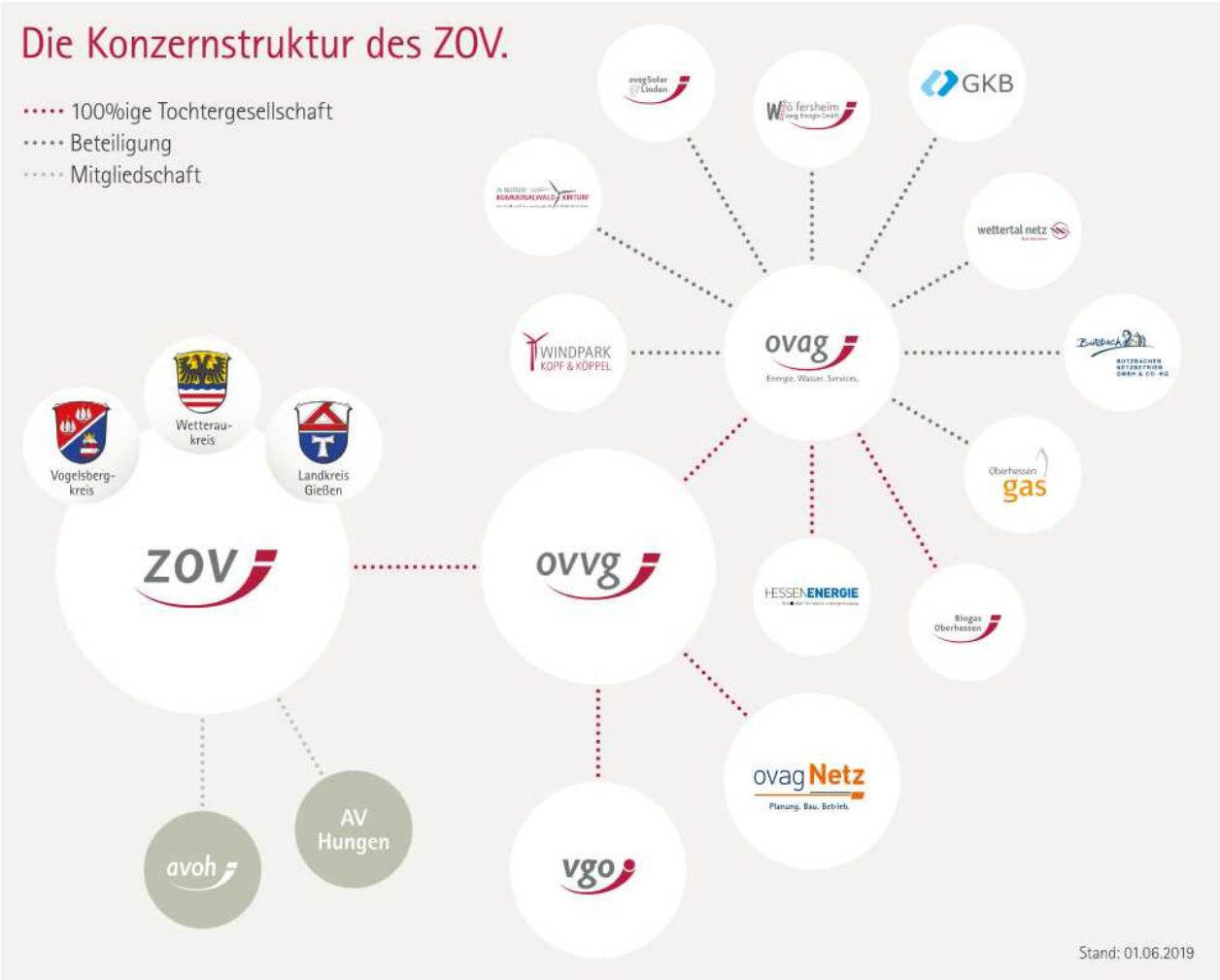
Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Zweckverband
Gründung	1912
Hauptsatzung	Letzte Änderungen: 07. Oktober 2016
Kapital	Stammkapital 133.911.686,55 €
Mitglieder	Wetteraukreis (51,7 %), Vogelsbergkreis (32,1 %), Landkreis Gießen (16,2 %)

Gewinnverteilung	Die Verbandsmitglieder sind entsprechend ihrer Vermögensanteile an Überschüssen und Fehlbeträgen beteiligt. Seit der Satzungs-änderung 2005 sind davon abweichend die Überschüsse und Fehlbeträge aus dem Bereich des Nahverkehrs in dem Gebiet des Verbandsmitgliedes genau diesem Verbandsmitglied bei der Berechnung der Erfolgsbeteiligung zuzurechnen. Seit der Satzungs-änderung vom 13.12.2013 werden Überschüsse und Fehlbeträge aus der Tätigkeit im Zusammenhang mit der Sicherstellung der Versorgung mit Telekommunikationsinfrastrukturen, Telekommunikations- und Rundfunkdiensten sowie verwandten Diensten nur dem Vogelsbergkreis und dem Wetteraukreis zugerechnet. Die entsprechenden Aufgaben wurden von diesen beiden Mitgliedern auf den ZOV übertragen.
Beteiligungen	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100 %)

Der ZOV hält mittelbar über die Beteiligung an der Oberhessischen Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG) zahlreiche weitere Beteiligungen.

Hierzu zählen insbesondere die Beteiligungen an der Oberhessischen Versorgungsbetriebe AG (OVAG), der ovag Netz GmbH und der Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO). Darüber hinaus ist der ZOV Mitglied im Abwasserverband Oberhessen (AVOH) sowie im Abwasserverband Hungen (AV Hungen).



https://www.zov.de/ueber-uns/konzernverbund/konzernstruktur.html

Organe des Zweckverbandes

Verbandsversammlung

Gemäß des § 5 Absatz 1 der Hauptsatzung des ZOV besteht die Verbandsversammlung aus 52 Vertretern: Landkreis Gießen 9 Sitze, Vogelsbergkreis 17 Sitze, Wetteraukreis 26 Sitze.

Jäger	Christine	Wetteraukreis	Vorsitzende ab 24.05.2019
Bey	Rosa Maria	Wetteraukreis	Vorsitzende bis 24.05.2019
Gries	*Gerd*	*Wetteraukreis*	*stellv. Vorsitzender ab 24.05.2019*
Jäger	Christine	Wetteraukreis	stellv. Vorsitzende ab 24.05.2019
Weiße	Christian	Wetteraukreis	stellv. Vorsitzender
Ornik, Dr.	Udo	Vogelsbergkreis	stellv. Vorsitzender

Vertreter Landkreis Gießen

Bechthold	Stefan
Högy	Elke
Körner	Matthias
Buss, Dr.	Michael

Semmler	Günther
Lenz, Dr.	Ulrich
Simon, Dr.	Sven

Zwei Sitze des Landkreis Gießen sind derzeit nicht besetzt.

Für Vergütungen an Mitglieder der Verbandsversammlung wurden in 2019 80.420,00 € (2018: 75.530,00 €, 2017: 84.360,00 €) gezahlt, für Verdienstausfallentschädigungen sind in 2019 6.325,00 € (2018: 5.135,00 €, 2017: 5.575,00) entstanden. Fahrtkostenerstattungen wurden in 2019 insgesamt in Höhe von 19.512,86 € (2018: 18.970,05 €, 2017: 17.575,23 €) geleistet.

Verbandsvorstand

Der Verbandsvorstand besteht aus 12 Mitgliedern. Dazu gehören 9 von der Verbandsversammlung gewählte Mitglieder und die drei Landräte der Verbandsmitglieder.

Spandau	Claus	Landkreis Gießen	Vorsitzender (stell. Vorsitzender bis 31.06.2019)
Herbst	Hans-Jürgen	Vogelsbergkreis	Vorsitzender (Vorsitzender bis 30.06.2019)
Lich	Ottmar	Landkreis Gießen	
Lübbers	Silva	Landkreis Gießen	
Schmahl, Dr.	Christiane	Landkreis Gießen	
Schneider	Anita	Landkreis Gießen	
Görig	Manfred	Vogelsbergkreis	
Schäfer	Hans-Jürgen	Vogelsbergkreis	
Patzak	Wolfgang	Wetteraukreis	
Pöllmann	Walter	Wetteraukreis	
Unger	Herbert	Wetteraukreis	
Weckler	Jan	Wetteraukreis	

Für Sitzungsgelder wurden in 2019 insgesamt 20.660,00 € (2018:18.900,00 €, 2017: 22.260,00 €), für Fahrtkostenerstattungen 6.023,68 € (2018: 4.687,52 €, 2017: 4.777,94 €) und für Verdienstausfallentschädigungen 2.225,00 € (2018: 2.175,00 €, 2017: 2.400,00 €) aufgewendet.

Geschäftsführung

Schwarz	Rainer	Dipl.-Finanzwirt bis 31.12.2019
Arnold	Joachim	Dipl.-Ingenieur

Nachrichtlich:

Veith	*Oswin*	*Volljurist ab 01.01.2020*

Die beiden Geschäftsführer üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs 1 HGO sind erfüllt.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2019	2018	2017
Ausgaben			
Ausgleichszahlung 2017			375.393,46 €
Ausgleichszahlung 2018		553.815,29 €	
Ausgleichszahlung 2019	697.904,75 €		

Ansonsten bestanden im Jahr 2019 - wie in den Jahren 2018 und 2017 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten des ZOV nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2019	2018	2017
Jahresabschlussprüfer	Pricewaterhouse Coopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main		
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	Ja	ja

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens AKTIVA	2019 T€	2018 T€	2017 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	36.541	36.176	35.269
II. Finanzanlagen	133.418	136.212	136.212
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.787	1.666	1.785
II. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	876	625	835
C. Rechnungsabgrenzungsposten	9	10	12
Bilanzsumme	**172.631**	**174.688**	**174.113**
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	133.912	133.912	133.912
II. Zweckgebundene Rücklage	5.664	5.005	4.049
III. Bilanzgewinn	856	736	515
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	4.400	4.541	4.683
C. Empfangene Ertragszuschüsse	4.452	4.343	4.473
D. Rückstellungen	843	804	530
E. Verbindlichkeiten	22.329	25.347	25.951
F. Rechnungsabgrenzungsposten	175	0	0
Bilanzsumme	**172.631**	**174.688**	**174.113**

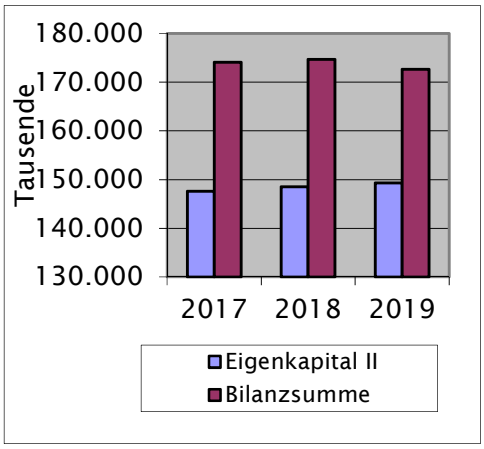
Gewinn- und Verlustrechnung	2019 T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	12.186	12.035	11.946
Sonstige betriebliche Erträge	360	338	353
Gesamtleistung	**12.546**	**12.373**	**12.299**
Materialaufwand	-11.600	-11.105	-11.127
Personalaufwand	-301	-294	-294
Abschreibungen	-1.029	-1.020	-1.014
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-297	-285	-269
Betriebsergebnis	**-681**	**-331**	**-405**
Erträge aus Beteiligungen	4.076	4.057	5.064
Sonstige Zinserträge	18	18	18
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsaufwendungen	-706	-602	-676
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-20	-23	-24
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresergebnis	**2.687**	**3.119**	**3.977**
Ergebnisvortrag	736	515	91
Änderung zweckgebundenen Rücklagen	-658	-956	-673
Vorabausschüttung	-1.909	-1.942	-2.880
Bilanzgewinn	**856**	**736**	**515**

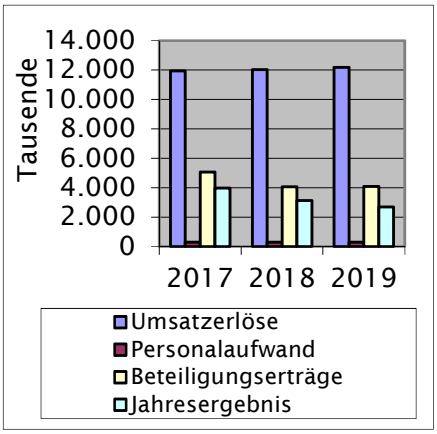
Kennzahlen zum Jahresabschluss	2019	2018	2017
Eigenkapitalquote I	81,35%	79,94%	79,53%
Eigenkapitalquote II (Bezug auf Eigenkapital II*)	86,48%	85,03%	84,79%
Anlageintensität	98,45%	98,68%	98,49%
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	2,29 Mio €	3,58 Mio €	4,79 Mio. €
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II*)	1,80%	2,10%	2,69%
Gesamtkapitalrentabilität	1,97%	2,13%	2,67%
Personalintensität	2,40%	2,38%	2,39%
Materialintensität	92,46%	89,75%	90,47%

Sonstige Kennzahlen	2019	2018	2017
Anzahl Beschäftigte im Jahresdurchschnitt	4	4	3
davon geringfügig Beschäftigte	1	1	

* Eigenkapital II:
Eigenkapital I + 100% Sonderposten für Investitionszuschüsse + 100% Empfangene Ertragszuschüsse

Graphische Darstellung





3.1.2. Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH

Hanauer Straße 9 – 13, 61169 Friedberg
Telefon 06031 / 82-0, Telefax 06031 / 82-1343
E-Mail: info@ovag.de, Internet: www.ovvg.de

Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Versorgung mit Energie und Wasser, Aufgaben der Entsorgung sowie der öffentliche Personennahverkehr, insbesondere durch Erwerb und Verwaltung von Beteiligungen an Gesellschaften, die der Versorgung mit Energie und Wasser, der Entsorgung oder dem öffentlichen Personennahverkehr dienen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Unternehmenstätigkeit der OVVG mbH besteht in der Verwaltung der Anteile an der OVAG AG, der ovag Netz AG und der VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH und dient damit der Daseinsvorsorge.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	20.12.1994
Handelsregister	Amtsgericht Friedberg, HRB 1552
Kapital	Stammkapital 148.000.000 €
Gesellschafter	Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (100 %)
Beteiligungen	Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (100 %) ovag Netz GmbH (100 %) VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (100 %)
Konzernverhältnis	Neben den drei unmittelbaren Beteiligungen sind mittelbare Beteiligungen als verbundene Unternehmen und assoziierte Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen.

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Herbst	Hans-Jürgen	Diplom-Finanzwirt, Lautertal	Vorsitzender ab 01.07.2019 stellv. Vorsitzender bis 30.06.2019
Hankel	Thorsten	Sachbearbeiter, Friedberg	stellv. Vorsitzender
Heuser, Dr.	Hans	Richter, Mücke	stellv. Vorsitzender ab 01.07.2019 Vorsitzender bis 30.06.2019

Alles	Peter	Sachbearbeiter, Münzenberg
Bey	Rosa Maria	Rentnerin, Friedberg
Brehm	Wolfgang	Elektromeister, Wölfersheim
Junk	Michael	Elektrotechnikmeister, Florstadt
Mathes	Kai	Elektromeister und Sachgebietsleiter, Büdingen
Paule	Stefan	Bürgermeister, Alsfeld
Paulenz	Kristina	Bürgermeisterin, Ober-Mörlen
Reichhold	Sigrid	Sachbearbeiterin, Florstadt
Schäfer	Karl Peter	Geschäftsführer, Bad Vilbel
Schneider	Anita	Landrätin, Fronhausen
Seidl-Streb	Michael	Diplom-Bauingenieur, Butzbach
Stamm	Ralf-Rüdiger	Landesfachbereichsleiter ver.di, Friedberg
Weber	Gerhard	Finanzbeamter, Wölfersheim
Weidmann	Klaus	Sachgebietsleiter, Friedberg
Witzel	Bernd	Pensionär, Bad Nauheim

Den aktiven Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden 49 T€ (2018: 52 T€, 2017: 56 T€) als Aufwandsentschädigung vergütet.

Geschäftsführung

Schwarz	Rainer	Dipl.-Finanzwirt, Langgöns	Vorsitzender bis 1.12.2019
Arnold	Joachim	Vorstand, Wölfersheim	

Nachrichtlich:

Veith	*Oswin*	*Volljurist, Bad Nauheim*	*Vorsitzender ab 01.01.2020*

Auf die Angabe der Bezüge der Konzerngeschäftsführung für das Geschäftsjahr wird entsprechend gemäß § 314 Abs. 3 Satz 2 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs 1 HGO sind erfüllt.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2019 - wie in den Vorjahren 2018 und 2017 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren. Dies gilt auch für die Konzerntöchter der OVVG mbH.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der OVVG mbH und den Konzerntöchtern nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2019	2018	2017
Jahresabschlussprüfer	PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungs-gesellschaft, Frankfurt/Main	KPMG AG Wirtschaftsprüfungs-gesellschaft, Berlin	

Geschäftsentwicklung

Konzernbilanz AKTIVA	2019 T€	2018 T€	2017 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	286.583	289.460	294.969
II. Finanzanlagen	104.854	105.045	102.952
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	4.545	4.385	4.607
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	92.191	75.171	76.481
III. Liquide Mittel	58.169	73.052	55.995
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.089	940	837
D. Aktive Latente Steuern	24.870	25.215	22.410
Bilanzsumme	**572.300**	**573.268**	**558.250**
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	148.000	148.000	148.000
II. Konzerbilanzgewinn	233.533	213.400	198.302
III. Nicht beherrschende Anteile	-29	-54	-52
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	58	64	78
C. Empfangene Investitions- und Baukostenzuschüsse	20.617	19.567	19.182
D. Rückstellungen	77.744	82.531	80.995
E. *Verbindlichkeiten*	86.950	104.189	106.148
F. *Rechungsabgrenzungsposten*	5.428	5.570	5.598
Bilanzsumme	**572.300**	**573.268**	**558.250**

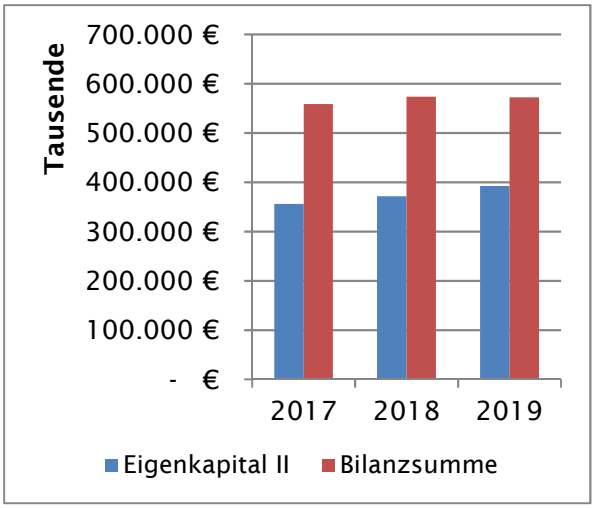
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	2019 T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	472.017	464.823	455.347
Andere aktivierte Eigenleistungen	3.023	2.711	2.415
Sonstige betriebliche Erträge	6.747	3.887	10.614
Gesamtleistung	**481.787**	**471.421**	**468.376**
Materialaufwand	-340.105	-333.492	-329.392
Personalaufwand	-55.162	-55.720	-51.447
Abschreibungen	-26.703	-26.742	-26.354
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-26.243	-25.107	-24.470
Betriebsergebnis	**33.575**	**30.360**	**36.713**
Beteiligungsergebnis	1.855	2.610	1.040
Erträge aus Ausleih. des Finanzanlagevermögens	415	681	768
Sonstige Zinserträge	317	413	521
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	-6
Zinsaufwendungen	-4.692	-9.582	-9.594
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-6.470	-4.511	-7.057
Jahresergebnis	**25.000**	**19.972**	**22.385**
Gewinnvortrag vor Ergebnisverwendung	213.400	198.302	181.944
Ausschüttung	-4.842	-4.875	-6.016
Entnahme aus dem/Einstellung in den Ausgleichs-posten für Anteile anderer Gesellschaften	-25	2	-11
Konzernbilanzgewinn	**233.533**	**213.400**	**198.302**

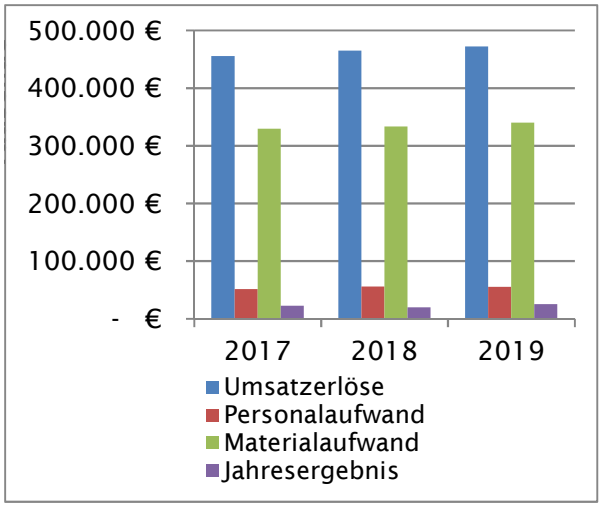
Kennzahlen zum Jahresabschluss	2019	2018	2017
Eigenkapitalquote I	66,66%	63,03%	62,02%
Eigenkapitalquote II	68,47%	64,74%	63,75%
Anlageintensität	68,40%	68,82%	71,28%
Investitionen	29.675 T€	25.989 T€	63.250 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	19.550 T€	55.434 T€	45.355 T€
Eigenkapitalrentabilität (bezogen auf Eigenkapital II)	6,38%	5,38%	6,29%
Gesamtkapitalrentabilität	5,19%	5,16%	5,73%
Materialintensität	70,59%	70,74%	70,33%
Personalintensität	11,45%	11,82%	10,98%

Sonstige Kennzahlen	2019	2018	2017
Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	706	686	664

*Eigenkapital II:
Eigenkapital I + 50% Sonderposten mit Rücklageanteil + 50% Investitons- und Baukostenzuschüsse

Graphische Darstellung





Lagebericht 2019

Den Geschäftsbericht 2019 der Oberhessischen Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH und somit auch den Lagebericht finden Sie auf der folgenden Internetseite:
https://www.ovag-gruppe.de/konzern/ueber-uns/zahlen-fakten.html

3.1.3. Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (OVAG)

Hanauer Straße 9 – 13, 61169 Friedberg
Telefon 06031 / 82-0, Telefax 06031 / 82-1332
E-Mail: info@ovag.de, Internet: www.ovag-gruppe.de

Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Versorgung mit Energie und Wasser sowie die Übernahme von Entsorgungsaufgaben.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Firma OVAG AG liegt im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	AG
Gründung	18.05.1972
Handelsregister	Amtsgericht Friedberg, HRB 138
Kapital	Grundkapital 175.000.000 € Zum 01.01.2019 erfolgt die Verschmelzung der ovag Energie AG mit der OVAG. Die Die OVAG ist Rechtsnachfolger für alle Rechten und Pflichten der ovag Energie AG.
Gesellschafter	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100%)
Beteiligungen	hessenENERGIE Gesellschaft für rationelle Energienutzung mbH (100%) Biogas Oberhessen Verwaltungs GmbH (100%) Biogas Oberhessen GmbH & Co.KG (100%) hessenWIND IV GmbH & Co.KG (97%) Oberhessische Gasversorgung GmbH (50 %) ovagSolar Stadt Linden GmbH & Co.KG (50 %) Wölfersheim-ovag Energie GmbH (50%) Windpark Kommunalwald Kirtorf GmbH & Co.KG (50%) Windpark Kopf & Köppel GmbH & Co. KG, Friedberg (50%) Hessen WIND V GmbH & Co.KG (47,71%) Butzbacher Netzbetriebs GmbH & Co.KG (43,38%) Wettertal Netz Bad Nauheim GmbH & Co.KG (49%) smartStadtwerke GmbH & Co.KG (25,10%) Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co.KG (4,95%) Netzgesellschaft GmbH & Co.KG (SNG) (3,40%)

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Lenz, Dr.	Ulrich	Pensionär, Linden	Vorsitzender ab 01.07.2019 stellv. Vorsitzender bis 30.06.2019
Hankel	Thorsten	Sachbearbeiter, Friedberg	stellv. Vorsitzender
Becker-Bösch	Stephanie	Rechtsanwältin, Butzbach	Vorsitzender bis 30.06.2019, stellv. Vorsitzende ab 01.07.2019
Alles	Peter	Sachbearbeiter, Münzenberg	
Boß	Dieter	Kaufmann, Schwalmtal	
Brehm	Wolfgang	Sachbearbeiter, Wölfersheim	
Görig	Manfred	Landrat, Romrod	
Häuser	Armin	Geschäftsführer Bad Nauheim	
Jäger	Christine	Assistentin der Geschäftsleitung, Nidda	
Junk	Michael	Elektrotechnikermeister, Florstadt	
Kopp	Friedel	Bürgermeister i.R., Freienseinau	
Mathes	Kai	Elektromeister und Sachgebietsleiter, Büdingen	
Nachtigall	Horst	Rechtsanwalt, Rabenau	
Reichhold	Sigrid	Sachbearbeiterin, Florstadt	
Seidl-Streb	Michael	Dipl.-Bauingenieur, Butzbach	
Stamm	Ralf-Rüdiger	Landesfachbereichsleiter ver.di, Friedberg	
Veith	Oswin	Mitglied des Bundestages, Bad Nauheim	*bis 31.12.2019*
Weidmann	Klaus	Sachbearbeiter, Friedberg	

Für Vergütungen an aktive Mitglieder des Aufsichtsrates wurden in 2019 73,7 T€ (49 T€ in 2018, 61T€ in 2017) aufgewendet.

Vorstand

Schwarz	Rainer	Dipl.- Finanzwirt	Vorsitzender (bis 31.12.2019)
Arnold	Joachim	Dipl.-Ingenieur	stellv. Vorsitzender

Nachrichtlich

Veith	*Oswin*		*Vorsitzender (ab 01.01.2020)*

Gemäß § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angabe der Bezüge verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs 1 HGO sind erfüllt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2019	2018	2017
Jahresabschlussprüfer	Pricewaterhouse Coopers, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft,Frankfurt		

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2019 - wie in den Vorjahren 2017 und 2018 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.
Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen nicht direkt bestellt.

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens	2019	2018 nach Verschmelzung	2018 vor Verschmelzung	2017
AKTIVA	**T€**	**T€**	**T€**	**T€**
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	259.250	259.646	157.544	155.644
II. Finanzanlagen	97.638	98.188	69.497	72.371
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	915	881	806	790
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	56.618	45.813	9.725	8.766
III. Liquide Mittel und sonstige Wertpapiere	42.163	58.981	46.561	38.074
C. Rechnungsabgrenzungsposten	853	665	242	207
Bilanzsumme	**457.438**	**464.174**	**284.376**	**275.851**
PASSIVA				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	175.000	150.000	100.000	100.000
II. Kapitalrücklage	32.786	28.011	25.011	25.011
III. Gewinnrücklage	93.734	104.509	74.734	69.834
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	*27.862*	*21.524*	*13.037*	*17.504*
Gewinnabführung	*-8.862*	*-11.624*	*-8.137*	*-6.804*
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	*-19.000*	*-9.900*	*-4.900*	*-10.700*
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	58	64	64	78
C. Investitions- und Baukostenzuschüsse	20.617	19.567	19.567	19.182
D. Rückstellungen	68.621	72.150	41.086	39.600
E. Verbindlichkeiten	64.544	87.703	21.745	20.478
F. Rechungsabgrenzungsposten	2.079	2.168	2.168	1.669
Bilanzsumme	**457.438**	**464.174**	**284.376**	**275.851**

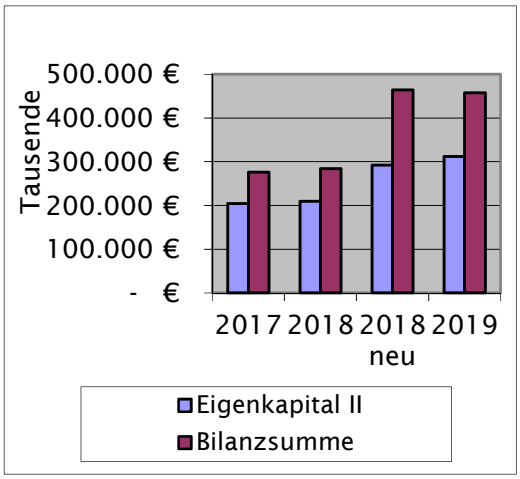
Gewinn- und Verlustrechnung	2019 T€	2018 nach Verschmelzung T€	2018 vor Verschmelzung T€	2017 T€
Umsatzerlöse	317.471	320.122	69.229	66.296
Bestandsveränderungen	3	0	0	-2
Andere aktivierte Eigenleistungen	300	148	148	172
Sonstige betriebliche Erträge	4.195	1.443	318	3.303
Gesamtleistung	**321.968**	**321.713**	**69.695**	**69.769**
Materialaufwand	-228.950	-231.650	-15.900	-13.500
Personalaufwand	-19.558	-20.735	-13.806	-11.659
Abschreibungen	-24.290	-24.182	-14.616	-14.893
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.477	-10.193	-5.537	-5.889
Betriebsergebnis	**38.693**	**34.953**	**19.835**	**23.827**
Beteiligungsergebnis	1.962	659	567	1.067
Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	415	681	572	658
Sonstige Zinserträge	351	335	172	199
Zinsaufwendungen	-3.407	-4.455	-1.929	-1.794
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-10.152	-10.648	-6.180	-6.447
Jahresergebnis vor Gewinnübernahme	**27.862**	**21.524**	**13.037**	**17.504**

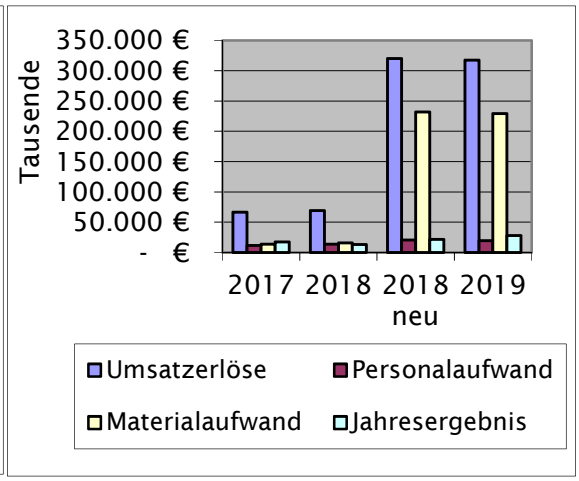
Kennzahlen zum Jahresabschluss	2019	2018 nach Verschmelzung	2018 vor Verschmelzung	2017
Eigenkapitalquote I	65,92%	60,87%	70,24%	70,63%
Eigenkapitalquote II	68,17%	62,98%	73,69%	74,13%
Anlageintensität	78,02%	77,09%	79,84%	82,66%
Eigenkapitalrentabilität (bezogen auf Eigenkapital II)	8,93%	7,36%	6,22%	8,56%
Gesamtkapitalrentabilität	6,84%	5,60%	5,26%	7,00%
Materialintensität	71,11%	72,01%	22,82%	19,35%
Personalintensität	6,07%	6,45%	19,81%	16,71%

Sonstige Kennzahlen	2019	2018	2018	2017
Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	260	254	150	144

* Eigenkapital II:
Eigenkapital I + 50% Sonderposten mit Rücklageanteil + 50% Investitons- und Baukostenzuschüsse

Graphische Darstellung





3.1.4. ovag Netz GmbH

Hanauer Straße 9-13, 61169 Friedberg
Telefon 06031 / 82-0, Telefax 06031 / 82-64-1429
E-Mail: netznutzung@ovag-netz.de, Internet: www.ovag-netz.de

Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Pacht, Verwaltung, Betrieb und Instandhaltung von Energieversorgungsnetzen nebst Zubehör für Energieversorgungsunternehmen, insbesondere die OVAG.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Firma ovag Netz GmbH liegt im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	21.12.2004
Handelsregister	Amtsgericht Friedberg, HRB 6019
Kapital	Grundkapital 1.600.000 €
Gesellschafter	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100%)
Beteiligungen	Keine

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Arnold	Joachim	Vorstand, Wölfersheim	Vorsitzende ab 31.12.2019 Mitglied bis 31.12.2019
Schwarz	Rainer	Dipl.-Finanzwirt, Langgöns	Vorsitzender bis 31.12.2019
Hankel	Thorsten	Sachbearbeiter, Friedberg	stellv. Vorsitzender
Bastian	Swen	Referent, Alsfeld	
Brehm	Wolfgang	Elektromeister, Wölfersheim	
Dörr	Gerald	Bankkaufmann, Langgöns	
Habicht	Stefan	Elektromeister, Friedberg	
Jordis	Manfred	Gymnasiallehrer, Bad Nauheim	
Junk	Michael	Elektrotechnikermeister, Florstadt	
Veith	Oswin	Volljurist, Bad Nauheim	ab 01.01.2020
Lyhs	Sabine	Sachbearbeiterin, Bad Nauheim	
Meyer	Uwe	Finanzwirt, Lauterbach	
Weiß	Andrea	Sachbearbeiterin, Hungen	

Für Vergütungen an aktive Mitglieder des Aufsichtsrats wurden 33.000,00 € (34.315,00 € in 2018, 2017: 38.914,58 €) aufgewendet.

Vorstand

Hög	Peter-Hans	Dipl. Ingenieur, Reichelsheim

Auf die Angabe der Bezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2019 wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs 1 HGO sind erfüllt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2019	2018	2017
Jahresabschlussprüfer	KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main		

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2019 - wie in den Vorjahren 2017 und 2018 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen nicht direkt bestellt.

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens		2019	2018	2017
AKTIVA		**T€**	**T€**	**T€**
A.	***Anlagevermögen***			
	Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	4.191	4.555	4.869
	Finanzanlagen	7.173	7.089	5.051
B	***Umlaufvermögen***			
I.	Vorräte	5.333	6.561	4.168
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	41.790	35.357	34.629
III.	Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	589	1.585	575
C	***Rechnungsabgrenzungsposten***	209	238	280
	Bilanzsumme	**59.284**	**55.384**	**49.571**

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.600	1.600	1.600
II. Rücklagen	50	50	50
andere Gewinnrücklagen	32.573	32.573	32.573
III. Bilanzverlust	0	0	0
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	*2.850*	*-2.027*	*1.607*
Verlustübernahme / Gewinnabführung	*-2.850*	*2.027*	*-1.607*
B. Rückstellungen	3.854	6.107	5.576
C. Verbindlichkeiten	21.207	15.054	9.772
Bilanzsumme	**59.284**	**55.384**	**49.571**

Gewinn- und Verlustrechnung	**2019 T€**	**2018 T€**	**2017 T€**
Umsatzerlöse	267.306	261.055	261.044
Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen	-2.024	2.483	-2.162
Andere aktivierte Eigenleisungen	7	2	4
Sonstige betriebliche Erträge	2.002	1.663	3.746
Gesamtleistung	**267.292**	**265.203**	**262.632**
Materialaufwand	-218.527	-217.811	-215.206
Personalaufwand	-29.789	-29.358	-27.518
Abschreibungen	-364	-365	-355
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-14.200	-14.346	-14.064
Betriebsergebnis	**4.412**	**3.324**	**5.489**
Sonstige Zinserträge	2	1	1
Zinsaufwendungen	-726	-4.567	-4.005
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-838	-786	121
Jahresergebnis vor Ergebnisausgleich	**2.850**	**-2.027**	**1.607**

Kennzahlen zum Jahresabschluss	**2019**	**2018**	**2017**
Eigenkapitalquote	57,73%	61,79%	69,04%
Anlagenintensität	19,17%	21,02%	20,01%
Eigenkapitalrentabilität	8,33%	-5,92%	4,70%
Gesamtkapitalrentabilität	6,03%	4,59%	11,32%
Materialintensität	81,76%	82,13%	81,94%
Personalintensität	11,14%	11,07%	10,48%

Sonstige Kennzahlen	**2019**	**2018**	**2017**
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	366	353	343

3.1.5. VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH

Hanauer Straße 22, 61169 Friedberg
Telefon 06031 / 16609-0, Telefax 06031 / 16609-116
E-Mail: info.friedberg@vgo.de, Internet: www.vgo.de

Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Aufgabe der VGO ist es im Rahmen des Rhein-Main Verkehrsverbundes (RMV) den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gemeinsam mit der Geschäftsstelle Verkehr des Zweckverbands Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) zu organisieren, zu finanzieren und kundengerecht weiterzuentwickeln. Die VGO ist dabei für die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs zuständig.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Firma VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH liegt in der kommunalen Daseinsvorsorge. Sie bietet der Bevölkerung auch ohne eigene Verkehrsmittel Mobilität.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	1994 wurden WVG Wetterauer Verkehrsgesellschaft mbH, Vogelsberger Verkehrsgesellschaft mbH und V.V.G. Verkehrsverbund Gießen GmbH gegründet. Durch Verschmelzungsvertrag vom 13. Juli 2005 wurden die Verkehrsgesellschaften V.V.G. Verkehrsverbund Gießen GmbH und VBV VogelsBerger Verkehrsgesellschaft mbH (übertragende Gesellschaften) rückwirkend zum 01. Januar 2005 mit der WVG Wetterauer Verkehrsgesellschaft mbH (übernehmende Gesellschaft) verschmolzen, die in VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH umbenannt wurde.
Satzung	Fassung vom 13.07.2005
Handelsregister	Amtsgericht Friedberg, HRB 1699
Kapital	Stammkapital € 300.000
Gesellschafter	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100%)
Beteiligungen	Region Vogelsberg Touristik GmbH (2,08%)

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Hillebrand	Elisabeth	Schulleiterin, Schlitz	Vorsitzende ab 01.07.2019
Kartmann	Alexander	Geschäftsführer, Butzbach	Stellv. Vorsitzender ab 01.07.2019 Vorsitzender bis 30.06.2019
Lux	Stefan	Bezirksleiter, Florstadt	stellv. Vorsitzender bis 26.06.2019
Arnold	Joachim	Vorstand, Wölfersheim	
Becker	Hans-Jürgen	Pensionär, Laubach	
Dietz	Klaus	Mitglied des Landtags, Bad Nauheim	
Gries	Gerd	Pensionär, Büdingen	
Häuser	Ursula	Hausfrau, Linden	ab 29.10.2019
Heuser, Dr.	Hans	Direktor am Sozialgericht, Mücke	
Höhn	Ulrich	kaufm. Angestellter, Grebenhain	
Karehnke	Regina	Bankkauffrau, Rosbach v.d.Höhe	
Künz	Ulrich	Bürgermeister i.R. Kirtorf	
Lich	Ottmar	Stadtplaner, Rabenau	
Mischak, Dr.	Jens	Erster Kreisbeigeordneter, Lauterbach	
Pfannkuche	Elfriede	Selbständige, Hirzenhain	
Pilger	Peter	Rentner, Biebertal	
Rückl	Michael	IT-Anwendungsentwickler, Wölfersheim	
Semmler	Günther	Dekanatsjugendreferent, Laubach	
Simon, Prof. Dr.	Sven	Universitätsprofessor, Buseck	bis 29.10.2019

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten Vergütungen im Jahr 2019 in Höhe von € 12.640,00 (2018: € 12.990,00, 2017: € 15.855,00).

Geschäftsführer

Klein	Armin	Dipl.- Verwaltungswirt

Gemäß § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Angabe der Bezüge verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs 1 HGO sind erfüllt.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2019 - wie in den Vorjahren 2017 und 2018 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der VGO mbH nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2019	2018	2017
Jahresabschlussprüfer	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt		

Geschäftsentwicklung

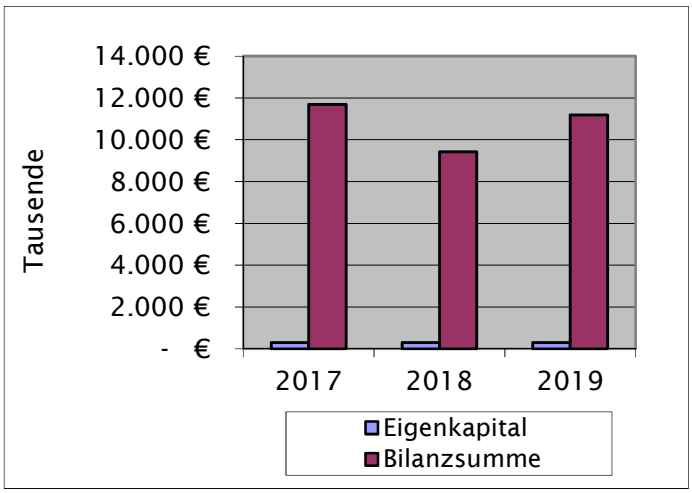
Bilanz des Unternehmens **AKTIVA**	**2019 T€**	**2018 T€**	**2017 T€**
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	216	198	224
II. Finanzanlagen	3	3	3
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	19	19	17
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.898	5.485	3.596
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	6.047	3.719	7.858
Bilanzsumme	**11.183**	**9.424**	**11.698**
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	300	300	300
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	*-6.401*	*-4.668*	*-4.170*
Verlustübernahme durch Gesellschafter	*6.401*	*4.668*	*4.170*
B. Rückstellungen	4.237	3.048	5.113
C. Verbindlichkeiten	3.305	2.697	2.682
D. Rechnungsabgrenzungsposten	3.341	3.379	3.603
Bilanzsumme	**11.183**	**9.424**	**11.698**

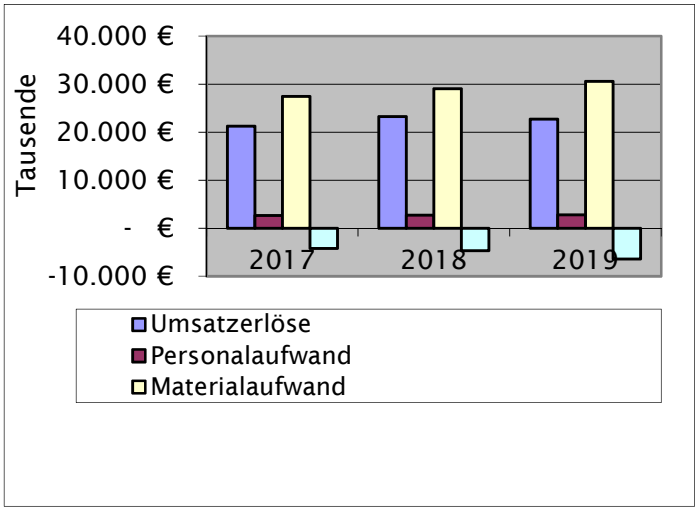
Gewinn- und Verlustrechnung	**2019 T€**	**2018 T€**	**2017 T€**
Umsatzerlöse	22.693	23.263	21.267
Sonstige betriebliche Erträge	511	819	1.827
Gesamtleistung	**23.204**	**24.083**	**23.095**
Materialaufwand	-30.561	-29.082	-27.439
Personalaufwand	-2.793	-2.735	-2.641
Abschreibungen	-64	-70	-69
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-858	-811	-823
Betriebsergebnis	**-11.074**	**-8.616**	**-7.877**
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Zinsaufwendungen	-110	-101	-83
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.783	4.049	3.789
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	**-6.401**	**-4.668**	**-4.170**

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2019	2018	2017
Eigenkapitalquote	2,68%	3,18%	2,56%
Anlageintensität	1,96%	2,13%	1,94%
Eigenkapitalrentabilität	-2133,57%	-1556,00%	-1390,00%
Gesamtkapitalrentabilität	-56,25%	-48,46%	-34,94%
Materialintensität	131,71%	120,76%	118,81%
Personalintensität	12,04%	11,36%	11,44%

Sonstige Kennzahlen	2019	2018	2017

Graphische Darstellung





3.1.6. Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke

Teichweg 24, 35396 Gießen
Telefon 0641/9506-0, Telefax 0641/9506-197
E-Mail: info@zmw.de, Internet: www.zmw.de

Verbandszweck und öffentlicher Zweck

Der Zweckverband hat die Aufgabe die Mitgliedskommunen bzw. einzelnen Stadt- und Ortsteile sowie Sonderabnehmer mit Trinkwasser zu versorgen. Die Übernahme, der Neubau oder Verkauf von örtlichen Verteilernetzen ist möglich.
Der Zweckverband kann darüber hinaus wasserwirtschaftliche Aufträge für die Verbandsmitglieder, öffentlich-rechtliche Körperschaften und kommunale Unter-nehmen ausführen. Dies gilt auch für die technischen und kaufmännischen Betriebs- und Geschäftsführungen in den Bereichen Wasser, Abwasser, Gewässerunterhaltung und Hochwasserschutz. Der Zweckverband kann aufgrund von Vereinbarungen fremde kommunale Ortsnetze betreiben, warten und unterhalten. Der Zweckverband kann sich an anderen Wasserversorgungsunternehmen beteiligen sowie Wasser-lieferungs- und Wasserbezugsverträge mit solchen und Dritten abschließen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Verbandszweck. Die Tätigkeit des Zweckverbandes liegt in der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Zweckverband nach KGG		
Gründung	18.10.1982 durch Umwandlung des 1955 gegründeten Wasserverbandes Mittelhessische Wasserwerke in einen Zweckverband		
Verbandssatzung	Fassung vom 01.01.2018, Satzung wurde mit Beschluss der Verbandsversammlung vom 30.11.2017 geändert.		
Handelsregister	Amtsgericht Gießen, HR A 2484		
Kapital	Stammkapital 18.000.000,00 €		
Mitglieder	<u>Städte:</u> Amöneburg Gießen Gladenbach Kirchhain Kirtorf Linden Marburg Neustadt Pohlheim Rauschenberg Stadtallendorf Wetter Wetzlar	<u>Gemeinden:</u> Biebertal Buseck Cölbe Ebsdorfergrund Fronhausen Heuchelheim Hüttenberg Lahnau Lahntal Langgöns Lohra Schöffengrund Weimar Wettenberg	<u>Landkreise:</u> Marburg-Biedenkopf Gießen Lahn-Dill-Kreis

	Stimmverteilung: Die Zweckverbandsmitglieder haben zusammen 100 Stimmen. 90 % der Stimmen werden auf die Städte und Gemeinden und 10 % auf die Landkreise verteilt. Der Landkreis Gießen verfügt über 3,16% der Stimmen in 2019.
Steuerliche Verhältnisse	Der Zweckverband ist unbeschränkt steuerpflichtig. Gemäß § 5 der Satzung dürfen keine Gewinne erwirtschaftet werden. Wegen der fehlenden Gewinnerzielungsabsicht entfällt die Gewerbesteuerpflicht.

Organe des Zweckverbandes

Verbandsversammlung

Apell	Manfred	Bürgermeister Lahntal	Vorsitzender
Hanika	Martin	Gemeindevertreter-Vorsitzender Langgöns	stellv. Vorsitzender

Speier	Norman	Vertreter Landkreis Gießen

Die Verbandsversammlung setzt sich aus je einem Vertreter eines jeden Verbandsmitgliedes zusammen. Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden von den Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder für deren Wahlzeit gewählt.

Verbandsvorstand

Somogyi	Christian	Bürgermeister Stadtallendorf	Vorsitzender
Stötzel	Wieland	Bürgermeister Marburg	stellv. Vorsitzender ab 17.10.2019
Künz	Ulrich	Bürgermeister Kirtorf (ab 11.03.2019 Bürgermeister a.D.)	stellv. Vorsitzender bis 17.10.2019
Weigel-Greilich	Gerda	Stadträtin Gießen	
Hausmann	Olaf	Bürgermeister Kirchhain	
König	Jörg	Bürgermeister Linden	ab 18.10.2019
Kortlüke	Norbert	Stadtrat Wetzlar	
Schulz	Andreas	Bürgermeister Ebsdorfergrund	
Fründt	Kirsten	Landrätin Landkreis Marburg-Biedenk.	stimmberechtigt 2019
Esch	Roland	Erster Kreisbeig.Lahn-Dill-Kreis	ab 01.05.2019
Schreiber	Heinz	Erster Kreisbeig. Lahn-Dill-Kreis	stimmberechtigt 2018; bis 30.04.2019
Schmahl Dr.	Christiane	Erste Kreisbeig. Landkreis Gießen	stimmberechtigt 2017

An die Mitglieder des Verbandsvorstandes wurden im Jahr 2019 8.000,00 € (2018: 8.000,00 €, 2017: 9.000,00 €) gezahlt.

Geschäftsführer

Schäfer	Karl-Heinz	Jurist

Unternehmensleitung
Der Zweckverband wird durch die vorgenannten Vorstandsmitglieder vertreten, die auch im Handelsregister erfasst sind.
Für das Tagesgeschäft ist ein Geschäftsführer bestellt, der im Register nicht ausgewiesen wird, da er lediglich über eine eingeschränkte Außenvertretung verfügt, die in einem sehr engen Rahmen in einer Geschäftsordnung geregelt ist.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Beim Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Satz Ziffer 1 HGO um keine Organisation, deren Tätigkeit als wirtschaftliche Betätigung im Sinne der HGO zu betrachten ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzung des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich ist.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Der Zweckverband kann von den Verbandsmitgliedern eine Verbandsumlage erheben, soweit die planmäßig vorgesehenen Mittel nicht ausreichen. Im Geschäftsjahre 2019 - wie auch in den Vorjahren 2017 und 2018 - wurde keine Verbandsumlage erhoben. Es bestanden im Jahr 2019 - wie auch in den Vorjahren 2017 und 2018 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2019	2018	2017
Jahresabschlussprüfer	GBZ Revisions und Treuhand AG, Marburg		JPLH Treuhand AG, Biedenkopf
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	Ja

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens AKTIVA	2019 T€	2018 T€	2017 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	67.374	64.541	64.153
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.006	1.016	967
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.446	3.874	4.450
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	742	939	1.069
C. Rechnungsabgrenzungsposten	68	75	68
Bilanzsumme	**74.636**	**70.445**	**70.707**

Bilanz des Unternehmens **PASSIVA**	**2019 T€**	**2018 T€**	**2017 T€**
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	18.000	18.000	18.000
II. Rücklagen	6.050	6.050	6.050
III. Gewinn der Vorjahre	-258	-1.979	-2.925
IV. Jahresgewinn	670	1.720	947
B. Empfangene Ertragszuschüsse	640	859	1.106
C. Rückstellungen	1.277	1.324	1.433
D. *Verbindlichkeiten*	48.252	44.461	46.088
E. Rechnungsabgrenzungsposten	5	10	8
Bilanzsumme	**74.636**	**70.445**	**70.707**

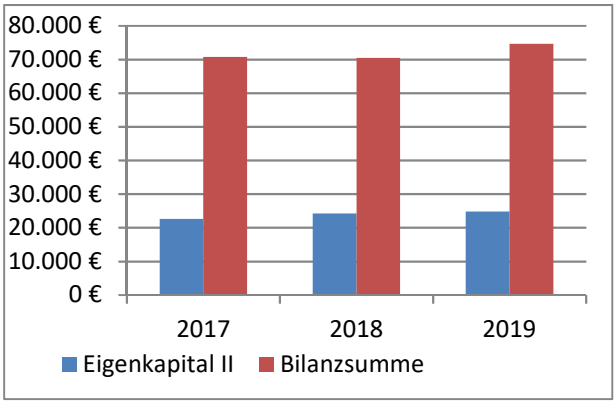
Gewinn- und Verlustrechnung	**2019 T€**	**2018 T€**	**2017 T€**
Umsatzerlöse	25.175	24.600	23.138
Bestandsveränderungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	953	1.039	990
Sonstige betriebliche Erträge	471	406	462
Gesamtleistung	**26.599**	**26.044**	**24.591**
Materialaufwand	-8.721	-7.953	-7.620
Personalaufwand	-10.319	-9.936	-9.642
Abschreibungen	-4.244	-4.278	-4.273
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.866	-1.257	-1.178
Betriebsergebnis	**1.449**	**2.620**	**1.878**
Sonstige Zinserträge	0	1	0
Zinsaufwendungen	-717	-801	-876
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-12	-43	0
Sonstige Steuern	-50	-57	-56
Jahresergebnis	**670**	**1.720**	**947**

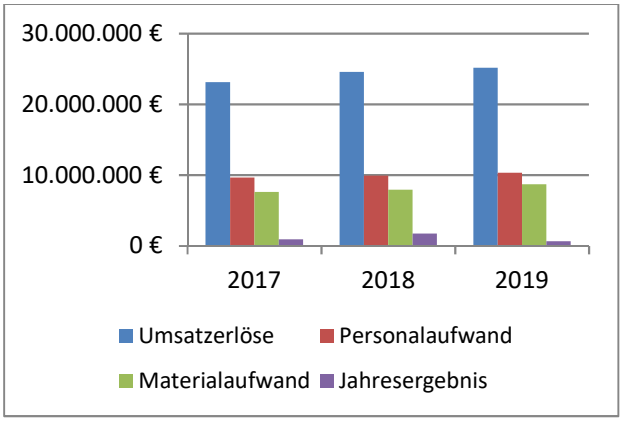
Kennzahlen zum Jahresabschluss	**2019**	**2018**	**2017**
Eigenkapitalquote I	32,78%	33,77%	31,22%
Eigenkapitalquote II (Bezug auf Eigenkapital II*)	33,20%	34,38%	32,00%
Anlageintensität	90,27%	91,62%	90,73%
Liquidität 2. Grades	73,74%	63,54%	66,74%
Anlagedeckungsgrad 2	78,44%	77,63%	77,77%
Investitionen	11.207 T€	6.173 T€	4.823 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	5.122 T€	5.539 T€	5.628 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II*)	2,70%	7,10%	4,18%
Gesamtkapitalrentabilität	1,86%	3,58%	2,58%
Materialintensität	32,79%	30,54%	30,99%
Personalintensität	38,79%	38,15%	39,21%

*Eigenkapital II:
Eigenkapital I + 50% Empfangene Ertragszuschüsse

Sonstige Kennzahlen	**2019**	**2018**	**2017**
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	153,50	150,75	147,75
Anzahl der Ganztagsstellen zum 31.12.	141,53	137,17	132,94
Anzahl Freistellungshhase Altersteilzeit per 31.12.	3,00	5,50	6,50
Anzahl der Auszubildende per 31.12.	4	4	3
Mengenabgabe Weiterverteiler in Tcbm	12.243	11.815	11.610
Mengenabgabe Sondervertragskunden in Tcbm	5.424	5.137	4.615
Mengenabgabe Endverbraucher in Tcbm	4.104	4.139	3.956
Erträge Weiterverteiler in T€	9.879	9.694	8.987
Erträge Sondervertragskunden in T€	2.249	1.978	1.733
Erträge Endverbraucher in T€	9.754	9.802	9.472

Graphische Darstellung





Lagebericht 2019 und weitere Informationen

Den Geschäftsbericht 2019 des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke und somit auch den Lagebericht finden Sie auf der folgenden Internetseite:
https://www.zmw.de/images/pdf/aktuelles_presse/ZMW_GB_2019-Web.pdf
(Stand November 2020)

3.1.7. Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)

Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim am Taunus
Telefon 06192/294-0,
Telefax 06192/294-900
E-Mail: rmv@rmv.de
Internet: www.rmv.de

Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH obliegt die Aufgabe der Organisation und Koordination des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Gemeinsam mit den kommunalen Aufgabenträgern und dem Land Hessen wird der öffentliche Auftrag der Daseinsvorsorge im ÖPNV gewährleistet. Als Grundlage der Geschäftstätigkeit der RMV GmbH dienen der Gesellschaftsvertrag in Verbindung mit den übrigen Verträgen des Verbundvertragswerkes (Grundvertrag, öffentlich-rechtlicher Vertrag, Kooperations-vertrag und Einnahmeaufteilungsvertrag sowie die Verkehrsserviceverträge). Zum Zwecke der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personen-nahverkehrs (ÖPNV) sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt sie im Verbindgebiet folgende Aufgaben wahr:

- Fortschreibung des Regionalen Nahverkehrsplans
- Harmonisierung der IT-Infrastruktur und Verbesserung der Fahrgastinformation
- Digitalisierungsstrategien und Vernetzungsinitiative
- Elektronisches Fahrgeldmanagement (EFM)
- Weiterentwicklung Digitalisierung des Tarifs
- Vermarktung und Kundenbeziehungsmanagement
- Imageprofilierung und Stärkung der Dachmarke RMV
- Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen sowie Qualitätserfassung, -bewertung und -sicherung im SPNV und im Buspersonennahverkehr (BPNV)
- Fortführen der investiven Kleinmaßnahmen zur Qualitätsverbesserung insbesondere
- In Form der bewährten Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene
- Fachzentrum Mobilität im ländlichen Raum

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Gesellschaft fördert das von Hessen und den kommunalen Gebietskörperschaften verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Mobilitätsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	1994
Satzung	Zuletzt geändert am 30.06.1994
Handelsregister	Amtsgericht Frankfurt, HR B 34128
Kapital	Stammkapital 690.244,04 €
Gesellschafter	

Land	Städte	Landkreise
Hessen	Frankfurt Bad Homburg Darmstadt Fulda Gießen Hanau Marburg Offenbach a.M. Rüsselsheim Wetzlar Wiesbaden	Landkreis Darmstadt-Dieburg Landkreis Fulda Landkreis Gießen Landkreis Groß-Gerau Hochtaunuskreis Lahn-Dill-Kreis Landkreis Limburg-Weilburg Main-Kinzig-Kreis Main-Taunus-Kreis Landkreis Marburg-Biedenkopf Odenwaldkreis Landkreis Offenbach Rheingau-Taunus-Kreis Vogelsbergkreis Wetteraukreis

Jeder Gesellschafter verfügt über 3,704 %.

Steuerliche Verhältnisse	Mit der Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH , Frankfurt am Main (RMS) und der Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH, Hofheim am Taunus (fahma), besteht eine umsatzsteuerliche, körperschaftssteuerliche und gewerbesteuerliche Organschaft
Beteiligungen	Rhein-Main-Verkehrsverbund Service GmbH (100 %) Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (100 %) Mobiligence GmbH (100%) ivm GmbH Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain((ivm) (12,45 %) RTW Planungsgesellschaft mbH (16,67 %) VDV eTicket Service GmbH & Co KG (10,13 %) City Bahn GmbH (10%)

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Vertreter des Landkreises Gießen

Schneider	Anita	Landrätin Landkreis Gießen

Aufsichtsrat

Feldmann	Peter	Oberbürgermeister Stadt Frankfurt	Vorsitzender
Krebs	Ulrich	Landrat Hochtaunuskreis	stellv. Vorsitzender
Deutschendorf	Jens	Staatssekretär Land Hessen	ab 25.02.2019
Samson	Mathias	Staatssekretär Land Hessen	bis 24.02.2019
Worms, Dr.	Martin J.	Staatssekretär Land Hessen	
Partsch	Jochen	Oberbürgermeister Stadt Darmstadt	ab 20.11.2019
Boczek, Dr.	Barbara	Stadträtin Stadt Darmstadt	bis 19.11.2019
Groß	Sabine	Stadträtin Stadt Offenbach	
Kowol	Andreas	Stadtrat Stadt Wiesbaden	
Hetjes	Alexander	Oberbürgermeister Stadt Homburg	
Wingenfeld, Dr.	Heiko	Oberbürgermeister Stadt Fulda	
Weigel-Greilich	Gerda	Bürgermeisterin Stadt Gießen	
Morlock	Thomas	Stadtrat Stadt Hanau	
Spies, Dr.	Thomas	Oberbürgermeister Stadt Marburg	
Kraft	Nils	Stadtrat Stadt Rüsselsheim	
Kortlüke	Norbert	Stadtrat Stadt Wetzlar	
Ahrnt	Robert	Erster Kreisbeigeordnete	ab 31.10.2019
Fleischmann	Christel	Kreisbeigeordneter Landkreis Darmstadt-Dieburg	bis 30.09.2019
Woide	Bernd	Landrat Landkreis Fulda	
Schneider	Anita	Landrätin Landkreis Gießen	
Astheimer	Walter	Erster Kreisbeigeordneter Groß-Gerau	
Köberle	Michael	Landrat Landkreis Limburg-Weilburg	ab 27.05.2019
Michel	Manfred	Landrat Landkreis Limburg-Weilburg	bis 31.12.2018
Schuster	Wolfgang	Landrat Lahn-Dill-Kreis	
Ottmann	Winfried	Kreisbeigeordneter Main-Kinzig-Kreis	
Baron	Johannes	Kreisbeigeordneter Main-Taunus-Kreis	
Zachow	Marian	Erster Kreisbeigeordneter Landkreis Marburg Biedenkopf	
Matiaske	Frank	Landrat Odenwaldkreis	
Jäger	Claudia	Erste Kreisbeigeordnete Landkreis Offenbach	
Kilian	Frank	Landrat Rheingau-Taunus-Kreis	
Görig	Manfred	Landrat Vogelsbergkreis	
Weckler	Jan	Landrat Wetteraukreis	

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit 15.06.1999 eine Aufwandentschädigung von 51,13 € pro Person und Sitzung. Im Geschäftsjahr 2019 fielen dafür Aufwendungen in Höhe von insgesamt 6 T€ an (2018: 4 T€, 2017: 6 T€).

Beirat

Die Gesellschaft hat gemäß § 29 des Gesellschaftsvertrages einen Beirat, in dem das Land Hessen sowie die Verkehrsverbundunternehmen und lokale Nahverkehrsunternehmen vertreten sind. Der Beirat unterstützt und berät die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat mit allen mit der Aufgabenstellung der Gesellschaft zusammenhängenden Belangen. Die Mitglieder des Beirates werden vom Aufsichtsrat bestellt.

Geschäftsführer

Ringat	Knut	Professor Diplomingenieur	Sprecher der Geschäftsführung, zuständig für die Geschäftsbereiche Verkehrs- und Mobilitätsplanung, Verkehrs- und Finanzwirtschaft sowie Marketing und Innovation und Geschäftsführer der fahma
Kavai, Dr.	André	Geschäftsführer	Zuständig für Bestellung und Infrastrukturmanagement, Koordination, Zentrale Aufgaben

Die Bezüge der Geschäftsführer beliefen sich im Jahr 2019 auf 577 T€ (2018 auf: 557 T€, 2017: 543 T€).

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Beim Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 1 HGO um keine Gesellschaft, deren Tätigkeit als wirtschaftliche Betätigung im Sinne der HGO zu betrachten ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzung des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich ist.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es haben sich im Jahr 2019 - wie in den Vorjahren 2017 und 2018 - keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen ergeben.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der RMV GmbH nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2019	2018	2017
Jahresabschlussprüfer	Keiper & Co.KG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Mannheim		
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens AKTIVA	2019 T€	2018 T€	2017 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	8.535	8.014	8.079
II. Finanzanlagen	6.112	5.112	3.104
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	197	34	50
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	27.677	23.583	22.032
III. Sonstige Wertpapiere	230	709	709
IV. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	535	271	251
C. Rechnungsabgrenzungsposten	545	679	547
Bilanzsumme	**43.831**	**38.402**	**34.772**
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	690	690	690
II. Andere Gewinnrücklagen	1.481	1.481	1.481
B. Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	14.647	13.126	11.183
C. Rückstellungen	21.823	18.475	17.436
D. *Verbindlichkeiten*	5.190	4.630	3.927
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	55
Bilanzsumme	**43.831**	**38.402**	**34.772**

Gewinn- und Verlustrechnung	2019 T€	2018 T€	2017 T€
Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen	54.214	49.156	46.796
Erträge aus Projektzuwendungen	3.268	3.217	3.690
Sonstige betriebliche Erträge	1.394	1.392	1.695
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	3.201	3.071	2.824
Gesamtleistung (inclusive Zuwendungen)	**62.077**	**56.836**	**55.005**
Materialaufwand	-36.371	-32.833	-33.809
Personalaufwand	-14.327	-13.108	-12.527
Abschreibungen	-3.201	-3.071	-2.824
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.761	-4.511	-4.016
Zuführung zu Sonderposten	-4.721	-5.015	-3.297
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	1.701	2.031	1.821
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	39	118	100
Abschreibungen auf Wertpapiere des	0	0	0
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-434	-445	-451
Außerordentliche Aufwendungen	**0**	**0**	**0**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Sonstige Steuern	-2	-2	-2
Jahresergebnis	**0**	**0**	**0**

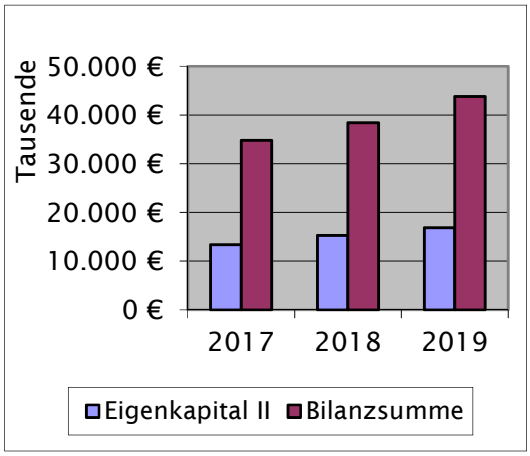
Kennzahlen zum Jahresabschluss	2019	2018	2017
Eigenkapitalquote I	4,95%	5,65%	6,24%
Eigenkapitalquote II *	38,37%	39,83%	38,40%
Anlageintensität	33,42%	34,18%	32,16%
Liquidität 2. Grades	234,79%	258,92%	248,67%
Anlagedeckungsgrad 2 (Bezug auf Eigenkapital II)	214,94%	218,25%	226,24%
Investitionen	4.723 T€	5.015 T€	3.297 T€
Zahlungsstrom aus laufender Betriebstätigkeit	6.034 T€	6.419 T€	4.348 T€
Personalintensität	23,08%	23,06%	22,77%

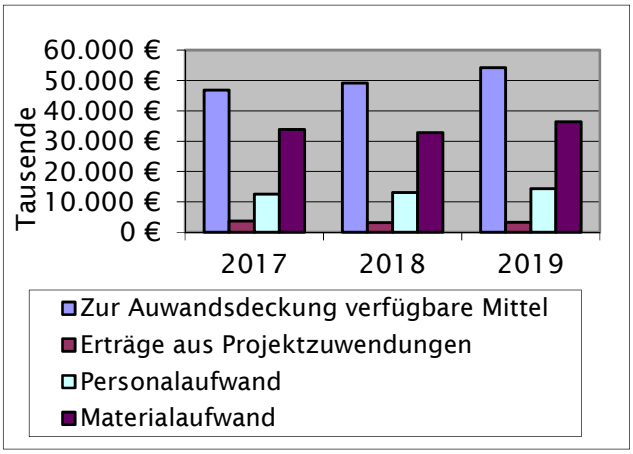
Sonstige Kennzahlen	2019	2018	2017
Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt	147	143	146
davon Teilzeitkräfte	31	33	28
davon Aushilfen	12	12	12
Fahrgastzahlen	805 Mill.	788 Mill.	754 Mill.
Anzahl der Linien des lokalen und regionalen Verkehrs im RMV	1.000	1.000	1.000
Angebotskilometer (lokaler Verkehr im TNUTZKm) **	145.202	143.236	140.073
Angebotskilometer (regionaler Verkehr, in TNUTZKm)	68.635	65.992	66.677
Haltestellen (beide Richtungen) ca.	12.000	12.000	12.000

* Eigenkapital II:
Eigenkapital I + 100% Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen

** Bus und Straßenbahn und Stadtbahn

Graphische Darstellung





Lagebericht 2019

Auszüge aus dem Lagebericht sind im Anhang enthalten.

3.2. Breitbandversorgung

3.2.1. Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH

Riversplatz 1-9
35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1828
E-Mail: andreas.mezker@lkgi.de

Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Die in Zusammenarbeit mit Gebietskörperschaften durchzuführende Bedarfsermittlung und anschließende Erstellung und Vermietung von Kommunikationsnetzen sowie die Erstellung und Betreuung der Netze durch Dritte im Landkreis Gießen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Breitband Gießen GmbH dient der Sicherstellung einer adäquaten Breitbandversorgung für Bürger und Unternehmen.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH	
Gründung	30.09.2011	
Satzung	30.09.2011	
Handelsregister	HRB 7663	
Kapital	Stammkapital 25.000 €	
Gesellschafter	Gesellschafter	Anteil in %
	Landkreis Gießen	50,032%
	Stadt Allendorf (Lumda)	2,776%
	Gemeinde Biebertal	2,776%
	Gemeinde Buseck	2,776%
	Gemeinde Fernwald	2,776%
	Stadt Gießen	2,776%
	Stadt Grünberg	2,776%
	Gemeinde Heuchelheim	2,776%
	Stadt Hungen	2,776%
	Gemeinde Langgöns	2,776%
	Stadt Laubach	2,776%
	Stadt Lich	2,776%
	Stadt Linden	2,776%
	Stadt Lollar	2,776%

	Gesellschafter	Anteil in %
Gesellschafter ***(Fortsetzung)***		
	Stadt Pohlheim	2,776%
	Gemeinde Rabenau	2,776%
	Gemeinde Reiskirchen	2,776%
	Stadt Staufenberg	2,776%
	Gemeinde Wettenberg	2,776%
Beteiligungen	Breitband Gießen GmbH	49%

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Schneider	Anita	Landrätin Landkreis Gießen	
Grabe-Bolz	Dietlind	Oberbürgermeisterin Stadt Gießen	
Benz	Thomas	Bürgermeister Stadt Allendorf	
Ortmann	Patricia	Bürgermeisterin Gemeinde Biebertal	
Haas	Dirk	Bürgermeister Gemeinde Buseck	
Bechthold	Stefan	Bürgermeister Gemeinde Fernwald	
Ide	Frank	Bürgermeister Stadt Grünberg	
Steinz	Lars	Bürgermeister Gemeinde Heuchelheim	
Wengorsch	Rainer	Bürgermeister Stadt Hungen	
Reusch	Marius	Bürgermeister Langgöns	ab 01.06.2019
Röhrig	Horst	Bürgermeister Gemeinde Langgöns	bis 31.05.2019
Klug	Peter	Bürgermeister Stadt Laubach	
Klein	Bernd	Bürgermeister Stadt Lich	*bis 15.01.2020*
König	Jörg	Bürgermeister Stadt Linden	
Wieczorek, Dr.	Bernd	Bürgermeister Stadt Lollar	
Schöffmann	Udo	Bürgermeister Stadt Pohlheim	*bis 31.01.2021*
Langecker	Florian	Bürgermeister Rabenau	
Kromm	Dietmar	Bürgermeister Gemeinde Reiskirchen	
Gefeller	Peter	Bürgermeister Stadt Staufenberg	
Brunner	Thomas	Bürgermeister Gemeinde Wettenberg	
Pilger	Peter	Vertreter der Kreistagsfraktion SPD	
Simon, Dr.	Bernd	Vertreter der Kreistagsfraktion CDU	
Cotar	Joana	Vertreterin der Kreistagsfraktion AfD	
Dern	Reiner	Vertreter der Kreistagsfraktion Freie Wähler	ab 29.07.2019
Karger	Marcus	Vertreter der Kreistagsfraktion Freie Wähler	bis 29.07.2019
Knoche	Matthias	Vertreter der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen	
Scherer	Harald	Vertreter der Kreistagsfraktion FDP	
Link	Marcus	Vertreter der Kreistagsfraktion Gießener Linke	

Nachrichtlich:

Neubert, Dr.	*Julian*	*Bürgermeister Stadt Lich*	*ab 16.01.2020*
Ruck	*Andreas*	*Bürgermeister Stadt Pohlheim*	*ab 01.02.2021*

Geschäftsführer

Bechthold	Stefan	Bürgermeister Stadt Lich	ab 10.05.2019
Klein	Bernd	Bürgermeister Stadt Lich	bis 10.05.2019

Es erfolgt keine Vergütung für die Tätigkeit als Geschäftsführer.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH handelt es sich gemäß §121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2 HGO um keine Organisation, deren Tätigkeit als wirtschaftliche Betätigung im Sinne der HGO zu betrachten ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzung des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich ist.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2019	2018	2017
Einnahmen			
Veräußerung Anteil von 2,776% an die Stadt Linden	0,00 €	13.100,00 €	694,00 €

Mit Vertrag vom 26. Juni 2017 hat der Landkreis Gießen einen Anteil über 694,00 € an die Stadt Linden abgetreten. Daraus ergab sich folgende Zahlungsverpflichtungen für die Stadt Gießen: 694,00 € Kaufpreis, 12.680,00 € anteilige Kapitalrücklage, 420,00 € anteilige Verwaltungskosten. Der Betrag in Höhe von 12.420,00 € wurde in 2017 an die Beteiligungsgesellschaft gezahlt und in 2018 wurde dieser Betrag an den Landkreis Gießen weitergeleitet. Weitere 680,00 € wurden in 2018 direkt an den Landkreis Gießen gezahlt.

Es ergaben sich keine weiteren Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren. Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

Auf Grundlage einer auf drei Jahre befristeten Ausnahmegenehmigung des Regierungspräsidiums erfolgte die Prüfung der Jahresabschlüsse 2017 bis 2019 durch die Revision des Landkreises Gießen.

Geschäftsentwicklung

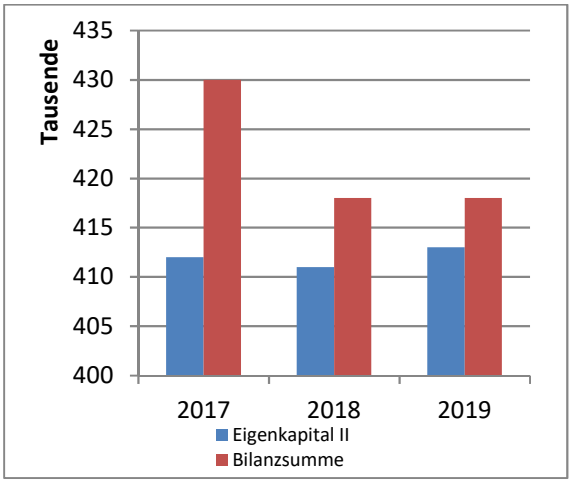
Bilanz des Unternehmens AKTIVA		2019 T€	2018 T€	2017 T€
A.	***Anlagevermögen***			
	Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	25	25	25
B.	***Umlaufvermögen***			
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	354	349	341
II.	Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	39	44	64
	Bilanzsumme	**418**	**418**	**430**
PASSIVA				
A.	***Eigenkapital***			
I.	Gezeichnetes Kapital	25	25	25
II	Kapitalrücklage	472	472	472
III.	Jahresüberschuss	2	-1	88
IV.	Verlustvortrag	-86	-85	-173
B.	***Rückstellungen***	5	7	5
C.	***Verbindlichkeiten***	0	0	13
	Bilanzsumme	**418**	**418**	**430**

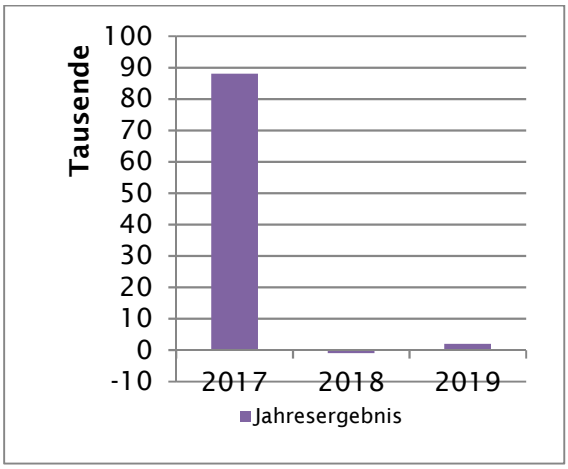
Gewinn- und Verlustrechnung	2019 T€	2018 T€	2017 T€
Sonstige betriebliche Erträge	2	0	90
Gesamtleistung	**2**	**0**	**90**
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6	-8	-7
Betriebsergebnis	**-4**	**-8**	**83**
Zinserträge	6	7	5
Jahresergebnis	**2**	**-1**	**88**

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2019	2018	2017
Eigenkapitalquote	98,80%	98,33%	95,81%
Liquidität 2. Grades	7860,00%	5614,29%	2250,00%
Cashflow	2 T€	-1 T€	88 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II)	0,48%	-0,24%	21,36%
Gesamtkapitalrentabilität	0,48%	-0,24%	20,47%

Sonstige Kennzahlen	2019	2018	2017
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	0	0	0

Graphische Darstellung





Lagebericht 2019

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.2.2. Breitband Gießen GmbH

Beim Eberacker 10
35633 Lahnau

Telefon 06441/9640-43
E-Mail: info@breitband-hessen.de
Internet: www.breitband-hessen.de

Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Die in Zusammenarbeit mit Gebietskörperschaften durchzuführende Bedarfsermittlung -und anschließende Erstellung und Vermietung von Kommunikationsnetzen sowie die Erstellung und Betreuung der Netze durch Dritte im Landkreis Gießen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Breitband Gießen GmbH dient der Sicherstellung einer adäquaten Breitbandversorgung für Bürger und Unternehmen.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	09.03.2011
Satzung	Gültig in der Fassung vom 13.04.2012
Handelsregister	Amtsgericht Wetzlar, HR B 7928 ab 09.01.2020 vorher: Amtsgericht Gießen, HR B 7467
Kapital	Stammkapital 50.000 €

Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil %	Anteil T€
WL Holding GmbH	51	25,5
Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH	49	24,5

Beteiligungen Keine

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Bender	Martin	Geschäftsführer WL Holding GmbH, Lich	
Lück	Udo	Geschäftsführer WL Holding GmbH, Lich	
Bechthold	Stefan	Bürgermeister Gemeinde Fernwald	ab 10.05.2019
Klein	Bernd	Bürgermeister Stadt Lich	bis 10.05.2019
Schneider	Anita	Landrätin Landkreis Gießen	

Verwaltungsrat

Wengorsch	Rainer	Bürgermeister Stadt Hungen	ab 10.05.2019
Brunner	Thomas	Gemeinde Wettenberg	
Hendrischke	Björn	Hauptgeschäftsführer Kreishandwerkerschaft Gießen	
Langecker	Florian	Bürgermeister Gemeinde Rabenau	
Lück	Ingo	Gesellschafter Lück Gruppe	
Ihle	Jens	Geschäftsführer Regionalmanagement Mittelhessen GmbH	

Geschäftsführer

Becker	Stefan	Fernwald

Der Geschäftsführer erhält keine unmittelbare Vergütung seitens der Gesellschaft. Die Tätigkeit wird mittels des Geschäftsbesorgungsvertrags mit der WL Netztechnik GmbH vergütet. Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Breitband Gießen GmbH handelt es sich gemäß §121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2 HGO um keine Organisation, deren Tätigkeit als wirtschaftliche Betätigung im Sinne der HGO zu betrachten ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzung des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich ist.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der Breitband Gießen GmbH nicht direkt bestellt.

Hinsichtlich gewährter Rangrücktrittserklärungen der Firma Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH, die den Landkreis Gießen mittelbar betreffen, ist an dieser Stelle auf den entsprechenden Abschnitt bei der Firma Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen zu verweisen.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2019	2018	2017
Jahresabschlussprüfer	Ralph Bingmann, Wirtschaftsprüfer, Grünberg		
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

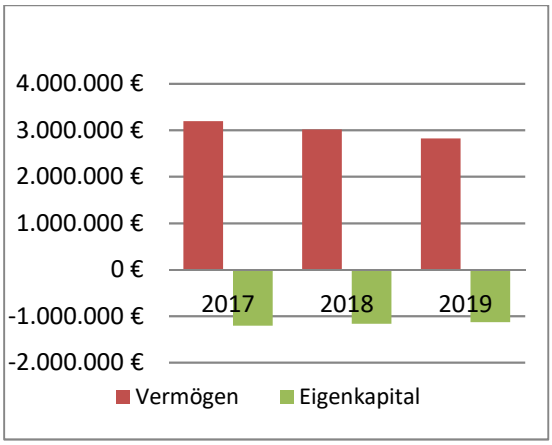
Bilanz des Unternehmens **AKTIVA**		**2019 T€**	**2018 T€**	**2017 T€**
A.	***Anlagevermögen***			
	Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	2.361	2.604	2.864
B.	***Umlaufvermögen***			
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	104	337	96
II.	Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	354	73	234
C.	***Rechnungsabgrenzungsposten***	1	0	1
D.	***Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag***	1.131	1.167	1.205
	Bilanzsumme	**3.950**	**4.181**	**4.400**
PASSIVA				
A.	***Eigenkapital***			
I.	Gezeichnetes Kapital	50	50	50
II.	Jahresergebnis	36	38	-6
III.	Verlustvortrag	-1.217	-1.255	-1.249
	Nicht gedeckter Fehlbetrag	**1.131**	**1.167**	**1.205**
B.	***Rückstellungen***	12	12	11
C.	***Verbindlichkeiten***	3.938	4.169	4.389
	Bilanzsumme	**3.950**	**4.181**	**4.400**

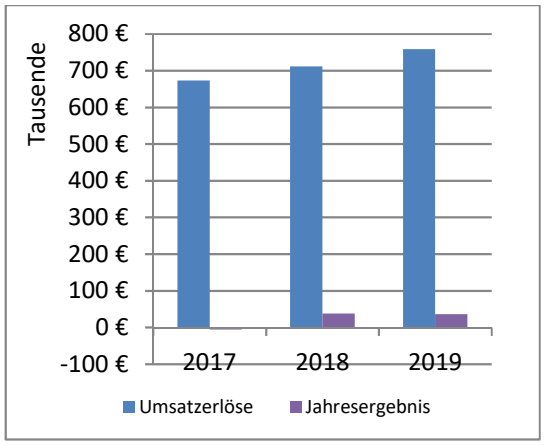
Gewinn- und Verlustrechnung	**2019 T€**	**2018 T€**	**2017 T€**
Umsatzerlöse	759	711	673
Sonstige betriebliche Erträge	0	41	12
Gesamtleistung	**759**	**752**	**685**
Materialaufwand	-109	-100	-95
Abschreibungen	-243	-247	-245
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-261	-246	-224
Betriebsergebnis	**145**	**160**	**121**
Zinsaufwendungen	-109	-122	-127
Jahresergebnis	**36**	**38**	**-6**

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2019	2018	2017
Eigenkapitalquote	-40,12%	-38,72%	-37,72%
Anlageintensität	83,74%	86,40%	89,64%
Liquidität 2. Grades	98,50%	93,39%	78,87%
Anlagedeckungsgrad 2	24,76%	32,95%	38,09%
Investitionen	0 T€	0 T€	0 T€
Cashflow (vereinfachte Berechnung)	279 T€	284 T€	239 T€

Sonstige Kennzahlen	2019	2018	2017
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	0	0	0

Graphische Darstellung





Lagebericht

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.3. Beschäftigungsförderung und Wohnen

3.3.1. Zentrum Arbeit und Umwelt - Gießener gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (ZAUG gGmbH)

Kiesweg 31, 35396 Gießen
Telefon 0641 95225-0, Telefax 0641 95225-59
E-Mail: geschaeftsfuehrung@zaug.de
Internet: www.zaug.de

Unternehmenszweck

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung (AO).

Zweck der Gesellschaft ist insbesondere die Förderung der Jugendhilfe sowie der Erziehung, Volks- und Berufsbildung, um hierdurch

- der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und Erwachsenen präventiv entgegenzuwirken,
- die (Wieder-)Eingliederung von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen und Erwachsenen in den Arbeitsmarkt zu fördern,
- die Chancengleichheit von benachteiligten Personen im Erwerbsleben zu verbessern und
- die Situation auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt insgesamt zu verbessern.
- Nachmittagsbetreuung an den Schulen des Landkreises Gießen

Daneben ist Zweck der Gesellschaft auch die Förderung des Natur- und des Umweltschutzes sowie der Kriminalprävention.

Zur Verwirklichung dieses Zwecks ist Gegenstand des Unternehmens vor allem die Ausbildung, Betreuung, (Nach-)Qualifizierung, Orientierungshilfe und Beschäftigung von jungen und erwachsenen Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen im Rahmen spezieller Förderprogramme sowie die Schaffung zusätzlicher Ausbildungs- und Beschäftigungsplätze im Landkreis und in der Universitätsstadt Gießen und die Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, insbesondere in Bereichen, die auf dem Arbeitsmarkt besonders nachgefragt sind.

Ausbildungswerkstätten, Zweckbetriebe und wirtschaftliche Geschäftsbetriebe in unterschiedlichen Wirtschaftszweigen werden seit 1988 eigens für die Durchführung dieser Aufgaben eingerichtet.

Zudem leistet das Unternehmen einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden in der Region. Insofern ergibt sich für die ZAUG gGmbH als kommunale gemeinnützige Integrations- und Berufsbildungsgesellschaft eine konkrete sozialstaatliche Rechtfertigung.

Gesellschafter der ZAUG gGmbH sind alle Städte und Gemeinden des Landkreises Gießen sowie die Universitätsstadt Gießen und der Landkreis Gießen als Hauptgesellschafter.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die öffentliche Zwecksetzung der ZAUG gGmbH besteht vor allem in der Förderung der Berufsbildung und der Erziehung sowie der Jugendhilfe. Für die ZAUG gGmbH ergibt sich als kommunale gemeinnützige Integrations- und Berufsbildungsgesellschaft eine konkrete sozialstaatliche Rechtfertigung.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform

Gemeinnützige GmbH

Gründung

07.07.1988

Satzung

Fassung vom 23.11.2011

Handelsregister

Amtsgericht Gießen, HR B 1588

Kapital

Stammkapital: 271.000 €

Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil T€	Anteil %
Landkreis Gießen	136	50,185
Universitätsstadt Gießen	45	16,605
Gemeinde Wettenberg	10	3,690
Gemeinde Heuchelheim	5	1,845
Gemeinde Reiskirchen	5	1,845
Stadt Allendorf/Lumda Gemeinde	5	1,845
Biebertal	5	1,845
Gemeinde Buseck	5	1,845
Gemeinde Fernwald	5	1,845
Stadt Grünberg	5	1,845
Stadt Hungen	5	1,845
Gemeinde Langgöns	5	1,845
Stadt Laubach	5	1,845
Stadt Lich	5	1,845
Stadt Linden	5	1,845
Stadt Lollar	5	1,845
Stadt Pohlheim	5	1,845
Gemeinde Rabenau	5	1,845
Stadt Staufenberg	5	1,845
Gesamt	271	100,00

Steuerliche Verhältnisse

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer befreit.
Die Gesellschaft unterliegt jedoch mit ihren wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben der Ertragsteuer.

Beteiligungen

Keine

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Schneider	Anita	Landrätin	Vorsitzende
Eibelshäuser	Astrid	Stadträtin Stadt Gießen	stellv. Vorsitzende
Benz	Thomas	Bürgermeister Stadt Allendorf/Lumda	
Ortmann	Patricia	Bürgermeisterin Gemeinde Biebertal	
Haas	Dirk	Bürgermeister Gemeinde Buseck	
Bechthold	Stefan	Bürgermeister Gemeinde Fernwald	
Ide	Frank	Bürgermeister Stadt Grünberg	
Steinz	Lars Burkhard	Bürgermeister Gemeinde Heuchelheim	
Wengorsch	Rainer	Bürgermeister Stadt Hungen	
Reusch	Marius	Bürgermeister Gemeinde Langgöns	ab 01.06.2019
Röhrig	Horst	Bürgermeister Gemeinde Langgöns	*bis 31.05.2019*
Klug	Peter	Bürgermeister Stadt Laubach	
Klein	Bernd	Bürgermeister Stadt Lich	
König	Jörg	Bürgermeister der Stadt Linden	
Wieczorek, Dr.	Bernd	Bürgermeister Stadt Lollar	
Schöffmann	Udo	Bürgermeister Stadt Pohlheim	
Langecker	Florian	Bürgermeister Rabenau	
Kromm	Dietmar	Bürgermeister Gemeinde Reiskirchen	
Gefeller	Peter	Bürgermeister der Stadt Staufenberg	
Brunner	Thomas	Bürgermeister Gemeinde Wettenberg	

Nachrichtlich:

Neubert, Dr.	*Julien*	*Bürgermeister Stadt Lich*	*Ab 16.01.2020*
Klein	*Bernd*	*Bürgermeister Stadt Lich*	*Bis 15.01.2020*

Bei der Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung gewähren je 1.000 € eines Gesellschafteranteils eine Stimme.

Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen (AWF)

Eibelshäuser	Astrid	Stadträtin Stadt Gießen	Vorsitzende
Schneider	Anita	Landrätin	stellv. Vorsitzende
Schmahl, Dr.	Christiane	Erste Kreisbeigeordnete Landkreis Gießen	
Weigel-Greilich	Gerda	Bürgermeisterin Stadt Gießen	
Haas	Dirk	Bürgermeister Gemeinde Buseck	Teilraum Nord
Bechthold	Stefan	Bürgermeister Gemeinde Fernwald	Teilraum Süd ab 10.12.2019
Röhrig	Horst	Bürgermeister Gemeinde Langgöns	Teilraum Süd bis 31.05.2019
Klein	Bernd	Bürgermeister Stadt Lich	Teilraum Ost bis 10.12.2019
Brunner	Thomas	Bürgermeister Gemeinde Wettenberg	Teilraum West
Hofmann	Wolfgang	Vertreter Jobcenter Gießen	(nicht stimmberechtigt)

Der AWF ist ein beratendes Gremium zu Grundsatzfragen des Unternehmens und bereitet für die Gesellschafterversammlung Beschlüsse vor.
Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen erhielten keine Vergütung.

Fachbeirat

Schneider	Anita	Landrätin	Vorsitzende
Eibelshäuser	Astrid	Stadträtin Stadt Gießen	stellv. Vorsitzende

Vertreter der Gesellschafter
gemäß der Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung

Vertreter des Kreistages

Häuser	Ursula	CDU-Fraktion
Pilger	Peter	SPD-Fraktion
Zecher	Claudia	FWG-Fraktion
Buss, Dr.	Michael	Bündnis 90/Die Grünen

Vertreter der Stadtverordnetenversammlung Gießen:

Bouffier	Frederik	CDU-Fraktion
Schmidt	Frank Walter	SPD-Fraktion
Grothe	Klaus-Dieter	Bündnis 90/Die Grünen

Weitere Mitglieder Fachbeirat:

Ehlen	Elke	IHK Gießen
Bock	Uwe	Kreishandwerkerschaft
Körner	Matthias	DGB Gießen
Hofmann	Wolfgang	Jobcenter
N.N.		Landeswohlfahrtsverband
Röder	Martina	Willy-Brandt-Schule
Brumhard	Michael	Theodor-Litt-Schule
Heuser	Anette	Faber-Management
Tamm	Oliver	ZAUG, Vertreter der Mitarbeiter
Krienke	Björn	Agentur für Arbeit

Der Fachbeirat ist kein Aufsichtsorgan, er ist beratend tätig und stellt als Sachverständiger Erfahrung und Wissen zur Verfügung. Die Mitglieder des Fachbeirats erhielten keine Vergütung.

Geschäftsführer

Bennewitz	Heiko

Das Arbeitnehmerbruttogehalt des Geschäftsführers Heiko Bennewitz für 2019 betrug 94.009,66 € (Vorjahr 91.641,74 €).

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der ZAUG gGmbH handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2 HGO um keine Gesellschaft, deren Tätigkeit als wirtschaftliche Betätigung im Sinne der HGO zu betrachten ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzung des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich ist.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Ab 2012 greift die geänderte Satzung, die am 23.11.2011 beschlossen wurde. Der ab dann gültige Satzungstext zu § 6 lautet:

„Die Gesellschafter beteiligen sich an der Finanzierung der Gesellschaft durch Zuwendungen wie folgt:

Landkreis Gießen € 200.000,00 (jährlich)
Universitätsstadt Gießen € 170.434,00 (jährlich)

Die Zuschussverpflichtung gilt ab 2012.

Die Zuwendung erfolgt als institutionelle Förderung nach dem Zuwendungsrecht unter Beachtung der jeweiligen Vorgaben des EU-Beihilfenrechtes.“

Die in der Satzung aufgeführten Zusendungsbeträge sind als Höchstbeträge zu verstehen.

Außer den folgenden Zahlungen bestanden im Jahr 2019 - wie in den Vorjahren 2018 und 2017 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen gegenüber der ZAUG gGmbH nicht bestellt.

	2019	**2018**	**2017**
Ausgaben			
Zuwendung Gesellschafter lt. Satzung	200.000 €	200.000 €	200.000 €
Einnahmen			
Anteilige Rückzahlung Zuwendung 2015	0 €	0 €	0 €

Daten zur Rechnungsprüfung

	2019	**2018**	**2017**
Jahresabschlussprüfer	Theobald Jung Scherer AG, Gießen	WESTPRÜFUNG Dr. Seifert & Partner OHG, Gießen	
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens AKTIVA		2019 T€	2018 T€	2017 T€
A.	***Anlagevermögen***			
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	1.907	1.227	1.109
II.	Finanzanlagen	170	170	170
B.	***Umlaufvermögen***			
I.	Vorräte	43	25	27
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.145	892	1.724
III.	Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	3.069	2.847	1.838
C.	***Rechnungsabgrenzungsposten***	0	0	0
	Bilanzsumme	**6.334**	**5.161**	**4.868**
PASSIVA				
A.	***Eigenkapital***			
I.	Gezeichnetes Kapital	271	271	271
II.	Rücklagen	2.295	2.293	2.293
III.	Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	-174	2	-15
IV.	Entnahme aus Gewinnrücklage	0	0	15
B.	***Sonderposten aus Investitionszuschüssen***	275	275	275
C.	***Rückstellungen***	1.478	1.279	1.265
D.	***Verbindlichkeiten***	1.454	501	427
E.	***Rechnungsabgrenzungsposten***	735	540	337
	Bilanzsumme	**6.334**	**5.161**	**4.868**

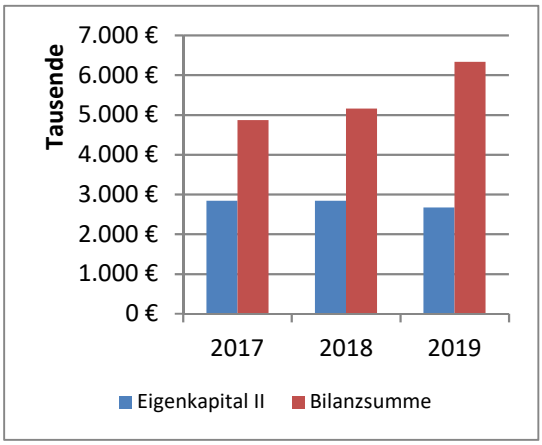
Gewinn- und Verlustrechnung	2019 T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	3.751	3.731	3.563
Bestandsveränderungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge / Zuwendung Fördermittel	8.752	8.655	7.548
Gesamtleistung	**12.503**	**12.386**	**11.111**
Materialaufwand	-1.501	-1.401	-1.267
Personalaufwand	-9.125	-8.953	-7.862
Abschreibungen	-308	-266	-393
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.739	-1.760	-1.601
Betriebsergebnis	**-170**	**6**	**-12**
Sonstige Zinserträge	2	1	0
Zinsaufwendungen	-2	0	0
Sonstige Steuern	-3	-5	-3
Jahresergebnis	**-173**	**2**	**-15**

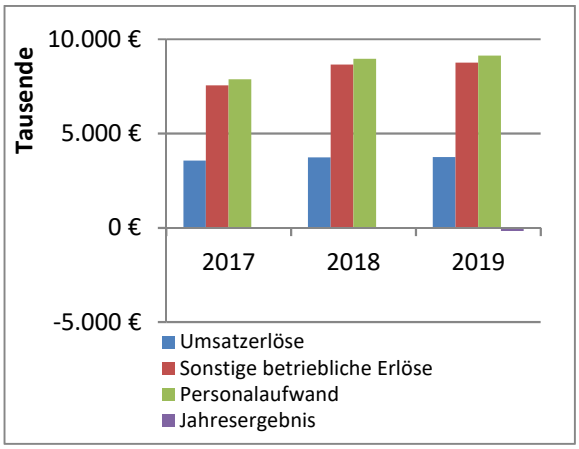
Kennzahlen zum Jahresabschluss	**2019**	**2018**	**2017**
Eigenkapitalquote I	37,76%	49,72%	52,67%
Eigenkapitalquote II	42,11%	55,05%	58,32%
Anlageintensität	32,79%	27,07%	26,27%
Liquidität 2. Grades	153,46%	161,16%	175,55%
Anlagedeckungsgrad 2	160,38%	203,36%	221,97%
Investitionen	999 T€	390 T€	329 T€
Abgänge Anlagevermögen	-111 T€	-61 T€	-179 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	224 T€	1.390 T€	224 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II)	-6,52%	0,07%	-0,49%
Gesamtkapitalrentabilität	-2,72%	0,04%	-0,30%
Umsatzrentabilität	-4,59%	0,05%	-0,42%
Materialintensität	12,01%	11,31%	11,40%
Personalintensität	72,98%	72,28%	70,76%

Sonstige Kennzahlen	**2019 (31.12.2019)**	**2018 (31.12.2018)**	**2017 (31.12.2017)**
Stammpersonal ohne. Arbeitnehmerüberlassung	224	225	217
Arbeitnehmerüberlassung	9	10	21
Aushilfen Betreuung an Schulen	357	382	366
Aushilfen	50	31	53
Soziale Teilhabe	1	7	7
Teilnehmer Projekte SGB II/SGB III	855	772	922
Teilnehmer Umschulung/Gießener Weg SGB III/II	13	20	18
Teilnehmer Selbstlernzentrum Gießen Nord	769	507	1174
Teilnehmer Angebot Jugend und Beruf	1110	1389	1614
Teilnehmer Frauenförderung	96	81	87
Teilnehmer sonstige Projekte	558	1133	842
Teilnehmer insgesamt (lt. Prüfungsbericht)	4.042	4.557	5.322
Lieferungen kindgerechter Mittagstisch	860.446	734.714	661.510

* Eigenkapital II: Eigenkapital I + 100% Sonderposten mit Rücklageanteil

Graphische Darstellung





Lagebericht 2019

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.3.2. Sozialer Wohnungsbau und Strukturförderung im Landkreis Gießen GmbH

c/o Landkreis Gießen, Riversplatz 1 - 9, 35394 Gießen
Telefon 0641/9390 – 9347, Telefax 0641/33448
E-Mail: Info@lkgi.de, Internet: www.lkgi.de

Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist insbesondere eine gute, sichere, ökologisch und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung sicherzustellen. Die Gesellschaft fördert insbesondere selbstbestimmtes und gemeinschaftliches Wohnen durch die Schaffung und Bereitstellung von Wohnraum nach den Bedingungen des sozialen Wohnungsbaus. Die Gesellschaft wird in erster Linie administrativ tätig, während die Leistungen im Zusammenhang mit der Errichtung von Wohngebäuden sowie des Betriebes der Liegenschaften vorrangig von privaten Dritten erbracht werden sollen.

Der **öffentliche Zweck** ist darin zu sehen, dass eine sozialverantwortliche Wohnungsversorgung eine Tätigkeit darstellt, die auf die prinzipielle Allzuständigkeit nach Artikel 28 Grundgesetzt gestützt zum Aufgabenbereich von Kommunen und Landkreisen zählt. Sie ist Teil der allgemeinen Daseinsvorsorge und hat Gemeinwohlcharakter. Eine Gewinnerwirtschaftung ist nicht vorrangige Zielsetzung der Betätigung.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform GmbH

Gründung 03.07.2017

Satzung Letze Beschluss Satzungsänderung: 04.04.2019

Kapital Stammkapital zum 31.12.2019 126.000 €

Gesellschafter

Gesellschafter		Anteil in % 2019
Landkreis Gießen	51.000 €	40,48%
Gemeinde Buseck	5.000 €	3,97%
Gemeinde Fernwald	5.000 €	3,97%
Stadt Grünberg	5.000 €	3,97%
Gemeinde Heuchelheim	5.000 €	3,97%
Gemeinde Langgöns	5.000 €	3,97%
Stadt Laubach	5.000 €	3,97%
Stadt Lich	5.000 €	3,97%
Stadt Linden	5.000 €	3,97%
Stadt Lollar	5.000 €	3,97%
Gemeinde Rabenau	5.000 €	3,97%
Gemeinde Wettenberg	5.000 €	3,97%
Stadt Hungen	5.000 €	3,97%
Stadt Staufenberg	5.000 €	3,97%
Gemeinde Biebertal ab 23.05.2019	5.000 €	3,97%
Gemeinde Reiskirchen ab 23.05.2019	5.000 €	3,97%

Unternehmensorgane

Gesellschafterversammlung

Vertreter:

Schneider	Anita	Landrätin Landkreis Gießen	Vorsitzende
Hillgärtner	Kurt	Vertreter Landkreis Gießen, FW Gießen	
Högy	Elke	Vertreterin Landkreis Gießen SPD	
Knoche	Matthias	Vertreter Landkreis Gießen, B`90/Die Grünen	
Breidenbach	Tobias	Vertreter Landkreis Gießen, CDU	
Ortmann	Patricia	Bürgermeisterin Gemeinde Biebertal	ab 23.05.2019
Haas	Dirk	Bürgermeister Gemeinde Buseck	
Bechthold	Stefan	Bürgermeister Gemeinde Fernwald	
Ide	Frank	Bürgermeister Stadt Grünberg	
Steinz	Lars Burkhard	Bürgermeister Gemeinde Heuchelheim	
Wengorsch	Rainer	Bürgermeister Stadt Hungen	
Reusch	Marius	Bürgermeister Gemeinde Langgöns	ab 01.06.2019
Röhrig	Horst	Bürgermeister Gemeinde Langgöns	bis 30.05.2019
Klug	Peter	Bürgermeister Stadt Laubach	
Klein	Bernd	Bürgermeister Stadt Lich	bis 15.01.2020
König	Jörg	Bürgermeister Stadt Linden	
Dr. Wieczorek	Bernd	Bürgermeister Stadt Lollar	
Langecker	Florian	Bürgermeister Gemeinde Rabenau	
Kromm	Dietmar	Bürgermeister Gemeinde Reiskirchen	ab 23.05.2019
Gefeller	Peter	Bürgermeister Stadt Staufenberg	
Brunner	Thomas	Bürgermeister Gemeinde Wettenberg	

Nachrichtlich:

Neubert, Dr.	*Julian*	*Bürgermeisterin Stadt Lich*	*ab 16.01.2020*

Stellvertreter

Henkel	Anette	Vertreterin Landkreis Gießen, SPD	
Dr. Schmahl	Christiane	Erste Kreisbeigeordnete Landkreis Gießen, B`90/Die Grünen	
Sussmann	Anne	Vertreterin Landkreis Gießen, FW	
Schmitz	Lucas	Vertreter Landkreis Gießen, CDU	ab 08/2019
Haumann	Heinz-Peter	Vertreter Landkreis Gießen, CDU	bis 16.07.2019

Geschäftsführer

Roth	Hagen	Lich	03.07.2017-bis 30.06.2020

Nachrichtlich

Köhler	*Jens..*		*ab 01.07.2020*

Der Geschäftsführer ist Beschäftigter beim Landkreis Gießen und erbringt 15% seiner Arbeitszeit für die SWS GmbH.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs 1 HGO sind erfüllt.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2019	2018	2017
Einzahlung Stammkapital	0 €	0 €	51.000,00 €

Daten zur Rechnungsprüfung

	2019	2018	2017
Jahresabschlussprüfer	Revision des Landkreises Gießen		
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

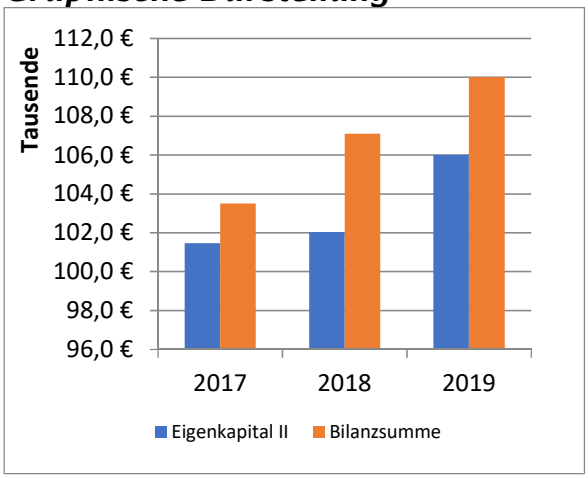
Bilanz des Unternehmens AKTIVA	2019 T€	2018 T€	2017 T€
A Umlaufvermögen			
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	110	107	103
Bilanzsumme	**110**	**107**	**104**
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	126	116	106
II. Jahresfehlbetrag	0	0	-5
III. Bilanzverlust	-20	-14	0
B. Rückstellungen	4	5	2
Bilanzsumme	**110**	**107**	**104**

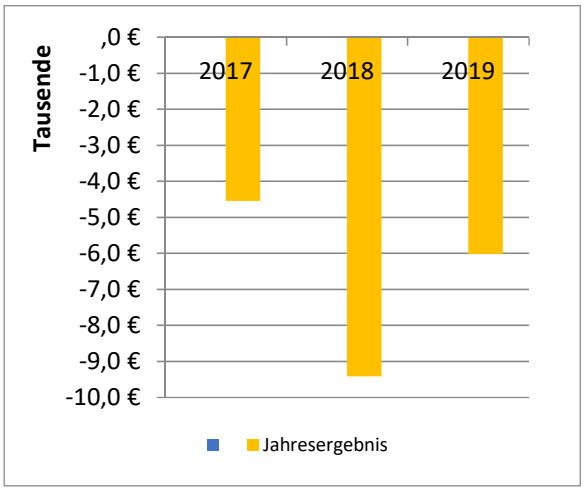
Gewinn- und Verlustrechnung	2019 T€	2018 T€	2017 T€
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6	-9	-5
Betriebsergebnis	**-6**	**-9**	**-5**
Jahresergebnis	**-6**	**-9**	**-5**

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2019	2018	2017
Eigenkapitalquote	96,36%	95,28%	98,02%
Eigenkapitalrentabilität	-5,68%	-9,23%	-4,48%
Gesamtkapitalrentabilität	-5,48%	-8,79%	-4,39%

Sonstige Kennzahlen	2019	2018	2017
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	0	0	0

Graphische Darstellung





Lagebericht 2019

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

.

3.4. Wirtschaft und Kreditwesen

3.4.1. Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH (TIG)

Winchesterstr. 2, 35394 Gießen
Telefon 0641/948-226-0, Telefax 0641/948-226-29
E-Mail: info@tig-gmbh.de, Internet: www.tig-gmbh.de

Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Förderung des Strukturwandels der Wirtschaft im Landkreis Gießen und die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Hierzu sollen innovative Unternehmen angesiedelt und Existenzgründer unterstützt werden. Dieser Zweck wird u.a. erreicht durch Planung, Errichtung, Verwaltung sowie das Betreiben eines Technologie- und Gründerzentrums in Gießen, das innovative Technologie- und Dienstleistungsunternehmen und Existenzgründer in den ersten Jahren ihrer Entwicklung besonders fördert und betreut, insbesondere im Hinblick auf mögliche gemeinsame Marketingaktivitäten und Weiterbildungsangebote. Zur Erreichung dieses Gesellschaftszwecks vermietet die TIG GmbH in ihren vier Gebäuden im Gewerbegebiet Europaviertel Büro- und Laborflächen an junge Unternehmen und Existenzgründer. Neben diesem Kerngeschäft unterbreitet die TIG GmbH ihren Mietern und den Unternehmen der Region ein möglichst breites Service-, Beratungs- und Weiterbildungsangebot, stellt eine Kommunikationsplattform für Themen aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung dar und unterstützt innovationsfördernde Maßnahmen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Firma TIG GmbH als Technologie- und Existenzgründungszentrum dient der Wett-bewerbssicherung, der Sicherheit und der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Die Gesellschaft ist als Instrument der Wirtschaftsförderung zu betrachten.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	05.02.1999
Satzung	zuletzt geändert am 12.04.1999
Handelsregister	Amtsgericht Gießen, HR B 3340
Kapital	Stammkapital € 71.000

Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil %	Anteil T€
Stadt Gießen	25,5	18,1
Landkreis Gießen	24,8	17,6
Sparkasse Gießen	14,2	10,1
Volksbank Mittelhessen eG	14,2	10,1
Schunk GmbH	14,2	10,1
Industrie- und Handelskammer Gießen-Friedberg	7,1	5,0

Steuerliche Verhältnisse	Gemäß Bescheinigung des Finanzamtes Gießen ist die Gesellschaft nach § 5 Abs. 1 Nr. 18 KStG bzw. § 3 Nr. 25 GewStG sowohl von der Körperschaftsteuer als auch von der Gewerbesteuer für die Veranlagungszeiträume bis 2020 befreit.
Beteiligungen	Keine

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Neidel	Peter	Bürgermeistrer	Vorsitzender
Schneider	Anita	Landrätin	stellv. Vorsitzende
Wilcken-Görich	Sabine	Wirtschaftsförderung Universitätsstadt Gießen	
Felske-Zech, Dr.	Manfred	Wirtschaftsförderung Landkreis Gießen	
Hammerla	Beate	IHK Gießen-Friedberg	
Merte	Karin	Schunk GmbH	
Roth	Ilona	Sparkasse Gießen	
Kniß	Boris	Volksbank Mittelhessen	

Geschäftsführer

Bienert	Antje

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs 1 HGO sind erfüllt.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2019 - wie auch in den Jahren 2017 und 2018 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren. Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der TIG GmbH nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2019	2018	2017
Jahresabschlussprüfer	Theobald & Jung GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Gießen		
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens AKTIVA	2019 T€	2018 T€	2017 T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	3.274	3.471	3.662
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16	11	13
II. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	302	332	356
C. Rechnungsabgrenzungsposten	12	10	11
Bilanzsumme	**3.603**	**3.824**	**4.042**
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	71	71	71
II. Gewinnvortrag	1.408	1.317	1.204
III. Jahresüberschuss	102	91	113
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.181	1.260	1.339
C. Rückstellungen	85	75	56
D. Verbindlichkeiten	751	980	1.229
E. Rechnungsabgrenzungsposten	4	30	30
Bilanzsumme	**3.603**	**3.824**	**4.042**

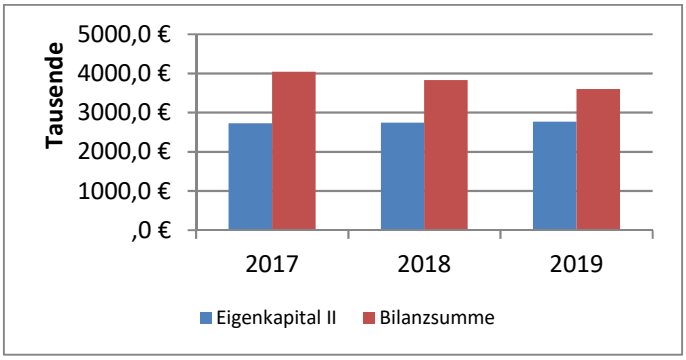
Gewinn- und Verlustrechnung	2019 T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	732	731	708
Sonstige betriebliche Erträge	233	196	191
Gesamtleistung	**965**	**927**	**899**
Materialaufwand	-267	-259	-238
Personalaufwand	-279	-262	-240
Abschreibungen	-214	-210	-207
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-60	-58	-52
Betriebsergebnis	**147**	**138**	**162**
Zinsaufwendungen	-16	-19	-21
Sonstige Steuern	-28	-28	-28
Jahresergebnis	**102**	**91**	**113**

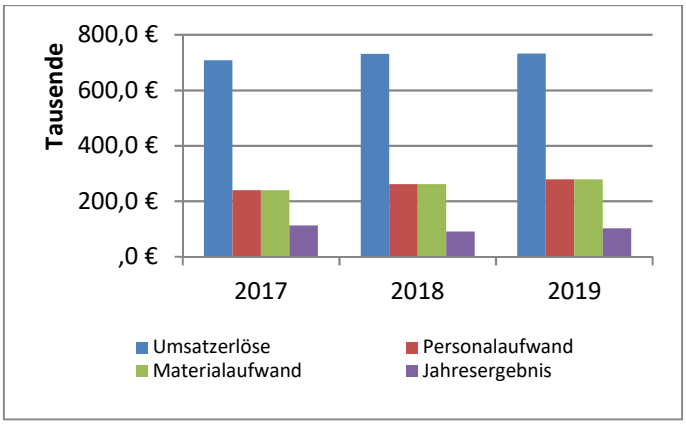
Kennzahlen zum Jahresabschluss	2019	2018	2017
Eigenkapitalquote I	43,89%	38,68%	34,34%
Eigenkapitalquote II	76,67%	71,63%	67,47%
Anlageintensität	90,86%	90,77%	90,60%
Liquidität 2. Grades	72,13%	90,05%	80,34%
Anlagedeckungsgrad 2	87,35%	81,94%	74,47%
Investitionen	17 T€	18 T€	12 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	235 T€	268 T€	305 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II)	3,69%	3,32%	4,14%
Gesamtkapitalrentabilität	3,28%	2,88%	3,32%
Umsatzrentabilität	16,16%	15,05%	18,93%
Materialintensität	27,64%	27,94%	26,47%
Personalintensität	28,86%	28,26%	26,70%

Sonstige Kennzahlen	2019	2018	2017
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	7	5	7
davon Teilzeitbeschäftigte	4	2	5
Mietauslastung im Jahresdurchschnitt	97,70%	98,30%	95,40%

*Eigenkapital II:
Eigenkapital I + 100 % Sonderposten mit Rücklageanteil

Graphische Darstellung





Lagebericht 2019

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.4.2. Sparkassenzweckverband Gießen

Johannesstr. 3, 35390 Gießen
Telefon 0641/704-70422, Telefax 0641/704-70400

Verbandszweck

Der Verband ist der Träger der Sparkasse Gießen. Der Träger unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Sparkasse gegen den Träger oder eine sonstige Verpflichtung des Trägers, der Sparkasse Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht für deren Verbindlichkeiten.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem öffentlichen Auftrag der Sparkasse, deren Träger der Sparkassenzweckverband ist. Gemäß § 2 der Satzung der Sparkasse fördert die Sparkasse die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Zweckverband
Gründung	22.03.1834
Satzung	zuletzt geändert am 20.11.2012
Mitglieder	Landkreis Gießen Stadt Allendorf/Lumda Gemeinde Buseck Gemeinde Fernwald Stadt Gießen Gemeinde Heuchelheim Gemeinde Langgöns Stadt Lich Stadt Linden Stadt Lollar Stadt Pohlheim Gemeinde Reiskirchen Stadt Staufenberg Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander, und zwar der Landkreis Gießen in Höhe von 10 % und die weiteren Mitglieder im Verhältnis ihrer Einwohnerzahlen. Jedoch hat der Verband keine Verbindlichkeiten und es sollen auch keine entstehen.
Beteiligungen	Keine
Finanzierung	Die Verbandskosten trägt die Sparkasse Gießen.

Organe der Gesellschaft

Verbandsversammlung

Wieczorek, Dr.	Bernd	Stadt Lollar	Vorsitzender
Haas	Dirk	Gemeinde Buseck	stellv. Vorsitzender
Weigelt	Norbert	Landkreis Gießen	
Krieger	Rolf	Stadt Gießen	
Benz	Thomas	Stadt Allendorf/Lda.	
Klingelhöfer	Kurt	Gemeinde Fernwald	
Steinz	Burkhard	Gemeinde Heuchelheim	
Hanika	Martin	Gemeinde Langgöns	
Klein	Bernd	Stadt Lich	
König	Jörg	Stadt Linden	
Jung	Matthias	Stadt Pohlheim	
Seipp-Wallwaey	Michael	Gemeinde Reiskirchen	
Gefeller	Peter	Stadt Staufenberg	

Die Verbandsversammlung besteht aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder (Trägerkommunen).

Verbandsvorstand

Grabe-Bolz	Dietlind	Oberbürgermeisterin	Vorsitzende ab 01.04.2019 stellv. Vorsitzende bis 31.03.2019
Schneider	Anita	Landrätin	Stellv. Vorsitzende ab 01.04.2019 Vorsitzende, bis 31.03.2019

Der/die Verbandsvorsitzende und dessen/deren Stellvertreter sind im wechselnden Turnus der/die Oberbürgermeister/-in der Stadt Gießen und der/die Landrat/in des Landkreises Gießen für eine Amtsdauer von jeweils zwei Jahren.

Bechthold	Stefan
Fritz	Egon
Henkel	Annette

Müller	Hans-Ottmar
Roth	Thiemo

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei dem Sparkassenzweckverband und der Sparkasse Gießen handelt es sich gemäß §121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 1 HGO um keine Organisationen, deren Tätigkeit als wirtschaftliche Betätigung im Sinne der HGO zu betrachten ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzung des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich ist. Nach § 121 Abs. 9 HGO verbleibt es für das öffentliche Sparkassenwesen bei den besonderen Vorschriften

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2019	2018	2017
Einnahmen			
Ausschüttung	22.828,26 €	21.994,93 €	21.666,64 €

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten des Zweckverbandes nicht bestellt.

3.4.3. Sparkasse Gießen

Johannesstr. 3, 35390 Gießen
Telefon 0641/704-70422, Telefax 0641/704-70400
E-Mail: info@sparkasse-giessen.de
Internet: www.sparkasse-giessen.de

Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Die Sparkasse hat die Aufgabe als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Die Sparkasse hat das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe der Satzung. Die Sparkasse arbeitet mit den Verbundunternehmen der S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen zusammen. Die Geschäfte werden nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt; die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem öffentlichen Auftrag der Sparkasse bzw. der Aufgabenstellung, die im § 2 der Satzung formuliert ist. Demnach fördert die Sparkasse die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Gesellschaftsform	Anstalt des öffentlichen Rechts
Gründung	1834
Satzung	geändert am 23.11.2010
Handelsregister	Amtsgericht Gießen HR A 238
Eigenkapital	Per 31.12.2019: 138.259.117,55 €
Träger	Sparkassenzweckverband Gießen
Beteiligungen mit einem Anteil über 20%	S-International Mittelhessen GmbH & Co KG (30,64%) S-Versicherungsservice Mittelhessen GmbH (in Liquidation ab 31.12.2018) (50 %)

Organe der Gesellschaft

Der Zweckverbandsvorsitzende ist gleichzeitig der Vorsitzende des Verwaltungsrates. Gemäß dem wechselnden Turnus im Verbandsvorstand wechselt somit auch der Vorsitz im Verwaltungsrat alle zwei Jahre.

Verwaltungsrat

Grabe-Bolz	Dietlind	Oberbürgermeisterin	Vorsitzende ab 01.04.2019 stellv. Vorsitzende, bis 31.03.2019
Schneider	Anita	Landrätin	stellv. Vorsitzende ab 01.04.2019 Vorsitzende, bis 31.03.2019

In Folge der Kommunalwahlen 2016 hat sich der Verwaltungsrat der Sparkasse konstituiert.

Baier	Manfred	Angestellter Sparkasse Gießen	
Braune	Gerhard	Angestellter Sparkasse Gießen	
Hendrischke	Björn	Geschäftsführer Kreishand-werkerschaft Gießen, Ass. jur.	
Jaworski	Elvira	Angestellte Sparkasse Gießen	bis 30.06.2019
Klein	Bernd	Bürgermeister Stadt Lich a.D, Vorstand Stiftung Oberhess. Diakoniezentrum Stift Laubach.	
Körner	Klaus-Dieter	Geschäftsführer IG-Bau Mittelhessen	
Körner	Matthias	Geschäftsführer DGB-Mittelhessen	
Lauber	Iris	Angestellte Sparkasse Gießen	ab 01.07.2019
Lenz, Dr.	Ulrich	Bürgermeister a.D., Pensionär	
Leschhorn	Rene	stellvertretender Filialleiter, Sparkasse Gießen	01.05.2019 bis 30.06.2019
Maaß, Dr.	Wolfgang	Geschäftsführer	
Möller	Klaus-Peter	selbständiger Kaufmann	
Nübel	Christopher	Rechtsanwalt	
Sauer-Kipper	Karin	Angestellte Sparkasse Gießen	bis 30.04.2019
Schmandt	Klaus-Dieter	Angestellter Sparkasse Gießen	bis 30.09.2019
Steinmüller	Michael	Angestellter Sparkasse Gießen	ab 01.10.2019
Waldschmidt	Holger	Angestellter Sparkasse Gießen	ab 01.07.2019

Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betrugen im Geschäftsjahr 2019 88 T€ (2018 90 T€, 2017 92 T€).

Vorstand

Wolf	Peter	Vorsitzender
Roth	Ilona	Mitglied /stellvertretende Vorsitzende

Die Gesamtbezüge des Vorstandes beliefen sich im Geschäftsjahr 2019 auf 652 T€ (2018: 587 T€, 2017: 717 T€).
Für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen gaben sich im Geschäftsjahr 2019 Bezüge i.H.v. 490 T€ (2018: 481 T€, 2017: 445 T€).

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei dem Sparkassenzweckverband und der Sparkasse Gießen handelt es sich gemäß §121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 1 HGO um keine Organisationen, deren Tätigkeit als wirtschaftliche Betätigung im Sinne der HGO zu betrachten ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzung des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich ist. Nach § 121 Abs. 9 HGO verbleibt es für das öffentliche Sparkassenwesen bei den besonderen Vorschriften

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2019 – wie in den Vorjahren 2017 und 2018 - keine direkten Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen. Allerdings erfolgten in diesen

Jahren Ausschüttungen der Sparkasse an den Sparkassenzweckverband. Der Zweckverband hat daraus Ausschüttungen an die Mitglieder vorgenommen. Hier ist auf den entsprechenden Abschnitt beim Zweckverband zu verweisen.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der Sparkasse Gießen nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2019	2018	2017
Jahresabschlussprüfer	Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen		

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens **AKTIVA**	**2019 T€**	**2018 T€**	**2017 T€**
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	22.818	23.810	25.332
II. Finanzanlagen	18.377	18.562	18.715
B. Umlaufvermögen	2.362.599	2.193.634	2.105.383
C. Rechnungsabgrenzungsposten	140	126	166
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung	9	4	0
Bilanzsumme	**2.403.943**	**2.236.136**	**2.149.596**
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Sicherheitsrücklage	136.273	134.261	132.323
II. Bilanzgewinn	1.986	2.283	2.200
B. Rückstellungen	25.190	23.201	21.540
C. Fonds für allgemeine Bankrisiken	75.580	73.881	69.881
D. *Verbindlichkeiten*	2.164.768	2.002.289	1.923.317
E. *Rechnungsabgrenzungsposten*	146	221	335
Bilanzsumme	**2.403.943**	**2.236.136**	**2.149.596**

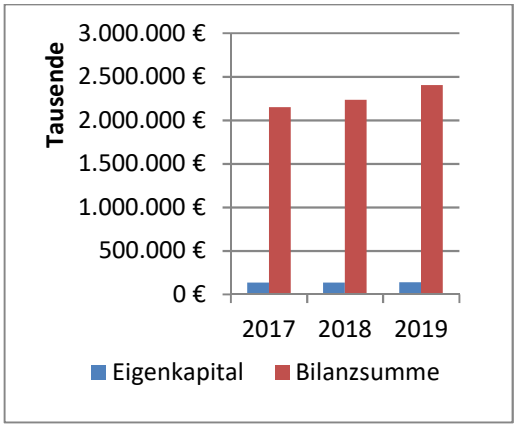
1. Eventualverbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	14.335	18.672	13.803
2. Andere Verpflichtungen			
Unwiderrufliche Kreditzusagen	82.370	72.218	85.208

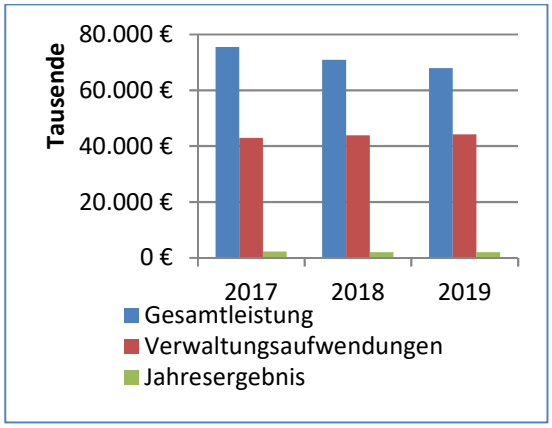
Gewinn- und Verlustrechnung	2019 T€	2018 T€	2017 T€
Zinserträge	42.345	45.558	48.601
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie Beteiligungen	4.473	4.261	5.496
Provisionserträge	17.966	17.474	18.211
Sonstige betriebliche Erträge	3.109	3.571	3.190
Gesamtleistung	**67.893**	**70.864**	**75.498**
Zinsaufwendungen	-4.326	-5.094	-8.993
Provisionsaufwendungen	-1.121	-905	-1.155
Verwaltungsaufwendungen: Personalaufwand	-28.514	-28.961	-29.211
Verwaltungsafuwendungen: andere	-15.631	-14.899	-13.730
Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-2.512	-2.510	-2.625
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	-7.221	-5.960	-802
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	166	19	19
Zuführung aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	-1.700	-4.000	-6.500
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.440	-3.048	-5.820
Betriebsergebnis	**4.594**	**5.506**	**6.681**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.421	-3.305	-4.295
Sonstige Steuern	-187	-188	-187
Jahresergebnis	**1.986**	**2.013**	**2.199**

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2019	2018	2017
Eigenkapitalquote	5,75%	6,11%	6,26%
Anlageintensität	1,65%	1,82%	1,97%
Anlagedeckungsgrad 2	592,62%	566,02%	531,62%
Investitionen (ohne Finanzanlagen)	1.541 T€	1.026 T€	2.519 T€
Veränderungen Finanzanlagen	-185 T€	-153 T€	-446 T€
Eigenkapitalrentabilität	1,44%	1,47%	1,63%
Gesamtkapitalrendite	0,26%	0,32%	0,52%

Sonstige Kennzahlen	2019	2018	2017
Anzahl der Vollzeitkräfte im Jahresdurchschnitt	249	260	276
Anzahl der Teilzeit- und Ultimokräfte im Jahresdurchschnitt	168	178	184
Anzahl der Auszubildenden im Jahresdurchschnitt	53	44	50

Graphische Darstellung





Lagebericht 2019 und weitere Informationen

Den Jahresabschluss 2019 der Sparkasse Gießen und somit auch den Lagebericht finden Sie auf der folgenden Internetseite: https://www.bundesanzeiger.de/ebanzwww/wexsservlet. In dem Feld „Suchbegriff“ ist die „Sparkasse Gießen“ zu erfassen.

3.4.4. Regionalmanagement Mittelhessen GmbH

Georg-Schlosser-Straße 1
35390 Gießen
Telefon 0641/948889-0,
Telefax 0641/948889-20,
E-Mail: info@mittelhessen.org
Internet: www.mittelhessen.org

Unternehmenszweck, Vereinszweck und öffentlicher Zweck

Gegengenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und Förderung der langfristigen strategischen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken in der Region innerhalb und außerhalb Hessens. Die Gesellschaft positioniert und bündelt die Region nach außen (Regionalmarketing) und begleitet oder betreibt Projekte zur Förderung der Region (Regionalmanagement). Sie unterstützt die Gesellschafter bei der Verwirklichung dieser Ziele.
Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Der Unternehmenszweck dient dem öffentlichen Zweck der Förderung der Region.

Neben der GmbH besteht der Verein Mittelhessen e.V. als Förderverein. Das gleichzeitige Bestehen von GmbH und Verein soll zu keiner Doppelstruktur führen, sondern die beiden Einheiten sollen sich ergänzen. Das Regionalmanagement soll mit einer Stimme und einem Gesicht nach außen auftreten. Dies wird unter anderem dadurch gewährleistet, dass beide Organisationen denselben Geschäftsführer haben.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	27.12.2012
Satzung	27.12.2012
Handelsregister	Amtsgericht Gießen, HR B 7895
Kapital	25.000,00 €

Gesellschafter

	Anteil €	Anteil %
Land-Dill-Kreis	1.351	5,4 %
Landkreis Gießen	1.351	5,4 %
Landkreis Limburg-Weilburg	1.351	5,4 %
Landkreis Marburg-Biedenkopf	1.351	5,4 %
Vogelsbergkreis	1.351	5,4 %
Stadt Limburg	676	2,7 %
Stadt Wetzlar	1.351	5,4 %
Universitätsstadt Gießen	1.351	5,4 %
Universitätsstadt Marburg	1.351	5,4 %
Handwerkskammer Kassel	878	3,51%
Handwerkskammer Wiesbaden	2.838	11,35%
IHK Gießen-Friedberg	2.399	9,6 %
IHK Kassel-Marburg	2.027	8,11%
IHK Lahn-Dill	2.399	9,6 %
IHK Limburg	946	3,78%
Justus-Liebig-Universität Gießen	338	1,35%
Philipps-Universität Marburg	338	1,35%
Technische Hochschule	338	1,35%
Mittelhessen e.V.	1.015	4,06%

Organe

Gesellschafterversammlung

Dette	Wolfram	Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Lahn-Dill-Kreis	Vorsitzender ab 20.02.2019; vorher stellv. Vorsitzender
Repp	Klaus	Präsident der Handwerkskammer Wiesbaden	stellv. Vorsitzender ab 20.02.2019, vorher Vorsitzender

<u>Vertreter Landkreis Gießen</u>

Schneider	Anita	Landrätin Landkreis Gießen

Aufsichtsrat

Schwarz	Rainer	Präsident der IHK Gießen-Friedberg	Vorsitzender ab 20.02.2019
Fründt	Kirsten	Landrätin Landkreis Marburg Biedenkopf	Vorsitzende bis 20.02.2019
Wagner	Manfred	Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar	stellv. Vorsitzender ab 20.02.2019
Schwarz	Rainer	Präsident der IHK Gießen-Friedberg	stellv. Vorsitzende bis 20.02.2019

Dette	Wolfram	Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Lahn-Dill-Kreis	
Schneider	Anita	Landrätin des Landkreises Gießen	
Köberle	Michael	Landrat Limburg-Weilburg	
Fründt	Kirsten	Landrätin Landkreis-Marburg-Biedenkopf	
Mischak Dr.	Jens	Erster Kreisbeigeordneter Vogelsbergkreis	
Hahn, Dr.	Marius	Magistrat der Stadt Limburg	
Grabe-Bolz	Dietlind	Oberbürgermeisterin der Stadt Gießen	
Spies	Thomas	Oberbürgermeister der Stadt Marburg	
Repp	Klaus	Präsident der Handwerkskammer Wiesbaden	
Pott, Dr.	Martin	Stellv. Hauptgeschäftsführer Handwerks-kammer Wiesbaden	nicht stimmbe-rechtigt
Limbacher	Rolph	Kreishandwerksmeister der Handwerkskam-mer Kassel	
Edelmann	Oskar	stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Kassel-Marburg	
Loewe	Burghard	Stellv. Hauptgeschäftsführer IHK Lahn-dill	
Müller	Michael	Geschäftsführer der IHK Limburg	
Mukherjee, Prof. Dr.	Joybrato	Präsident der Justus-Liebig-Universität Gie-ßen	
Krause, Prof. Dr.	Katharina	Präsidentin der Philipps-Universität Marburg	
Willems, Prof. Dr.	Matthias	Präsident der Technischen Hochschule Mittelhessen	
Schneider	Gunter	Vorstandsmitglied des Vereins Mittelhes-sen/Volksbank Mittelhessen	
Körner	Matthias	Regionsgeschäftsführer des Deutschen Ge-werkschaftsbundes (DGB)	nicht stimm-be-rechtigt
Al-Wazir	Tarek	Minister des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung	nicht stimmbe-rechtigt
Ullrich, Dr.	Christoph	Regierungspräsident des Regierungsbezirks Gießen	nicht stimmbe-rechtigt

Geschäftsführer

Ihle	Jens

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs 1 HGO sind erfüllt.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2019	2018	2017
Ausgaben			
Jahresbeitrag als Gesellschafter	20.000 €	20.000 €	20.000 €

Daten zur Rechnungsprüfung

	2019	2018	2017
Jahresabschlussprüfer	JPLH Treuhand AG Wirtschafts-prüfungs-gesellschaft		Theobald Jung Scherer AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Gießen
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

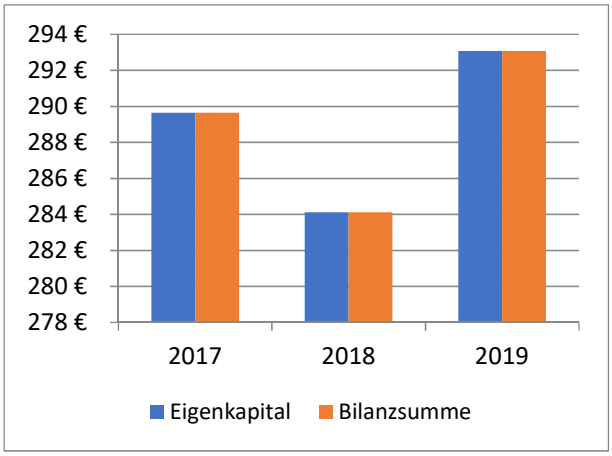
Bilanz des Unternehmens **AKTIVA**	**2019 T€**	**2018 T€**	**2017 T€**
A. Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögengegenstände	0	0	0
Sachanlagen	8	6	14
B. Umlaufvermögen			
I. Sonstige Vermögensgegenstände	71	44	21
II. Guthaben bei Kreditinstituten	214	234	254
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1
Bilanzsumme	**293**	**284**	**290**
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25
II. Gewinnvortrag	193	180	178
III. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	20	13	2
B. Rückstellungen	25	24	46
C. Verbindlichkeiten	30	42	34
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	4
Bilanzsumme	**293**	**284**	**290**

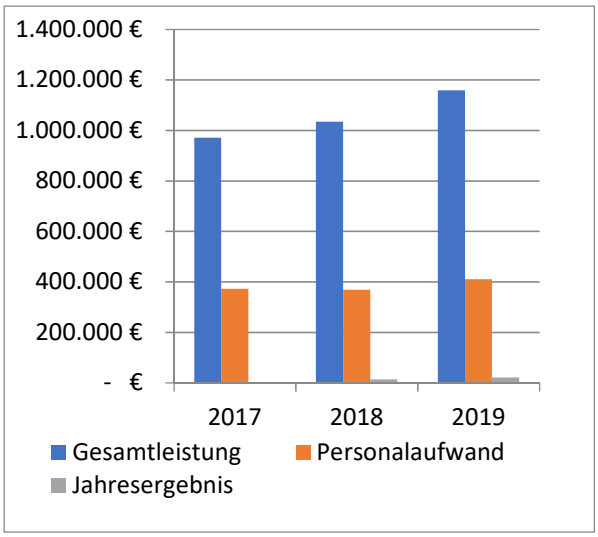
Gewinn- und Verlustrechnung	**2019 T€**	**2018 T€**	**2017 T€**
Erträge aus dem Beteiligungsgeschäft	471	432	391
Sonstige betriebliche Erträge	688	603	580
Gesamtleistung	**1.159**	**1.035**	**971**
Personalaufwand	-410	-369	-372
Abschreibungen	-5	-10	-9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-723	-643	-587
Betriebsergebnis	**21**	**14**	**3**
Sonstige Zinserträge	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	-1	0	0
Jahresergebnis	**20**	**13**	**2**

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2019	2018	2017
Eigenkapitalquote	81,35%	76,71%	70,73%
Anlageintensität	2,78%	2,01%	4,80%
Liquidität 2. Grades	521,34%	420,79%	325,20%
Investitionen	7 T€	1 T€	5 T€
Cashflow vereinfacht	25 T€	23 T€	11 T€
Eigenkapitalrentabilität	8,59%	6,01%	1,14%
Gesamtkapitalrendite	6,99%	4,61%	0,81%
Personalintensität	35,41%	35,66%	38,36%

Sonstige Kennzahlen	2019	2018	2017
Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten im Quartalsdurchschnitt	8	7	4

Graphische Darstellung





Lagebericht 2019

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.4.5. FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region

Unterschweinstiege 8
60549 Frankfurt am Main
Telefon 069 68 60 38 – 0
Telefax:0 69 68 60 38 - 11
E-Mail: info@frm-united.com
Internet: www.frm-united.de

FrankfurtRheinMain GmbH
International Marketing of the Region

Unternehmenszweck, Vereinszweck und öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum FrankfurtRheinMain. Zum Portfolio der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an dem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums, ein gemeinsames profiliertes Erscheinungsbild sowie die Marke des Wirtschaftsraums zu entwickeln und zu pflegen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck.
Mit ihrer Geschäftstätigkeit nimmt die Gesellschaft übergeordnete Aufgaben im Rahmen des Standortmarketings wahr. Die Gesellschaft konkurriert nicht mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen der Gesellschafter, vielmehr kooperiert sie intensiv z.B. im Rahmen der Anbahnung von Ansiedlungen. Aufgaben der Wirtschaftsförderung nimmt die Gesellschaft nur subsidiär zu den kommunalen Stellen wahr.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	24.03.2005
Satzung	14.08.2012
Handelsregister	Amtsgericht Frankfurt am Main, HRB 75141
Kapital	250.000,00 €

Gesellschafter

	Anteil €	Anteil %
Stadt Frankfurt am Main	93.750	37,5%
IHK-Forum Rhein-Main	18.750	7,5%
Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main	12.500	5,0%
Landeshauptstadt Wiesbaden	10.000	4,0%
Main-Taunus-Kreis	8.750	3,5%
Main-Kinzig-Kreis	8.750	3,5%
Kreis Offenbach am Main	8.750	3,5%
Hochtaunuskreis	8.750	3,5%
Land Hessen	8.125	3,25%
Regionalverband FrankfurtRhein-Main	7.500	3,0%
Kreis Groß-Gerau	6.250	2,5%
Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e.V.	6.250	2,5%
ZENTEC Zentrum für Technologie, Existenzgründung und Cooperation GmbH	5.000	2,0%
Stadt Offenbach am Main	5.000	2,0%
Wissenschaftsstadt Darmstadt	5.000	2,0%
Stadt Eschborn	5.000	2,0%
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	2.500	1,0%
Stadt Rüsselsheim am Main	2.500	1,0%
Stadt Hanau	2.500	1,0%
Landkreis Limburg-Weilburg	2.500	1,0%
Landkreis Darmstadt-Dieburg	2.500	1,0%
Kreis Bergstraße	2.500	1,0%
Rheingau-Taunus-Kreis	2.500	1,0%
Landkreis Gießen	2.500	1,0%
Universitätsstadt Gießen	2.500	1,0%
Rheinhessen Standort Marketing GmbH	2.500	1,0%
Stadt Raunheim	1.875	0,75%
Landkreis Odenwaldkreis	1.250	0,5%
Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main	1.250	0,5%
Stadt Neu-Isenburg	1.250	0,5%
Stadt Dreieich	1.250	0,5%

Beteiligung seit

01.01.2018

Organe

Gesellschafterversammlung

Der Vertreter der Stadt Frankfurt am Main in der Gesellschafterversammlung leitet die Gesellschafterversammlung als Vorsitzender der Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Laut § 13 des Gesellschaftsvertrages gilt Folgendes:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Er besteht aus so vielen Mitgliedern, wie die Gesellschaft Gesellschafter hat und zwei weiteren Mitgliedern.

Der Gesellschafter Stadt Frankfurt am Main entsendet durch Erklärung gegenüber der Gesellschaft drei Personen als Mitglied des Aufsichtsrates, von denen mindestens eine aus der freien Wirtschaft kommen soll. Jeder der übrigen Gesellschafter entsendet durch Erklärung gegenüber der Gesellschaft eine Person als Mitglied des Aufsichtsrates.

Familien-name	**Vorname**	**Berufsbezeichnung/ Organisation**	**Funktion**
Prof. Dr. Bender	Wilhelm	Vorsitzender des Vorstands der Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V.	Mitglied (seit 29.11.2013)
Bausch	Udo	Oberbürgermeister Stadt Rüsselsheim am Main	Mitglied (seit 15.02.2018)
Burlon	Martin	Bürgermeister Stadt Dreieich	Mitglied (seit 14.02.2019)
Caspar	Ulrich	Präsident Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main	Mitglied (seit 09.05.2019)
Cyriax	Michael	Landrat Main-Taunus-Kreis	Mitglied (seit 05.10.2011) Stellvertretender Vorsitzender (seit 27.09.2012)
Ehinger	Bernd	Präsident Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main	Mitglied (seit 05.10.2017)
Engelhardt	Christian	Landrat Kreis Bergstraße	Mitglied (seit 16.09.2015)
Feldmann	Peter	Oberbürgermeister Stadt Frankfurt am Main	Mitglied (seit 14.08.2012) Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 27.09.2012)
Frank	Markus	Stadtrat Stadt Frankfurt am Main	Mitglied (seit 09.11.2012)
Dr. Franz	Oliver	Bürgermeister Landeshauptstadt Wiesbaden	Mitglied (seit 23.10.2018)
Geiger	Mathias	Bürgermeister Stadt Eschborn	Mitglied (15.02.2014-15.02.2020)
Grabe-Bolz	Dietlind	Oberbürgermeisterin Universitätsstadt Gießen	Mitglied (seit 16.03.2018)

Familien-name	Vorname	Berufsbezeichnung/ Organisation	Funktion
Hetjes	Alexander W.	Oberbürgermeister Stadt Bad Homburg v.d.Höhe	Mitglied (seit 04.11.2015)
Horn	Thomas	Verbandsdirektor Regionalverband FrankfurtRheinMain	Mitglied (seit 01.03.2018)
Hunkel	Herbert	Bürgermeister Stadt Neu-Isenburg	Mitglied (seit 21.04.2015)
Jühe	Thomas	Bürgermeister Stadt Raunheim	Mitglied (seit 06.06.2019)
Kilian	Frank	Landrat Rheingau-Taunus-Kreis	Mitglied (seit 04.07.2017)
Köberle	Michael	Landrat Landkreis Limburg-Weilburg	Mitglied (seit 01.01.2019)
Kraft	Uwe	Erster Kreisbeigeordneter Hochtaunuskreis	Mitglied (11.01.2017-31.12.2019)
Martiné	Matthias	Präsident IHK Darmstadt Rhein Main Neckar. Entsandt von IHK-Forum Rhein-Main.	Mitglied (seit 21.08.2019)
Matiaske	Frank	Landrat Odenwaldkreis	Mitglied (seit 24.10.2016)
Matz	Manuela	Beigeordnete im Dezernat für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Liegenschaften, Ordnung, Kongresse und Tourismus Rheinhessen Standort Marketing GmbH	Mitglied (seit 22.11.2019)
Morlock	Thomas	Stadtrat Stadt Hanau	Mitglied (seit 04.07.2017)
Prof. Dr. Müller	Mathias	Präsident Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main	Mitglied (08.02.2016-08.05.2019)
Dr. Nimmermann	Philipp	Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung	Mitglied (seit 12.03.2019)
Partsch	Jochen	Oberbürgermeister Wissenschaftsstadt Darmstadt	Mitglied (seit 26.08.2011)
Paulsen	Uwe	Stadtverordneter Stadt Frankfurt am Main	Mitglied (seit 06.10.2006)
Quilling	Dirk-Oliver	Landrat Kreis Offenbach	Mitglied (seit 01.03.2010)

Familien-name	Vorname	Berufsbezeichnung/ Organisation	Funktion
Prof. Dr. Reuter	Ulrich	Landrat Landkreis Aschaffenburg Entsandt über Zentec GmbH	Mitglied (seit 01.05.2018)
Samson	Mathias	Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung	Mitglied (02.03.2016 – 18.01.2019)
Schellhaas	Klaus Peter	Landrat Landkreis Darmstadt-Dieburg	Mitglied (seit 01.10.2009)
Schneider	Anita	Landrätin Landkreis Gießen	Mitglied (seit 09.04.2018)
Dr. Schwenke	Felix	Oberbürgermeister Stadt Offenbach an Main	Mitglied (seit 21.01.2018)
Prof. Dr. Sinemus	Kristina	Präsidentin IHK Darmstadt Rhein Main Neckar. Entsandt von IHK-Forum Rhein-Main.	Mitglied (01.06.2014 – 18.01.2019)
Stolz	Thorsten	Landrat Main-Kinzig-Kreis	Mitglied (seit 17.06.2017)
Will	Thomas	Landrat Kreis Groß-Gerau	Mitglied (seit 01.06.2010)
Zimmer	Dieter	Bürgermeister Stadt Dreieich	Mitglied (02.11.2016-13.02.2019)

Geschäftsführer

Familienname	Vorname	Berufsbezeichnung	Vertretungsbefugnis
Menges	Eric	Geschäftsführer seit 01.03.2013	Einzelvertretungs-befug-nis

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs 1 HGO sind erfüllt.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2019	2018
Ausgaben		
Jahresbeitrag als Gesellschafter	40.000,00 €	40.000,00 €

Daten zur Rechnungsprüfung

	2019	2018
Jahresabschlussprüfer	WIKOM AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja	Ja

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens **AKTIVA**		**2019 T€**	**2018 T€**	**2017 T€**
A.	***Anlagevermögen***			
	Immaterielle Vermögengegenstände	187	123	110
	Sachanlagen	86	69	94
	Finanzanlagen	0	0	0
B.	***Umlaufvermögen***			
I.	Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände	180	142	95
II.	Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	339	1.242	1.597
C.	***Rechnungsabgrenzungsposten***	46	35	61
	Bilanzsumme	**837**	**1.612**	**1.957**
PASSIVA				
A.	***Eigenkapital***			
I.	Gezeichnetes Kapital	250	250	250
	eigene Anteile	0	-4	-9
II.	Kapitalrücklage	24.591	25.050	25.182
III.	Bilanzverlust	-24.589	-24.275	-23.876
B.	***Rückstellungen***	190	349	149
C.	***Verbindlichkeiten***	395	242	263
D.	***Rechnungsabgrenzungsposten***	0	0	0
	Bilanzsumme	**837**	**1.612**	**1.957**

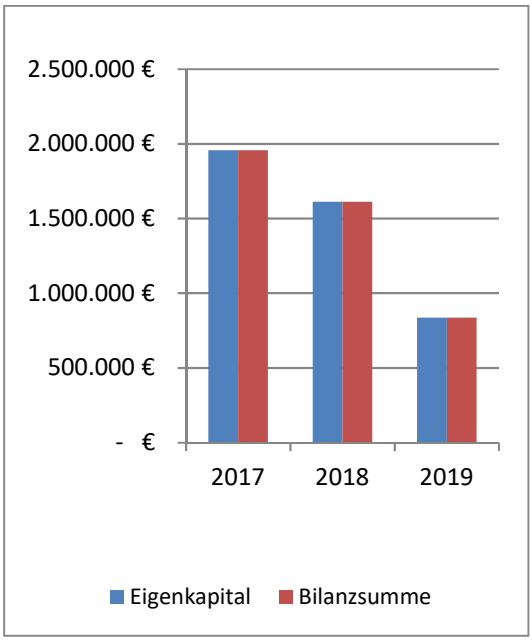
Gewinn- und Verlustrechnung	**2019 T€**	**2018 T€**	**2017 T€**
Umsatzerlöse	845	873	844
Sonstige betriebliche Erträge	54	55	71
Gesamtleistung	**898**	**928**	**915**
Materialaufwand	-2.735	-2.697	-2.339
Personalaufwand	-1.972	-1.778	-1.754
Abschreibungen	-93	-67	-62
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-872	-846	-820
Ergebnis nach Steuern	**-4.773**	**-4.460**	**-4.060**
sonstige Steuern	-1	0	-1
Jahresergebnis	**-4.774**	**-4.460**	**-4.061**
Verlustvortrag	-24.275	-23.876	-23.575
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	4.459	4.061	3.760
Bilanzverlust	**-24.589**	**-24.275**	**-23.876**

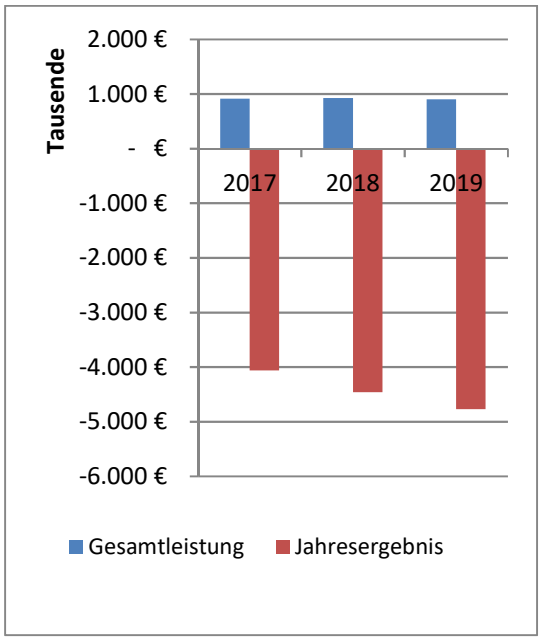
Kennzahlen zum Jahresabschluss	**2019**	**2018**	**2017**
Eigenkapitalquote	30,06%	63,34%	78,98%
Anlageintensität	32,54%	11,93%	10,46%
Liquidität 2. Grades	96,45%	240,26%	425,99%
Investitionen	172 T€	54 T€	
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-4.735 T€	-4.235 T€	-3.454 T€

Sonstige Kennzahlen	**2019**	**2018**	**2017**
Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten	33	30	30
davon Praktikanten	7	3	2
davon Mitarbeiter in Eltern- bzw. Teilzeit	8	10	11
davon Mitarbeiter in der Ausländervertretung	1	1	2

Die Gesellschaft erbringt im Auftrag ihrer Gesellschafter entsprechend ihrem Gesellschaftszweck Dienstleistungen im Bereich des Standortmarketings für die Region FrankfurtRheinMain insgesamt. Zur Erhaltung des Eigenkapitals und zur Finanzierung des Tagesgeschäfts ist die Gesellschaft auf Zuzahlungen angewiesen. Auf Basis von Beschlüssen von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung, wurden in den Jahren 2018 und 2019 unter Einbeziehung freier Rücklagen und vor dem Hintergrund von Verwahrentgelten in Zusammenhang mit der aktuellen Niedrigzinsphase gezielt verstärkte Aktivitäten entfaltet.

Graphische Darstellung





3.5. Natur, Tourismus und Kultur

3.5.1. Stadttheater Gießen GmbH

Berliner Platz 1, 35390 Gießen
Telefon 0641/7957-0, Telefax 0641/7957-26,
E-Mail: intendanz@stadttheater-giessen.de
Internet: www.stadttheater-giessen.de

Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Der Zweck des Unternehmens besteht in der Führung eines Mehrspartentheaters mit den Bereichen Schauspiel, Musiktheater und Tanz sowie der Durchführung von Auswärtsgastspielen. Darüber hinaus bietet das Stadttheater Sinfonie-, Chor- und Kammerkonzerte sowie Kinder- und Jugendtheater im Rahmen des verfügbaren Personals und der vorhandenen Mittel an.
Die Stadttheater Gießen GmbH ist im Rahmen des Studiengangs „Drama, Theater, Medien“ der Justus-Liebig-Universität Gießen an der theaterpraktischen Ausbildung von Studenten beteiligt, des Weiteren in Kooperation mit der Technischen Hochschule Mittelhessen an der Ausbildung in den Bereichen Eventmanagement und Eventtechnik.

Der **öffentliche Zweck** ist nach § 121 HGO erfüllt. ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die gemeinnützige Aufgabe liegt in der Volksbildung und der Vermittlung wertvollen Kulturgutes an die Bevölkerung.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	31.03.1954
Satzung	Fassung vom 03.04.2017
Handelsregister	Amtsgericht Gießen, HR B 95
Kapital	Stammeinlage 25.564,59 €
Gesellschafter	Stadt Gießen (80 % = 20.451,68 €), Landkreis Gießen (20 % = 5.112,92 €),
Steuerliche Verhältnisse	Die GmbH dient ausschließlich gemeinnützigen Zwecken und ist deshalb von Ertragssteuern befreit.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Grabe-Bolz	Dietlind	Oberbürgermeisterin der Universitätsstadt Gießen
Schneider	Anita	Landrätin des Landkreises Gießen

Aufsichtsrat

Grabe-Bolz	Dietlind	Oberbürgermeisterin	Vorsitzende
Schneider	Anita	Landrätin	stellv. Vorsitzende
Rockel	Achim	Oberamtsrat	ab 02/2019
Baumbach	Achim	Regierungsrat	bis 01/2019
Kittel	Jan-Sebastian		
Brinkmann, Prof. Dr.	Heinrich	Stadtverordneter	
Merz	Gerhard	Stadtverordneter	
Heidt-Sommer	Nina	Stadtverordnete	
Wagener	Christine	Stadtverordnete	
Roth	Thiemo	Stadtverordneter	
Scherer	Harald	ehemaliger Stadtverordneter	
Mukherjee, Prof. Dr.	Joybrato	Präsident der Justus-Liebig-Universität Gießen	
Göbel	Helga	Verein der Freunde des Stadttheaters Gießen e.V.	
Becker	Stefan	ehemaliger erster Kreisbeigeordneter des Landkreises Gießen	
Runkel, Prof. Dr.	Frank	Vizepräsident der THM	
Krautwurst	Sven	Vorsitzender des Betriebsrats	

Ein Entgelt wird für die Tätigkeit des Aufsichtsrates nicht gewährt.

Geschäftsführung

Miville	Cathérine	Intendantin und Geschäftsführerin

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Stadttheater GmbH handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2 HGO um keine Gesellschaft, deren Tätigkeit als wirtschaftliche Betätigung im Sinne der HGO zu betrachten ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzung des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

In § 3 des Theatervertrages zwischen dem Land Hessen, der Stadt Gießen und dem Landkreis Gießen über den Betrieb des Stadttheaters verpflichten sich die Vertragspartner, die ab dem Haushaltsjahr 1990 nicht durch Einnahmen gedeckten Betriebskosten gemeinsam zu tragen. Die vertraglichen Vereinbarungen führen zu Finanzierungsanteilen von 52 % des Landes, 40 % der Stadt und 8 % des Landkreises. Die Finanzierungsanteile der Stadt und des Kreises werden von diesen im Verhältnis der Geschäftsanteile (4/5 und 1/5) getragen. Dies bedeutet, dass auf den Landkreis 9,6 % (=1/5 von 48 %) und auf die Stadt 38,4 % (4/5 von 48 %) entfallen.

Ferner wurde am 04.06.2013 eine Zusatzvereinbarung zum Theatervertrag ratifiziert. Mehrkosten durch Tarifsteigerungen werden zu 68 % vom Land und zu 32 % von den Gesellschaftern Stadt und Landkreis finanziert. Auf einen Eigenanteil des Stadttheaters an der Tarifsteigerung haben die Zuschussgeber ab 2017 verzichtet.

	2019	2018	2017
Ausgaben			
Zuschuss	1.403.700,00 €	1.373.880,00 €	1.354.440,00 €

Ansonsten bestanden in den Jahren 2019 - wie in den Jahren 2018 und 2017 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen gegenüber der Stadttheater Gießen GmbH nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2019	2018	2017
Jahresabschlussprüfer	GBZ Revisions und Treuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Marburg		
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja	Ja	Ja

Geschäftsentwicklung

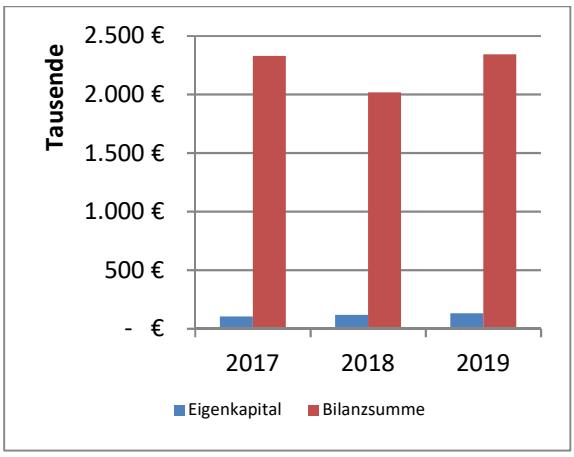
Bilanz des Unternehmens	2019	2018	2017
AKTIVA	**T€**	**T€**	**T€**
A. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	229	225	238
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.351	1.033	1.352
III. Kassenbestände,	741	726	717
B. Rechnungsabgrenzungsposten	21	33	21
Bilanzsumme	**2.342**	**2.017**	**2.328**
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Gewinnrücklage	90	79	71
III. Jahresüberschuss	15	12	8
B. Rückstellungen	966	944	966
C. Verbindlichkeiten	980	732	1.007
D. Rechnungsabgrenzungsposten	265	225	250
Bilanzsumme	**2.342**	**2.018**	**2.328**

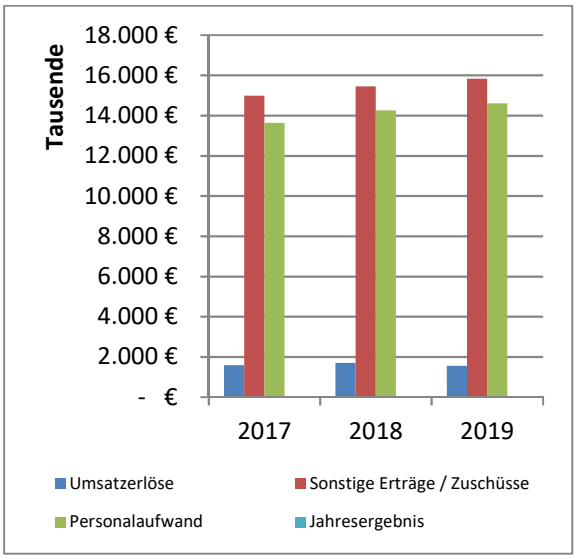
Gewinn- und Verlustrechnung	2019 T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	1.544	1.693	1.582
Sonstige betriebliche Erträge	15.825	15.442	14.983
Gesamtleistung	**17.369**	**17.135**	**16.565**
Materialaufwand	-1.105	-1.189	-1.073
Personalaufwand	-14.610	-14.261	-13.634
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.639	-1.673	-1.850
Betriebsergebnis	**15**	**12**	**8**
Sonstige Zinserträge	0	0	0
Zinsaufwendungen	0	0	0
Jahresergebnis	**15**	**12**	**8**

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2019	2018	2017
Eigenkapitalquote	5,59%	5,75%	4,51%
Investitionen	360 T€	389 T€	398 T€
Gesamtkapitalrentabilität	0,64%	0,59%	0,34%
Personalintensität	84,12%	83,23%	82,31%

Sonstige Kennzahlen	2019	2018	2017
durchschnittliche Anzahl der Angestellten	155	155	155
durchschnittliche Anzahl der Arbeiter	53	53	53
Anzahl der Vorstellungen Großes Haus	199	195	208
Anzahl der Vorstellungen Studiobühne TiL bzw. taT	228	243	231

Graphische Darstellung





Lagebericht 2019

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.5.2. Region Vogelsberg Touristik GmbH

Am Vulkaneum 1, 63679 Schotten
Telefon 06044 / 96693-0,
Telefax 06044 / 96693-29,
E-Mail: info@vogelsberg-touristik.de
Internet: www.vogelsberg-touristik.de

Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist die Vermarktung, Präsentation und Positionierung der Region und ihrer Angebote, die Einrichtung einer Koordinations-, Informations- und Beratungsstelle für Gastronomie und touristische Anbieter, die Förderung der regionalen Kooperation, die Moderation regionaler Interessengruppen, die Entwicklung und Verbesserung von Tourismusprodukten und die Angebotskoordination, die Entwicklung einer Dachmarke Vogelsberg, das Anbieten spezifischer Dienstleistungen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Gesellschaft fördert die touristische Vermarktung der Region. Ziel ist vor allem, den betriebswirtschaftlichen Erfolg für die direkt am Tourismus beteiligten Unternehmen zu verbessern.

Ab dem 01.01.2009 wurde der Landkreis Gießen Gesellschafter an der Region Vogelsberg Touristik GmbH. Ziel der Mitgliedschaft für den Landkreis Gießen ist die Unterstützung durch eine professionelle Vermarktungsorganisation, um die Wertschöpfung durch den Tourismus im Ostteil des Landkreises Gießen weiter zu erhöhen.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	19.12.2001
Satzung	letzte Änderung am 22.09.2014
Handelsregister	Amtsgericht Friedberg, HRB 5746
Kapital	Stammkapital 150.750 €

Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil %	Anteil €
Vogelsbergkreis	22,55	34.000
Wetteraukreis	14,10	21.250
Landkreis Gießen	6,63	10.000
Main-Kinzig-Kreis	3,32	5.000
Stadt Alsfeld	3,32	5.000
Gemeinde Antrifftal	0,17	250
Bemeinde Birstein	0,33	500
Gemeinde Echzell	0,17	250
Stadt Gedern	1,82	2.750

Gesellschafter
(Fortsetzung)

Gesellschafter	Anteil %	Anteil €
Gemeinde Feldatal	0,33	500
Gemeinde Freiensteinau	0,66	1.000
Gemeinde Gemünden (Feldatal)	0,17	250
Gemeinde Glauburg	0,17	250
Gemeinde Grebenhain	3,65	5.500
Stadt Grebenau	0,17	250
Stadt Herbstein	2,65	4.000
Gemeinde Hirzenhain	0,17	250
Stadt Homberg/Ohm	1,33	2.000
Stadt Hungen	0,66	1.000
Stadt Kirtorf	0,17	250
Stadt Laubach	2,99	4.500
Kreisstadt Lauterbach	2,65	4.000
Gemeinde Lautertal	0,17	250
Stadt Büdingen	2,16	3.250
Stadt Grünberg	2,99	4.500
Stadt Nidda	8,46	12.750
Stadt Ortenberg	0,66	1.000
Gemeinde Ranstadt	0,17	250
Stadt Romrod	0,17	250
Stadt Ulrichstein	2,16	3.250
Stadt Schlitz	1,00	1.500
Stadt Schotten	1,99	3.000
Gemeinde Schwalmtal	0,17	250
Gemeinde Wartenberg	0,17	250
Natur- und Lebensraum Vogelsberg e.V.	1,00	1.500
IHK Gießen-Friedberg	1,66	2.500
HoGa Hotel- und Gaststätten-Verband Vogelsberg e.V.	1,66	2.500
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	1,00	1.500
Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO)	1,99	3.000
Gemeinde Mücke	1,00	1.500
Geopark Vulkanregion Vogelsberg e. V.	3,32	5.000

Steuerliche Verhältnisse

Die Region Vogelsberg Touristik GmbH ist als Kapitalgesellschaft unbeschränkt körperschafts-, umsatz- und gewerbesteuerpflichtig. Die Gesellschaft wird beim Finanzamt Fulda unter der Steuernummer 018 242 01638 geführt.

Es ist vorgesehen, dass die Anteile des Wetteraukreises und die Anteile der Städte Gedern, Nidda, Ortenberg und Büdingen und der Gemeinden Hirzenhain, Echzell Glauburg und Randstadt sowie die Anteile des Geopark VV e.V. veräußert werden. Der Vogelsbergkreis übernimmt 31,2% und die Stadt Lich 1% der zu veräußernden Anteile. Ferner soll ein Zusammenschluss der Firma Region Vogelsberg GmbH mit dem Geopark VV e.V. erfolgen.
Außerdem ist vorgesehen, dass das Stammkapital auf 25.011,00 € herabgesetzt wird, um damit den Verlustvortrag zu kompensieren.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Mischak, Dr.	Jens	EKB Vogelsbergkreis	Vorsitzender
Walther	Matthias	EKB Wetteraukreis	stellv. Vorsitzender

Aufsichtsrat

Mischak, Dr.	Jens	EKB Vogelsbergkreis	Vorsitzender
Schneider	Anita	Landrätin Landkreis Gießen	stellv. Vorsitzende
Schaab	Susanne	Bürgermeisterin Schotten, für die Städte / Gemeinden Vogelsbergkreis	
Kempel	Guido	Bürgermeister Gedern, für die Städte/Gemeinden Wetteraukreis	
Klug	Peter	Bürgermeister Laubach, für die Städte/Gemeinden Landkreis Gießen	
Wendzinski, Dr.	Frank	Geschäftsführer IHK Gießen-Friedberg	
Dogana	Valerio	1. Vorsitzender HOGA Vogelsbergkreis.	
Straub	Hubert	1. Vorsitzender Pro Vogelsberg Touristik e.V.	
Klein	Armin	Geschäftsführer VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH	

Stellvertreter

Raab	Heinrich	Kreisbeigeordneter Vogelsbergkreis
Weckler	Jan	Landrat Wetteraukreis
Schmahl, Dr.	Christiane	1. Kreisbeigeordnete Landkreis Gießen
Spielberger	Sascha	Bürgermeister Freiensteinau, für die Städte/Gemeinden Vogelsbergkreis
Tichai	Timo	Bürgermeister Hirzenhain, für die Städte / Gemeinden Wetteraukreis
Ide	Frank	Bürgermeister Grünberg, für die Städte/Gemeinden Landkreis Gießen
Schwerin	Andreas	Informat.-Beauftragter IHK Gießen-Friedberg
Riepl	Heinz	Gastronom, HOGA Vogelsbergkreis
Blum	Claudia	Bürgermeisterin, Pro Vogelsberg Touristik e.V.
Hofmann	Volker	Prokurist VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH

Geschäftsführer/-in

Merk	Roger	Schotten

Die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs 1 HGO sind erfüllt.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Neben der Stammeinlage ist jährlich ein Zuschuss zu entrichten. Für den Landkreis Gießen bezieht sich der Zuschuss auf die Städte Grünberg, Hungen und Laubach.

	2019	2018	2017
Ausgaben			
Zuschuss	28.918,07 €	26.000 €	26.000 €

Es bestanden im Jahr 2019 keine weiteren Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren. Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der Region Vogelsberg Touristik GmbH nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2019	2018	2017
Jahresabschlussprüfer	Theobald Jung Scherer **AG** Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Gießen		
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

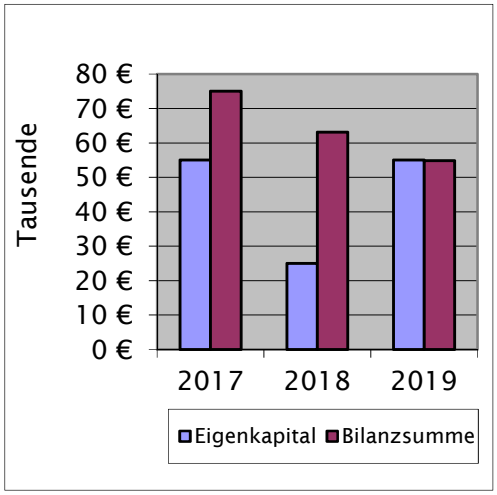
Der folgenden Darstellung liegt der noch ungeprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2019 zugrunde.

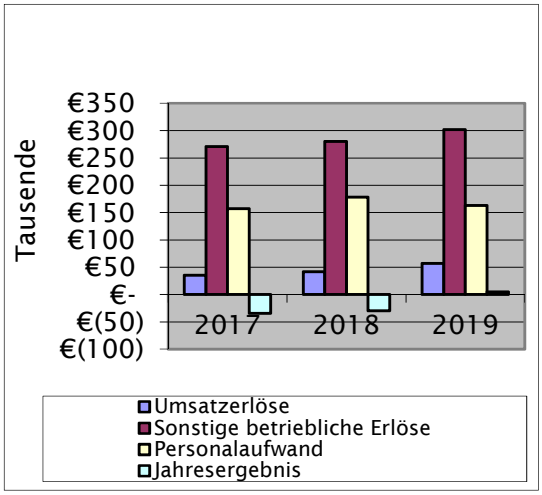
Bilanz des Unternehmens **AKTIVA**	2019 T€	2018 T€	2017 T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlage	3	3	5
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1	1	1
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstän	0	12	3
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	51	44	66
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	3	0
Bilanzsumme	**55**	**63**	**75**
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	151	151	151
II. Gewinnvortrag	-126	-96	-61
III. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	5	-30	-35
B. Rückstellungen	15	20	15
C. Verbindlichkeiten	10	18	5
Bilanzsumme	**55**	**63**	**75**

Gewinn- und Verlustrechnung	2019 T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	57	42	36
Sonstige betriebliche Erträge	302	280	271
Gesamtleistung	**359**	**322**	**306**
Materialaufwand	-38	-15	-17
Personalaufwand	-163	-178	-157
Abschreibungen	-1	-1	-2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-152	-158	-165
Jahresergebnis	**5**	**-30**	**-35**

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2019	2018	2017
Eigenkapitalquote	54,55%	39,68%	73,33%
Anlageintensität	4,74%	5,39%	6,67%
Liquidität 2. Grades	204,00%	153,95%	345,00%
Anlagedeckungsgrad 2	1153,85%	735,29%	1100,00%
Investitionen	0 T€	0 T€	4 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	7 T€	- 22 T€	- 32 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II)	16,67%	-120,00%	-63,10%
Gesamtkapitalrentabilität	9,09%	-47,62%	-46,28%
Umsatzrentabilität	8,77%	-71,43%	-97,74%
Materialintensität	10,58%	4,66%	5,55%
Personalintensität	45,40%	55,28%	51,26%

Graphische Darstellung





Lagebericht 2019

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.5.3. Wasserverband Nidda

Hanauer Straße 9-13, 61169 Friedberg/Hessen
Geschäftsstelle:
Hof Graß 1, 35410 Hungen
Telefon 06402/511-8843, Telefax 06402/511-8810
E-Mail: info@wasserverband-nidda.de
Home: http://www.wasserverband-nidda.eu

Verbandszweck und öffentlicher Zweck

Ausbau und Unterhaltung der Nidda vom Wehr Eschersheim-Heddernheim (Stadtgebiet Frankfurt/Main) bis einschließlich Ortslage Rudingshain (Vogelsbergkreis) mit den beiden Niddaquellbächen Hundsborn- und Graswiesenbach, des Flutgrabens in Nidda, der Ulfa von der Mündung in die Nidda bis zur Hochwasserrückhalteanlage Ulfa und der Wetter von der Mündung in Niddatal/Assenheim bis zur Gemarkungsgrenze Laubach (OT Münster) und Lich (OT Ober-Bessingen) sowie ab 01.01.2012 des **Eichelbachs** von der Mündung in die Nidda bis zur unteren Bebauungsgrenze Schotten/Breungeshain, jeweils einschließlich der Uferrandstreifen, soweit sie im Eigentum des Verbandes oder einer Gemeinde stehen, und Unterhaltung oder Wiederherstellung des naturnahen Gewässerzustandes; Erstellung, Betrieb und Unterhaltung der Hochwasserrückhalteanlagen und Talsperren; Errichtung und Unterhaltung der Bauwerke in und an den genannten Gewässern, sofern dies nicht Aufgabe der Triebwerksbesitzer oder sonstiger Verpflichteter ist.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Verbandszweck. Die Tätigkeit des Verbandes dient dem Hochwasserschutz und der Gewässerunterhaltung.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	**Wasserverband**		
Gründung	**1961**		
Satzung	i. F. vom 29.11.1999, zuletzt geändert mit Wirkung zum 01.01.2020		
Mitglieder	Landkreise	Städte	Gemeinden
	Landkreis Gießen	Frankfurt/Main	Ranstadt
	Wetteraukreis	Bad Nauheim	Rockenberg
	Vogelsbergkreis	Bad Vilbel	Wöllstadt
		Butzbach	
		Florstadt	
		Friedberg	
		Karben	
		Lich	
		Münzenberg	
		Nidda	
		Niddatal	
		Schotten	

Gemäß Entscheidung der Verbandsversammlung vom 26.01.2015 ergibt sich das Beteiligungsverhältnis der Mitglieder auf Grundlage der durchschnittlich gezahlten jährlichen Umlage der letzten 5 Jahre im Verhältnis zu den Umlagezahlungen aller Mitglieder.
Für den Landkreis Gießen ergibt sich somit kein Anteil.

Organe des Wasserverbandes

Verbandsversammlung, (18 Vertreter)

Vertreter Landkreis Gießen

Högy	Elke	Kreistagsabgeordnete

Verbandsvorstand (14 Personen)

Arnold	Joachim	Wetteraukreis	Verbandsvorsteher
Stock	Hans-Peter	Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Landkreis Gießen	stellv. Verbandsvorsteher
Winter	Otto Heinrich	Vogelsbergkreis	
Kammerer	Roland	Ltd. Baudirektor Stadt Frankfurt	ab 02/2019
Kristeller	Werner	Ltd. Baudirektor Stadt Frankfurt	bis 01/2019
Friedrich	Andreas	Stadtrat Bad Nauheim	
Stöhr, Dr.	Thomas	Bürgermeister Stadt Bad Vilbel	
Unger	Herbert	Bürgermeister Stadt Florstadt	
Contag	Johannes	Stadtrat Friedberg	
Rahn	Guido	Bürgermeister Stadt Karben	
Seum	Hans-Peter	Bürgermeister Stadt Nidda	
Hertel, Dr.	Bernhard	Bürgermeister Stadt Niddatal	
Reichert-Dietzel	Cäcilia	Bürgermeisterin Gemeinde Randstadt	
Klein	Bernd	Bürgermeister Stadt Lich	bis 15.01.2020
Schaab	Susanne	Bürgermeisterin Stadt Schotten	

Geschäftsstelle

Ab dem 01.01.2019 hat der ZOV die technische und kaufmännische Betriebsführung des Wasserverbandes übernommen.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei dem Wasserverband Nidda handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 1 HGO um keine Organisation, deren Tätigkeit als wirtschaftliche Betätigung im Sinne der HGO zu betrachten ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzung des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich ist.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Ab 2015 ergibt sich ein jährlicher Beitrag in Höhe von 250 €.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten des Wasserverbandes Nidda nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

Die Jahresrechnungen des Wasserverbandes werden durch die Revision des Wetteraukreises geprüft.

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens

Bilanz		**2019**	**2018**	**2017**
AKTIVA		**T€**	**T€**	**T€**
A.	***Anlagevermögen***			
I.	Sachanlagen	28.191	29.260	25.940
B.	***Umlaufvermögen***			
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6	480	354
II.	Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	1.021	2.058	334
	Summe Aktiva	**29.218**	**31.798**	**26.628**
PASSIVA				
A.	***Eigenkapital***			
	Nettoposition	1.981	1.981	1.981
	Rücklagen	705	705	705
	Gewinnvortrag	1.547	1.413	1.341
	Jahresüberschuss	573	134	72
B.	**Sonderposten**	18.909	19.488	17.118
C.	**Verbindlichkeiten**	5.503	8.077	5.411
	Summe Passiva	**29.218**	**31.798**	**26.628**

Ergebnishaushalt	2019 T€	2018 T€	2017 T€
Privatrechtliche Leistungsentgelte	12	0	16
Kostenersatzleistungen und -Erstattungen	162	162	142
Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	1.870	1.375	1.375
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	208	280	441
Erträge aus Auflösung von Sonderposten für Investitionszuwendungen, - zuschüssen, -beiträgen	804	721	715
sonstige ordentliche Erträge	38	23	40
Summe der ordentlichen Erträge	**3.094**	**2.561**	**2.729**
Personalaufwendungen	-384	-411	-358
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-850	-792	-1.154
Abschreibungen	-1.090	-996	-948
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, sonstige besondere Finanzausgaben	-17	-47	-13
sonstige ordentliche Aufwendungen	-6	-2	-2
Summe der ordentlichen Aufwendungen	**-2.347**	**-2.248**	**-2.475**
Verwaltungsergebnis	**746**	**313**	**254**
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-173	-179	-183
Finanzergebnis	**-173**	**-179**	**-183**

Sonstige Kennzahlen	2019	2018	2017
Zahl der hauptamtlich angestellten Vollzeitstellen	5	5	5
Zahl der Mitarbeiter, die gegen Aufwandsentschädigung beschäftigt werden.	4	4	4

3.5.4. Zweckverband Naturpark Taunus

Hohemarkstr.192, 61440 Oberursel (Taunus)
Telefon: 06171/97907-0, Telefax 06171/97907-11
e-mail: info@naturpark-taunus.de
Internet: www.naturpark-taunus.de

Verbandszweck und öffentlicher Zweck

Der Verband hat den Zweck, im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen, insbesondere durch Maßnahmen auf dem Gebiet des Landschaftsschutzes, den „Naturpark Taunus“ mit dem Ziel zu fördern, in diesem als Erholungsgebiet besonders geeigneten Raum, die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen, die Landschaft zu erhalten, zu pflegen und zu gestalten und den Menschen eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen. Dies soll insbesondere durch die Lenkung des Erholungsverkehrs (Besucherlenkung) durch Schaffung und Unterhaltung der erforderlichen Infrastruktur, sowie die Förderung aller dem Wandern, dem landschaftsbezogenen Breitensport und der naturnahen Erholung dienenden Maßnahmen und Einrichtungen innerhalb des Naturparks geschehen

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Verbandszweck. Die Tätigkeit des Verbandes dient Erholung, Naturschutz und Tourismus.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Zweckverband → Körperschaft des öffentlichen Rechts	
Gründung	1962	
Satzung	Fassung mit Gültigkeit ab 01.01.2016 zuletzt geändert durch Beschluss vom 25.11.2015	
Mitglieder		Anteil an Umlage
	Hochtaunuskreis	38,22%
	Lahn-Dill-Kreis	6,11%
	Landkreis Limburg-Weilburg	6,11%
	Main-Taunus-Kreis	32,81%
	Wetteraukreis	7,61%
	Landkreis Gießen	1,53%
	Stadt Frankfurt/Main	7,61%
		Anzahl Vertreter
	Hochtaunuskreis	11
	Lahn-Dill-Kreis	2
	Landkreis Limburg-Weilburg	2
	Main-Taunus-Kreis	9
	Wetteraukreis	3
	Landkreis Gießen	1
	Stadt Frankfurt/Main	3

Organe der Gesellschaft

Verbandsversammlung, (31 Mitglieder)

Paulenz	Kristina	Wetteraukreis	Vorsitzende
Ketter	Reinhold	Landkreis Limburg-Weilburg	stellv. Vorsitzender
Schmidt	Ingrid	Lahn-Dill-Kreis	stellv. Vorsitzende

Vertreter des Landkreises Gießen

Dörr	Gerald	
Hanika	Martin	Stellvertreter

An die Mitglieder der Verbandsversammlung wurden im Geschäftsjahr 2019 Sitzungsgelder i.H.v. 706 Euro (2018 583 Euro, 2017 460,20 Euro,) gezahlt.

Verbandsvorstand

Krebs	Ulrich	Landrat Hochtaunuskreis	Vorsitzender
Cyriax	Michael	Landrat Main-Taunus-Kreis	stellv. Vorsitzender
Weckler vertreten durch Walther	Jan Matthias	Landrat Wetteraukreis Kreisbeigeordneter Wetteraukreis	
Dette	Wolfram	Dezernent Lahn-Dill-Kreis	
Stoll	Karl-Heinz	Kreisbeigeordneter Landkreis Limburg/Weilburg	
Schneider vertreten durch Becker	Anita Hans-Jürgen	Landrätin Landkreis Gießen Kreisbeigeordneter Landkreis Gießen	
Dommermuth	Peter	für die Stadt Frankfurt	

Der Verbandsvorstand besteht aus den jeweiligen Vorsitzenden der Verwaltungsorgane der Verbandmitglieder oder an deren Stelle aus von einzelnen Verbandsmitgliedern hierzu besonders benannten Vertretern/innen. Verbandsvorsitzende(r) ist das dem Hochtaunuskreis angehörende Vorstandsmitglied. Stellvertreter des/der Verbandsvorsitzenden ist das dem Main-Taunus-Kreis angehörende Vorstandsmitglied.

An die Mitglieder des Vorstandes wurden im Geschäftsjahr 2018 Sitzungsgelder i.H.v. 552 Euro (2018 430 Euro, 2017 613,60 Euro) gezahlt.

Geschäftsstellenleiter

Hartmann	Uwe

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei dem Zweckverband Naturpark Taunus handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2 HGO um keine Organisation, deren Tätigkeit als wirtschaftliche Betätigung im Sinne der HGO zu betrachten ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzung des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich ist.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2019	2018	2017
Ausgaben			
Verbandsumlage	6700,00 Euro	6.400,00 Euro	6.150,00 Euro

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten des Zweckverbandes Naturpark Taunus nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2019	2018	2017
Jahresabschlussprüfer	Rechnungsprüfungsamt des Hochtaunuskreises		

Geschäftsentwicklung

Bilanz		2019 T€	2018 T€	2017 T€
AKTIVA				
A.	***Anlagevermögen***			
I.	Sachanlagen	3.150	3.212	3.215
B.	***Umlaufvermögen***			
I.	Vorräte und Bestand Publikationen	0	1	1
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	29	28	15
III.	Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	150	94	111
C.	**Rechnungsabgrenzungsposten**	2	2	1
	Summe Aktiva	**3.331**	**3.337**	**3.343**
PASSIVA				
A.	***Eigenkapital***			
	Nettoposition	113	113	113
	Ergebnisverwendung	91	45	42
	Jahresüberschuss	0	0	3
B.	**Sonderposten**	1.381	1.413	1.390
C.	**Rückstellungen**	144	98	91
D.	**Verbindlichkeiten**	1.558	1.628	1.687
E.	**Rechnungsabgrenzungsposten**	44	40	17
	Summe Passiva	**3.331**	**3.337**	**3.343**

Ergebnisrechnung	2019 T€	2018 T€	2017 T€
Privatrechtliche Leistungsentgelte	426	413	403
Kostenersatzleistunge und -erstattungen	3	8	5
Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	9	9
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	663	551	510
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	38	39	48
sonstige ordentliche Erträge	36	23	34
Summe der ordentlichen Erträge	**1.165**	**1.043**	**1.009**
Personalaufwand	-500	-481	-467
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-493	-410	-373
Abschreibungen	-85	-93	-103
sonstige ordentliche Aufwendungen	-8	-8	-8
Summe der ordentlichen Aufwendungen	**-1.086**	**-992**	**-951**
Verwaltungsergebnis	**79**	**51**	**58**
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-47	-49	-52
Finanzergebnis	**-47**	**-49**	**-52**
Ordentliches Ergebnis	**31**	**1**	**6**
Außerordentliches Ergebnis	**13**	**-1**	**-3**
Jahresergebnis	**45**	**0**	**3**

Kennzahlen

Aus dem Jahresabschluss ermittelte Kennzahlen	**2019**	**2018**	**2017**
Eigenkapitalquote I	6,11%	4,73%	4,73%
Eigenkapitalquote II	47,58%	47,08%	46,31%
Anlageintensität	94,57%	96,25%	96,17%
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II)	2,87%	0,00%	0,19%
Gesamtkapitalrentabilität	2,78%	1,47%	1,65%
Personalintensität	42,91%	46,12%	46,28%
Materialintensität	42,32%	39,31%	36,97%

Sonstige Kennzahlen	**2019**	**2018**	**2017**
Anzahl der Beschäftigten per 31.12.	10	10	10
davon Teilstelle 50%	0	2	2
davon Teilstelle 90%	1	1	1
FÖJler	1	1	1

3.5.5. Zweckverband Naturpark Vulkanregion Vogelsberg

Am Vulkaneum 1, 63679 Schotten
Telefon 06044/2631
E-mail: info@naturpark-vogelsberg.de
Internet: www.naturpark-vulkanregion-vogelsberg.de

Verbandszweck und öffentlicher Zweck

Der Zweckverband fördert im „Naturpark Vulkanregion Vogelsberg“ den Natur- und Landschaftsschutz. Sein Ziel ist es, dieses Erholungsgebiet zu erschließen und der Bevölkerung zugänglich zu machen. Der Zweckverband wird daneben den Fremdenverkehr fördern, um eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen. Er setzt sich für die Verwirklichung der Grundsätze des Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzes ein.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Verbandszweck gem. §3 “Aufgaben“ der Verbandssatzung. Die Tätigkeit des Verbandes dient Erholung, Naturschutz und Tourismus.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform Zweckverband

Gründung 1957

Satzung Verbandssatzung vom 22.07.1997, Änderungssatzung vom 04.11.2016 (gültig ab 01.12.2016)

Mitglieder

Mitglied	Anzahl Vertreter in Verbandsversammlung	Anteil gemäß Stimmverteilung	Anteil an Umlage
Vogelsbergkreis	8	34,75 %	42,1 %
Landkreis Gießen	2	8,7 %	11,1 %
Wetteraukreis	2	8,7 %	10,4 %
Stadt Schotten	1	4,35 %	13,3 %
Gemeinde Grebenhain	1	4,35 %	5,1 %
Stadt Ulrichstein	1	4,35 %	4,4 %
Stadt Laubach	1	4,35 %	4,0 %
Stadt Gedern	1	4,35 %	3,0 %
Stadt Herbststein	1	4,35 %	2,1 %
Gemeinde Lautertal	1	4,35 %	2,0 %
Gemeinde Freiensteinau	1	4,35 %	0,6 %
Stadt Nidda	1	4,35 %	0,6 %
Gemeinde Hirzenhain	1	4,35 %	0,4 %
Gemeinde Birstein	1	4,35 %	0,9 %

Organe der Gesellschaft

Verbandsversammlung, (23 Vertreter)

Blum	Claudia	Vogelsbergkreis	Vorsitzender
Wiegel	Kurt	Vogelsbergkreis	stellv. Vorsitzende

Vertreter Landkreis Gießen

Högy	Elke
Henkel	Anette

Verbandsvorstand

Mischak, Dr.	Jens	Erster Kreisbeigeordneter Vogelsbergkreis	Vorsitzender
Schaab	Susanne	Bürgermeisterin Schotten	
Schneider	Anita	Landrätin Landkreis Gießen	
Walther	Matthias	Kreisbeigeordneter Wetterau	
Schneider	Edwin	Bürgermeister Ulrichstein	

Beirat

Jeweils ein Vertreter folgender Institutionen

1. Georpark Vulkanregion Vogelsberg
2. Vogelsberger Höhen Club e.V.
3. Naturschutzgroßprojekt Vogelsberg
4. Region Vogelsberg Touristik
5. Hessen Forst (Forstamt Schotten)
6. Hessen Forst (Forstamt Wettenberg)
7. Pro Vogelsberg e.V.

Geschäftsführer

Frischmuth	Rudolf	Forstamtsrat

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei dem Zweckverband Naturpark Vulkanregion Vogelsberg handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2 HGO um keine Organisation, deren Tätigkeit als wirtschaftliche Betätigung im Sinne der HGO zu betrachten ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzung des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich ist.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2019	2018	2017
Ausgaben			
Verbandsumlage	16.914 Euro	14.848 Euro	14.444 Euro

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten des Zweckverbandes nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2019	2018	2017
Jahresabschlussprüfer	Rechnungsprüfungsamt des Vogelsbergkreises		

Geschäftsentwicklung

AKTIVA	2019 T€	2018 T€	2017 T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	420	603	583
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8	8	10
II. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	90	57	11
Bilanzsumme	**518**	**668**	**604**
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
Nettoposition	169	169	169
Rücklagen	52	70	68
Jahresüberschuss	23	-18	3
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	268	441	355
D. Verbindlichkeiten	6	6	9
Bilanzsumme	**518**	**668**	**604**

Ergebnisrechnung	2019 T€	2018 T€	2017 T€
Privatrechtliche Leistungsentgelte	2	1	11
Kostenersatzleistungen und -Erstattungen	26	34	31
Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	152	134	130
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	93	93	104
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	40	45	42
sonstige ordentliche Erträge	1	0	0
Summe der ordentlichen Erträge	**314**	**307**	**318**
Personalaufwendungen	-155	-152	-144
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-86	-112	-111
Abschreibungen	-51	-63	-60
Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	-1
Summe der ordentlichen Aufwendungen	**-292**	**-327**	**-316**
Verwaltungsergebnis	**21**	**-19**	**2**
Finanzergebnis	**0**	**0**	**0**
Ordentliches Ergebnis	**21**	**-19**	**2**
Außerordentliches Ergebnis	**2**	**1**	**0**
Jahresergebnis	**23**	**-18**	**2**

Kennzahlen

Aus dem Jahresabschluss ermittelte Kennzahlen	2019	2018	2017
Eigenkapitalquote I	47,10%	33,08%	39,74%
Eigenkapitalquote II	98,84%	99,10%	98,51%
Anlageintensität	81,08%	90,27%	96,52%
Liquidität 2. Grades	1633,33%	1083,33%	233,33%
Anlagedeckungsgrad 2	121,90%	109,78%	102,06%
Investitionen	3 T€	212 T€	151 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II)	4,49%	-2,72%	0,34%
Gesamtkapitalrentabilität	4,44%	-2,69%	0,33%
Materialintensität	27,39%	36,48%	34,91%
Personalintensität	49,36%	49,51%	45,28%

Sonstige Kennzahlen	2019	2018	2017
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt			
Beschäftigte nach dem TVöD	2,0	2,0	2,0
Beschäftigte mit Pauschalvertrag	1,0	1,0	1,0

*Eigenkapital II:

Daneben ist vom Landesbetrieb Hessen-Forst ein Beamter der Bes. Gr. A 12 als Geschäftsführer zu 100 % abgestellt.

Jahresbericht 2019 der Geschäftsstelle Zweckverband Naturpark Vulkanregion Vogelsberg

Ein Auszug aus dem Jahresbericht ist im Anhang enthalten.

3.6. Eigenbedarf und Sonstiges

3.6.1. Servicebetrieb Landkreis Gießen

Riversplatz 1 - 9, 35394 Gießen
Telefon 0641/9390 - 0, Telefax 0641/33448
E-Mail: Info@lkgi.de, Internet: www.lkgi.de

Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Der 2013 gegründete Eigenbetrieb „Servicebetrieb Landkreis Gießen“ beruht auf dem Grundsatzbeschluss des Kreistages vom 10. September 2012 mit dem Ziel der Rekommunalisierung der Reinigungs- und Hausmeisterdienste. Als Gesellschaftszweck des Servicebetriebs sind insbesondere Hausmeisterdienste und Reinigungsdienstleistungen sowie weitere Dienstleistungen für den Landkreis Gießen festgelegt worden. Auf Beschluss des Kreistags vom 05. Oktober 2015 erfolgte die Eingliederung des Stabes Bauunterhaltung zum 01. Januar 2016 in den Servicebetrieb Landkreis Gießen. Zum 01.01.2016 haben sich die Dienstleistungen für den Servicebetrieb Landkreis Gießen entsprechend erweitert. Die bisherigen Dienstleistungen Gebäudereinigung und Hausmeisterdienste wurden ab dem 01.01.2016 um die Aufgabengebiete Glasreinigung der Schul- und Verwaltungsliegenschaften, die Abwicklung von Versicherungsschäden an Schulen, die Energieverbrauchserfassung und Abwicklung/Abrechnung mit den Versorgern, sowie die bauliche Unterhaltung aller kreiseigenen Schul- und Verwaltungsliegenschaften erweitert.

Die Zusammenführung maßgeblicher Aufgaben der Gebäudebewirtschaftung führte im Servicebetrieb zur Aufrechterhaltung und Optimierung von Betriebsfunktionen. Überdies wurden die gesamten gebäudewirtschaftlichen Leistungen mit Eingliederung der neuen Aufgaben eindeutig zugeordnet. Dies führte dazu, dass für die Nutzer und auch für die Verwaltung die Gebäudebewirtschaftung transparenter und effizienter geworden ist. Hierdurch wurden zahlreiche Verbesserungen und Vereinfachungen von Arbeitsabläufen erreicht. Hervorgerufen wurden diese durch die Dezimierung von Schnittstellen, vermehrten Synergien und der damit verbundenen Zentralisierung von Aufgaben unter einem Dach.

Die Stellen für den EDV-Support an Schulen, dem Umzugsmanagement sowie der Küchenhilfen wurden im Haushaltsjahr 2020 in den Stellenplan des Landkreises Gießen überführt.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Eigenbetrieb
Gründung	10.09.2012/01.01.2013
Satzung	Satzung vom 10.09.2012, zuletzt geändert am 05.10.2015
Kapital	Stammkapital 200.000 €

Unternehmensorgane

Betriebskommission

Schmahl, Dr.	Christiane	Erste Kreisbeigeordnete Vorsitzende		
Schneider	Anita	Landrätin		
Stock	Hans-Peter	Hauptamtlicher Kreisbei-geordneter		

Henkel	Annette	Dipl.-Verwaltungsfach-wirtin	SPD	
Brunner	Thomas	Bürgermeister	SPD	
Haas	Dirk	Bürgermeister	SPD	
Knoche	Matthias	Prokurist	B`90/Die Grünen	
Semmler	Günther	Dipl.-Religionspäda-goge	FW	
Haumann	Heinz-Peter	OB a.D. Stadt Gießen	CDU	bis 16.07.2019
Hanika	Martin	Dipl.-Ing.	CDU	
Scherer	Harald	Rechtsanwalt	FDP	
Hamel	Reinhard	Selbständiger	Gießener Linke	
Gans	Heidrun	Personalrats-vorsit-zende		
Salz	Ulrich	Selbständiger		
Schäfer	Klaus	Hausmeister		
Steinbrecher	Lolita	Reinigungskraft		
Jochim	Elisabeth	Gleichstellungs-beauf-tragte		ab 07/2019
Rosemann	Susanne	Finanzfachwirtin		bis 06/2019
Krieger	Sebastian	Finanzbeamter		
Buss, Dr.	Michael	Dipl.-Volkswirt		
Lauer	Jürgen	Gewerkschafts-sekre-tär		

Stellvertreter

Speier	Norman	Lehrer	SPD	
Hofmann	Hiltrud	Geschäftsführerin	B`90/Die Grünen	
Meermann	Oliver	Geschäftsführer	FW	
Nachtigall	Horst	Rechtsanwalt	SPD	
Högy	Elke	Dipl.-Bau-Ingenieurin	SPD	

Haubrich, Dr.	Melanie	Rechtsanwältin	SPD	
Gerschlauer	Susanne	Kunsthistorikerin	B´90/Die Grünen	
Zecher	Claudia	Justizangestellte	FW	
Bouffier	Frederik	Student	CDU	
Noeske, Dr.,	Gerhard	Arzt	CDU	
Schulz	Uwe	Angestellter	AfD	
Pucher	Dennis	Selbständiger	FDP	
Link	Marcus	Feuerwehrbeamter	Gießener Linke	
Kissmann-Graf	Karina	Reinigungskraft		
Hettich	Ernst	Hausmeister		
Nürnberger	Edith	Rentnerin		
Körner	Klaus-Dieter	Sekretär IG Bau Mittel-hessen		
Karger	Marcus	Selbständiger		*bis 29.07.2019*

Betriebsleiter

Ott	Sascha	ab 01.09.2019
Mezker	Andreas	ab 01.01.2018 bis 31.08.2019

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei dem Servicebetrieb handelt es sich gemäß § 121 Abs 2 Satz 1 Ziffer 3 HGO um keine Organisation, deren Tätigkeit als wirtschaftliche Betätigung im Sinne der HGO zu betrachten ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzung des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2019	2018	2017
Ausgaben			
Betriebskostenzuschuss	13.398.145,28 €	12.574.998,58 €	11.865.141,37 €
Investitionszuschüsse	29.901,18 €	34.180,80 €	38.942,73 €
Einnahmen			
Verwaltungskosten-beitrag und Personalbei-stellung	603.031,09 €	542.408,59 €	525.949,49 €

Daten zur Rechnungsprüfung

	2019	2018	2017
Jahresabschlussprüfer	UHY Deutschland AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Berlin, Zweigniederlassung Frankfurt		
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

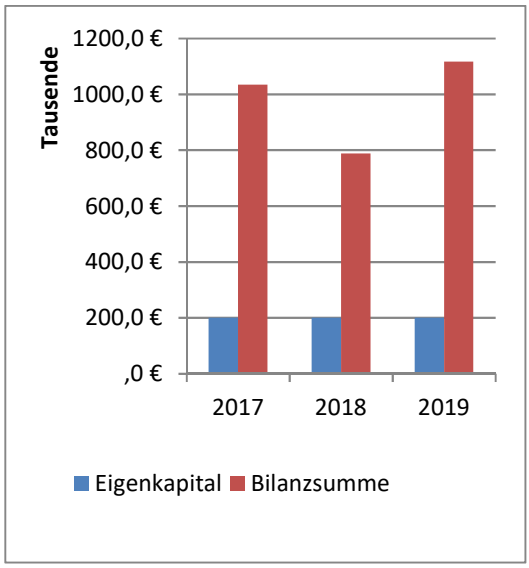
Bilanz des Unternehmens **AKTIVA**	**2019 T€**	**2018 T€**	**2017 T€**
A. Anlagevermögen			
Sachanlagen	351	352	354
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	4	4	8
II. Sonstige Vermögensgegenstände	762	419	672
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	13	0
Bilanzsumme	**1.117**	**788**	**1.034**
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Netto Position	200	200	200
II. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	196	200	197
C. Rückstellungen	441	289	201
D. Verbindlichkeiten	280	99	436
Bilanzsumme	**1.117**	**788**	**1.034**

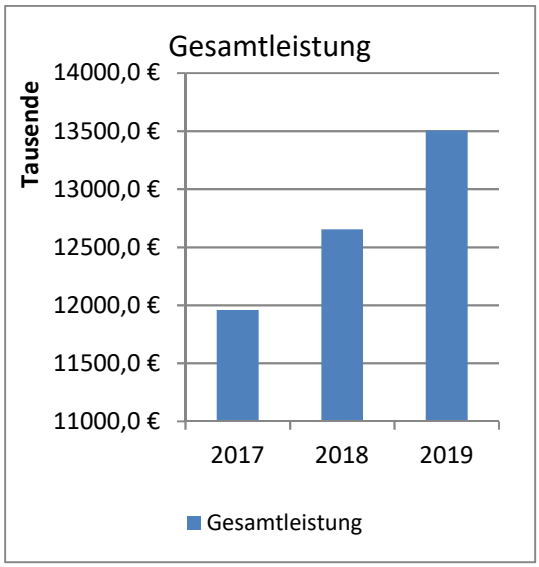
Gewinn- und Verlustrechnung	**2019 T€**	**2018 T€**	**2017 T€**
Umsatzerlöse	13.398	12.575	11.865
Sonstige betriebliche Erträge	108	79	92
Gesamtleistung	**13.506**	**12.654**	**11.957**
Materialaufwand	-5.468	-4.925	-4.487
Personalaufwand	-7.184	-6.826	-6.456
Abschreibungen	-79	-79	-128
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-773	-822	-884
Betriebsergebnis	**2**	**2**	**2**
sonstige Steuern	**-2**	**-2**	**-2**
Jahresergebnis	**0**	**0**	**0**

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2019	2018	2017
Eigenkapitalquote	17,91%	25,38%	19,34%
Anlageintensität	31,42%	44,67%	34,24%
Liquidität 2. Grades	105,69%	112,50%	106,50%
Investitionen	77 T€	78 T€	82 T€
Abgänge Anlagevermögen	0 T€	0 T€	0 T€

Sonstige Kennzahlen	2019	2018	2017
Anzahl der Arbeitnehmer zum 31.12.	250	227	227
davon Reinigung	172	164	163
davon Hausmeister	47	41	41
davon EDV	5	2	3
davon Overhead	21	21	20
davon Asyl	1	1	
davon Integration	4	4	

Graphische Darstellung





Lagebericht 2019

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.6.2. Stiftung „Von Schulen – Für Schulen“ rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts

c/o Landkreis Gießen, Riversplatz 1 - 9, 35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1868
E-Mail: uta.heuser-neissner@lkgi.de

Stiftungszweck und öffentlicher Zweck

Förderung von Erziehung, Volks- und Berufsbildung sowie die Förderung des Umweltschutzes.

Die Förderung von Erziehung, Volks- und Berufsbildung soll z.B. verwirklicht werden

- durch die Durchführung von Arbeitsgemeinschaften für Schüler außerhalb des Unterrichts;
- durch Anschaffung für den Schulunterricht zusätzlicher nützlicher Gegenstände;
- durch Erweiterung der naturwissenschaftlichen Sammlungen in Erziehungseinrichtungen; durch kindgerechte Gestaltung von Außenanlagen an Erziehungseinrichtungen;
- durch Unterrichtung von Schülern zum Thema Gesundheitsförderung im Rahmen des Unterrichts an Erziehungseinrichtungen
- durch Anschaffung von nicht zur Grundausstattung gehörenden Schülerversuchsgeräten

Die Förderung des Umweltschutzes soll z.B. verwirklicht werden durch Durchführung oder Unterstützung von Maßnahmen zu Steigerung der Energieeffizienz oder zur Reduzierung des CO_2 Ausstoßes an Schulen, sowie von Maßnahmen zur Förderung regenerativer Energienutzung.

Über die Stiftung soll die Investitionstätigkeit im Rahmen der energetischen Nutzung der Dächer der kreiseigenen Liegenschaften umgesetzt werden.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Stiftungszweck.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts.
Gründung	29.06.2010
Satzung	29.06.2010 zuletzt geändert am 03.07.2015
Vermögen	50.000,00 €
Anerkennung	Anerkennung durch Stiftungsurkunde vom 20.07.2010 durch das Regierungspräsidium Gießen
Steuerliche Verhältnisse	Laut Feststellungsbescheiden 2014 bis 2016 vom 12.06.2018 ist die Körperschaft nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und nach § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit, weil sie ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient.

Organe der Gesellschaft

Stiftungsvorstand

Der Stiftungsvorstand besteht aus je einem Vertreter der im Kreistag des Landkreises Gießen vertretenen Fraktionen/Gruppen.

Dr. Schmahl	Christiane	Erste Kreisbeigeordnete, Bündnis 90/Grünen	Vorsitzende
Schneider	Anita	Landrätin, SPD	stellv. Vorsitzende
Stock	Hans-Peter	Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter, FWG	
Schulz	Uwe	AfD	
Pucher	Dennis	FDP	
Stefan	Walter	Gießener Linke	
Walb	Jan-Eric	CDU	

Stiftungsrat

Der Stiftungsrat besteht aus den Mitgliedern des nach Hessischen Landkreisordnung zu bildenden Finanzausschusses des Kreistags des Landkreises Gießen

Pilger	Peter	Vorsitzender
Schöffmann	Udo	stellv. Vorsitzender
Scherer	Harald	stellv. Vorsitzender
Abendroth	Manfred	ab 15.07.2019
Bechthold	Stefan	
Bergen-Krause	Annette	
Bouffier	Frederik	ab 21.08.2019
Breidenbach	Tobias	
Hamel	Reinhard	
Haumann	Heinz-Peter	bis 16.07.2019
Hillgärtner	Kurt	
Ide	Frank	
Knoche	Matthias	
Lenz, Dr.	Ulrich	
Nachtigall	Horst	
Salz	Ulrich	
Weigel-Greilich	Gerda	
Wollmann	Thomas	bis 08.07.2019

Geschäftsführung

Ab 01.07.2019 wird auf einen Geschäftsführer verzichtet.

Gerhard	Hans-Otto	bis 30.06.2019

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs 1 HGO sind erfüllt.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2019	2018	2017
Einnahmen			
Zahlungen an den Landkreis Gießen zur Verwendung für den Stiftungszwecks „Förderung von Erziehung, Volks- und Berufsbildung“	3.236,89	5.438,89 €	0 €

Folgendes Haftungsverhältnis besteht: Der Landkreis übernimmt gemäß Beschluss des Kreistages vom 13.12.2010, beschränkt auf den Zeitraum von maximal 20 Jahren eine Ausfallbürgschaft für alle Ansprüche, die der Sparkasse Gießen aus der Gewährung des Darlehens in Höhe von 125.000,00 Euro gegen die Stiftung „Von Schulen – Für Schulen“ gemäß der Schuldurkunde vom 16.04.2012 zustehen oder noch zustehen werden. Die Übernahme der Bürgschaft vom 02.05.2012 wurde am 11.10.2012 durch das Regierungspräsidium Gießen genehmigt.

Geschäftsentwicklung

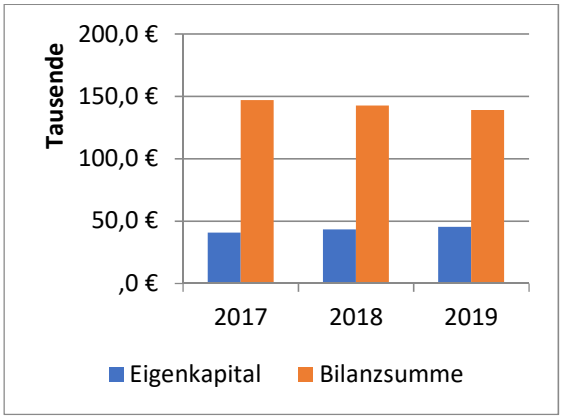
Bilanz des Unternehmens AKTIVA	2019 T€	2018 T€	2017 T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	72	79	85
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3	18	2
II. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	64	46	60
Bilanzsumme	**139**	**143**	**147**
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Stiftungskapital	50	50	50
II. Ergebnisrücklagen	11	9	7
III. Ergebnisvorträge	-16	-16	-17
B. Rückstellungen	0	0	0
C. Verbindlichkeiten	94	99	106
Bilanzsumme	**139**	**143**	**147**

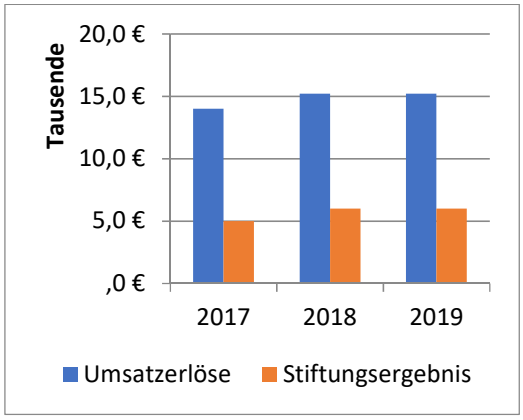
Gewinn- und Verlustrechnung	2019 T€	2018 T€	2017 T€
A. Ideeller Bereich			
Gewinn/Verlust ideeller Bereich	0	0	0
B. Ertragsneutrale Posten			
Gewinn/Verlust ertragsneutrale Posten	0	0	0
C. Vermögensverwaltung			
Ertragsteuerfreie Einnahmen	15	15	14
Zinserträge	0	0	0
Gesamtleistung Vermögensverwaltung	**15**	**15**	**14**
Abschreibungen	-6	-6	-6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	0	0	0
Zinsaufwendungen	-3	-3	-3
Gewinn Vermögensverwaltung	**6**	**6**	**5**
D. Stiftungsergebnis	**6**	**6**	**5**
Einstellung in die freie Ergebnisrücklagen	2	2	2
E. Mittelvortrag	**4**	**4**	**3**

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2019	2018	2017
Eigenkapitalquote I	32,57%	30,34%	27,68%
Anlageintensität	51,80%	55,05%	57,82%
Liquidität 2. Grades	650,49%	622,33%	558,56%
Anlagedeckungsgrad 2	151,11%	143,18%	136,00%
Investitionen	0 T€	0 T€	0 T€
Cashflow vereinfacht	12 T€	12 T€	11 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II)	13,25%	13,86%	12,32%
Gesamtkapitalrentabilität	6,47%	6,31%	5,45%
Umsatzrentabilität	58,06%	58,06%	57,14%

Sonstige Kennzahlen	2019	2018	2017
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	0	0	0

Graphische Darstellung





3.6.3. ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Carlo-Mierendorff-Straße 11, 35398 Gießen
Telefon 0641/9830-0, Telefax 0641/9830-2020,
E-Mail: ekom21@ekom21.de, Internet:www.ekom21.de

Verbandszweck und öffentlicher Zweck

Die Körperschaft ekom21- KGRZ Hessen hat die Aufgabe Datenverarbeitungsverfahren, Datenverarbeitungsleistungen und Datenübertragungsnetze sowie IT-Dienstleistungen aller Art zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung zu stellen und zu unterhalten, insbesondere entsprechend dem Bedarf der Mitglieder, die betriebliche Abwicklung der landeseinheitlichen und rechenzentrumsspezifischen Verfahren sicherzustellen, bei der Inbetriebnahme und der laufenden Anwendung von Verfahren und Programmen zu beraten und zu unterstützen, Programme und Verfahren zu entwickeln und zu pflegen, speziell landeseinheitliche und rechenzentrumsspezifische, soweit sie nicht von Dritten übernommen werden. Ferner gilt es, die Mitglieder bei Bedarf auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik zu beraten und zu unterstützen sowie Schulungsmaßnahmen durchzuführen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Verbandszweck. Durch den ganzheitlichen Einsatz von Informationstechnologien für öffentliche Verwaltungen, insbesondere Kommunal-verwaltungen und kommunale Unternehmen sowie artverwandter Einrichtungen erfüllt die ekom21 einen öffentlichen Zweck. Die ekom21 versteht sich als Full-Service-Anbieter, deren Ziel es ist, die gesamte Palette der kommunalen Aufgaben mit entsprechender Software zu unterstützen.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründung	Mit Wirkung vom 01.01.1996 Zusammenschluss der Kommunalen Gebietsrechenzentren Gießen, Frankfurt/Main und Starkenburg zum KIV in Hessen. Mit Wirkung zum 01.01.2008 Zusammenschluss des Kommunalen Gebietsrechenzentrum Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen (KIV in Hessen) und des Kommunalen Gebietsrechenzentrum Kassel (KGRZ Kassel) zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts
Satzung	Fassung vom 01.01.2008 wurde zuletzt geändert von der Verbandsversammlung am 06.12.2018.
Kapital	Stammkapital 11.600.000 € (ab 01.01.2008)
Mitglieder	378 Städte und Gemeinden, 21 Landkreise und 100 Sonstige Mitglieder (inkl. Land Hessen)
Beteiligungen	KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH (48,8%), ekom21 GmbH (100%), KOPIT eG (20%); ProVitako eG (2,43%)

Organe

Verbandsversammlung

Plünnecke	Harald	Bürgermeister a.D. (Landkreis Waldeck-Frankenberg)	Vorsitzender
Schneider	Jan	Stadtrat Frankfurt	stellv. Vorsitzender
Schuchmann	Werner	Bürgermeister Ober-Ramstadt	stellv. Vorsitzender

Jedes Verbandsmitglied stellt einen Vertreter für die Verbandsversammlung.

Vertreter des Landkreises Gießen:

Oliver	Meermann

Verbandsvorstand

Schultheiß	Gerhard	Bürgermeister Nidderau	Vorsitzender
Linnekugel	Hartmut	Bürgermeister Volkmarsen	stellv. Vorsitzender
Burghardt	Horst	Bürgermeister Stadt Friedrichsdorf	
Gerlach	Gertrud	Beschäftigtenvertreterin ekom21-KGRZ Hessen	
Benedix, Dr.	Joachim	Amtsleiter Kassel	
Görig	Manfred	Landrat Vogelsbergkreis	
Klein	Christian	Bürgermeister Stadt Battenberg	
Künz	Ulrich	Bürgermeister (ab 11.03.2019 Bürgermeister a.D.), Kirtorf	
Lübcke, Dr.	Walter	Regierungspräsident Kassel bis 02.06.2019	
Michel	Manfred	Landrat Landkreis Limburg-Weilburg	
Reißer	Rafael	Bürgermeister Stadt Darmstadt	
Siebert	Andreas	Erster Kreisbeigeordneter LK Kassel, Niestetal	
Veith	Oswin	Bundestagsabgeordneter, Wetteraukreis	
Wagner	Friedrich	Beschäftigtenvertreter ekom21-KGRZ Hessen	
Müller	Karl-Heinz	Beschäftigtenvertreter ekom21-KGRZ Hessen	

Die Aufwandsentschädigungen für Verbandsversammlung, Verbandsvorstand und Finanzausschuss betrugen in 2019 54 T€ (2018 67 T€, 2017 57 T€)

Geschäftsführung

Bertram	Huke
Ulrich	Künkel

Die Geschäftsführer sind bei der Firma ekom 21 GmbH eingestellt und erhalten keine Bezüge von der ekom 21-KGRZ Hessen. Auf die Angabe der durch die ekom 21 GmbH gezahlten Bezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs 1 HGO sind erfüllt.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2019 – wie in den Vorjahren 2017 und 2018 – keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der ekom21 KGRZ Hessen nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2019	2018	2017
Jahresabschlussprüfer	AKR Akzent Revisions GmbH Wirtschaftsprüfungsgsellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Kassel		
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja	ja	Ja

Geschäftsentwicklung

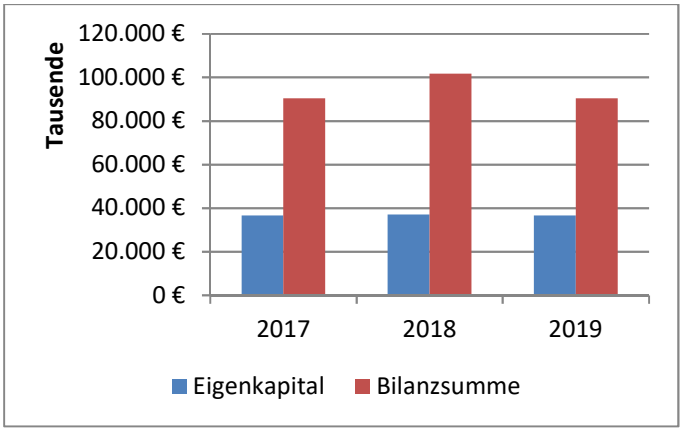
Bilanz des Unternehmens	**2019**	**2018**	**2017**
AKTIVA	**T€**	**T€**	**T€**
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	19.106	18.340	16.665
II. Finanzanlagen	5.045	5.024	2.977
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	4.052	6.208	1.721
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	19.390	16.724	12.806
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	59.806	53.534	54.577
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.851	1.802	1.640
Bilanzsumme	**109.250**	**101.632**	**90.386**
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	11.600	11.600	11.600
II. Rücklagen	24.790	24.790	24.790
III. Gewinnvortrag	597	159	-155
IV. Jahresüberschuss	609	438	314
C. Rückstellungen	48.963	43.794	38.785
D. *Verbindlichkeiten*	22.677	20.849	15.047
E. Rechnungsabgrenzungsposten	13	2	5
Bilanzsumme	**109.250**	**101.632**	**90.386**

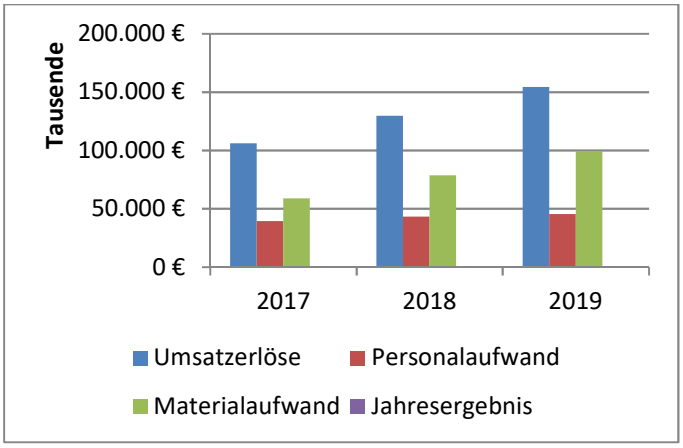
Gewinn- und Verlustrechnung	2019 T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	154.207	129.749	106.099
Bestandsveränderungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	5.730	5.032	5.111
Gesamtleistung	**159.937**	**134.781**	**111.210**
Materialaufwand	-99.452	-78.705	-58.904
Personalaufwand	-45.485	-43.038	-39.223
Abschreibungen	-4.662	-3.802	-3.624
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.351	-8.388	-8.857
Betriebsergebnis	**987**	**848**	**602**
Erträge aus Beteiligungen,	46	26	40
Erträge aus anderen Finanzanlagen	29	1	1
Sonstige Zinserträge	598	641	749
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.037	-1.051	-1.062
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6	-8	-1
Sonstige Steuern	-20	-19	-15
Jahresergebnis	**609**	**438**	**314**

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2019	2018	2017
Eigenkapitalquote	34,41%	36,39%	40,44%
Anlageintensität	22,11%	22,99%	21,73%
Liquidität 2. Grades	184,51%	178,55%	211,09%
Anlagedeckungsgrad 2	268,11%	257,53%	286,76%
Investitionen Zugang	5.463 T€	3.067 T€	4.893 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	11.468 T€	7.027 T€	4.522 T€
Eigenkapitalrentabilität	1,62%	1,18%	0,86%
Gesamtkapitalrentabilität	1,51%	1,47%	1,52%
Umsatzrentabilität	1,07%	1,15%	1,30%
Materialintensität	62,18%	58,39%	52,97%
Personalintensität	28,44%	31,93%	35,27%

Sonstige Kennzahlen	2019	2018	2017
Vollzeitstellen im Jahresdsurchschnitt	498,5	470,7	434,5
davon Auszubildende	24,3	20,3	13,8

Graphische Darstellung





Lagebericht und weitere Informationen

Den Geschäftsbericht 2019 der Firma ekom 21 – KGRZ Hessen finden Sie auf der folgenden Internetseite: https://www.ekom21.de/infocenter/mediathek/

3.6.4. Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Am Brunnengewännchen 5, 68623 Lampertheim-Hüttenfeld
Telefon 06256/851-0
e-mail: gf@zv-tkb-hs.de

Verbandszweck und öffentlicher Zweck

Der Verband übernimmt für die beteiligten Landkreise und kreisfreien Städte die Aufgabe der unschädlichen Beseitigung tierischer Nebenprodukte gemäß den Bestimmungen des TierNebG in der jeweils geltenden Fassung und den dazu ergangenen Vorschriften. Das Einzugsgebiet erstreckt sich über drei Bundesländer, auf der Grundlage eigens hierfür erlassener Gesetze und abgeschlossener Staatsverträge.
Zur Erfüllung dieser Aufgabe bedient sich der Zweckverband eines privaten Unternehmers. Ab dem 01.01.2019 wurde die Beseitigungspflicht gemäß Tierkörperbeseitigungsgesetz auf die Fa. SecAnim Südwest GmbH vom Regierungspräsidium Darmstadt übertragen. Die Übertragung wurde zunächst auf 10 Jahre befristet. Gleichzeitig ist der Zweckverband von seiner Verpflichtung entbunden. Der Verband hat für die Dauer der Beleihung keine operativen nach außen wirkenden Aufgaben. Der Zweckverband wird als ruhender Verband aufrechterhalten. Hiermit ist gewährleistet, dass bei einer Beendigung der Übertragung die Aufgaben nicht auf die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte zurückfallen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Verbandszweck bzw. der Satzung. Der Verband übernimmt für die beteiligten Landkreise und Städte die Aufgabe der Tierkörperbeseitigung.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Zweckverband → Körperschaft des öffentlichen Rechts	
Gründung	01.07.1994	
Satzung	Fassung mit Gültigkeit ab 26.09.2017	
Mitglieder		Anteil an Umlage
	Landkreis Aschaffenburg	3,15%
	Landkreis Bergstraße	4,87%
	Landkreis Darmstadt-Dieburg	5,36%
	Landkreis Gießen (seit 01.01.2019)	4,83%
	Landkreis Groß-Gerau	4,9%
	Hochtaunuskreis	4,28%
	Landkreis Limburg-Weilburg	3,13 %
	Main-Kinzig-Kreis	7,58%
	Main-Taunus-Kreis	4,30%
	Odenwaldkreis	1,75%
	Landkreis Offenbach	6,37%
	Rheingau-Taunus-Kreis	3,38%
	Rhein-Neckar-Kreis	9,90%
	Wetteraukreis	5,53%

	Stadt Aschaffenburg	1,25%
	Stadt Darmstadt	2,85%
	Stadt Frankfurt	13,47%
	Stadt Mannheim	5,79%
	Stadt Offenbach	2,28%
	Stadt Wiesbaden	5,04%
Mitgliedschaft Landkreis Gießen	seit 01.01.2019	

Organe der Gesellschaft

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus jeweils einer/einem Vertreter(in) der einzelnen Verbandsmitglieder, die von ihrer jeweiligen Vertretungskörperschaft für deren Wahlzeit zu wählen sind.

Weber	Gerhard	Wetteraukreis	Vorsitzender
Sürmann	Frank	Kreis Bergstraße	stellv. Vorsitzender

Vertreter Landkreis Gießen

Stock	Hans-Peter	Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Verbandsvorstand

Stolz	Diana	Erste Kreisbeigeordnete Landkreis Bergstraße	Vorsitzender
Grobeis	Oliver	Erster Kreisbeigeordneter Odenwaldkreis	stellv. Vorsitzender
Größmann-Scharf	Anja	Landkreis Darmstadt Dieburg	Vertreterin Mitglied

Verbandsgeschäftsführer

Bocksnick	Hilbert	Kreis Bergstraße

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei dem Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen Süd handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 1 HGO um keine Organisation, deren Tätigkeit als wirtschaftliche Betätigung im Sinne der HGO zu betrachten ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzung des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2019
Einlage	688,21 €
Umlage	1.450,12 €

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten des Zweckverbandes Naturpark Taunus nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2019
Jahresabschlussprüfer	Revisionsamt des Kreis Bergstraße

Geschäftsentwicklung

Bilanz	2019 T€
AKTIVA	
Umlaufvermögen	
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	19.125
Summe Aktiva	**19.125**
PASSIVA	
Eigenkapital	
Nettoposition	191.222
Ergebnisvortrag	-178.419
Jahresüberschuss	5.633
Außerordentlicher Jahresüberschuss	688
Summe Passiva	**19.125**

Ergebnisrechnung	2019 T€
Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	30.000
Summe der ordentlichen Erträge	**30.000**
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-24.367
Summe der ordentlichen Aufwendungen	**-24.367**
Ordentliches Ergebnis	**5.633**
Außerordentliches Ergebnis	**688**
Jahresergebnis	**6.322**

4. Sonstige Mitgliedschaften, Jobcenter und sonstige Sicherheiten
4.1. Sonstige Mitgliedschaften
4.1.1. Überblick über sonstige Mitgliedschaften

Produkt: Organisation und Dokumentation der politischen Willensbildung (Stabsstelle Kreisgremien und Öffentlichkeitsarbeit)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2019
Rat der Gemeinden und Regionen Europas e.V.	Stärkung eines vereinten und starken Europas, dass sich auf die lokale und regionale Selbstverwaltung und die Demokratie stützt	1.296,00 €
Deutscher und Hessischer Landkreistag	Ausbau und Pflege der kommunalen Selbstverwaltung	141.619,00 €

Produkt: Koordination WIR-Projekt (Organisationseinheit Demografie und WIR-Koordination

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2019
Verein für interkulturelle Bildung und Begegnung e.V.	Interkultureller Austausch und die Verständigung der in Gießen lebenden In- und Ausländer	32,00 €
Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH) – Landesausländer/innenbeirat e.V.	Verbesserung der gesellschaftlichen und rechtlichen Situation der Migranten in Hessen, Förderung von Integration	204,52 €
Antidiskriminierung Mittelhessen e.V.	Ziel des Vereins ist es, Diskriminierung abzubauen, indem er dazu beiträgt, dass Menschen die Möglichkeit haben, ohne Benachteiligung leben zu können - unabhängig von Hautfarbe, ethnischer Herkunft, Nationalität, Sprache, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, sexueller Orientierung oder Identität, Alter, einer Behinderung, körperlichen Merkmalen, Bildungsstand, sozialem oder rechtlichem Status, seien es nun tatsächliche oder zugeschriebene Merkmale.	150,00 €

Produkt: Revision (Organisationseinheit Revision)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2019
IDR - Institut der Rechnungsprüfer e.V.	Unterstützung und Beratung der Rechnungsprüfer bei Fragen der öffentlichen Rechnungsprüfung, Verbesserung der Qualität sowie systematischer Erfahrungsaustausch zur Weiterentwicklung einer modernen Rechnungsprüfung etc.	150,00 €

Produkt: Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann (Stabsstelle Büro für Frauen und Gleichberechtigung)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2019
Landesarbeitsgemeinschaft Hessischer Frauen- und Gleichstellungsbüros.	Selbstorganisation der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Hessens. Büros für Frauen und Gleichberechtigung in den Kommunen erfüllen den gesetzlichen Auftrag zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau.	100,00 €

Produkt: Kreisarchiv

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2019
Oberhessischer Geschichtsverein e.V.	Förderung der Heimatpflege	Beitragsfrei
Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V.	Der Verband nimmt als Berufs- und Fachverband die Interessen des deutschen Archivwesens wahr und setzt sich dafür ein, dass seine Mitglieder ihre Dienstleistungen für die Gesellschaft und die Forschung erbringen können.	150,00 €
Historischer Verein für Hessen e.V.	Interesse wecken und Verständnis vermitteln für die Geschichte des heutigen Landes Hessen	

Produkt: Personalservice (Fachdienst Personal)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2019
Kommunaler Arbeitgeberverband Hessen	Vertretung der gemeinsamen Angelegenheiten der Verbandsmitglieder; Abschluss von Tarifverträgen, Beratung in tarifrechtlichen Angelegenheiten	7.602,50 €
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt)	Unterstützung bei der Führung, Steuerung und Organisation der Kommunalverwaltung	6.958,12 €

Produkt: Personal- und Organisationsentwicklung Fachdienst Personal- und Organisationsentwicklung)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2019
Hessischer Verwaltungsschulverband	Förderung und Bildung der Beschäftigten der Mitglieder	22.893,77 €
Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V.	Zweck ist die Güte der Mittelstandsorientierung von Kommunalverwaltungen zu sichern und Leistungen, deren Güte gesichert ist, mit dem Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung zu kennzeichnen.	3.500,00 €
StudiumPlus e.V.	Größter Anbieter dualer Studiengänge in Hessen	500,00 €

Produkt: Kreiskasse (Fachdienst Kreiskasse)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2019
Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.	Fachliche Beratung und Weiterbildung der Mitglieder	50,00 €

Produkt: Brandschutz (Fachdienst Gefahrenabwehr)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2019
Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes	Förderung der wissenschaftlichen, technischen und organisatorischen Weiterentwicklung der Gefahrenabwehr für mehr Sicherheit in Bezug auf den Brandschutz, die technische Hilfeleistung, den Umweltschutz, den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz.	120,00 €

Produkt: Kreisvolkshochschule (Organisationseinheit Kreisvolkshochschule)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2019
Hessischer Volkshochschulverband e.V.	Vertretung der Volkshochschulen in Hessen ; Qualitätssicherung, fachliche Beratung, vhs spezifische Fortbildungsangebote	4.328,30 €

Produkt: Produktübergreifende Dienstleistungen Jugend und Soziales (Fachbereich Jugend und Soziales)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2019
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	Förderung der sozialen Arbeit	1.148,34 €
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.	Rechtsberatung im Familien- und Unterhaltsrecht; Vertretung bei Unterhaltsrealisierung im Ausland; fachpolitische Unterstützung; Durchführung von Fortbildungen und Fachtagungen; Publikation in Fach-Zeitschrift (JAmt) und Internet (KiJuP-online)"	2.839,00 €

Produkt: Produktübergreifende Dienstleistungen Soziales (Fachdienst Soziales und Senioren)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2019
Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung Kreisvereinigung Gießen e.V.	Förderung von Maßnahmen und Einrichtung für Menschen mit Behinderung	
Deutscher Kinderschutzbund e.V. Gießen	Förderung des Kinderschutzes – Produktübergreifende Dienstleistungen Jugend, Soziales und Familien	100,00 €
Hessischer Fürsorgeverein für Körperbehinderte e.V.	Förderung von Körperbehinderten	

Produkt: Jugendförderung (Fachdienst 53 - Kinder- und Jugendhilfe)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2019
Landesfilmdienst e.V. (Institut für Medienpädagogik und Kommunikation)	Förderung der medienpädagogischen Bildung	Beitragsfrei
Deutsche Jugendherbergswerk e.V.	Träger der Jugendherbergen	510,00 €

Produkt: Maßnahmen der Gesundheitspflege (Fachdienst Gesundheitsamt)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2019
Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung e.V.	Förderung der Gesundheit der hessischen Bevölkerung	520,00 €
Gesunde-Städte-Netzwerk	Aktions- und Lerninstrument mit dem die Arbeit vor Ort im Sinne der „Gesunde Städte"-Konzeption der WHO unterstützt werden soll.	500,00 €
MRE (Multiresistente Erreger)-Netz Mittelhessen und Förderverein MRE-Netz Mittelhessen	Plattform, über die der Informationsaustausch, Fortbildungen und bedarfsgerecht praktische Hilfestellungen angeboten werden. Zielsetzung ist, die steigende Zahl von Infektionen durch multiresistente Erreger zu bekämpfen und Patienten besser zu schützen.	Beitragsfrei

Produkt: Förderung des Sports (Fachdienst Schule)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2019
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter	Förderung des Sports	55,00 €

Produkt: Abfallwirtschaft (Fachdienst Abfallwirtschaft)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2019
Bundesgütegemeinschaft Kompost e.V.	Gütesicherung von Komposten und Gärprodukten sowie die Schaffung der dafür erforderlichen Voraussetzungen und Instrumente	561,00 €

Produkt: Wasser- und Bodenschutz (Fachdienst Wasser- und Bodenschutz)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2019
Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) - Bundesverband	Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Wasserwirtschaft	435,00 €

Produkt: Naturschutz (Fachdienst Naturschutz)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2019
Naturlandstiftung Hessen e.V. Kreisverband Gießen	Vernetzung biologisch wertvoller Lebensräume	511,29 €
Landschaftspflegevereinigung Gießen e.V.	Erhaltung und Schaffung naturnaher Landschaftsräume	3.100,00 €

Produkt Wirtschaftsförderung und Tourismus (Stabsstelle Wirtschaftsförderung, Strukturentwicklung und Tourismus)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2019
Lahntal Tourismusverband e.V.	Förderung und Entwicklung des Wirtschaftszweiges Tourismus in der Region	37.418,50 €
Region Gießener Land e.V.	Zusammenarbeit der Mitglieder in der Region Giessener Land und die enge Verknüpfung von Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Tourismus, Bildung, Kultur und Sozialem zur zukunftsorientierten nachhaltigen Entwicklung der Region. Lokale Arbeitsgruppe im Sinne des LEADER-Ansatzes.	Mitgliedsbeitrag 150,00 € Förderbeitrag 20.000,00 €
Mittelhessischer Bildungsverband e.V.	Förderung der beruflichen Bildung Benachteiligter im Raum Mittelhessen	Beitragsfrei
KNUT KompetenzNetzUmweltTechnologie e.V.	Ziel ist die Erhöhung von Energieeffizienz von Produktions-prozessen, um damit die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen; ab 2017 ist ein Mitgliedsbeitrag in Höhe von 476,00 Euro pro Jahr fällig	476,00

4.1.2. Einzeldarstellung wichtiger sonstiger Mitglieschaften

4.1.2.1. Region GießenerLand e.V. – Regionalentwicklung im Landkreis Gießen

Kerkrader Straße 11
35394 Gießen
Telefon 0641 / 97 19 55 30
E-Mail: region@giessenerland.de
Internet: www.giessenerland.de

Vereinszweck und öffentlicher Zweck

Zweck des Vereins ist die Förderung der Strukturentwicklung in der Region Gießener-Land, u.a. durch die Teilnahme am Förderprogramm „LEADER“ als so genannte lokale Aktionsgruppe (LAG). Er setzt sich kritisch mit den Fragen der ländlichen Entwicklung auseinander, entwickelt eigene Ansätze und Strategien zur Entwicklung der Region und bewirbt sich um Fördermittel.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	e.V.
Gründung	27.02.2008
Satzung	27.02.2008, letzte Änderung am 20.03.2019
Vereinsregister	Amtsgericht Gießen, VR 4214
Mitglieder	Landkreis Gießen Stadt Allendorf /Lda. Gemeinde Biebertal Gemeinde Buseck Gemeinde Fernwald Stadt Grünberg Gemeinde Heuchelheim Stadt Hungen Gemeinde Langgöns Stadt Laubach Stadt Lich Stadt Linden Stadt Lollar Stadt Pohlheim Gemeinde Rabenau Gemeinde Reiskirchen Stadt Staufenberg Gemeinde Wettenberg

Mitglieder
(Fortsetzung)

Sparkasse Gießen
Sparkasse Grünberg
Volksbank Heuchelheim eG
Volksbank Mittelhessen eG
Kreishandwerkerschaft Gießen
Gießen Marketing GmbH
AG der Dekanate Grünberg, Hungen und Kirchberg
ZAUG gGmbH
Institut der Geographie J-L-Universität Gießen
Evangelische Kirchengemeinde Harbach
Kreisbauernverband Gießen-Wetzlar
Landschaftspflegevereinigung Gießen e.V.
A.C. Consult
Freundeskreis Gailscher Park e.V.
A & O-Route Gießen
SPD-Kreistagsfraktion
Bezirkslandfrauenverband Gießen
Freundeskreis Busecker Schloßpark e.V.
Dünsbergverein
Heimatvereinigung Wissmar, Umweltzentrum
Bürgerverein Oppenrod e.V.
Lumdatalbahn e.V.
Technologie-und Innovationszentrum Gießen GmbH
freiwillig-sozial-aktiv e.V.

14 Privatmitglieder

Organe der Gesellschaft

Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme.

Vorstand

Hillgärtner	Kurt	Privat	Vorsitzender
Schneider	Anita	Landrätin	stellv. Vorsitzende
Momper	Peter	Privat	stellv. Vorsitzender
Linker	Silvia	Sparkasse Grünberg	Schatzmeisterin
Gontrum	Christel	Bezirkslandfrauen-verband	Schriftführerin

Lenkungsgruppe

Haas	Dirk	Bürgermeister	
Reusch	Marius	Bürgermeister	ab 20.03.2019
Röhrig	Horst	Bürgermeister.	bis 20.03.2019
Wengorsch	Reiner	Bürgermeister	
Ortmann	Patricia	Bürgermeisterin	

Denker	Torsten	Landkreis - VHS	
Kwartnik	Walter	Kreishandwerkerschaft	*bis 30.09.2020*
Paul	Manfred	Kreisbauernverband	
Kauer	Roland	Bürgerverein Oppenrod e.V.	
Evers Dr.	Adalbert	Freiwilligenzentrum	20.03.2019 – *01.06.2020*
Böckel	Alexander	Freiwilligenzentrum	bis 20.03.2019
Wirkner	Doris	Dekanate Grünberg, Hungen und Kirchberg	
Zeibig	Wolfgang	A & O-Route Gießen	

Nachrichtlich:

Müller	*Sönke*	*Freiwilligenzentrum*	*ab 01.06.2020*
Hartmut	*Gall*	*Kreishandwerkerschaft*	*ab 30.09.2020*

Regionalmanagement

Kurth	Anette	Regionalmanagerin
Hochgesand	Elke	stellv. Regionalmanagerin
Woitag	Corinna	Assistenz

Arbeitskreise

Arbeitskreis Regionale Wirtschaft
Arbeitskreis Erneuerbare Energien und Klimaschutz
Arbeitskreis Dorfvisionen
Arbeitskreis Naherholung und Tourismus

Insgesamt verfügt unsere Region entsprechend ihren Handlungsfeldern über vier Arbeitskreise, in denen die Strategie des Gießener Landes (weiter-)entwickelt wird. In den Arbeitskreisen engagieren sich Personen, Institutionen, Verbände und Unternehmen, die über ein Know-How zum Thema des Handlungsfeldes verfügen oder aber ein besonderes Interesse an den Fachthemen haben. Sie müssen nicht Mitglieder des Vereins GießenerLand e. V. sein.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2019	2018	2017
Ausgaben			
Mitgliedsbeitrag	150 €	150 €	150 €
Förderbeitrag	20.000 €	20.000 €	20.000 €

Wichtige Ergebnisse

Die Region GießenerLand wurde 2008 ins Leben gerufen, um mit einer unter Bürgerbeteiligung entwickelten Strategie die Weiterentwicklung des ländlichen Raumes zu unterstützen. In Anbetracht von Problemfeldern wie zum Beispiel Arbeitsplatzmangel, Leerstand, Überalterung der Bevölkerung und fehlender Infrastruktur ist ein strukturiertes Regionalmanagement wichtiger denn je.
Eine der Dienstleistungen des Vereins ist die Beratung von Förderfragen. So können konkrete Projektideen gemeinsam mit den Akteuren weiterentwickelt werden.

Die Förderkompetenzen des Vereins wurden Mitte 2019 ausgeweitet. Aus reinen Bundesmitteln wurde das Programm „Regionalbudget" aufgelegt. Mit einer Förderquote von 80% für jeden Antragsteller ist es besonders für Vereine sehr attraktiv.

Das Regionale Entwicklungskonzept (REK) stellt die Strategie der Region dar. Es wurde bereits zum zweiten Mal in einem breiten Beteiligungsprozess erstellt, bei dem Ziele und Handlungsfelder für die Förderperiode 2014 bis 2020 erarbeitet wurden. Seit 2016 wurden erstmalig regionsübergreifende Kooperationsprojekte entwickelt und durchgeführt. Beispielsweise das Projekt „Schnittgutmanagement" mit insgesamt sechs LEADER-Regionen, federführend war die Region GießenerLand e.V.. An dem Projekt „Touristische Markenumsetzung - dasLahntal" beteiligen sich alle drei Bundesländer, die Förderung teilen sich die sechs hessischen LEADER-Regionen.
2018 wieder unter der Federführung der Region GießenerLand e.V. mit der Region Mittehessen e.V. wurde das Projekt „Neue Wege, neue Medien: Industriekultur in Mittelhessen" mit 7 LEADER-Regionen in fünf Landkreisen ins Leben gerufen.

Die REK-Vertiefung „Aktivierung der Region Nord durch ein Tourismuskonzept" u.a. mit Produkt-Workshops zum Wandern, Radtourismus, Gastronomie und Profilworkshops schloss im August mit einer gut besuchten Informations-Veranstaltung ab. Die sechs Kommunen des Nordkreises treten touristisch ab jetzt als „Gießener Lahntäler – Lahn – Lumda – Wieseck – Salzböde" auf. Für eine Konsolidierung durch eine gemeinsame Tourismusfachkraft wurden anschließend verschiedene Szenarien und Fördertöpfe geprüft.

2019 wurde die maximale Summe an Fördergeldern für zwei Projekte bewilligt: Handwerkliche Wasserkunst im Brunnental und die Digitalen Dörfer. Als innovatives Projekt von Existenzgründern konnte ein Prototyp von High Containment-Entstaubern gefördert werden.

Weitere Informationen sowie eine Liste der umgesetzten Projekte finden Sie unter www.giessenerland.de

4.1.2.2. Lahntal Tourismus Verband e.V.

Brückenstraße 2
35576 Wetzlar
Telefon 06441-30998-0, Telefax 03212-1239508,
E-Mail: info@daslahntal.de,
Internet: www.daslahntal.de

Vereinszweck und öffentlicher Zweck

Ziel des Lahntal Tourismus Verband e.V. ist es, den Wirtschaftszweig Tourismus in der Region nachhaltig zu entwickeln, qualifizierte Arbeitsplätze in der Region zu sichern und zu schaffen und die endogenen Potenziale im Sinne einer nachhaltigen und umweltgerechten Entwicklung zu aktivieren. Mit der Stärkung des Tourismus sollen die regionale Strukturentwicklung und die Ziele der Agenda 21 unterstützt werden.
Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch:

(a) Marketing: Hier ist es das Ziel des Lahntal Tourismus Verband e.V., eine gemeinsame Image- und Vermarktungsstrategie für das Lahntal weiterzuentwickeln und umzusetzen. Die vielfältigen Angebote des Lahntal-Tourismus sollen gebündelt und den Gästen nahegebracht werden. Dabei ist das Lahntal als touristische Destination anzusehen, unter deren Dachmarke sich die verschiedenen Teilregionen wiederfinden können. Im Lahntal spielen insbesondere folgende Nachfragesegmente eine Rolle:
    - Städtetourismus
    - natur- und landschaftsorientierter Aktiv- und Erholungstourismus wie Wandern, radwandern und Bootwandern
    - Besichtigungs- und Kulturtourismus, z.B. Burgen, Schlösser, Museen und kulturelle Veranstaltungen
    - Kur- und Gesundheitstourismus (insbesondere in den Kurorten)
    - Tagungs-, Seminar und Geschäftsreisetourismus
    - Gruppentourismus (Busreisen, Vereins- und Betriebsausflüge, Incentive-Reisen)

    Neben den Kurzurlaubern, Tagesausflüglern und Naherholern werden insbesondere auch Zweit- und Dritturlauber angesprochen, die über eine ganze Woche das Lahntal bereisen

(b) Infrastruktur: Infrastrukturprojekte des Lahntal Tourismus Verband e. V. sind per se Projekte mit überregionaler bzw. besonderer regionaler Bedeutung und Wirksamkeit. Hierzu gehört insbesondere der weitere Ausbau der touristischen Infrastruktur, unter anderem für die Segmente
    - Wandern, - Lahnwanderweg
    - Radwandern, - Lahntalradweg
    - Bootswandern - Ein- und Ausstiegsstellen sowie Rastplätze für Wasserwanderer

(c) Sonstiges: Der Aufgabenbereich des Lahntal Tourismus Verband e.V. erstreckt sich zusätzlich auch auf alle Tätigkeiten, die im Rahmen der Aufgabenerledigung bei einer Tourismusorganisation notwendig werden können.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	e. V.
Gründung	2002 (von 1994 bis 2002 Lahntal-Kooperation)
Satzung	24.09.2002 zuletzt geändert am 21.11.2007
Vereinsregister	Amtsgericht Wetzlar, VR 1722
Mitglieder	Touristikverband Siegerland- Wittgenstein e.V. TKS – Tourismus, Kur und Stadtentwicklung Bad Laasphe GmbH Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH Verein Region Lahn-Dill-Bergland e.V. Gemeinde Bad Endbach, TAG Marburger Land Landkreis Gießen Die Gießener Lahntäler e.V. Touristik-Kooperation Gleiberger Land Gießen Marketing GmbH Lahn-Dill-Kreis Stadt Wetzlar Teilregion Solmser Land Stadt Braunfels Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V. Romantische Mittellahn Stadt Weilburg Stadt Limburg Wirtschaftsförderungsgesellschaft Rhein-Lahn mbH Stadt Diez Touristik Bad Ems - Nassau e.V. (Am 1.1.2019 Fusion der VG Bad Ems und VG Nassau zur VG Bad Ems-Nassau. Der neue e. V. ist die Nachfolgeorganisation für die Mitglieder Bad Ems und Nassau)
Wichtige Beteiligungen und Mitgliedschaften	Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH (RPT) Hessischer Tourismusverband e.V.

Organe der Gesellschaft

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung findet mindestens einmal im Jahr statt und das Stimmrecht jedes ordentlichen Mitglieds berechnet sich nach der Beitragssumme.

Vorstand

Puchtler	Frank	Landrat Rhein-Lahn-Kreis	Vorsitzender
Müller	Andreas	Landrat Siegen-Wittgenstein	stellvertretende Vorsitzender
Fründt	Kirsten	Landrätin Landkreis Marburg-Biedenkopf	stellvertretende Vorsitzende
Schneider	Anita	Landrätin Landkreis Gießen	stellvertretende Vorsitzende
Schuster	Wolf-gang	Landrat Lahn-Dill-Kreis	stellvertretender Vorsitzender
Köberle	Michael	Landrat Landkreises Limburg-Weilburg (neu gewählt)	stellvertretender Vorsitzender ab 26.06.2019
Michel	Manfred	Landrat Landkreis Limburg-Weilburg	stellvertretender Vorsitzender bis 26.06.2019
Friedreich	Signe	TKS Bad Laasphe	Mitglied
Venohr	Ralph	Bürgermeister Gemeinde Bischoffen	Mitglied (für Teilregion Lahn-Dill-Bergland)
Spies, Dr.	Thomas	Oberbürgermeister Stadt Marburg	Mitglied
Neidel	Peter	Bürgermeister Stadt Gießen	Mitglied
Wagner	Manfred	Oberbürgermeister Stadt Wetzlar	Mitglied
Hanisch, Dr.	Johannes	Bürgermeister Stadt Weilburg	Mitglied
Brüchhäuser	Uwe	Bürgermeister VG Bad Ems-Nassau	Mitglied

Geschäftsführung

Girsig	Achim

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2019	2018	2017
Ausgaben			
Mitgliedsbeitrag und Geschäftsstellenumlage	35.689,41 €	34.679,01 €	33.434,75 €
Anteiliger Beitrag Hessischer Tourismusverband	1.729,09 €		
Stimmanteil	9%	9%	9 %

Wichtige Ergebnisse

Tourismus-Eckdaten für das gesamte Lahntal

	2019	2018	2017
Übernachtungen	ca. 2,8 Mio.	ca. 2,8 Mio.	ca. 2,8 Mio.
Tagesausflügler	ca. 20 Mio.	ca. 20 Mio.	ca. 20 Mio.
Umsatzvolumen	ca. 850 Mio. Euro	ca. 850 Mio. Euro	ca. 850 Mio. Euro
Tourismusinduzierter Einkommenseffekt	ca. 220 Mio. Euro	ca. 220 Mio. Euro	ca. 220 Mio. Euro
Beschäftigungseffekt Tourismusgewerbe	über 10.000 Beschäftigte	über 10.000 Beschäftigte	über 10.000 Beschäftigte

4.2. Jobcenter Gießen

Lahnstr. 59
35398 Gießen

Telefon 0641/48016 0
E-Mail: jobcenter-giessen@jobcenter-ge.de
Internet: http://www.jobcenter-giessen.de

Aufgabe und Grundlage der Zusammenarbeit

Der Landkreis Gießen und die Agentur für Arbeit Gießen sind die Träger der Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch II – SGB II – im Landkreis Gießen. Sie bilden eine gemeinsame Einrichtung nach § 44 b SGB II und bestimmen mit dem Kooperationsvertrag die Grundsätze ihrer Zusammenarbeit und der Aufgabenerledigung in der gemeinsamen Einrichtung. Die Träger arbeiten vertrauensvoll zusammen mit dem Ziel, die Aufgaben des Bundes und des Landkreises Gießen nach dem SGB II in Einklang zu bringen und gemeinsam zu verfolgen. Die Aufgaben der beiden Träger nach anderen gesetzlichen Bestimmungen, die Ziele der regionalen Arbeitsmarktpolitik der Bundesagentur für Arbeit und des Landkreises Gießen werden hierbei berücksichtigt.

Bürgernähe und Kundenfreundlichkeit, Personalentwicklung und Mitarbeiterzufriedenheit werden neben dem gesetzlichen Leistungsauftrag als eigenständige Ziele betrachtet und verfolgt. Die Träger streben eine weitest gehende Angleichung in der Personalentwicklung und der Personalführungskultur der Beschäftigten beider Träger an.

Erklärte Absicht der Vertragspartner ist es überdies, Unstimmigkeiten im Rahmen der Trägerversammlung oder anderer noch vorzunehmender Abstimmungs- und Einigungsprozesse konstruktiv zu lösen. Die Anrufung des Kooperationsausschusses soll die Ausnahme bleiben.

Die Vertragspartner setzen ihre vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit auf Augenhöhe im Rahmen der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung fort mit dem Ziel, die Qualität zu sichern, auszubauen und weiterzuentwickeln.
Bei wesentlichen nicht durch Gesetz vorgegebenen Veränderungen ihrer Zusammenarbeit verfolgen die Vertragspartner das Ziel der Einigung.
Beide Träger begreifen die Gesamtbewältigung der Grundsicherungsaufgaben als ihre gemeinsame Herausforderung. Ergänzend zu den gesetzlichen Regelungen vereinbaren die Agentur für Arbeit und der Landkreis Gießen, dass sie Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung in der Trägerversammlung mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung gemeinsam erörtern. Ist diese nicht möglich, entscheidet der jeweils zuständige Träger in seiner Verantwortung.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Behörde sui generis
Gründung	28.01.2011
Kooperationsvertrag	28.01.2011
Vertragspartner	Agentur für Arbeit Gießen Landkreis Gießen

Organe

Trägerversammlung

Die Trägerversammlung des Jobcenters Gießen besteht aus acht Mitgliedern. Ihr gehören je vier Vertreter/Innen des Landkreises Gießen und der Agentur für Arbeit an. In der Trägerversammlung wird die grundsätzliche Ausrichtung der Arbeit im Jobcenter festgelegt, Arbeitsziele werden mit der Geschäftsführung des Jobcenters vereinbart, konzeptionelle Entwicklungen beschlossen.

Schäfer	Eckart	Agentur für Arbeit, Leiter der Agentur
Krienke	Björn	Agentur für Arbeit, Geschäftsführerin Operativ
Groos	Thomas	Agentur für Arbeit, Geschäftsführer Interner Service
Jahn	Lou	Agentur für Arbeit, Bereichsleiterin
Schneider	Anita	Landkreis Gießen, Landrätin
Lübbers	Silva	Landkreis Gießen, Kreisbeigeordnete
Stock	Hans-Peter	Landkreis Gießen, Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter
Schmahl, Dr.	Christiane	Landkreis Gießen, Erste Kreisbeigeordnete

Geschäftsführung

Kessler	Monika	Vergütung nach Tarif der Bundes-agentur für Arbeit	Geschäftsführerin	ab 01.06.2019
Hofmann	Wolfgang	Vergütung nach Tarif der Bundes-agentur für Arbeit	Geschäftsführer	bis 31.05.2019
Herrmann	Rolf	Besoldung nach der Hessischen Besoldungsordnung (Landkreis Gießen)	Stellvertretender Geschäftsführer	ab 01.05.2017

Beirat

Mindestens zweimal jährlich tagt der Beirat des Jobcenters. Den Vorsitz führt Landrätin Anita Schneider. Die 18 Mitglieder dieses Gremiums kommen aus Wohlfahrtsverbänden, den politischen Fraktionen des Kreistages, der Handwerkskammer, der IHK, aus Gewerkschaften, Unternehmerverbänden und Qualifizierungsträgern. Der Beirat hat Beratungsfunktion, er soll bei der Entwicklung von regionalen Lösungskonzepten helfen, die Rahmenkriterien der Arbeitsmarktpolitik miterarbeiten, Zukunftsthemen ansprechen und den gesellschaftlichen Konsens fördern

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Die Verwaltungsleistungen (Personalleistungen und Sachleistungen) des Jobcenters werden durch die Kooperationspartner erbracht. Ebenso werden die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende, die passiven Leistungen und die Eingliederungsleistungen durch die Kooperationspartner bereitgestellt.

Der Landkreis Gießen ist u.a. Träger der Kosten für Unterkunft und Heizung, Leistungen nach § 24 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und 2 (einmalige Bedarfe), § 27 Abs. 3 (KdU/H für Auszubildende) sowie für Leistungen nach § 28 (Bildungs- und Teilhabepakete). Die Leistungen werden vom Jobcenter Gießen gewährt und über die Bundesanstalt für Arbeit beim Landkreis Gießen angefordert. Die Einnahmen und Ausgaben des Landkreises Gießen im Rahmen der Kommunalen Leistungen nach dem SGB II werden im Haushalt des Landkreises unter dem Produkt 31.2.01 dargestellt.

Darüber hinaus ist der Landkreis Gießen im Bereich der Planung, Durchführung und Finanzierung von Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration für Empfänger von SGB II-Leistungen tätig. Die Einnahmen und Ausgaben des Landkreises Gießen im Rahmen der Kommunalen Leistungen zur Arbeitsmarktintegration werden im Haushalt des Landkreises unter dem Produkt 31.2.02 dargestellt.

Der Haushalt kann im Internet abgerufen werden: www.lkgi.de/der-landkreis/finanzen-und-kasse/haushalt

Daten, Zahlen und Fakten zum Jobcenter sind auf der folgenden Internetseite zu finden: http://www.jobcenter-giessen.de

4.3. Bestellung von sonstigen Sicherheiten und Gewährleistungen

Sonstige Mitgliedschaft und ehemalige Beteiligung	Sicherheit und weitere Details	Stand des Darlehensanteils für den der Landkreis Gießen die Bankbürgschaft übernommen hat per 31.12.2019
Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung Kreisvereinigung Gießen e.V.	Ausfallbürgschaft vom 05.06.2000 für ein bei der Sparkasse Gießen aufgenommenes Darlehen in Höhe von 3.900.000 DM für die Finanzierung eines Neubaus der Sophie-Scholl-Schule in Gießen; der Landkreis Gießen und die Stadt Gießen habe jeweils zu 50% die Bankbürgschaft übernommen; Höchstbetrag der Bürgschaft des Landkreises Gießen: 1.950.000 DM (= 997.019,17 €)	403.810,09 €
Asklepios Klinik Lich	Seit dem 30.08.2000 besteht - im Zusammenhang mit dem Verkauf des damaligen Kreiskrankenhauses Gießen in Lich - eine unbefristete Bürgschaft des Landkreises Gießen gegenüber der Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände in Darmstadt (ZVK Darmstadt). Die Bürgschaft dient der Sicherung aller bestehenden und künftigen Forderungen der ZVK Darmstadt gegen die Asklepios Klinik Lich GmbH, Goethestraße 4, 35423 Lich, aus deren Mitgliedschaft bei der Zusatzversorgungskasse. Am 03.03.2015 wurde vertraglich vereinbart, dass die Bürgschaft bestehen bleiben soll.	

5. Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung der Beteiligungen des Landkreises Gießen gemäß § 121 Absatz 7 HGO

Gemäß § 121 Abs. 7 HGO soll einmal in jeder Wahlzeit eine kommunale Gebietskörperschaft ihre eigenen wirtschaftlichen Betätigungen überprüfen. Dabei soll geprüft werden, ob die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO im Einzelfall vorliegen und inwieweit diese Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können. Der Landkreis Gießen hat sich gemäß der Empfehlung des Regierungspräsidiums Gießen entschieden, mit der Vorstellung der Beteiligungsberichte die Überprüfung im Sinne des § 121 Abs. 7 HGO jährlich vorzunehmen und darüber zu berichten.

Im vorliegenden Beteiligungsbericht wird die aktuelle Auswertung der Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung tabellarisch dargestellt. Obwohl der Beteiligungsbericht sich auf das Geschäftsjahr 2019 bezieht, berücksichtigt die Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung die Beteiligungen, die bis zum 31.12.2020 bestehen.
Die Auswertung zeigt, ob die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 121 HGO gerechtfertigt ist. Dabei wird in der Spalte A bei jeder Beteiligung dargestellt, ob eine wirtschaftliche oder keine wirtschaftliche Tätigkeit vorliegt. Sofern eine Betätigung nichtwirtschaftlich ist, hätte an sich nicht weiter geprüft werden müssen, ob die Betätigung nach § 121 Abs. 1 HGO zulässig ist, da die entsprechenden Bedingungen nur bei einer wirtschaftlichen Betätigung erfüllt sein müssen. Abgesehen von dem ab 2013 bestehenden Servicetrieb (Selbstversorgerbetrieb) wurden die übrigen nichtwirtschaftlichen Betätigungen dennoch daraufhin untersucht, ob die Bedingungen des § 121 Abs. 1 erfüllt sind. Damit kann einer gegebenenfalls abweichenden Beurteilung einer nicht wirtschaftlichen Betätigung entgegengewirkt werden.
Nach Beurteilung der Frage, ob eine wirtschaftliche Betätigung vorliegt, zeigt die Auswertung in Spalte B, ob der Bestandsschutz greift, d.h. ob die Tätigkeit bereits vor dem 01.04.2004 ausgeübt worden ist, wodurch die Tätigkeit ohne die in § 121 Abs. 1 Satz 1 Ziffer 3 genannten Bedingungen zulässig wäre. Dann folgt in Spalte C das Ergebnis der Untersuchung, ob der öffentliche Zweck bei der Betätigung gerechtfertigt ist und in Spalte D, ob die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde bzw. des Kreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn die Kommune in der Lage ist, das Unternehmen kontrollieren, steuern und etwaige finanzielle Risiken tragen zu können. In Spalte E wird thematisiert, ob der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt werden könnte. Abschließend wird in Spalte F beurteilt, ob eine Übertragung auf Dritte sinnvoll oder notwendig ist. In der Betrachtung werden die sonstigen Mitgliedschaften - gemäß Kapital 4 - nicht einbezogen.

Von den 25 relevanten unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Landkreises Gießen wurde die Betätigung von 11Beteiligungen als nichtwirtschaftliche Betätigung betrachtet. Von den übrigen 14 Beteiligungen mit wirtschaftlicher Betätigung unterliegen 4 Beteiligungen - nämlich die Region Vogelsberg Touristik GmbH, die Stiftung, die SWS GmbH und die FrankfurtRheinMain GmbH nicht dem Bestandsschutz des § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO. Bei der Stiftung ist die Betätigung im Bereich erneuerbare Energien aber gemäß § 121 Absatz 1a HGO zulässig.
Bei den sonstigen wirtschaftlichen Betätigungen, die nicht unter den Bestandsschutz fallen, ist davon auszugehen, dass der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt werden kann

Ansonsten wurde das Beteiligungsportfolio des Landkreises Gießen zwar nach dem 01.04.2004 noch um die folgenden Beteiligungen ergänzt, aber für diese Beteiligungen ist die Frage des Bestandsschutzes nach der vorliegenden Einschätzung eigentlich nicht relevant:

- Die ehemalige Regionalfonds Mittelhessen GmbH wurde bereits liquidiert.
- Für die Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH und die Breitband Gießen GmbH gilt gemäß § 121 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 HGO die Vorgabe, dass die Betätigung im Rahmen der Breitbandversorgung nicht als wirtschaftliche Betätigung zu betrachten ist.
- Der Servicebetrieb ist als Eigenbetrieb eine Organisation, die der Deckung des Eigenbedarfs dient - im Sinne von § 121 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 HGO. Somit besteht keine wirtschaftliche Betätigung.
- Ferner wurde die Regionalmanagement Mittehessen GmbH gegründet. Allerdings handelt es sich hier um eine Nachfolgeorganisation des Vereins Mitte-Hessen e.V., weshalb der Bestandsschutz greift
- Der Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd übernimmt eine Pflichtaufgabe im Sinne des § 121 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 HGO.

Auch bei den übrigen Beteiligungen wurde hinterfragt, ob die Tätigkeit privaten Dritten übertragen werden sollte.

Es kann festgestellt werden, dass aus Sicht der Organisationseinheit Controlling keine Notwendigkeit besteht, dass der Landkreis Gießen sich von einer oder von mehreren Beteiligungen trennt.

Dennoch ist darauf hinzuweisen, dass es neben der Abwägung der in der Prüfung dargestellten fachlichen Argumente insbesondere eine politische Entscheidung ist, ob die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und zum voraussichtlichen Bedarf stehend angesehen wird und ob das Portfolio in der bestehenden Form und zu derzeitigen Bedingungen fortgeführt werden soll. Gerade in Bereichen, in denen der Landkreis Zuschüsse oder Umlagen leistet, ist es eine Frage der Setzung von Prioritäten unter Berücksichtigung der begrenzten Ressourcen. Die Beantwortung der Frage, ob die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und zum voraussichtlichen Bedarf steht, wird davon beeinflusst, welcher Stellenwert der jeweiligen Betätigung eingeräumt werden soll.

	A **Handelt es sich um eine wirtschaft-liche Betätigung gem. § 121 HGO?**	B **Fällt die Betätigung unter den Bestandsschutz nach § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO? (Tätigkeit wurde vor dem 01.04.2004 ausgeübt)**	C **Ist der Öffentliche Zweck erfüllt?**	D **Steht die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit?*1**	E **Zweck kann nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt werden!**	F **Ist eine Übertragung auf Dritte notwendig?**
1. Zweckverband Oberhessische Versorgungs-betriebe	Ja	Ja	Ja	Ja	Nicht relevant wegen Bestandsschutz / Ja*2	Nein
2. Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH	Ja	Ja	Ja	Ja	Nicht relevant wegen Bestandsschutz / Ja*2	Nein
3. Oberhessische Versorgungsbetriebe AG	Ja	Ja	ja	Ja	Nicht relevant wegen Bestandsschutz / Ja*2	Nein
4. ovag Netz GmbH	Ja	Ja	ja	Ja	Nicht relevant wegen Bestandsschutz / Ja*2	Nein
5. VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH	Ja	Ja	ja	Ja	Nicht relevant wegen Bestandsschutz / Ja*2	Nein

*1 Ob die Betätigung in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit steht, ist auch eine politische Fragestellung, deren Antwort letztendlich davon abhängt, welcher politische Stellenwert unter Berücksichtigung begrenzter Ressourcen eingeräumt wird.
*2 Die Betrachtung erfolgt, obwohl eine weitere Prüfung der Bedingungen für eine zulässige wirtschaftliche Betätigung nicht notwendig ist, da gemäß der vorliegenden Einschätzung eine nichtwirtschaftliche Betätigung vorliegt bzw. der Bestandsschutz greift.

	A **Handelt es sich um eine wirtschaftliche Betätigung gem. § 121 HGO?**	B **Fällt die Betätigung unter den Bestandsschutz nach § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO? (Tätigkeit wurde vor dem 01.04.2004 ausgeübt)**	C **Ist der Öffentliche Zweck erfüllt?**	D **Steht die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit?** *1	E **Zweck kann nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt werden!**	F **Ist eine Übertragung auf Dritte notwendig?**
6. Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke	Nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 1)	Nicht relevant / Ja*2	Nicht relevant / Ja*2	Nicht relevant / Ja*2	Nicht relevant / Ja*2	Nein
7. Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	Nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 1)	Nicht relevant / Ja*2	Nicht relevant / Ja*2	Nicht relevant / Ja*2	Nicht relevant / Ja*2	Nein
8. Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH	Nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2)	Nicht relevant / Nein	Nicht relevant / ja	Ja	Nicht relevant / Ja*2	Nein
9. Breitband Gießen GmbH	Nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2)	Nicht relevant / nein	Nicht relevant / ja	Ja	Nicht relevant / Ja*2	Nein
10. ZAUGg GmbH	Nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2)	Nicht relevant / ja*2	Nicht relevant / ja*2	Nicht relevant/ ja*2	Nicht relevant / Ja*2	Nein
11. Sozialer Wohnungsbau und Strukturförderung GmbH	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein

*1 Ob die Betätigung in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit steht, ist auch eine politische Fragestellung, deren Antwort letztendlich davon abhängt, welcher politische Stellenwert der jeweiligen Betätigung unter Berücksichtigung begrenzter Ressourcen eingeräumt wird.
*2 Die Betrachtung erfolgt, obwohl eine weitere Prüfung der Bedingungen für eine zulässige wirtschaftliche Betätigung nicht notwendig ist, da gemäß der vorliegenden Einschätzung eine nichtwirtschaftliche Betätigung vorliegt bzw. der Bestandsschutz greift.

	A **Handelt es sich um eine wirtschaftliche Betätigung gem. § 121 HGO?**	B **Fällt die Betätigung unter den Bestandsschutz nach § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO? (Tätigkeit wurde vor dem 01.04.2004 ausgeübt)**	C **Ist der Öffentliche Zweck erfüllt?**	D **Steht die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit?** *1	E **Zweck kann nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt werden!**	F **Ist eine Übertragung auf Dritte notwendig?**
12. Technologie- und Innovationszentrum GmbH	Ja	Ja	Ja	Ja	Nicht relevant wegen Bestandsschutz / Ja*2	Nein
13. Sparkassenzweckverband	Ja (aber vgl. § 121 Abs. 9)	Nicht relevant / ja*2	Nicht relevant /ja*2	Nicht relevant / ja*2	Nicht relevant / Ja*2	Nein
14. Sparkasse Gießen	Ja (aber vgl. § 121 Abs. 9)	Nicht relevant / ja*2	Nicht relevant / ja*2	Nicht relevant / ja*2	Nicht relevant / Ja*2	Nein
15. Regionalmanagement Mittelhessen GmbH	Ja	Ja	Ja	Ja	Nicht relevant wegen Bestandsschutz / Ja*2	Nein

*1 Ob die Betätigung in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit steht, ist auch eine politische Fragestellung, deren Antwort letztendlich davon abhängt, welcher politische Stellenwert der jeweiligen Betätigung unter Berücksichtigung begrenzter Ressourcen eingeräumt wird.
*2 Die Betrachtung erfolgt, obwohl eine weitere Prüfung der Bedingungen für eine zulässige wirtschaftliche Betätigung nicht notwendig ist, da gemäß der vorliegenden Einschätzung eine nichtwirtschaftliche Betätigung vorliegt bzw. der Bestandsschutz greift.

	A **Handelt es sich um eine wirtschaftliche Betätigung gem. § 121 HGO?**	B **Fällt die Betätigung unter den Bestandsschutz nach § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO? (Tätigkeit wurde vor dem 01.04.2004 ausgeübt)**	C **Ist der Öffentliche Zweck erfüllt?**	D **Steht die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit?*[1]**	E **Zweck kann nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt werden!**	F **Ist eine Übertragung auf Dritte notwendig?**
16. FrankfurtRheinMain GmbH	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
17. Stadttheater Gießen GmbH	Nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2)	Nicht relevant / ja*[2]	Nicht relevant / ja*[2]	Nicht relevant / ja*[2]	Nicht relevant / Ja*[2]	Nein
18. Region Vogelsberg Touristik GmbH	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
19. Wasserverband Nidda	Nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 1)	Nicht relevant / ja*[2]	Nicht relevant / Ja*[2]	Nicht relevant / Ja*[2]	Nicht relevant / Ja*[2]	Nein
20. Zweckverband Naturpark Taunus	Nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2)	Nicht relevant / ja*[2]	Nicht relevant / Ja*[2]	Nicht relevant / Ja*[2]	Nicht relevant / Ja*[2]	Nein
21. Zweckverband Naturpark Vulkanregion Vogelsberg	Nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2)	Nicht relevant / ja*[2]	Nicht relevant / Ja*[2]	Nicht relevant / Ja*[2]	Nicht relevant / Ja*[2]	Nein

*[1] Ob die Betätigung in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit steht, ist auch eine politische Fragestellung, deren Antwort letztendlich davon abhängt, welcher politische Stellenwert der jeweiligen Betätigung unter Berücksichtigung begrenzter Ressourcen eingeräumt wird.
*[2] Die Betrachtung erfolgt, obwohl eine weitere Prüfung der Bedingungen für eine zulässige wirtschaftliche Betätigung nicht notwendig ist, da gemäß der vorliegenden Einschätzung eine nichtwirtschaftliche Betätigung vorliegt bzw. der Bestandsschutz greift.

	A **Handelt es sich um eine wirtschaftliche Betätigung gem. § 121 HGO?**	B **Fällt die Betätigung unter den Bestandsschutz nach § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO? (Tätigkeit wurde vor dem 01.04.2004 ausgeübt)**	C **Ist der Öffentliche Zweck erfüllt?**	D **Steht die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit?**	E **Zweck kann nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt werden!**	F **Ist eine Übertragung auf Dritte notwendig?**
22. Servicebetrieb Landkreis Gießen	Nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 3)	Nicht relevant	Nicht relevant	Nicht relevant	Politische Entscheidung wurde in 2012 getroffen im Sinne der Erhaltung und Schaffung von Existenz sichernden, sozialversicherungs-pflichtigen und tariflich entlohnten Arbeitsverhältnissen sowie im Sinne einer ökologisch und ressourcen-schonenden Leistungserbringung;	Nein
23. Stiftung „Von Schulen – Für Schulen“	Ja	Nein	Ja	Ja	Gemäß § 121 Abs. 1a HGO dürfen sich Gemeinden auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien betätigen.	Nein
24. ekom21 – Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen	Ja	Ja	Ja	Ja	Nicht relevant wegen Bestandsschutz / Ja*[2]	Nein
25. Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd	Nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 1)	Nicht relevant / Ja*[2]	Nicht relevant / Ja*[2]	Nicht relevant / Ja*[2]	Nicht relevant / Ja*[2]	Nein;

*[1] Ob die Betätigung in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit steht, ist auch eine politische Fragestellung, deren Antwort letztendlich davon abhängt, welcher politische Stellenwert der jeweiligen Betätigung unter Berücksichtigung begrenzter Ressourcen eingeräumt wird.
*[2] Die Betrachtung erfolgt, obwohl eine weitere Prüfung der Bedingungen für eine zulässige wirtschaftliche Betätigung nicht notwendig ist, da gemäß der vorliegenden Einschätzung eine nichtwirtschaftliche Betätigung vorliegt bzw. der Bestandsschutz greift.

6. Anhang

6.1. Anhang allgemein
6.1.1. Rechts- und Organisationsformen

Im Folgenden soll ein kurzer Überblick über Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen und Mitgliedschaften des Landkreises Gießen gegeben werden:

Rechtsformen des Privatrechts

Gesellschaften mit beschränkter Haftung

Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine juristische Person des Privatrechts, an der sich andere juristische Personen oder natürliche Personen mit einer Kapitaleinlage beteiligen. Die Gesellschafter sind mit Einlagen auf das in Stammanteile zerlegte Stammkapital beteiligt, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften. Als Ausgleich für die fehlende Haftung muss eine GmbH mit einem Stammkapital von mindestens Euro 25.000 ausgestattet sein. Die Gesellschaftsform ermöglicht geschäftliche Vorhaben mit begrenzbarem Risiko. Die Organe der Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Bildung eines Aufsichtsrates ist nach dem Gesellschaftsrecht freigestellt. Diese Rechtsform kommt im kommunalen Bereich sehr häufig vor, da das GmbH-Recht den Gesellschaftern große Gestaltungsspielräume ermöglicht (z.B. Ausgestaltung der Satzung).

Aktiengesellschaften

Aktiengesellschaften (AG) sind Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit, die ein in Aktien zerlegtes Grundkapital aufweisen. Die Gesellschafter (Aktionäre) sind mit einem Teil des Grundkapitals beteiligt ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften. Organe der Aktiengesellschaft sind der Vorstand, die Hauptversammlung und der Aufsichtsrat.

Im Gegensatz zu Gesellschaften mit beschränkter Haftung sieht das Aktienrecht für Aktiengesellschaften umfangreiche Regelungen und Formvorschriften vor. Für ergänzende/individuelle Ausgestaltungen des Vertragsverhältnisses der Aktionäre bleibt wenig Raum.

Die AG ist eine für Großunternehmen geeignete Gesellschaftsform, da unter anderem ein großer Kapitalbedarf durch den Verkauf von Gesellschaftsanteilen an eine Vielzahl von Personen gedeckt werden kann, das Risiko der an der Gesellschaft beteiligten Kapitalgeber begrenzt ist und die Bindung der Aktionäre lose ist, so dass die AG als juristische Person sehr weitgehend selbständig tätig werden kann.

Für die Wahrnehmung kommunaler Aufgaben ist die AG nicht unbedingt eine geeignete Gesellschaftsform, zumal die Möglichkeit der breiten Streuung von Kapitalanteilen meist nicht erforderlich ist.

Eingetragene Vereine

Vereine sind auf Dauer angelegte freiwillige Zusammenschlüsse von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes, wobei der Zweck vom jeweiligen Mitgliederbestand unabhängig ist. Organe bei den Vereinen sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand. Die Rechtsfähigkeit wird durch Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht erlangt.

Stiftung des Privatrechts

Die meistern Stiftungen werden in privatrechtlicher Form errichtet und dienen dann gemeinnützigen Zwecken. Wichtige Vorteile einer Stiftung sind der Vermögensschutz und Werterhalt sowie die Förderung des Gemeinwesens. Man unterscheidet rechtsfähige von nicht rechtsfähigen Stiftungen. Im ersten Fall stellen sie juristische Personen dar und im zweiten Fall befinden sie sich in der Trägerschaft eines Treuhänders. Die Stiftung unterscheidet sich deutlich von einer Körperschaft. Während bei Körperschaften die Mitgliederstruktur das Entscheidende ist, wird die Stiftung durch ihr Vermögen konstituiert. Eine Stiftung wird nur von der Körperschaftsteuer befreit, wenn sie aufgrund eines gemeinnützigen Zwecks davon befreit ist.

Rechtsformen des öffentlichen Rechts

Körperschaften des öffentlichen Rechts

Körperschaften des öffentlichen Rechts unterscheiden sich von den Körperschaften des Privatrechts dadurch, dass sie öffentlich-rechtlich organisiert sind und öffentlich-rechtlich handeln können. Körperschaften des öffentlichen Rechts sind unabhängig vom Wechsel der Mitglieder bestehende Organisationen, die ihre Rechtssubjektivität einem Hoheitsakt verdanken. Ihre Verfassung ist öffentliches Recht. Im Folgenden werden Zweckverbände und Wasser- und Bodenverbände als Formen von Körperschaften des öffentlichen Rechts vorgestellt:

Zweckverbände

Mit Zweckverband werden im Kommunalrecht Körperschaften des öffentlichen Rechts bezeichnet, zu denen sich die Gemeinden und Landkreise zur Wahrnehmung einzelner Aufgaben zusammenschließen. Die Art der Finanzierung wird in der Satzung geregelt und erfolgt je nach Aufgabe durch Erwirtschaftung eigener Einnahmen z.B. Gebühren, Zuweisungen oder Umlagen. Zweckverbände sind die bekannteste und häufigste Form interkommunaler Kooperation. Zweckverbände verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung. Organe des Zweckverbandes sind der Verbandsvorstand und die Verbandsversammlung. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG).

Wasser- und Bodenverbände

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts, denen das Recht zur Selbstverwaltung eingeräumt wird. Im Gegensatz zu den Zweckverbänden, in denen grundsätzlich nur Gebietskörperschaften Mitglieder sein können, kommen bei Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche und andere juristische Personen in Betracht. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass Wasser- und Bodenverbände nur für bestimmte Aufgaben im Bereich der Wasser- und Bodenbewirtschaftung gegründet werden können. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem Gesetz über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz – WVG).

Anstalt öffentlichen Rechts

Anstalten des öffentlichen Rechts sind juristische Personen des öffentlichen Rechts, die von einem Verwaltungsträger zur Erfüllung einer besonderen Verwaltungsaufgabe errichtet werden. Sie werden durch ein Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes errichtet, verändert und aufgelöst. Von der Körperschaft des öffentlichen Rechts unterscheiden sich Anstalten im Allgemeinen dadurch, dass sie keine Mitglieder aufnehmen, sondern lediglich eine Benutzungsmöglichkeit bieten.
Diese Rechtsform ist in der kommunalen Praxis vor allem bei den nicht als privatrechtliche Gesellschaften organisierten Kreditinstituten zu finden, z.B. die Sparkassen. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender regelmäßig der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft ist.
Über § 126a HGO wird den Gemeinden und Landkreisen die Möglichkeit gegeben Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts zu errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umzuwandeln.

Eigenbetrieb

Der Eigenbetrieb ist eine öffentlich-rechtliche Organisationsform für die wirtschaftliche Betätigung einer Kommune. Der Eigenbetrieb ist ein wirtschaftliches Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Die Gemeindevertretung bzw. der Kreistag hat eine Betriebssatzung zu erlassen, die die speziellen Regelungen für den einzelnen Betrieb enthält. Der Eigenbetrieb stellte ein Sondervermögen dar, das gesondert vom Kommunalhaushalt zu verwalten ist und eine eigene Wirtschafts-, Erfolgs-, Finanz- und Vermögensplanung besitzt.

6.1.2. Begriffsdefinitionen

Anlagedeckungsgrad 2

$$\frac{\text{(Eigenkapital II + langfr. Fremdkapital) x 100}}{\text{Anlagevermögen}}$$

Bei dem Anlagedeckungsgrad 2 wird untersucht, ob das Anlagevermögen durch das Eigenkapital und das langfristige Fremdkapital abgedeckt wird. Je größer die Anlagendeckung ist, umso solider ist die Finanzierung. Für die Kennzahl der Anlagendeckung sind nur branchenbezogene Aussagen ableitbar.

Anlageintensität

$$\frac{\text{Anlagevermögen x 100}}{\text{Gesamtvermögen}}$$

Die Anlageintensität entspricht dem Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme und ermöglicht somit Aussagen zum Vermögensaufbau. Je höher die Anlagenintensität ist, umso höher ist die Belastung mit fixen Kosten, insbesondere Abschreibungen und Zinsen.

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit bzw. vereinfachter Cashflow

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit
Wertübernahme aus Kapitalflussrechnung - Berücksichtigung aller laufenden Zuflüsse – ohne Zufluss aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit

Bei dem Cashflow handelt es sich um eine finanzielle Stromgröße, die den in einer Periode erfolgswirksam erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angeben soll. Der Cashflow ist Ausdruck der Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens..

Vereinfachter Cashflow
Jahresüberschuss
+ Abschreibungen
+/- Veränderungen Rückstellungen für Pensionen und andere langfristige Rückstellungen
+/- Veränderungen Sonderposten mit Rücklageanteil

Wenn der Mittelzufluss bzw. der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit nicht vorliegt, wird der vereinfachte Cashflow ermittelt.

Eigenkapital

Eigenkapital I
=Bilanzposten gemäß § 266 HGB

I. Gezeichnetes Kapital
II. Kapitalrücklage
III. Gewinnrücklage
IV. Gewinnvortrag / Verlustvortrag
V. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag

Eigenkapital sind Mittel, die von dem Eigentümer einer Unternehmung unbefristet zur Verfügung gestellt werden. Eigenkapital kann einem Unternehmen von außen (Kapitalerhöhung durch Einlagen) oder von innen (Verzicht auf Gewinnausschüttung) zugeführt werden.

In diesem Bericht wird für Zwecke der Bilanzanalyse zwischen Eigenkapital I und Eigenkapital II unterschieden.

Eigenkapital II

Eigenkapital I
+ Eigenkapitalanteil des Sonderpostens mit Rücklageanteil

Für Zwecke der Bilanzanalyse wird das Eigenkapital I um den Eigenkapitalanteil des Sonderpostens mit Rücklageanteil (Sonderposten für Investitionszuschüsse, empfangene Ertragszuschüsse) erweitert. Der Sonderposten mit Rücklageanteil wird in der Handelsbilanz nach dem Eigenkapital und vor den Rückstellungen ausgewiesen. Aus Gründen der Vereinfachung wird dieser Posten zumeist zu ca. 50% als wirtschaftliches Eigenkapital und zu 50 % als Steuerrückstellung dem mittelfristigen Fremdkapital zugeordnet. Im vorliegenden Beteiligungsbericht wird der Sonderposten zum Teil zu 100% dem wirtschaftlichen Eigenkapital zugerechnet. Dies geschieht in den Fällen, wenn grundsätzlich keine bzw. nur eine geringfügige Ertragssteuer anfällt.

Eigenkapitalquote

$$\text{Eigenkapitalquote I} = \frac{\text{Eigenkapital I} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

$$\text{Eigenkapitalquote II} = \frac{\text{Eigenkapital II} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

Die Eigenkapitalquote gibt den Anteil der Kapitalbeträge wieder, der innerhalb des Gesamtkapitals dem Unternehmen als Eigenkapital dauerhaft zur Verfügung steht. Je höher die Eigenkapitalquote, desto höher ist die finanzielle Sicherheit und Unabhängigkeit des Unternehmens. Sofern Sonderposten mit Rücklageanteil vorhanden sind, wird zwischen Eigenkapitalquote I und Eigenkapitalquote II unterschieden.

Eigenkapitalrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$$

Die Rentabilität des Eigenkapitals ist das Verhältnis von Jahresüberschuss zu Eigenkapital. Die Eigenkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Eigenkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.

Fremdkapital

Langfristiges Fremdkapital

- Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit > 5 Jahren
- Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Mittelfristiges Fremdkapital

- Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit >1Jahr und zugleich < 5 Jahre
- Fremdkapitalanteil der Sonderposten mit Rücklageanteil

Fremdkapital ist die Gesamtsumme der über die Fremdfinanzierung aufgenommenen Geldmittel. Nach der Fristigkeit ist zwischen kurz-, mittel- und langfristigem Fremdkapital zu unterscheiden

Kurzfristiges Fremdkapital

- Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr
- Sonstige Rückstellungen
- Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Gesamtkapitalrentabilität

$$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Zinsen für Fremdkapital}) \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

Die Rentabilität des Gesamtkapitals setzt den Jahresüberschuss zuzüglich Zinsaufwand zum Gesamtkapital ins Verhältnis. Die Gesamtkapitalrentabilität zeigt an, welche Rendite das im Unternehmen gebundene Kapital erbracht hat. Die Kennzahl ermöglicht eine von der Kapitalstruktur der Betriebe unabhängige Beurteilung der Ertragskraft.

Liquidität 2. Grades

$$\frac{\text{Monetäres Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}}$$

Zur Charakterisierung der kurzfristigen Liquiditätssituation verwendet man im Fall der bestandsorientierten Liquiditätsanalyse sogenannte Liquiditätsgrade, die sich durch die Fristigkeiten unterscheiden. Die Liquidität 2. Grades gibt eine Bewertung, wie das Unternehmen auf kurze Sicht seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann. Die Liquidität 2. Grades zeigt, inwiefern kurzfristiges Fremdkapital durch das monetäre Umlaufvermögen abgedeckt ist.

Monetäres Umlaufvermögen

- Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (<1 Jahr – sofern aus Bilanz erkennbar)
- Wertpapiere
- Flüssige Mittel
- Aktive Rechnungsabgrenzung

Personalintensität

$$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Gesamtleistung}}$$

Bei der Personalintensität wird der Personalaufwand ins Verhältnis zur Gesamtleistung eines Unternehmens gesetzt. Die Kennzahl gibt an, wie personalintensiv das Unternehmen arbeitet.

6.2. Anhang - Lageberichte
6.2.1. Überblick

Beteiligung	Lagebericht bzw. Jahresbericht im Beteiligungsbericht	Einsichtnahme ist über Geschäftsbericht im Internet gewährleistet.
Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH		https://www.ovag-gruppe.de/konzern/ueber-uns/zahlen-fakten.html
Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke		https://www.zmw.de/images/pdf/aktuelles_presse/ZMW_GB_2019-Web.pdf
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	x (Auszug aus dem Lagebericht)	
Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH	x	
Breitband Gießen GmbH	x	
ZAUG gGmbH	x	
SWS GmbH	x	
Technologi- und Innvoationszentrum GmbH	x	
Sparkasse Gießen		www.bundesanzeiger.de>Sparkasse Gießen>Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2019
Regionalmanagement Mittelhessen GmbH	x	
Stadttheater Gießen GmbH	x	
Region Vogelsberg Touristik GmbH	x	
Zweckverband Naturpark Vulkanregion Vogelsberg	x	
Servicebetrieb	x	
ekom 21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen	x	

6.2.2. Lageberichte im Einzelnen

6.2.2.1. Lagebericht Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.1.7.

Auszüge aus dem Lagebericht

Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2019

Allgemeines

Das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (HÖPNVG) stellt den Rahmen für die Geschäftsgrundlage und Zuständigkeit des Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) dar. Demnach sind das Land Hessen, die kreisfreien Städte, die Sonderstatusstädte sowie die Landkreise für die Bestellung von Verkehrsdienstleistungen und für weitere Aufgaben des Personennahverkehrs mit Bussen und Bahnen zuständig. Diese bedienen sich im Regionalverkehr der von ihnen gegründeten Verkehrsverbundgesellschaft – dem RMV. Gemeinsam mit seinen Partnern, den kommunalen Aufgabenträgern und dem Land Hessen wird der öffentliche Auftrag der Daseinsvorsorge im ÖPNV sichergestellt. Zum Aufgabenspektrum des RMV gehören die Tarifgestaltung, die Fahrplanerstellung und die Entwicklung der Netze, die Planung und Vergabe der Verkehrsdienstleistungen an Verkehrsunternehmen, sowie die Sicherung und Fortentwicklung der hohen qualitativen Standards. Neben den klassischen Verbundaufgaben *ein Fahrplan – ein Fahrpreis – eine Fahrkarte* haben sich die Aufgabenfelder im Laufe der Jahre erweitert. Hierzu zählen auch Planungs- und Machbarkeitsstudien und Investitionsmaßnahmen mit dem RMV in der Federführung.

So entwickelte sich der RMV vom Verkehrsverbund zum Mobilitätsdienstleister.

Der Gesellschaftsvertrag in Verbindung mit den übrigen Verträgen des Verbundvertragswerkes (Grundvertrag, öffentlich-rechtlicher Vertrag, Kooperationsvertrag und Einnahmenaufteilungsvertrag sowie die Verkehrsserviceverträge) bildet die Grundlage der Geschäftstätigkeit der RMV GmbH.

Die Finanzierung der RMV GmbH erfolgt für die Regiekosten sowie für die bezogenen Leistungen nach Abzug von eigenen Erträgen durch Zuwendungen des Landes Hessen und aus der Umlage der Komplementärfinanzierung der kommunalen Gesellschafter gemäß Wirtschaftsplan.

Der RMV hat in den letzten Jahren einen sprunghaften Anstieg der Fahrgastzahlen zu verzeichnen. Klima- und Umweltaspekte, Reurbanisierung sowie Dieselfahrverbote haben diese Entwicklung vorangetrieben.

Diese veränderten Rahmenbedingungen waren die Grundlage für das Strategiekonzept RMV-Mobilität 2035.

Dem gegenüber steht eine über Jahre hinweg vernachlässigte Infrastruktur, die bis an die Kapazitätsgrenze und teilweise sogar darüber hinaus ausgelastet ist. Hinzu kommt eine nicht nur aus Kundensicht oft ungenügende Qualität, insbesondere in den Bereichen Information und Pünktlichkeit.

Die weiterhin bestehenden Kapazitätsengpässe im Schienennetz, Qualitätseinschränkungen und steigende Kosten stehen einer schnellen Lösung entgegen. Mit Blick auf die Klimaziele ist eine massive Ausweitung eines qualitativ hochwertigen Nahverkehrsangebotes unabdingbar. Hierbei ist die Sicherheit der Fahrgäste und des Fahrpersonals auch in Coronazeiten zu gewährleisten. Hierzu werden ausreichend Fahrzeugkapazitäten bereitgestellt und umfangreiche Hygienemaßnahmen durchgeführt.

Es ist ökologisch, verkehrs- und gesellschaftspolitisch erforderlich, den Verbund als Mobilitätsdienstleister weiter zu stärken, um den Herausforderungen auch zukünftig gerecht werden zu können. Der RMV hat hierzu mit seinem strategischen Konzept RMV-Mobilität 2035 die Voraussetzungen für eine nachhaltige und zukunftsfähige Mobilität in der Region Frankfurt RheinMain beschrieben. Im Ausblick 2020 des Lageberichts werden die Bestandteile näher ausgeführt. Eine stärkere Vernetzung der eigenen Angebote und Dienste mit denen nationaler und internationaler Partner werden vom RMV vor allem im Kontext der digitalen Transformation weiter umgesetzt. Diese sind mit den im Regionalen Nahverkehrsplan (RNVP) beschriebenen Maßnahmen wie u.a. die künftige Netz- und Angebotskonzeption sowie die Infrastrukturergänzung zügig voranzubringen.

Mit der Finanzierungsvereinbarung vom 22.11.2016 für die Jahre 2017 – 2021 war der RMV bisher gut aufgestellt. Die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise und damit die Auswirkungen auf die Finanzierung bis 2021 lassen sich bisher noch nicht abschätzen. Für den nachfolgenden Zeitraum ist der RMV in ersten Gesprächen mit dem Land Hessen. Der Aufsichtsrat wird über die aktuelle Entwicklung kontinuierlich auf dem Laufenden gehalten.

Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Die Betriebsaufwendungen der RMV GmbH sind im Geschäftsjahr 2019 im Vergleich zu 2018 um 4.712 T€ auf 60.181 T€ gestiegen (i. Vj. 55.469 T€). Im Wesentlichen betraf dies die Mehraufwendungen für bezogene Leistungen, die um 3.538 T€ auf 36.371 T€ (i. Vj. 32.833 T€) gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind sowie die Erhöhung des Personalaufwandes um 1.219 T€ auf 14.327 T€ (i. Vj. 13.108 T€). Im Gegenzug sanken die Aufwendungen für Investitionen um 292 T€ gegenüber dem Vorjahr auf 4.723 T€ (i. Vj. 5.015 T€).

Im Wesentlichen resultieren die Aufwendungen für bezogene Leistungen aus Projektaufwendungen. Sie sind um 3.538 T€ auf T€ 36.371 gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dies ist vor allem durch die Erweiterung der Projektaufgaben insbesondere im innovativen Bereich begründet.

Die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger sowie die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung betrugen 54.214 T€ (i. Vj. 49.156 T€). Hinzu kamen sonstige betriebliche Erträge und Erträge aus Projektzuwendungen von insgesamt 4.662 T€ (i. Vj. 4.609 T€).

Die Erträge aus Gewinnabführungserträgen von insgesamt 1.701 T€ (i. Vj. 2.031 T€) betreffen die übernommenen Ergebnisse der fahma GmbH sowie der rms GmbH.

Das Zinsergebnis ist negativ in Höhe von - 400 T€ (i. Vj. – 444 T€) und ist im Wesentlichen bestimmt durch Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

Das Jahresergebnis ist wie in den Vorjahren systembedingt ausgeglichen.

Vermögenslage

Die Zugänge zum Anlagevermögen betrugen im Geschäftsjahr 4.723 T€ (i. Vj. 5.015 T€). Sie entfallen im Wesentlichen auf erworbene Softwareprogramme. Außerdem wurden 1.000 T€ in die Kapitalrücklage der fahma GmbH eingezahlt.

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Stichtag um 5.430 T€ auf 43.831 T€. Dies ist auf der Aktivseite im Wesentlichen auf die Erhöhung des Bestandes des Anlagevermögens und der sonstigen Forderungen und auf der Passivseite auf die Erhöhung des Sonderpostens des Anlagevermögens, der Rückstellungen für Pensionen und der Sonstigen Rückstellungen zurückzuführen.

Die Vermögensstruktur hat sich zum Vorjahr geringfügig verändert. Das Anlagevermögen beträgt 33,4 % (i. Vj. 34,2 %) der Bilanzsumme. Entsprechend entfallen 66,6 % (i. Vj. 65,8 %) auf das Umlaufvermögen und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Das Anlagevermögen ist vollständig durch nicht rückzahlbare Zuschüsse finanziert.

Beteiligungen

Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms)

Die RMV GmbH ist zu 100 % Gesellschafter der 1997 gegründeten Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH. Mit der rms GmbH besteht eine umsatzsteuerliche und gewerbesteuerliche Organschaft und seit dem Geschäftsjahr 1998 eine körperschaftsteuerliche Organschaft.

Der rms GmbH ist es gelungen, in den letzten Jahren durch die Besetzung neuer Themen ihre Marktposition kontinuierlich auszubauen. Trotz der weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Situation ihrer Kunden konnte dadurch ein stetiges, zuletzt sogar schwungvolles Wachstum erreicht werden.

Die Umsatzerlöse wurden im Wesentlichen durch die Bereiche der Kundenkommunikation, Quali-tätsmanagement und Mobilitätsforschung, Datenmanagement, sowie eTicket und Vertrieb generiert.

Das Rohergebnis ist von 14.581 T€ um 1.721 T€ auf 16.302 T€ gestiegen.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 12,2% gestiegen, was dem stetigen Aufbau an Personal-Ressourcen Rechnung trägt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben um 8,0% zugenommen, was u.a. auf das gestiegene Geschäftsvolumen zurückzuführen ist.

Es bestehen Chancen für die Weiterentwicklung der rms GmbH in einer weitergehenden Ergänzung des Themenportfolios. Dabei lassen sich zunehmend Synergien zwischen Dienstleistung, Beratung und Forschungsprojekten herstellen. Dies ist ein Alleinstellungsmerkmal der rms GmbH im Markt.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt aus eigenen Mitteln.

Das Anlagevermögen ist zu 36,9% mit Eigenkapital finanziert. Die Eigenkapitalquote beträgt 7,8%. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2019 durchgängig gewährleistet. Der Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit betrug 2.542 T€ (Vorjahr -91 T€). Der Rückgang des Cash-Flows im Vorjahr resultierte im Wesentlichen aus dem Kauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens in Höhe von 1.600 T€, welche lediglich eine Vermögensumschichtung darstellte, dies ist in 2019 entfallen. Ferner sind im Jahr 2019 die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 463 T€ zurückgegangen während sie im Vorjahr um 636 T€ angestiegen sind.

Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Die RMV GmbH ist zu 100 % Gesellschafter der Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma). Gegenstand der fahma ist die Finanzierung, Beschaffung und Vorhaltung von Fahrzeugen des Schienenpersonennahverkehrs und die Bereitstellung dieser Fahrzeuge an Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU), insbesondere im Wege der langfristigen Fahrzeugbereitstellung. Die Gesellschaft übernimmt die Eigentümerfunktion der Fahrzeuge und stellt den Qualitäts- und Werterhalt der Fahrzeuge geeignet sicher.

Mit Beschluss des Aufsichtsrates der RMV GmbH, der Gesellschafterversammlung der fahma sowie der notariellen Beurkundung und Eintragung ins Handelsregister wurde der Gegenstand der Gesellschaft im Jahr 2017 auf die Finanzierung, Beschaffung und Vorhaltung von Fahrzeugen des straßengebundenen ÖPNV erweitert.

Die Umsatzerlöse betreffen Fahrzeugbereitstellungsentgelte für die Fahrzeuge der Odenwaldbahn sowie für die 4 weiteren Fahrzeuge der Odenwaldbahn (5.167 T€) sowie Entgelte für die Taunusbahn (1.695 T€) für das Geschäftsjahr 2019. Ein Ertrag von 199,2 T€ ergab sich aus der Leistungserbringung für die RMV GmbH gem. Kooperationsvertrag. Die Aufwendungen sind - wie im Vorjahr - geprägt durch Abschreibungen i.H.v. 3.220 T€ (Vorjahr: 3.220 T€) sowie die Zinsaufwendungen i.H.v. 1.186 T€ (Vorjahr: 1.467 T€). Das Ergebnis vor Zinsen beträgt 2.393 T€ (Vorjahr 3.067 T€). Dieses wird aufgrund des planmäßig negativen Finanzergebnisses von 1.186 T€ (Vorjahr 1.467 T€) teilweise kompensiert. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses ergibt sich ein Ergebnis nach Steuern von 1.207 T€ (Vorjahr 1.600 T€), das gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die RMV GmbH abzuführen ist. Insgesamt wurde das für 2019 geplante Ergebnis nach Steuern (früher: Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit) um rund 304 T€ übertroffen. Dies ist insbesondere dadurch begründet, dass der Zinsaufwand für die Finanzierung der Fahrzeuge für das Taunusnetz deutlich geringer ausfällt als geplant. Zum Zeitpunkt der Wirtschaftsplanerstellung im September 2018 war nach kaufmännischer Vorsicht mit höheren Zinsen zu rechnen als dann im Ergebnis der Ausschreibung der Fahrzeugfinanzierung nach Verhandlung und mehreren Angebotsrunden in 2019 erreicht wurde.

Bei einer Bilanzsumme von 68,3 Mio. € (Vorjahr 32,8 Mio. €) ist die Vermögenslage durch die Fahrzeuge der Odenwaldbahn und der Taunusbahn mit 21,6 Mio. € (Vorjahr 24,9 Mio. €), die Autonomen Fahrzeuge mit 0,5 Mio. € sowie durch die geleisteten Anzahlungen auf Anlagen im Bau für das Projekt Taunusnetz in Höhe von 38,6 Mio. € geprägt.

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW)

Die RMV GmbH hält zum Stichtag 16,67 % der Anteile an der RTW. Weitere Gesellschafter sind die Stadt Frankfurt am Main, das Land Hessen, der Main-Taunus-Kreis, der Hochtaunuskreis, der Kreis Offenbach, die Stadt Bad Homburg vor der Höhe, die Städte Eschborn, Schwalbach am Taunus, Neu-Isenburg, Bad Soden und die Gemeinde Sulzbach.

Gegenstand der Gesellschaft seit dem 12.11.2015 (Anpassung des Gesellschaftsvertrags) ist die Planung, der Bau sowie der Betrieb der Infrastruktur der Regionaltangente West für die Erbringung von Verkehrsleistungen durch Verkehrsunternehmen. In der Gesellschafterversammlung vom 28.11.2019 haben die Gesellschafter die Baurealisierung sowie die damit zusammenhängende Finanzierung der Regionaltangente West aus Gesellschafter-, Bundes- und Landesmitteln einstimmig beschlossen. Der Gesellschaftervertrag wurde entsprechend angepasst und notariell beurkundet. Die Eintragung im Handelsregister ist noch nicht erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag der RTW GmbH enthält in einer Anlage die Modalitäten der Finanzierung. Diese sieht eine umlagenbezogene Finanzierung seitens der Gebietskörperschaften vor.

Der Sitz der Gesellschaft ist Frankfurt am Main.

Das Budget der Gesellschaft wurde zur Erfüllung der vorgesehenen Aufgaben zusätzlich zu den bisherigen 50,8 Mio. € um weitere 241.472.218 € auf 292.272.218 € aufgestockt. Zusammen mit dem Gründungsbudget i. H. v. 5,78 Mio. € ergibt sich hieraus ein Gesamtbudget von 298.052.218 €. Der Antrag der RTW GmbH auf Bezuschussung der Planungskosten durch die EU, abgegeben im Januar 2015, wurde von der EU-Kommission positiv beschieden.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain) (ivm)

Die RMV GmbH ist Gesellschafter mit 12,45 % des Stammkapitals an der ivm GmbH.

Gesellschafter der ivm GmbH sind die Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz, der Landkreis Darmstadt-Dieburg, der Kreis Groß-Gerau, der Hochtaunuskreis, der Main-Kinzig-Kreis, der Main-Taunus-Kreis, der Rheingau-Taunus-Kreis, der Kreis Offenbach sowie die Städte Frankfurt am Main, Mainz, Offenbach am Main, Hanau, Wiesbaden, Darmstadt, Rüsselsheim, Bad Homburg vor der Höhe und die RMV GmbH.

Der Gesellschaftsvertrag der ivm GmbH enthält in einer Anlage die Modalitäten der Finanzierung. Diese sieht eine umlagenbezogene Finanzierung seitens der Gebietskörperschaften vor, wobei die Stadt Frankfurt am Main einen erhöhten Umlagenanteil leistet. Das Land Hessen beteiligte sich im Jahr 2019 mit 490,0 T€. Von den geleisteten Bruttozahlungen des Landes Hessen in Höhe von 490,0 T€ standen der ivm GmbH rund 419,6 T€ netto zur Verfügung. Der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) beteiligt sich als Gesellschafter mit einer projektbezogenen Umlage. In 2019 standen der ivm GmbH aus Mitteln des RMV 175,9 T€ netto zur Verfügung. Das Land Rheinland-Pfalz ist in Form einer Projektfinanzierung eingebunden.

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Zusammenarbeit im Verkehrs- und Mobilitätsmanagement der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz und der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt RheinMain. Die Aufgaben, die sich aus dem Gesellschaftszweck ableiten, sind in der Aufgabenvereinbarung als Anlage zum Gesellschaftsvertrag festgelegt.

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten der ivm GmbH liegt in der Entwicklung und Erarbeitung von Konzeptionen und Strategien zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität in der Region, die dann gemeinsam mit den Gesellschaftern und durch die zuständigen Aufgabenträger in der Region Frankfurt RheinMain umgesetzt werden. Hierzu zählt auch die Entwicklung und Weiterentwicklung von Softwarelösungen, wie sie den Bürgerserviceangeboten der ivm GmbH zu Grunde liegen. Um den Anforderungen eines zeitgemäßen Angebotes nachkommen zu können, beteiligt sich die ivm GmbH darüber hinaus als regionaler Partner an Forschungs- und Entwicklungsprojekten und macht die hierin erarbeiteten Ergebnisse nutzbar für Ihre Gesellschafter.

VDV eTicket Service GmbH & Co. KG

Im Geschäftsjahr hielt die RMV GmbH einen Kommanditanteil von 100 T€. Dies entspricht 10,13 % der Gesamtsumme der Kapitaleinlagen.

Das Geschäftsjahr 2019 verlief besser als im Wirtschaftsplan prognostiziert.

Die Umsatzerlöse aus Lizenzentgelten für Nutzermedien-Zertifikate lagen etwas über den Erwartungen. Grund dafür war eine etwas höhere Nachfrage auf dem Chipkarten-Markt als aufgrund von Modellrechnungen zur Prognose angenommen worden war.

Die Gesellschaft hat im Jahr 2019 Vorbereitungen getroffen, ihr Geschäftsmodell hinsichtlich e Ticketing auf Smartphones zu erweitern. Die Gesellschafterversammlung hat dem zugestimmt, so dass nun die Markteinführung des VDV-Barcode mobile+ angegangen wird, dafür notwendige zentrale Systeme aufgebaut sowie zusätzliche Personalkosten geschaffen werden.

Der Umsatz für 2019 beträgt 4.723 T€ und liegt damit knapp 1% unter dem im Wirtschaftsplan für 2020 ausgewiesen Wert für 2019. Die Prognosemethode für die Erlöse aus Lizenzentgelten entspricht der des Vorjahres; das Geschäftsergebnis beträgt 511 T€.

Der Absatz von Nutzermedien-Zertifikaten wird sich voraussichtlich weiter stabil entwickeln, so dass von einer stabilen Ertragslage in diesem Segment ausgegangen wird. Im Herbst 2020 soll das neu aufzubauende System „Mobile Ticketing Crypto Service“ (Motics) in Betrieb genommen werden, so dass dann der VDV-Barcode mobile+ in den Markt ausgerollt werden kann. Damit ist dann die relevante Grundlage zur Erweiterung des Geschäftsmodells des Unternehmens geschaffen.

Mobilligence GmbH

Die Mobilligence GmbH ist eine 100%ige Tochter der Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms GmbH oder rms) und wurde im Mai 2017 mit Sitz in Berlin gegründet. Die Mobilligence tritt wie die Muttergesellschaft als Beratungs- und Serviceunternehmen am Markt auf. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Themen Digitalisierung und Vernetzung der Mobilitätsbranche.

Die Zielgruppe der Mobilligence GmbH muss auf Veränderungen im Mobilitätsmarkt durch den digitalen Wandel reagieren. Neben der Digitalisierung der internen Prozesse und der Neugestaltung der Kundenschnittstelle steht vor allem die Ertüchtigung bzw. der Aufbau der erforderlichen technischen Infrastruktur in der Fläche im Fokus. Damit entstehen für Beratungsunternehmen auch neue Chancen im Mobilitätsmarkt.

Die digitale Vernetzung der Branche ist eine Aufgabe, die in vielen Bereichen technische Innovation und neue Lösungen voraussetzt. Bund und Länder erwägen jeweils eigene Förderprogramme in diesem Kontext aufzusetzen. Hierbei unterstützt die Mobilligence bereits jetzt. Kompetenzen im Bereich Fördermittelmanagement bilden eine zentrale Grundlage der Mobilligence.

Der Standort in der Nähe des Berliner Hauptbahnhofes, im direkten Umfeld des Wirtschafts- und des Verkehrsministeriums bietet gute Chancen für die Zusammenarbeit mit Partnern aus der Branche, Kunden und politischen Entscheidungsträgern, aber auch für die Gewinnung qualifizierter Mitarbeiter.

Auf diese gute Ausgangssituation aufbauend wurde der Fokus für das Geschäftsjahr 2019 darauf gelegt, weitere Kundenaufträge zu gewinnen. Die geschäftliche Perspektive der Mobilligence GmbH fokussiert dabei auf die Vernetzungsinitiative „Mobility inside“. Hier wurde die Mobilligence erfolgreich in einer zentralen Rolle als Projektbüro und fachlicher Koordinator platziert. Die Hauptaufgaben bestanden im Berichtsjahr in der Beratung und Koordination der Partner im Prozess der Unternehmensgründung und der Vorbereitung der Initiatoren auf die Vernetzung.

CityBahn GmbH

Im Geschäftsjahr hat die RMV GmbH einen Gesellschaftsanteil in Höhe von 7.704 € erworben. Dies entspricht 10 % vom Stammkapital in Höhe von 77.041 €.

Das Projekt „CityBahn“ verbindet in der Metropolregion „Westliches Rhein-Main-Gebiet“ die Landeshauptstädte Mainz und Wiesbaden sowie den Rheingau-Taunus-Kreis miteinander und soll hier eine Rückgratfunktion im ÖPNV übernehmen. Damit wird eine Region mit 700.000 Einwohnern verknüpft und die kommunalen Entwicklungen hinsichtlich Wohnbebauung, Gewerbe und Umweltschutz gefördert. Das Projekt CityBahn muss ganzheitlich betrachtet werden. Zusätzlich kommt dem Projekt in Wiesbaden durch den Green City-Masterplan “WI-Connect“ eine besondere Bedeutung zu: Mit dem Green City Plan - Masterplan „WI-Connect“ der Landeshauptstadt Wiesbaden werden Beiträge zur Entwicklung einer nachhaltigen urbanen Mobilität in Wiesbaden geleistet, um die Belastungen in der Innenstadt mit NO2, aber auch anderen Luftschadstoffen und Lärm zu reduzieren. Eine Säule des Masterplans „WI-Connect“ ist die Entwicklung und Umsetzung einer CityBahn. Mithilfe der CityBahn sollen zwei Kernprobleme des regionalen Verkehrsgeschehens gelöst werden: die stetig wachsende Fahrgastnachfrage im öffentlichen Nahverkehr sowie die von Dieselmotoren verursachte Luft- und Lärmbelastung.

Im Geschäftsjahr 2019 wurden Vorplanungsleistungen überwiegend durch die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH vorfinanziert und koordiniert. Die dafür angefallenen Kosten sowie laufenden Verwaltungskosten sind im Jahresabschluss der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH enthalten. Die Kosten, die die anderen Gesellschafter und Verkehrsunternehmen betreffen, wurden an diese weiterverrechnet.

Chancen- und Risikobericht

Chancenbericht

Mit Abschluss der Finanzierungsvereinbarung vom 22.11.2016 für die Jahre 2017 - 2021 sollte die Finanzierung der RMV GmbH für diesen Zeitraum gesichert werden.

Der ÖPNV steht in Zukunft vor großen Herausforderungen. Neben den Diskussionen um Dieselfahrverbote und dem Erreichen der Klimaziele lassen die Corona-Krise die Erwartungen und Anforderungen an den ÖPNV kontinuierlich steigen.

Die Akteure im ÖPNV sind gefordert für diese Anforderungen kurz- bzw. mittelfristig Lösungsmöglichkeiten anzubieten.

Die RMV GmbH für 2019, wie auch schon in den Vorjahren, bei Bundesforschungsprojekten ihre fachliche und organisatorische Kompetenz einbringen und das Ansehen der RMV GmbH als innovativer Mobilitätsdienstleister weiter untermauern.

Risikobericht

Die RMV GmbH ist maßgeblich an die finanzielle Lage der **öffentlichen Hand** gebunden. Durch den massiven Wegfall von Fahrgeldeinnahmen aufgrund der Corona-Krise wird diese Abhängigkeit nochmals verstärkt. Der vom Aufsichtsrat verabschiedete Wirtschaftsplan (Buchungskreis 1) wird in einem DV-gestützten Budgetcontrollingtool erfasst. Den erfassten Soll-Werten werden aus laufender Rechnung der Finanzbuchhaltung die IST-Werte gegenübergestellt. In regelmäßigen Abständen wird die Geschäftsführung über die Entwicklung von Plan- und Ist-Werten unterrichtet. Budgetüberschreitungen müssen entweder durch freie Mittel über Querdeckung oder durch finanzielle Unterstützung externer Projektpartner (Drittmittel) gedeckt werden. Die Überwachung der Budgeteinhaltung erfährt in der wirtschaftlich angespannten Situation 2020 ff. eine stärkere Gewichtung.

Gesamtaussage

Obwohl die RMV GmbH maßgeblich an die finanzielle Lage der öffentlichen Hand gebunden ist, bestehen, auch vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzierungsvereinbarung und dem Land Hessen als hauptfinanzierenden Gesellschafter, keine bestandsgefährdenden Risiken. Von einer nachfolgenden Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2022 ff kann mit hinreichender Sicherheit ausgegangen werden.

6.2.2.2. Lagebericht Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH - Ergänzung zu Kapitel 3.2.1.

Lagebericht der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH für das Geschäftsjahr 2019

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gesellschaftszweck und Rahmenbedingungen

Gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH ist Gesellschaftsgegenstand die Beteiligung an der Breitband Gießen GmbH. Diesem Zwecke entsprechend ist sie, neben der WL-Holding GmbH mit 51 %, mit 49% an der Breitband Gießen GmbH beteiligt. Die Breitband Gießen GmbH verfolgt das Ziel, den Ausbau des Breitbandnetzes im Landkreis Gießen durchzuführen.

Gesellschafter der Beteiligungsgesellschaft sind der Landkreis Gießen (50,032%) sowie mit dem Beitritt der Stadt Linden im Jahr 2017 nun alle 18 kreisangehörige Kommunen des Landkreises Gießen. Jede Kommune hält derzeit 2,776% der Anteile.

Mindestens halbjährlich hat eine Gesellschafterversammlung stattzufinden. Im Jahr 2019 haben am 10.05., und 20.12. Gesellschafterversammlungen stattgefunden.

Geschäftsentwicklung

Gemäß Gesellschaftszweck führt die Beteiligungsgesellschaft keinen Geschäftsbetrieb im eigentlichen Sinne. Sie ist vielmehr Koordinierungsgremium der Kommunen für den Breitbandausbau im Landkreis Gießen. Im Hinblick auf geänderte Rahmenbedingungen der Branche bzw. im Marktumfeld hat sich die Gesellschafterversammlung dazu entschieden, die noch nicht vergebenen Ausbaucluster zusammenzufassen und in einem gemeinsamen abschließenden Verfahren im Jahr 2015 unter Federführung des Landkreises Gießen auszuschreiben. Nach Zuschlagserteilung in 2016 wurden große Teile des Versorgungsgebietes in 2017 ausgebaut. Der Ausbau in den restlichen Gebieten konnte in 2018 abgeschlossen werden. Laut Breitbandatlas des Bundes sind rund 96 % der Haushalte im Landkreis Gießen mit mindestens 30 Mbit/s versorgt. Für 92 % der Haushalte sind Bandbreiten größer 50 Mbit/s und für 72 % der Haushalte Bandbreiten größer 200 Mbit/s verfügbar.

Im Rahmen einer mit Bundesmittel geförderten Studie durch das Büro Zick-Hessler in Zusammenarbeit mit der Breitband Gießen GmbH wurde die letzten noch unterversorgen Anschlüsse im Landkreis Gießen erhoben. Für die ermittelten 954 Haushalte und 89 Schulen (für letztere wurde die sogenannte Aufgreifschwelle von 30 Mbit/s förderrechtlich angehoben, so dass die Schulen, obwohl sie bereits mit mindesten 30 Mbit/s versorgt waren, mit noch höheren Bandbereiten ausgebaut werden dürfen) wurde eine Ausbauplanung mit entsprechender Kostenkalkulation erstellt. Dies war Grundlage für einen Förderantrag im Rahmen des Bundesförderprogramms, der im Dezember 2017 mit einer Fördersumme von 6.295.533 € positiv beschieden wurde. Zur Vorbereitung einer Ausschreibung für diese Nachverdichtung (Ausbaustufe III) mussten die Ergebnisse der Studie nochmals im Detail mit allen kreisangehörigen Kommunen abgestimmt und erforderliche Korrekturen vorgenommen werden. Dieser sehr aufwendige, von der Breitband Gießen GmbH gesteuerte Prozess wurde im 2. Quartal 2018 aufgesetzt und konnte erst Anfang 2019 abgeschlossen werden. Die Ausschreibung erfolgte in 2019 und in 2020 soll die Umsetzung möglichst beginnen.
Die Beteiligungsgesellschaft gewährt der Breitband GmbH weiterhin zwei Gesellschafterdarlehen.

II. Darstellung der Lage

Vermögens- und Finanzlage

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.
Die Gesellschaft ist weder zu Kreditaufnahme noch zu sonstigen Finanzgeschäften, mit Ausnahme von Geldanlagen, befugt.

Bilanz des Unternehmens	**2019**
AKTIVA	**T€**
A. Anlagevermögen	
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	25
B. Umlaufvermögen	
I. Vorräte	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	354
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	39
Bilanzsumme	**418**
PASSIVA	
A. Eigenkapital	
I. Gezeichnetes Kapital	25
II Kapitalrücklage	472
III. Bilanzverlust	-84
B. Rückstellungen	5
C. Verbindlichkeiten	0
Bilanzsumme	**418**

Entwicklung der Rückstellungen
Die Rückstellung für Jahresabschlusskosten beinhaltet die Erstellung des Jahresabschlusses 2019, dessen Offenlegung und Revision, die Erstellung der betrieblichen Steuererklärung 2019 sowie die Revision des Jahresabschlusses 2019.

III. Nachtragsbericht

Wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres liegen nicht vor.

IV. Chancen und Risiken

Die Gewährung der Gesellschafterdarlehen bietet die Chance, die jährlichen Geschäftsführungskosten der Gesellschaft durch die Zinseinnahmen zu decken.

Marktgetrieben musste das Konzept zum Breitbandausbau im Landkreis Gießen umgestellt werden. Das ursprüngliche Faser-Miet-Modell, bei dem die Breitband Gießen GmbH eigene Breitbandinfrastrukturen schafft und an die Deutschen Telekom vermietet, war nicht mehr durchsetzbar. Die restlichen noch nicht ausreichend versorgten Gebiete im Landkreis wurden deshalb zusammengefasst und zum Ausbau über das sogenannte Deckungslückenmodell ausgeschrieben. Dies wiederum führte dazu, dass ein nicht unwesentlicher Teil des Versorgungsgebietes für die Breitband Gießen GmbH

und deren Geschäftstätigkeit weggefallen ist. Damit gehen ursprünglich geplante Auftragsvolumina und entsprechende Deckungsbeiträge verloren, was die wirtschaftliche Situation der Breitband Gießen GmbH belastet. Zur Stärkung der finanziellen Situation und als Sicherheit im Rahmen der Gewährung von Bankendarlehen haben die Gesellschafter in Vorjahren Gesellschafterdarlehen in Höhe von insgesamt 683.000 € bereitgestellt. Die Beteiligungsgesellschaft ist aufgrund Ihres Geschäftsanteils sowie der beiden gewährten Gesellschafterdarlehen in einer Gesamthöhe von 318.000 € von diesem Risiko betroffen. Für beide Darlehen wurden Rangrücktrittserklärungen vereinbart. Allen weiteren zum Bilanzstichtag bekannten und bewertbaren Risiken wurden durch entsprechende Rückstellungen Rechnung getragen.

Gießen, 02.06.2020

Stefan Bechthold
Geschäftsführer

6.2.2.3. Lagebericht Breitband Gießen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.2.2.

Breitband Gießen GmbH

Lagebericht zum 31.12.2019

0. Vorbemerkungen

Die Breitband Gießen GmbH ist beim Amtsgericht Gießen unter dem Aktenzeichen HRB 7467 eingetragen. Die Gesellschaft ist nach den Größenklassen des Paragraphen 267 HGB eine kleine Kapitalgesellschaft bzw. nach Paragraph 267a HGB eine Kleinstkapitalgesellschaft. Nach Paragraph 10 Nr. 3 des Gesellschaftsvertrages ist der Jahresabschluss und der Lagebericht nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften im dritten Buch des HGB aufzustellen.

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Mit Gesellschaftsvertrag vom 9. März 2011 wurde die Gesellschaft gegründet und am 28. März 2011 in das Handelsregister eingetragen.

Die Breitband Gießen GmbH mit Unternehmenssitz in Gießen war eine Neugründung aus dem Verbund bestehender Unternehmen, welche jeweils langjährige Kernkompetenzen im Bereich der Netzplanung, -bau, -betrieb und -vermarktung haben. Bei den bestehenden Unternehmen handelt es sich um die familiengeführten Unternehmensgruppen "Lück Invest" aus Lich / Gießen mit den Gesellschaftern Ingo und Udo Lück und "Weimer" aus Lahnau. Die Kernkompetenzen der beiden Unternehmensgruppen liegen in den Bereichen Tief- und Kabelbau sowie strategisches Beteiligungsmanagement. Die positiven Erfahrungen eines erfolgreichen Verbundes konnten die Unternehmen bereits in der gemeinsamen Realisierung breitflächiger Kabelnetzausbauprojekte beweisen. Im Rahmen der Kooperation bringen beide Unternehmensgruppen ihre Kernkompetenzen in die Umsetzung und den Betrieb des Gesamtprojekts mit ein.
Der verantwortliche Geschäftsführer der Breitband Gießen GmbH ist Herr Stefan Becker. Er arbeitet auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der WL Netztechnik GmbH und der Breitband Gießen GmbH. Unterstützt wird Herr Becker sowohl administrativ als auch strategisch durch vorhandene Kapazitäten der Gesellschafter. Darüber hinaus stehen ihm externe Berater, insbesondere die abakus Steuerberatungsgesellschaft mbH zur Verfügung.
Die Breitband Gießen GmbH hat nach dem Beitritt der öffentlichen Seite in 2012 ein Stammkapital von 50 T€. An der Breitband Gießen GmbH sind zu 49% die öffentliche Beteiligungsgesellschaft des Landkreises Gießen und zu 51% die WL Holding GmbH beteiligt. Eine neben der Kapitalausstattung durch Gesellschafter ergänzende Fremdfinanzierung über regionale Banken ist umgesetzt.
Die WL Holding GmbH ist eine Tochtergesellschaft der Lück Invest GmbH (50%) und der Weimer Beteiligungsgesellschaft (50%). Die Geschäftsführer der beiden Unternehmen sind Herr Martin Bender und Herr Ingo Lück.
Die WL Netztechnik ist zu 100% eine Tochter der WL Holding und wird von dem Geschäftsführer, Herrn Martin Bender, geführt.

Die Breitband Gießen GmbH investiert in Breitbandnetze (Glasfasernetze) unter der Voraussetzung, dass vor Auslösen der Investition folgende Situation erreicht ist:

- Es ist ein belastbarer Mietvertrag mit der Deutschen Telekom abgeschlossen, dessen monatliche Einnahmen Zins und Tilgung sicherstellen (rentierlicher Teil der Investition)
- Für den Teil der Investition, der durch den Mietvertrag nicht abgedeckt werden kann, liegt eine schriftliche Zusage der jeweiligen Kommune über die Zahlung eines "verlorenen Zuschusses" vor (nicht rentierlicher Teil der Investition)

Die Mietverträge laufen mit einem festen Mietpreis über 15 Jahre. Nach Ablauf des Mietvertrages sind die Netze bezahlt.
Die Mietverträge und Netze können als Sicherheit abgetreten werden.
In Bezug auf betriebswirtschaftliches Eigenkapital und Bürgschaften der Gesellschafter ist zu berücksichtigen:

- Den Zuschuss des nicht rentierlichen Teils der Investition durch die jeweilige Gemeinde ist bei vergleichbaren Investitionen der Eigenkapitalanteil.
- Der rentierliche Teil der Investition führt zu einer Amortisation der Investition in 15 Jahren bei einer zu erwartenden Lebensdauer von 40 Jahren.

Unternehmensziel
Der Geschäftszweck der Breitband Gießen ist die in Zusammenarbeit mit Gebietskörperschaften durchzuführende Bedarfsermittlung und anschließende Erstellung und Vermietung von Kommunikationsnetzen sowie die Erstellung und Betreuung der Netze durch Dritte im Landkreis Gießen.
Da es sich bei der Breitband Gießen GmbH um eine Gesellschaft in einem technologisch anspruchsvollen Geschäftsbereich handelt, wird sie durch Leistungsstärke und Referenzen von den bereits oben dargestellten Unternehmensgruppen ("Lück Invest" aus Gießen und "Weimer" aus Lahnau) unterstützt. Beide unterstützen das Breitbandvorhaben mit ihrer Kernkompetenz und ihrer Leistungsstärke.
Die geplante Erschließung in den kooperierenden Kommunen erstreckt sich flächendeckend auf Privat- und Gewerbekunden gleichermaßen. Der Standardausbau erfolgt auf der Basis von zukunftsfähiger Glasfaser für Hochgeschwindigkeitsnetze, welche Internetzugänge um 16Mbit/s bis 50Mbit/s und höher ermöglichen. Regionale Wertschöpfung erfolgt durch heimische Betriebe unter Beteiligung der Gemeinden. Eine 24h-Servicedienstleistung zur Sicherung der Netzstabilität wird garantiert.
Die operativen Unternehmen der Unternehmensgruppen Lück Invest und Weimer werden ihre Leistungen in den jeweiligen Kernkompetenzen erbringen, darüber hinaus werden auch Fremdaufträge vergeben.

Darüber hinaus erbringt die Breitband Gießen GmbH im Rahmen des weiteren Ausbaus der Netze durch Provider (Deutsche Telekom u.a.) seit 2016 Steuerungsaufgaben und Vertragsmanagementaufgaben gegen Entgelt.

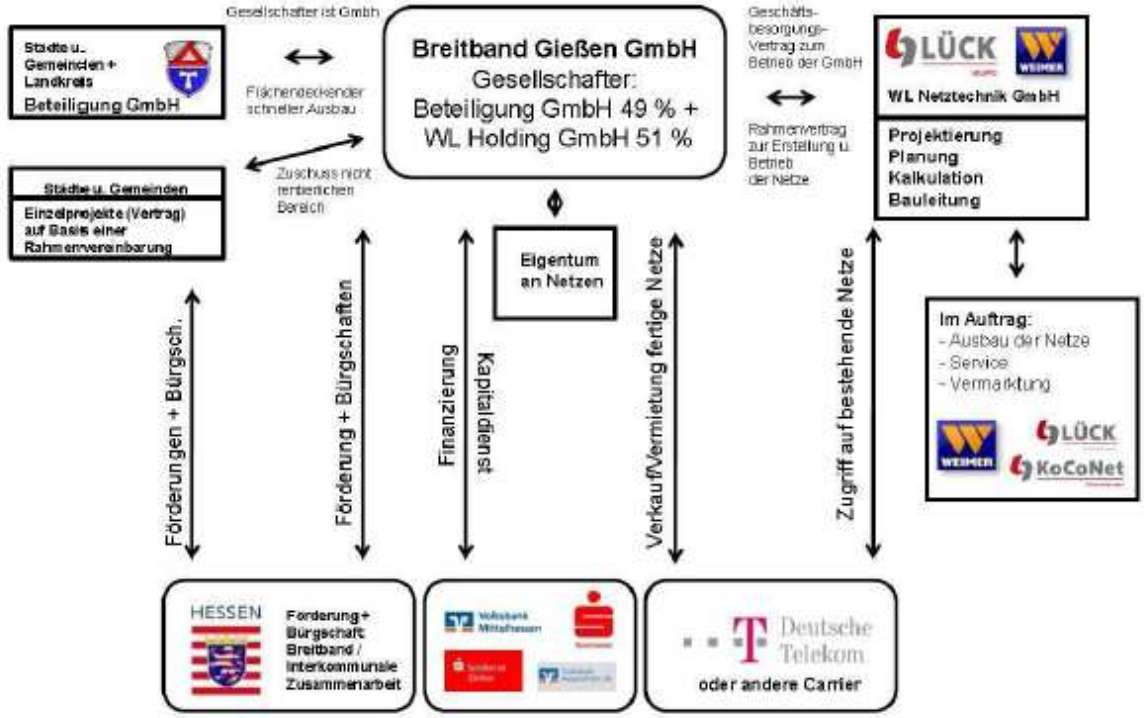
Zugrundeliegende Wertschöpfungskette
Die Umsetzung durch die Breitband Gießen GmbH wird gemäß der nachfolgend beschriebenen Wertschöpfungskette auf der Ebene 1 erfolgen. Demnach wird die Breitband Gießen unbeleuchtete Glasfaserinfrastruktur planen, errichten und auch warten. Auf der ersten Ebene der Wertschöpfung, der Infrastrukturebene, wird das Glasfasernetz errichtet und die dunkle, das heißt die unbeleuchtete Glasfaser, auch gewartet. Auf dieser Ebene wird auch die passive Technik installiert.
Auf der zweiten Ebene der Wertschöpfung wird die dunkle Glasfaser vom Betreiber dieses Netzes beleuchtet und die Vorleistungsprodukte zum Angebot gegenüber Dienstanbietern realisiert. Es handelt sich um die Ebene der aktiven Infrastruktur. Der Netzbetrieb der zweiten Ebene erfolgt durch die Telekom Deutschland GmbH als Ankermieter der Breitband Gießen GmbH.

Auf der dritten Ebene agieren die Dienstanbieter und bieten ihre Produkte, wie beispielsweise Internet, Fernsehen und Telefonie, gegenüber den Endkunden an. Bei den möglichen Endkunden kann es sich um Privat- und Geschäftskunden gleichermaßen handeln. Möglichst viele Dienstanbieter sollen ihre Produkte gegenüber Endkunden anbieten.

Das Geschäftsmodell mit der Telekom

Das Geschäftsmodell mit der Telekom Deutschland GmbH stellt sich wie folgt dar:
Die Breitband Gießen errichtet in den Zielkommunen eine flächendeckende Infrastruktur (siehe erste Ebene der Wertschöpfungskette) und räumt der Telekom gegen Entgelt ein Nutzungsrecht an unbeschalteten Lichtwellenleitern dieser Netzinfrastruktur ein. Bei der Errichtung der Netzinfrastruktur werden die technischen und vertrieblichen Maßgaben der Telekom im Rahmen des technisch und wirtschaftlich Möglichen Berücksichtigung finden. Die Breitband Gießen GmbH wird soweit wie möglich auf die vorhandenen Kabelkanalanlagen- bzw. auf die vorhandenen Faserkapazitäten der Telekom zurückgreifen, soweit freie Kabelkanalkapazitäten im Einzelfall nicht verfügbar sein sollten und die eigene Netzinfrastruktur in Ergänzung zum Bestandsnetz der Telekom errichten. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass die Investitionskosten in die Netzinfrastruktur niedrig ausfallen.
Die Telekom Deutschland GmbH wird die ihr gegen Entgelt überlassene Netzinfrastruktur dazu nutzen, eigene Dienste gegenüber Endkunden im eigenen Namen und auf eigene Rechnung in den Zielkommunen zu vermarkten. Das seitens der Telekom zugrunde gelegte Konzept wird den jeweils geltenden regulatorischen Anforderungen genügen. Im Ergebnis werden somit neben der Telekom Deutschland GmbH andere Dienstanbieter die Möglichkeit haben, auf der Basis der neu errichteten Infrastruktur ihre Produkte gegenüber Endkunden im eigenen Namen und auf eigene Rechnung anzubieten.

Die vorstehenden Zusammenhänge der abgeschlossenen ersten Ausbaustufe sollen durch die folgende Übersicht verdeutlicht werden:



Die vorstehend beschriebene Vorgehensweise wird intern als Stufe I bezeichnet.

In einer weiteren Ausbaustufe wurde in Zusammenarbeit mit Telekommunikationsunternehmen ein nahezu flächendeckender Ausbau im Standard FTTC mit 50 Mbit/s Download realisiert werden (Stufe II).

Zurzeit wird an einer Nachverdichtungsstufe mit öffentlicher Förderung gearbeitet (Stufe III). Die Vergabe der Stufe III an einen Telekommunikationsanbieter erfolgt voraussichtlich in der Sitzung der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH am 22. Dezember 2020. Der Ausbau ist für das Frühjahr 2021 geplant.

Weiterhin wird die Förderung durch den Bund für die Erstellung der Masterpläne FTTB für die einzelnen Kommunen auf den Weg gebracht (Stufe IV). Die Erstellung der Masterpläne ist für 2021 vorgesehen.

2. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr insgesamt als stabil erwiesen. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 0,6 %, nachdem es im Vorjahr noch um 1,5 % gewachsen war und lag damit unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (1,3 %).
Der Konsum war auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsproduktes wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft. Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 1,6 %, die des Staates um 2,5 %. Die privaten und staatlichen Konsumausgaben wuchsen damit stärker als in den beiden Jahren zuvor.

Entwicklung des Breitbandmarktes
Die Bedeutung eines Breitbandanschlusses nimmt in Deutschland immer weiter zu: Seit 2003 (4,5 Mio.) hat sich die Anzahl der Breitbandanschlüsse mehr als versiebenfacht (vgl. Abb. 1) (Jahresbericht der Bundesnetzagentur 2019. Die Zahl der Festnetz-Breitbandanschlüsse stieg im Jahr 2019 erneut auf insgesamt 35,1 Mio. Dies entspricht einem Plus von rund 0,9 Mio. Damit liegt Deutschland immer noch, bezogen auf die Anzahl der Breitbandanschlüsse (85%), im europäischen Vergleich deutlich über dem europäischen Durchschnitt von ca. 76% (BITKOM 2014).

Abb. 1: Breitbandanschlüsse in Festnetzen

Quelle: Jahresbericht der Bundesnetzagentur 2019, S. 48

Grund für die starke Zunahme der Breitbandanschlüsse ist die steigende Bandbreitennutzung der Endkunden, die durch datenintensive Anwendungen wie beispielsweise IPTV getrieben ist. Laut einer Studie der IEEE verdoppelt sich das Datenvolumen alle 18 Monate, was dazu führt, dass 2020 das Volumen hundertmal größer sein soll als 2010 (http://www.golem.de/news/ieee-datenvolumen-im-internet-verdoppelt-sich-alle-zwei-jahre-1208-93957.html).
Die Nachfrage nach hochbitratigen Anschlüssen steigt stetig, und auch für die Standardbandbreite wird bis 2020 eine Steigerung auf 120 Mbit/s prognostiziert (BREKO Marktdaten 2012, Jahresbericht der Bundesnetzagentur 2011). Damit die Infrastruktur auch zukünftig den entsprechenden Anforderungen genügen kann, sind hohe Investitionen zur Aufrüstung der bestehenden Infrastruktur sowie zum Aufbau einer neuen glasfaserbasierten Infrastruktur nötig.

b) Geschäftsverlauf

Entsprechend der Unternehmensplanung in Verbindung mit der Planungsrechnung hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2013 den Ausbau der ersten Projekte abgeschlossen sowie das Geschäftsmodell den technologischen Entwicklungen angepasst. Im Geschäftsjahr 2018 wird ein Jahresüberschuss von T€ 36 ausgewiesen.

c) Ertragslage

Wie geplant sind bereits im Jahr 2017 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gestiegene Mieterträge von der „Telekom" angefallen. Dies resultiert aus der Übergabe der Netze an den Mieter Deutsche Telekom. Die wesentlichen Aufwendungen, welche zu dem Jahresüberschuss von T€ 36 führten, waren neben den nun komplett laufenden Abschreibungen in Höhe von T€ 243 im Wesentlichen für Rechts- und Beratungskosten, Beratungsleistungen der WL Netztechnik GmbH. Die Stromkosten für den Betrieb wurden als Materialkosten ausgewiesen. Es liegen keine Personalkosten vor, da die Personalgestellung über den Geschäftsbesorgungsvertrag mit der WL Netztechnik GmbH abgewickelt wird.

d1) Kapitalstruktur

Das Eigenkapital der Gesellschaft wurde durch Jahresfehlbeträge aufgebraucht. Die Eigenkapitalquote ist damit negativ. Die Finanzierung erfolgt im Wesentlichen durch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. In 2013 bis 2016 wurde die Finanzierung von den Gesellschaftern auf Kreditinstitute verlagert. Weitere Darlehen durch Gesellschafter und durch ein Kreditinstitut wurden in 2016 aufgenommen.

d2) Investitionen

Im Kalenderjahr 2019 wurden keine Investitionen getätigt. Der Ausbau der Breitbandversorgung und damit zusammenhängende Strukturplanung wurden in 2016 abgeschlossen.
Die Anlagenintensität beträgt 83,74 %.

d3) Liquidität

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist durch die gewährten Darlehen befriedigend. Zum 31.12.2019 bestehen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von T€ 3.053. Es sind keine Liquiditätsengpässe zu erwarten.
In 2020 soll die Liquidität im Wesentlichen durch geplante Einnahmen gesichert werden. Mit den heimischen Banken Volksbank Mittelhessen eG und der Sparkasse Gießen liegen Kreditrahmenvereinbarungen vor. Die Kredittranchen wurden bereits abgerufen.

e) Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Jahresabschlusses beträgt T€ 3.950. Sie besteht zu 59,8 % aus Anlagevermögen, 2,6 % Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen, 8,9 % flüssigen Mittel und zu 28,6 % aus dem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag.
Das Vermögen der Gesellschaft besteht im Wesentlichen aus Sachanlagevermögen, bei dem es sich um fertiggestellten Ausbau der Breitbandversorgung und damit zusammenhängende Strukturplanung handelt.

f) finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Breitband Gießen GmbH hat im Planungsbericht den voraussichtlichen Liquiditätsbedarf und die damit zusammenhängende Liquiditätsentwicklung für die nächsten zwei Jahre ermittelt. Diese werden vom beauftragten Steuerbüro durch regelmäßige Soll- / Ist-Vergleiche überwacht.

Das Ziel der Gesellschaft liegt vorrangig darin, den Geschäftszweck, also die Erstellung und Vermietung von Kommunikationsnetzen, zu erfüllen, weniger darin, einen Überschuss zu erzielen, der sich an finanziellen Leistungsindikatoren orientiert.

Die Gesellschaft bzw. deren Gesellschafter haben den Bedarf der Bevölkerung im Landkreis Gießen am Breitbandausbau durch Studien ermittelt.

Bei der Durchführung der Geschäftstätigkeit sind die Einhaltung von Umwelt- und Arbeitnehmerbelangen eine wesentliche Voraussetzung. Die Gesellschaft setzt sich durch den Breitbandausbau im Landkreis Gießen für die Steigerung der Lebensqualität und Sicherung der Wirtschaftskraft ein. Glaubwürdiger und verantwortungsvoller Umweltschutz ist daher für die Breitband Gießen GmbH eine wesentliche Voraussetzung für den kontinuierlichen Unternehmenserfolg.
Obwohl die Gesellschaft selbst keine eigenen Arbeitnehmer beschäftigt, wird darauf geachtet, dass die Arbeitnehmerbelange bei den beauftragten Firmen eingehalten werden.
Besondere Risiken waren in diesen Bereichen im Jahr 2019 nicht zu erkennen.

3. Nachtragsbericht

Nach Buchungsschluss und Erstellung der Bilanzen sind keine Vorgänge eingetreten, die Ertrags-, Vermögens- oder Finanzlage der Gesellschaft maßgeblich beeinflusst haben.

4. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Entwicklung der Gesellschaft im Kalenderjahr 2019 erfolgte im Wesentlichen entsprechend der angepassten Planung.

Für 2020 wird entsprechend einer nochmals überarbeiteten Planung wieder mit einem Überschuss gerechnet.

Die aufgelaufenen Fehlbeträge der Vorjahre sollen durch ansteigende Jahresüberschüsse in den Folgejahren neutralisiert werden. Bei einem Verkauf nach Ablauf der Mindestmietzeit von 15 Jahren, wäre das Negativkapital in 2029 neutralisiert. Bei einer Weitervermietung nach Ablauf der Mindestmietzeit von 15 Jahren zu gleichen Konditionen, wäre das Negativkapital in 2033 neutralisiert.

Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Der Prognoseberichterstattung liegt die gemeinsam mit dem Steuerberater erstellte und anschließend überarbeitete Unternehmensplanung zugrunde.

5. Chancen- / Risikobericht

a) Risikobericht

Neben allgemeinen wirtschaftlichen Risiken und dem allgemeinen Geschäftsrisiko einer unternehmerischen Betätigung existieren für die Gesellschaft noch branchenspezifische Besonderheiten.

Es bestand zunehmend das Risiko, dass private Wettbewerber den Breitbandausbau an geplanten Projektstandorten durchführen, was zum Teil auch begonnen wurde.
Hintergrund sind veränderte Rahmenbedingungen des Marktes aufgrund neuer Unternehmensstrategien großer Anbieter. Es wurden im Rahmen der Eigenausbauabsichten Investitionen in Milliardenhöhe von verschiedenen Akteuren angekündigt – sowie höherer technischer Anforderungen durch neue beihilferechtliche Vorgaben der Europäischen Union. Der Bau eigener Netze durch große Telekommunikationsunternehmen in Verbindung mit „Cherry-Picking" in wirtschaftlich lukrativen Gebieten bringen derzeit viele kommunale Geschäfts- und Ausbaumodelle in Schwierigkeiten. Um hierbei nicht ins Hintertreffen zu geraten, musste umgehend reagiert und das ursprüngliche Modell weiterentwickelt werden.
Hierbei müssten die Kommunen eventuell keine Zuschüsse leisten. Dies hätte jedoch den Nachteil, dass das Netz dann keinen anderen Anbietern offensteht und somit in dem Bereich nur ein sehr eingeschränkter Markt existiert. Weiterhin bauen private Wettbewerber die Netze in der Regel nicht flächendeckend, sondern nur in rentablen Bereichen aus. Aufgrund dieser Nachteile wird das Risiko als überschaubar eingeschätzt.

Als Ergebnis dieses Prozesses haben die in der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen GmbH zusammengeschlossenen Kommunen sich ausnahmslos dafür ausgesprochen, die derzeit noch nicht ausreichend versorgten Ortsteile und Gebiete zusammenzufassen und in einem gemeinsamen Vergabeverfahren auszuschreiben.

Da aufgrund der Vorgaben der EU (Beihilfe) öffentliche Interessenbekundungsverfahren durchgeführt werden müssen, besteht das Risiko, dass Teilcluster durch private Wettbewerber ausgebaut werden. So geschehen in zwei Clustern der Gemeinde Reiskirchen in 2013. Außerdem besteht das Risiko, dass unterlegene Bieter in einem Interessenbekundungsverfahren mit geeigneten Rechtsmitteln Vergabeverfahren verzögern oder verhindern. So geschehen in der Stadt Pohlheim.

Diese Risiken der Vergangenheit sind analog auch auf künftige Ausbaustufen übertragbar.

Eine weitere Veränderung im Marktumfeld und sich damit ergebendes Risiko für die Gesellschaft betrifft die Ausbaustrategie der Deutschen Telekom. Seit 2013 werden in Teilen der Ortsnetze Eigenausbauvorhaben bekundet. Damit entfällt partiell des Marktversagen und die Möglichkeit der Kommunen, öffentliche Beihilfen für einen eigenen Ausbau einzusetzen. Die Strategie der Telekom betrifft die Ausbaupläne der Breitband Gießen GmbH nur noch in Teilen und dürfte damit keine wesentliche Auswirkung haben.

Da sich die durchgeführten Projekte zu zwei Dritteln aus kommunalen Zuschüssen finanzieren, besteht das Risiko, dass die Kommunen in ihren rechtlichen Möglichkeiten, Zuschüsse zu gewähren, beschränkt werden. Dies könnte z.B. dadurch geschehen, dass Kommunen den Rettungsschirm des Landes nutzen. Die Gesellschaft geht davon aus, dass nur wenige Kommunen im Landkreis den Rettungsschirm nutzen bzw. auch unter diesen Genehmigungsbedingungen weiterhin Zuschüsse gewährt werden können. Nach derzeitiger Einschätzung könnte dies maximal acht Ortsteile aus drei Clustern im Vergleich zu einem Gesamtvolumen von über 20 Clustern betreffen.

Weiterhin bestehen für die Geschäftstätigkeit Risiken durch die eingeschränkte Zahl der handelnden Personen und Unternehmen. Falls eines der beteiligten Unternehmen ausfällt, würde dies einen deutlichen Rückschlag für die Breitband Gießen GmbH darstellen.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management der Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wird ein Liquiditätsplan erstellt, der laufend an aktuelle Änderungen angepasst wird und als Basis für die Geldmitteldisposition dient. Die Liquidität ist ausreichend; wir erwarten keine Engpässe.

Im Weiteren sind Veränderungen in regulatorischer und technischer Sicht zu nennen. Die Einführung der Technologie „vectoring“ oder auch der Telekom Ausbau in „MSan“ Standard führt zu veränderten Rahmenbedingen in Planung und technischem Ausbau. Zusammen mit dem Ankermieter Telekom werden diese Veränderungen in die Prozesse und Kalkulationen der Breitband Gießen GmbH eingebracht. Die Gesellschaft sieht in diesen technischen und regulatorischen Veränderungen mehr Vor- als Nachteile.

b) Chancenbericht

Die Chancen der Gesellschaft bestehen darin, dass sie im Vergleich zu Wettbewerbern keine Gewinne erwirtschaften will, sondern den Breitbandausbau und die Vermietung an sich als Ziel hat.

Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass im Vergleich zu Wettbewerbern die Netze auch Dritten zugänglich sein sollen. Weiterhin sind die Netze denen der Mittbewerber oft technisch überlegen.

Durch die mögliche Beauftragung in der Stufe III an einen Telekommunikationsanbieter bestehen die Chancen zum einen das Bestandsnetz und zusätzliche Lehrrohre zu vermieten und damit zusätzliche Mieterlöse zu generieren und zum anderen mit Telekommunikationsanbietern auf der operativen Arbeitsebene zusammenzuarbeiten.

Darüber hinaus hat die Gesellschaft im Rahmen der Ausbaustufe III (Nachverdichtung der Ortsnetze und Glasfaserversorgung von öffentlichen Gebäuden wie Rathäuser und Schulen) die Chance auf eine Verlängerung der Aufgaben der Projektsteuerung mit einem

Fördermittelcontrolling für die Kommunen. Hieraus sollen zusätzliche Wertschöpfungspotentiale generiert werden.

6. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen verwendeten Finanzinstrumenten zählen insbesondere Forderungen, Bankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten. Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeder Art. Die Geschäftsleitung verfolgt eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko wird für jedes Projekt eine Planung erstellt, die in die Unternehmensplanung und damit auch Liquiditätsplanung einfließt. Da die Zuschüsse von den jeweiligen Kommunen und die Mieterlöse von der Deutschen Telekom GmbH kommen, wird mit keinem Forderungsausfall gerechnet.

Wir begleichen unsere Fremdverbindlichkeiten innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen in der Regel mit Skonto.

7. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

In der Breitband Gießen GmbH ist ein der Größe des Unternehmens angemessenes internes Kontrollsystem eingeführt. Kontrollen der Geschäftsleitung erfolgen durch die Assistentin der Geschäftsleitung, welche durch einen privaten Gesellschafter gestellt wird. Weiterhin erfolgt eine Kontrolle der Belege bei der Erfassung sowie ein stetiger Soll- / Ist-Abgleich der Zahlen durch das beauftragte Steuerbüro.

Die Überwachung der Einhaltung der internen Vorgaben wird durch die Prüfung des Jahresabschlusses sowie die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach Paragraph 53 Haushaltsgrundsätzegesetz durch einen externen Wirtschaftsprüfer gestützt.

8. Sonstige Angaben

Die Gesellschaft tätigt keine spezifische Forschung und Entwicklung.

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

Lahnau, 27. August 2020

Stefan Becker
Geschäftsführer

6.2.2.4. Lagebericht „Zentrum Arbeit und Umwelt“ – Gießener gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft mit beschränkter Haftung - Ergänzung zu Kapitel 3.3.1.

Lagebericht 2019

1. Grundlagen des Unternehmens

Die ZAUG gGmbH ist eine gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft, die Grundbildung, Ausbildung, Berufsvorbereitung, Beratung, Vermittlung und (Nach-)qualifizierung für ratsuchende und erwerbslose Personen aus der Stadt und dem Landkreis Gießen durchführt.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung (AO).

Zweck der Gesellschaft ist insbesondere die Förderung der Jugendhilfe sowie der Erziehung, Volks- und Berufsbildung, um hierdurch

- der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und Erwachsenen präventiv entgegenzuwirken,
- die (Wieder-)Eingliederung von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen und Erwachsenen in den Arbeitsmarkt zu fördern,
- die Chancengleichheit von benachteiligten Personen im Erwerbsleben zu verbessern und
- die Situation auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt insgesamt zu verbessern.

Daneben ist Zweck der Gesellschaft die Förderung des Natur- und des Umweltschutzes sowie der Kriminalprävention (Satzung vom 23.11.2011).

Die folgende Übersicht zeigt die Bereiche, in denen die ZAUG gGmbH 2019 tätig war.

Tätigkeitsbereiche nach Sphären

Ideeller Bereich	Zweckbetriebe als Ausbildungs- und Qualifizierungsbetriebe	Wirtschaftliche Geschäfts-betriebe als Ausbildungs- und Qualifizierungsbetriebe
Ausbildung und Qualifizierung für Jugendliche und Erwachsene - Außerbetriebliche Ausbildung (integrativ) - Ausbildung Reha (integrativ) - Erwachsenenbildung Umschulung FBW (SGB II und SGB III) **Keiner geht verloren" - Integriertes System im Übergang Schule und Beruf** - Campfit, Jobagent, Werkstatt Zukunft, erweiterte vertiefte Berufsorientierung (BOM), Produktionswerkstatt - Qualifizierte berufspädagogische Ausbildungsbegleitung in Berufsschule und Betrieb - QuABB Gießen **Projekte zum (Wieder-)Einstieg von Frauen** - Region stärkt Frauen und Beruf - Stark im Beruf - Mütter mit Migrationshindergrund steigen ein - ProAktiv - Aktivierung und soziale Teilhabe insbesondere für Alleinerziehende - Region fördert digitales Bildung für Frauen **(Nach-)Qualifizierung und Personalentwicklung von Beschäftigten in Betrieben** - ProAbschluss - Nachqualifizierungsberatungsstelle Mittelhessen - Standort Gießen (ENDE: 30.06.2019) - unternehmensWert:Mensch - Beratungs- und Qualifizierungszentrum Zukunftskompetenzen Mittelhessen (BQZ - Fachkräfte sichern) **Berufliche Integration in heimischen Betrieben für Migranten und Flüchtling** - KAUSA-Servicestelle - Beratung für MigrantInnen und Unternehmen im Ausbildungsmarkt U27 - Dreisprung - Beratung und Vermittlung von Asylbewerbern in Praktikum und Arbeitsgelegenheiten (ehem. Integration MOVE) - BLEIB in Hessen II - Integration von Asylbewerber/innen und Flüchtlingen - Refugees@work - Alles aus einer Hand - Integration stärkt Pfege **Qualifizierung / Fort- und Weiterbildung und ideelle Dienstleistungen** - Dienstleistungsagentur Zeitgewinn - Essensausgabe an Schulen des Landkreises Gießen **Aktivierung und Integration von speziellen Zielgruppen** - Jobakademie - Neue Wege in den Job - Netzwerk ABC - Pegasos - Lotus - Regionales Inklusionsmanagement für arbeitslose schwerbehinderte Menschen nach SGB II + III (ENDE: 31.03.2019) **Betreuung in Landkreis-Schulen** - ganztägig arbeitende Schulen - ganztägige Angebote im "Pakt für den Nachmittag" - Essensausgabe an den Grundschulen Landkreis Gießen **Netzwerk und sozialraumbezogene Angebote** - Selbstlernzentrum in der Nordstadt (SLZ) - BIWAQ IV - Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier - Grundbildungszentrum Gießen (ENDE: 31.12.2019) - Gemeinwesenarbeit - Förderung der Gemeinwesenarbeit im LK Gießen	- Kindgerechter Mittagstisch "Tischlein-Deck-Dich" - Senioren- und Schulverpflegung (Mensen und Kantinen) - Netzwerk Bildung und Beratung in der Gastroniomie (Mittel- und Nordhessen)	- Dienstleistungsagentur Zeitgewinn - Photovoltaikanlage Kiesweg - Arbeitnehmerüberlassung "ZAUG-Zeit" - sonstige Essenslieferungen

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Berufliche Bildung, Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung sind dynamische Politikfelder, die das Unternehmen permanent vor veränderte Herausforderungen stellen.

Die strategische Ausrichtung mit einer Fokussierung auf eine möglichst nachhaltige Integration durch erforderliche Qualifzierungs- und Kompetenzentwicklungsangebote für benachteiligte Zielgruppen in den Arbeitsmarkt wurde in den letzten Jahren weiter verstärkt. Kurzfristige Aktivierungs-, Beratungs- und Vermittlungsprojekte sind nach wie vor die zentralen Formate der Arbeitsmarktförderung. Zeitlich längerfristig angelegte Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Benachteiligte sind in den letzten Jahren stark gekürzt worden.

Die Zuwendungen über ESF-Programme werden komplexer, verlangen hohe Liquidität und Kofinanzierungsmöglichkeiten, die durch weitere Zuwendungen der Stadt und des Landkreises oder aus Eigenmitteln bestritten werden müssen.

Neue Projekte mit Förderung aus Bundes- oder Landesprogrammen sowie aus Mitteln des Jobcenters oder der Agentur für Arbeit werden im Wesentlichen über Ausschreibungen und im Projektwettbewerb generiert. Diesbezüglich haben wir mit der Zahlung tariflicher Löhne für unsere Beschäftigten einen deutlichen finanziellen Nachteil gegenüber unseren Mitbewerbern, den wir nur durch Vorteile in der Konzeption oder in unserer infrastrukturellen Ausstattung ausgleichen können.

Die weiterhin sehr gute Konjunkturlage des Jahres 2019 setzte auf Seiten der Agentur für Arbeit und des Jobcenters die bereits langjährige Praxis fort, dass vorwiegend Angebote für Zielgruppen mit besonders komplexen Anforderungen oder für arbeitsmarktnahe Kunden mit raschen Vermittlungspotenzialen ausgeschrieben worden sind. Insbesondere für Qualifizierungen und Beratungen von Menschen mit komplexen Profillagen ist die ZAUG gGmbH personell und infrastrukturell sehr gut aufgestellt.

Es gilt nach wie vor, neue satzungsgemäße Aufgaben für die berufliche Zukunftssicherung der Menschen in der Universitätsstadt und dem Landkreis Gießen zu organisieren. Deswegen sind weitere Antragstellungen insbesondere in ESF-geförderten Programmen erfolgt, die auf Innovationsentwicklungen vor allem im Bereich der Digitalisierung gerichtet sind. Mit der Beteiligung an Förderprogrammen mit einem Digitalisierungsschwerpunkt wird neben der Entwicklung neuer Modelle zur Gewinnung beruflicher und sozialer Benachteiligten auch ein stärkerer Wissens- und Kompetenzzuwachs bei den Mitarbeitenden angestrebt.

Die Digitalisierung ist eine der größten Herausforderungen auch für Unternehmen in unserer Region. Die Entwicklung und Bereitstellung von Bildungsangeboten zur Erleichterung des individuellen Umgangs mit diesen Digitalisierungsanforderungen insbesondere für benachteiligte Zielgruppen ist deshalb auch eine zentrale Anforderung an die ZAUG gGmbH.

Die fortschreitende Digitalisierung unserer Angebote ist nicht nur für eine Verbesserung der beruflichen Integrationschancen wichtig, sondern auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Anträge und Angebote der ZAUG in der regionalen Konkurrenz um Fördermittel unabdingbar.

2.2. Geschäftsverlauf 2019 im Kerngeschäft Ausbildung, Qualifizierung und ideelle Projekte

Das Ergebnis und der Geschäftsverlauf entsprechen weitgehend den Erwartungen, die im Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 abgebildet sind. Insgesamt sind die Erträge im Kernbereich Ausbildung, Qualifizierung und ideelle Projekte um rund 3 % leicht angestiegen. Dabei ist der Anstieg ganz überwiegend auf den Zuwachs im Bereich des „Pakts für den Nachmittag“ zurückzuführen.

Die Benachteiligtenförderung unterliegt dem Zwang der Wirtschaftlichkeit und den Direktiven der unterschiedlichsten Kostenträger. Eine starke Effizienzorientierung der Kostenträger mit schnellen Integrationserfolgen bei möglichst geringem Ressourceneinsatz ist zu einem dominanten Qualitätskriterium geworden. Im Mittelpunkt stehen nicht mehr längerfristige Formate wie Ausbildung und Qualifizierung, sondern schnelle Vermittlungserfolge (siehe dazu auch die Statistik 2017 bis 2019, Seite 5).

Die kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung des Landkreises Gießen ermöglichte uns auch im Geschäftsjahr 2019, neue Projekte über das Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget umzusetzen sowie durch die Ermöglichung einer Kofinanzierung aus eigenen Mitteln ESF-geförderte Projekte durchzuführen. Ohne die Möglichkeit einer eigenen Kofinanzierung könnten Angebote wie z.B. das „Beratungs- und Qualifizierungszentrum Zukunftskompetenzen Mittelhessen (BQZ)“ im Landkreis Gießen nicht umgesetzt werden.

Die Erträge mit der Agentur für Arbeit konnten im Geschäftsjahr abermals leicht gesteigert werden. Dazu trug insbesondere der abermalige Gewinn einer Maßnahmenausschreibung zur beruflichen Erstausbildung von Rehabilitanden (BaE-Reha) bei, die einen Kernbereich der Tätigkeit der ZAUG gGmbH darstellt. Im Unterschied zur vorangegangenen Ausschreibung wird diese Maßnahme allerdings nicht mehr in Bietergemeinschaft, sondern ausschließlich durch die ZAUG gGmbH umgesetzt. Eine erneute Maßnahmenausschreibung zur beruflichen Erstausbildung des Jobcenters Gießen konnte in einer veränderten Konstellation der Bietergemeinschaft ebenfalls gewonnen werden. Damit ist das Kernangebot der beruflichen Erstausbildung für Benachteiligte weiterhin mindestens bis zum Jahr 2024 fachlich und wirtschaftlich gesichert.

Mit dem aus der ESF-Sozialpartnerrichtlinie geförderten Projekt „Beratungs- und Qualifizierungszentrum Zukunftskompetenzen Mittelhessen (BQZ)“ sowie zwei Projekten im europäischen Programm Erasmus+ bietet die ZAUG gGmbH als erster Qualifizierungsträger im Landkreis Gießen ein breites Spektrum zur Sensibilisierung und Qualifizierung im Themenfeld Digitalisierung für Schülerinnen und Schüler, Benachteiligte sowie geringer Qualifizierte im Metall- und Elektrobereich.

Die Konsolidierung der laufenden Programme und Projekte sowie das Einwerben von Fördermitteln für zukunftsträchtige Vorhaben waren abermals Schwerpunkt im Geschäftsverlauf.

Zweck- und Geschäftsbetriebe

In den im Jahr 2019 ausgeübten Zweck- und wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben werden die in der Satzung festgelegten Zwecke Ausbildung, Betreuung, Qualifizierung von jugendlichen und erwachsenen Arbeitslosen sowie die Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung gefördert.

Übersicht Personal und Teilnehmende

Statistik ZAUG 2017 bis 2019	2017	2018	2019
Stammpersonal zum 31.12.	217	225	224
Arbeitnehmerüberlassung zum 31.12.	21	10	9
Ganztagschulen nach Maß LK zum 31.12.	97	87	100
Aushilfen Pakt für den Nachmittag zum 31.12.	269	295	257
Aushilfen ZAUG zum 31.12.	53	31	50
Soziale Teilhabe	7	7	1
Zwischensummen Stammpersonal	664	655	641
Jobakademie - Neue Wege in den Job	622	519	513
LOTUS-Jobakademie	53	45	-
PEGASOS - Langzeitarbeitslosen eine Chance	247	208	342
Zwischensumme: Projekte SGB II/SGBIII	922	772	855
Umschulung (FbW)	3	3	13
Umschulung (FbW)/ BIWAQ III	13	17	-
Dienstleistungsfachkraft" (Qualifizierung FbW) / BIWAQ III	2	-	-
Zwischensumme: Umschulung/Gießener Weg SGB II/III	18	20	13
Selbstlernzentrum im Bildungszentrum Nord Gießen	167	329	468
Grundbildungszentrum	90	178	301
SIND	917	-	-
Zwischensumme: Selbstlernzentrum Gießen Nord	1.174	507	769
"Keiner geht verloren"- Camps	75	69	94
"Keiner geht verloren" - Agent	61	70	60
"Keiner geht verloren" - Werkstatt Zukunft	42	42	38
"Keiner geht verloren" - vertiefte Berufsorientierung/BOM über IBS	452	346	62
"Keiner geht verloren" - Vertiefte Berufsorientierung BOM III über ZAUG	185	227	228
Dreisprung	-	111	84
Probierwerkstatt	33	-	-
Produktionswerkstatt	11	10	13
KAUSA - Koordinierungsstelle Ausbildung und Migration- Bundesprogramm	449	173	83
QuABB - Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule	228	242	274
Außerbetriebliche Ausbildung nach SGB II (Jobcenter und Landkreis- Ausbildungsbudget)	36	32	22
Außerbetriebliche Ausbildung in ZAUG-Betrieben nach SGB III/REHA	43	52	60
Integration stärkt Pflege	-	-	20
Alles aus einer Hand (Aktivierungsphase)	-	15	72
Zwischensumme: Angebote Jugend und Beruf	1.615	1.389	1.110
Frauen und Beruf-Kurse für Wiedereinsteiger mit Einzelchoaching und Digitales Lernen	24	20	33
Zusammen unterwegs - Perspektive Beruf für Mütter mit Migrationshintergrund (Stark im Beruf)	29	28	31
ProAktiv - Berufliche Orientierung für Alleinerziehende	34	33	32
Zwischensumme: Frauenförderung	87	81	96
CORE	47	84	-
IKT/Join+	-	-	44
E-Design			21
Refugees@work	-	58	-
Integrations- und Kompetenzzentren	-	56	-
Beruf und Perspektive in Gießen	-	-	23
MOVE - Migranten optimal vorbereiten für die Erwerbstätigkeit	43	-	-
BLEIB	174	217	264
Integration durch Qualifizierung - IQ-Beratung	133	157	-
Nachqualifizierung - NQ-Beratung (Erstberatungen an- und ungelernter Beschäftigte)	88	78	32
Seminare-Netzwerk BBG-Gastronomie	239	368	
"UnternehmsWert: Mensch" (Anzahl beratener Unternehmen)	34	37	46
BIWAQ IV: Jobclub - Wegbegleiter im Quartier	69	78	128
Dienstleistungsagentur Zeitgewinn (Projekt)	15	-	-
Zwischensumme: Projekte	842	1.133	558
Gesamt	5.322	4.557	4.042

2.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der ZAUG gGmbH erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 22,73 % auf 6.334 T€.

Dabei erhöht sich der Anteil des Anlagevermögens um insgesamt 681 T€ auf 2.077 T€. Im Jahr 2019 erhöht sich der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen um 5,72 % auf rund 32,79 %.

Im Jahresvergleich erhöht sich das Umlaufvermögen um rund 13,09 % (493 T€) auf 4.257 T€.

Die Vorräte erhöhten sich durch die Vergrößerung der Lagerfläche auf zwei Stockwerke um rund 18 T€ auf 43 T€.

Die Forderungen gegen Gesellschafter erhöhen sich geringfügig um 39 T€ auf 354 T€.

Die sonstigen Vermögensgegenstände erhöhen sich im Geschäftsjahr um 207 T€ auf 625 T€. Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen den Bestand an Forderungen aus Fördermitteln, aber auch Kautionen für angemietete Räume und Gewerbesteuererstattung.

Der Kassenbestand und das Guthaben bei Kreditinstituten haben sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der Einzahlungen für den „Pakt für den Nachmittag“ um 7,79 % (222 T€) auf 3.069 T€ erhöht.

Die Eigenkapitalquote hat sich auf 37,77 % (Vj. 49,73 %) des Gesamtkapitals eingestellt.

Das Fremdkapital besteht in seinen Hauptpositionen aus sonstigen Rückstellungen (1.478 T€), Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (984 T€), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (182 T€), Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (65 T€) und den sonstigen Verbindlichkeiten (223 T€).

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten wurde i.H.v. 735 T€ gebildet. Gegenüber dem Vorjahr (540 T€) hat er sich um 195 T€ erhöht. Dies ist zurückzuführen auf die erhaltenen Zahlungen für den Pakt für den Nachmittag, die das Jahr 2020 betreffen.

Das Anlagevermögen ist durch die langfristig zur Verfügung stehenden Eigen- und Fremdmittel gedeckt. Die Finanzierung des Anlagevermögens (Deckungsgrad 1) vermindert sich unter Berücksichtigung von 50 % des Sonderpostens gegenüber dem Vorjahr (194 %) auf 121 %.

Die Verschuldungsquote, ausgedrückt durch das Verhältnis Fremdkapital (einschließlich 50 % der Sonderposten) zum Gesamtkapital, hat sich gegenüber 47,6 % im Vorjahr auf 60,1 % erhöht. Im Jahr 2019 konnte die Gesellschaft zu jeder Zeit ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen.

Die Liquiditätskennzahlen sind in der folgenden Übersicht dargestellt:

Bezeichnung	31.12.2019		Vorjahr	
	T€	%	T€	%
Liquidität 1. Grades =				
flüssige Mittel	3.068,9	181,7	2.847,0	199,6
kurzfr. Femdkapital	1.689,3		1.426,4	
Liquidität 2. Grades =				
flüssige Mittel+kurzfr. Forderungen	4.213,6	249,4	3.739,0	262,1
kurzfr. Femdkapital	1.689,3		1.426,4	
Liquidität 3. Grades =				
flüssige Mittel+ kurzfr. Forderungen+Vorräte	4.256,7	252,0	3.763,9	263,9
kurzfr. Femdkapital	1.689,3		1.426,4	

2.4. Finanzlage

Die Mittelbewegungen zeigt die folgende Kurzfassung der Kapitalflussrechnung:

Bezeichnung	2019	2018
	T€	T€
Mittelzu/-abfluss (./.)		
aus laufender Geschäftstätigkeit	224	1.390
aus Investitionstätigkeit	-984	-381
aus Finanzierungstätigkeit	982	0
Zahlungswirksame Veränderung		
der Finanzmittel	222	1.009
Finanzmittelbestand 1. Januar	2.847	1.838
Liquide Mittel zum 31. Dezember	3.069	2.847

2.5. Ertragslage

Das Jahresergebnis 2019 weist gegenüber dem Vorjahr (2 T€) ein um 176 T€ verringertes Ergebnis aus mit -174 T€ Jahresdefizit.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich um 20 T€ gegenüber dem Vorjahr. Diese Steigerung konnte durch erhöhte Erlöse in der Betriebsstätte Tischlein Deck Dich erreicht werden.

Das Geschäft der Arbeitnehmerüberlassung konzentrierte sich im Jahr 2019 weiterhin auf den Personalbedarf verschiedener Ämter des Landkreises Gießen und der Universitätsstadt Gießen.

Die Erträge aus Fördermitteln stiegen gegenüber dem Vorjahr um 282 T€ auf 8.544 T€. Größter Fördermittelgeber ist wie im Vorjahr der Landkreis Gießen mit 5.596 T€ gegenüber 5.117 T€ im Vorjahr. Dies entspricht einem Anteil von 65,49 % (Vj. 61,93 %) des Gesamtvolumens der Fördermittel des Unternehmens. Dies ist der Durchführung des „Pakts für den Nachmittag“ mit einem Volumen von 3.891,4 T€ (Vj. 3.563,4 T€) und der Projekte im Rahmen des Ausbildungs- und Qualifizierungsbudgets des Landkreises Gießen mit einem Volumen von 803 T€ (Vj. 748 T€) geschuldet. Das Projekt „Ganztagsschule nach Maß“ wurde für den Landkreis mit Fördermitteln i.H.v. 433,3 T€ (Vj. 429,7 T€) durchgeführt.

Bis zum Jahr 2013 war größter Fördermittelgeber das Jobcenter Gießen. Der Anteil des Kostenträgers der SGB II-Maßnahmen betrug im Jahr 2019 nur noch 14,01 % des Gesamtvolumens der Fördermittel (2018: 13,79 %, im Vergleich zu 2009: 83,7 %).

Das Auftragsvolumen des Jobcenters Gießen zur Förderung der außerbetrieblichen Ausbildung ist mit 241,7 T€ (Vj. 262,3 T€) abermals gesunken.

Die Übernahme der außerbetrieblichen Ausbildung für Rehabilitanden nach SGB III durch die Agentur für Arbeit konnte in Vergleich zum Vorjahr um weitere 77,2 T€ auf 749 T€ im Jahr 2019 ausgebaut werden.

Die Projektfinanzierungen aus Bundesmitteln sanken im Jahr 2019 auf 568 T€ (Vj. 848,9 T€) aufgrund der Beendigung der Projekte „IQ Hessen – Qualifizierungsberatung“ sowie der „Sozialen Teilhabe“. Die Finanzierung aus Landesmitteln sinkt um 54 T€ auf 222,7 T€ durch die Beendigung des Projektes „Nachqualifizierungsberatungsstelle Gießen“ zum 30.06.2019.

Die übrigen sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 207,4 T€ bestehen insbesondre aus den Erträgen aus der Auflösung und dem Verbrauch von Rückstellungen in Höhe von 136,8 T€. Die wichtigste Auflösung ist im Bereich der Risiken aus Zuschussrückzahlungen für abgeschlossene Projekte in Höhe von 126,2 T€ entstanden. Für diese Projekte wurden Schlussverwendungsnachweise erstellt und weiterhin wurde die Bewertung der Risikorückstellung in Höhe der %-Sätze analog des Vorjahres für die Bildung der Rückstellung vorgenommen.

Der Materialaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 100,3 T€ erhöht. Diese Erhöhung ist auf einen höheren Bedarf an Lebensmitteln im Bereich der Betriebsstätte Tischlein Deck Dich zurückzuführen.

Im Jahr 2019 waren im Durchschnitt 237,25 (Vj. 237,33) Personen inklusive des Personals der Arbeitnehmerüberlassung, des „Pakts für den Nachmittag“ und der „Dienstleistungsagentur Zeitgewinn“ als Stammpersonal beschäftigt. Die Personalkosten für die Stammbelegschaft ohne Arbeitnehmerüberlassung belaufen sich im Geschäftsjahr auf 6.854,8 T€ gegenüber 6.417 T€ im Vorjahr.

Der Aufwand im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung beträgt 242 T€ gegenüber 566,5 T€ im Vorjahr. Im Jahresdurchschnitt wurden in der Arbeitnehmerüberlassung 8,75 Personen (Vj. 16,33 Personen) beschäftigt.

Die Kosten für Aushilfen stiegen im Geschäftsjahr um 154,2 T€ auf 1.684,7 T€ an. Davon wurde entsprechendes Personal für die pädagogische Nachmittagsbetreuung an den Schulen für die Durchführung des Angebots „Pakt für den Nachmittag“ und „Ganztagsschule nach Maß“ eingestellt. Zum Stichtag 31.12.2019 waren 257 Aushilfen in der pädagogischen Nachmittagsbetreuung im Pakt für den Nachmittag, 100 Aushilfen im Bereich der ganztägig arbeitenden Schulen und 50 Aushilfen in den Küchenbetrieben beschäftigt.

Die Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen haben sich um 42,4 T€ erhöht. Das Gebäude im Kiesweg 31 wurde im Geschäftsjahr 2017 bereits vollständig abgeschrieben. Im Jahr 2018 wurden mit den Umbaumaßnahmen bei Tischlein-Deck-Dich begonnen und im Jahr 2019 weiter fortgeführt. Die Küche wurde im August 2019 in Betrieb genommen.

Die Betriebskosten stiegen im Geschäftsjahr um insgesamt 183 T€ auf 714 T€. Die gestiegenen Kosten stehen im Zusammenhang mit den Aufwendungen für Gebäudeunterhaltung. Es wurden Renovierungsarbeiten bei Tischlein Deck Dich in Heuchelheim in Höhe von 192,5 T€ im Jahr 2019 vorgenommen. Weiterhin sind die gestiegenen Betriebskosten zurückzuführen auf die Anmietung weiterer Räumlichkeiten für unsere Projekttätigkeiten.

Die Verwaltungs- und Vertriebskosten minderten sich um 4,5 T€ auf insgesamt 255,5 T€. Sie minderten sich im Wesentlichen in dem Bereich der Rechts- und Beratungskosten um 12 T€ auf 20 T€.

Die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen minderten sich insgesamt um 122 T€ auf 770 T€. Die wesentlichen Positionen sind die Zuführung zur Rückstellung des Risikos der Rückführung von Fördermitteln in Höhe von 290 T€ (Vj. 316 T€) sowie die Kosten der Aus- und Weiterbildung von 278 T€ (Vj. 389 T€). Dieser Rückgang ist im Wesentlichen der Sachmittelverausgabung im „Pakt für den Nachmittag“ geschuldet.

Nach Berücksichtigung des Finanzergebnisses (Zinserträge und –aufwendungen) von -0,1 T€ und der sonstigen Steuern von 3,5 T€ verbleibt ein Jahresfehlbetrag von 174 T€, der im Wesentlichen mit durch die erhöhten Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Aus- und Umbau in der Betriebsstätte Tischlein Deck Dich und zum Teil durch gestiegenen Personalkosten aufgrund von Tariferhöhungen und erhöhter Anzahl festangestellter Mitarbeiter verursacht.

3. Prognosebericht

Wesentliche Veränderungen in der Geschäftspolitik sind nicht geplant. Die Durchführung der vielfältigen Programme des Bundes, des Landes und der EU sowie der Maßnahmen für die Agentur für Arbeit und das Jobcenter stehen weiterhin im Mittelpunkt für 2020 und 2021.

Gemäß dem noch vor der Corona-Pandemie genehmigten Wirtschaftsplan 2020 rechneten wir mit einem Jahresfehlbetrag i.H.v. 73 T€ vor Entnahme der Eigenmittel aus der Betriebsmittel-Rücklage.

Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens aufgrund der Corona-Pandemie trotzdem als gesichert. Während es im Bereich der Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beratungsangebote aufgrund alternativer Maßnahmendurchführungen über digitale Angebote sehr wahrscheinlich gelingen wird, keine finanziellen Einbußen zu erleiden, wird es in den wirtschaftlichen Zweckbetrieben Tischlein Deck Dich und Dienstleistungsagentur Zeitgewinn aufgrund des Einschränkungen in Schulen und Kindertagesstätten noch nicht konkret bezifferbare Verluste geben, die sich auch negativ auf das Gesamtergebnis der Gesellschaft auswirken werden. Verantwortlich dafür sind neben den noch nicht genau absehbaren erheblichen Umsatzeinbußen auch die TVöD-bedingten Gehaltsaufstockungen zur Kurzarbeit des Stammpersonals in der Betriebsstätte Tischlein Deck Dich

Das Unternehmen braucht weiterhin gesicherte Rücklagen, die auch als Eigenmittel verwendet werden könnten, wenn der Landkreis bzw. die Universitätsstadt Gießen aufgrund knapper Kassen die Kofinanzierung vor allem für ESF-geförderte Projekte nicht mehr gewährleisten können.

Bei neuen Projekten muss die notwendige Liquidität gesichert sein, ebenso die zu erbringenden Kofinanzierungen in der Regel zwischen 10 und 50 %. Dies verlangt eine vorausschauende Steuerung und enge Absprachen mit den Gesellschaftern.

Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

4. Chancen- und Risikobericht

4.1. Risikobericht

Bei der Betrachtung der Einnahmen aus Fördermitteln zu Projektfinanzierungen müssen wir feststellen, dass sich diese in den letzten Jahren in Umfang und Art wesentlich verändert haben, sei es, dass Programme und Projekte ausgelaufen oder diese in Höhe und Umfang vermindert worden sind oder andere dafür neu aufgelegt worden sind.

Die später folgende Übersicht der Fördermittel für den satzungsgemäßen Auftrag von 2016 bis 2020 verdeutlicht die Schwankungen der bisherigen Fördermittel-Einnahmen (s. Tabelle Fördermittelübersicht).

Branchenspezifische Risiken

Die projektförmige Tätigkeit und damit einhergehende Schwankungen bleiben ein Dauerrisiko der Geschäftstätigkeit und Ausrichtung der gemeinnützigen Berufsbildungsgesellschaft. Ebenso zu bewerten ist die generelle Abhängigkeit von Ausschreibungen, die im Wettbewerb gewonnen werden müssen und oftmals mit der Erbringung von ergänzenden Eigenmitteln verbunden ist.

Ertragsorientierte Risiken

Ein Unternehmen, das seine Geschäftstätigkeit in den Bereichen Ausbildung, Qualifizierung und Beratung ganz überwiegend im regionalen Wettbewerb innerhalb eines sehr begrenzten Auftraggeberkreises generiert, ist einem kontinuierlichen Risiko schwankender oder sogar sinkender Erträge ausgesetzt.

Noch völlig unklar bleibt, welche Auswirkungen der beabsichtigte Austritt Großbritanniens auf europäische Fördermittel insbesondere auf den für uns wichtigen Europäischen Sozialfonds (ESF) haben wird. Als einer der wenigen Berufsbildungsträger im Landkreis Gießen sind wir insbesondere aufgrund des Gesellschafterzuschusses in der Lage, Kofinanzierungen für ESF-Projekte zu leisten und führen deshalb die meisten ESF-Projekte im Landkreis durch. Deswegen wird aufgrund einer Verringerung des ESF-Programmangebotes auch für die ZAUG gGmbH eine Ertragsverringerung seitens dieses Kostenträgers zu befürchten sein.

Im Bereich der Ausbildung besteht weiterhin ein hohes Risiko hinsichtlich der Auslastung unseres Personals für die außerbetriebliche Ausbildung. Deshalb wird es auch in Zukunft erforderlich sein, ergänzend noch weitere Maßnahmen der Agentur für Arbeit und des Jobcenters zu akquirieren. Nach wie vor beklagenswert ist der Rückgang in der beruflichen Erwachsenenbildung von 68 TN-Plätzen im Jahr 2014 auf 13 TN-Plätze im Jahr 2019.

Mit der Corona-Pandemie sind auch unerwartete Risiken für unsere Großküche Tischlein Deck Dich entstanden, deren Konsequenzen für die Umsatzentwicklung noch nicht vollständig absehbar sind, insbesondere wenn eine zweite oder gar dritte Pandemiewelle droht. Die Stabilität der langfristigen

Auftragslage stimmt uns allerdings optimistisch, dass das Unternehmen entstandene Defizite mittelfristig gut bewältigen wird.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Als Finanzmittel stehen der ZAUG gGmbH über die Förderprogramme Fördermittel des Europäischen Sozialfonds, des Bundes, des Landes Hessen, der Stadt Gießen, des Landkreises Gießen, des Jobcenters und der Agentur für Arbeit Gießen zur Verfügung. Weitere Erlöse resultieren aus den Zweckbetrieben und den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben.

Die Balance zwischen den Sphären (ideelle Projekte, Zweckbetrieb und wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb) stellt sich im Geschäftsjahr 2019 folgendermaßen dar: Die Einnahmen aus dem ideellen Bereich liegen bei 69,49 %, die Einnahmen aus den Zweckbetrieben und wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben schließen mit 30,51 % ab.

Risikomanagement im Rahmen des Qualitätsmanagementsystems

Das Risikomanagement erstreckt sich auf die Risikoerfassung und Kontrolle in allen Geschäftsfeldern. Die Geschäftsführung ist aktiv am Qualitätsmanagement beteiligt. Des Weiteren führt der Qualitätsmanager regelmäßig eine Risikoinventur durch. Tritt ein Risiko ein, sind der Qualitätsmanager und die Geschäftsleitung darüber sofort zu informieren und es ist sofort Abhilfe zu schaffen.

Unser Qualitätsmanagementsystem wurde im Jahr 2018 erfolgreich von der DIN EN ISO 9001:2008 auf die Version DIN EN ISO 9001:2015 umgestellt. Die erforderliche Rezertifizierung erfolgte am 21. August 2019 ohne Feststellung von Hauptabweichungen.

Weiterhin findet jährlich ein Überwachungsaudit nach der AZAV (Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung) statt. Die Aufrechterhaltung der Zulassung als Träger der Arbeitsmarktförderung wurde nach Prüfung am 28. und 29. Mai 2019 weiterhin ohne Auffälligkeiten bescheinigt.

Notwendige Prozessänderungen, Verbesserungen und Vorbeugungsmaßnahmen werden über einen permanenten Änderungsdienst in das QM eingepflegt und umgesetzt.

Aus externen und internen Audits und Überprüfungen wurden auch Konsequenzen gezogen. Aufgrund schlechter Bewertungsergebnisse in Qualitätsaudits wurden Bietergemeinschaften mit einem anderen Gießener Bildungsträger im Jahr 2019 nicht fortgesetzt.

4.2 Chancenbericht

Die zukünftigen Chancen liegen in der Akquise weiterer Förderprogramme des Bundes, des Landes, aber auch in der Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge für den Landkreis und die Universitätsstadt Gießen.

Eine kommunale Steuerung ist weiterhin dringend geboten, um gemeinwesenbezogene und soziale Bedarfe mit Angeboten zur Qualifizierung und Beschäftigung zu verknüpfen. Ansonsten würde die Ausgestaltung der Ausbildung und Qualifizierung für Gießen nur nach den Vorgaben der Bundesagentur für Arbeit oder des Jobcenters und den nicht immer passgenauen Programmen der Bundes- und Landesebene erfolgen.

Weitere Potenziale stellen Dienstleistungen für insbesondere kleine und mittlere Unternehmen im Bereich der Ausbildung, der Nachqualifizierung und der Digitalisierung dar. Diese Potenziale werden weiterhin kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt.

Fördermittelübersicht 2016 - 2020

Fördermittelgeber	2016	2017	2018	2019	Plan 2020
Gesellschafterzuschuss Landkreis Gießen	200.000,00	200.000,04	200.000,00	200.000,00	200.000,00
Gesellschafterzuschuss Universitätsstadt Gießen	170.434,00	170.434,00	170.434,00	170.434,00	170.434,00
Landkreis Projekte					
- Schulen mit GT-Angebot	412.175,59	392.125,88	429.680,07	433.338,24	291.200,00
- Pakt für den Nachmittag	1.692.786,58	2.551.216,09	3.563.394,12	3.891.424,31	4.164.550,80
- Ausbildungs- und Qualifzierungsbudget KEINER GEHT VERLOREN	452.462,70	497.664,79	661.485,39	713.794,20	694.687,68
- Arbeitsmarktbudget Pro Aktiv	84.238,99	86.822,15	86.610,59	89.089,43	94.000,00
- Nachqualifizierungsberatungsstelle	25.259,00	23.534,00	25.000,00	12.500,00	0,00
- Beruf und Perspektive	0,00	0,00	0,00	36.537,36	53.210,35
Landkreis Kofinanzierungen					
- IdeA (Frau und Beruf)	7.902,16	6.640,21	7.744,06	7.799,03	8.000,00
- QuABB (Qualfizierte Ausbildungs-begleitung in Betieb und Berufsschule	11.000,00	11.000,00	11.034,71	10.809,06	11.000,00
- Dienstleistungsagentur Zeitgewinn	16.000,00	14.000,00	0,00	0,00	0,00
- Digitales Lernen - IdeA			3.827,44	3.716,19	0,00
- E-Design				6.166,84	8.423,60
Projekte über Weiterleitung Landkreis:					
- MOVE - Migranten optimal vorbereiten für die Erwerbstätigkeit	109.559,75	105.484,38			
- Förderung Kulturtourismus	2.492,72	675,65	1.868,78	0,00	0,00
- Förderung der Gemeinwesenarbeit	11.552,77	108.510,41	126.456,84	117.230,91	150.000,00
- Integration stärkt Pflege				73.790,93	105.562,62
Stadt Gießen Projekte (2015 QuABB)	6.000,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00
Agentur für Arbeit Gießen	503.082,05	603.805,52	671.977,00	749.197,41	874.049,37
Jobcenter SGB II	831.898,89	1.100.829,46	1.038.077,20	1.197.720,48	1.079.569,87
Gemeinden für ganztägig arbeitende Schulen	5.890,09	0,00	0,00	0,00	0,00
Landesmittel / ESF	423.420,03	359.684,42	276.681,52	222.682,99	352.584,63
Bundesmittel / ESF	866.329,24	682.677,77	848.958,96	567.879,51	520.225,02
Sonstige Mittel	0,00	52.208,58	133.174,62	34.333,57	137.007,81
Gesamtergebnis	**5.832.484,56**	**6.973.313,35**	**8.262.405,30**	**8.544.444,46**	**8.920.505,75**

	2016 in T€	2017 in T€	2018 in T€	2019 in T€	Plan 2020 in T€
Umsatzerlöse	3.272	3.563	3.731	3.751	3.473
davon Erlöse 19%	1.239	1.181	718	376	207
davon Erlöse 7%	2.032	2.233	2.530	2.857	2.775
davon Erlöse 0%	1	150	483	518	491

Rohertrag aus Zweck- und Geschäftsbetrieben	2.149	2.340	2.330	2.193	1.676

5. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Guthaben bei Kreditinstituten sowie Forderungen und Verbindlichkeiten.

Die Fördermittelprogrammatik des Europäischen Sozialfonds sieht aktuell vor, dass der Abruf der Finanzmittel gemäß einem zahlenmäßigen Nachweis zwei Monate rückwirkend und ein Monat im Voraus erfolgen darf. Um existenzielle Risiken zu vermeiden, ist eine sehr solide Kapitalausstattung notwendig.

Zur Absicherung des Liquiditätsrisikos wird regelmäßig ein Liquiditätsplan erstellt, der einen Überblick über die Zahlungseingänge und –ausgänge vermittelt. Weiter existiert ein Kalender über die zeitlichen Intervalle der zu tätigenden Abrufe.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein adäquates Debitorenmanagement.

6. Sonstige Angaben
Personalentwicklung Stammpersonal

Die Zahl des Stammpersonals zum Stichtag 31.12.2019 beträgt 137 Mitarbeitende (nach Köpfen, ohne Arbeitnehmerüberlassung) und zusätzlich im Pakt für den Nachmittag sowie den ganztägig arbeitenden Schulen 87 Mitarbeitende.

Zum Stichtag 31.12.2019 waren in der Arbeitnehmerüberlassung 9 Personen beschäftigt.

Das Stammpersonal ist zum überwiegenden Teil im ideellen Bereich eingesetzt.

Gießen, am 4. Juni 2020

Zentrum Arbeit und Umwelt – Gießener gemeinnützige
Berufsbildungsgesellschaft mit beschränkter Haftung

_____

Heiko Bennewitz, Geschäftsführer

6.2.2.5. Lagebericht Sozialer Wohnungsbau und Strukturförderung GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.3.2.

Lagebericht
der
SWS GmbH Gießen
für das Geschäftsjahr 2019

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gesellschaftszweck und Rahmenbedingungen

Gemäß § 2 der Satzung der Sozialer Wohnungsbau und Strukturförderung im Landkreis Gießen GmbH ist der Gesellschaftsgegenstand insbesondere eine gute, sichere, ökologische und sozial verantwortbare Wohnraumversorgung sicherzustellen. Die SWS GmbH verfolgt das Ziel, bezahlbares Wohnen im Landkreis zu sichern und weiter zu entwickeln.
Die Gesellschaft ist in erster Linie administrativ tätig, während die Leistungen im Zusammenhang mit der Errichtung von Wohngebäuden sowie des Betriebes der Liegenschaften vorrangig von privaten Dritten erbracht werden.
Die vorrangige Aufgabe der SWS laut Gesamtkonzept besteht in der Koordinierung und Steuerung der Wohnraumversorgung aller Mitgliedskommunen im Sinne einer lenkenden Wohnungspolitik, mit dem Schwerpunkt bezahlbares Wohnen im Landkreis zu sichern und weiter zu entwickeln. In diesem Sinne übernimmt die SWS folgende Aufgaben:

- Beratung der Kommunen bei der Entwicklung von Neubaugebieten, Gebietsumwidmungen, Umbaumaßnahmen einzelner Bestandsimmobilien und deren Umsetzung im Bereich des bezahlbaren Wohnraums,
- Unterstützung von Wohnbaugenossenschaften und privater Investoren bei der Erstellung bezahlbaren Wohnraums durch Machbarkeitsprüfungen im Wohnungsneubau und Bestandsumbau,
- Spezialisierung auf Förderprogramme im Wohnungsneubau und im Wohnungsbestand auf Bundes-, Landes-, Kreis- und Kommunaler Ebene,
- Strukturförderung in den einzelnen Kommunen auf Grundlage des Wohnraumversorgungskonzeptes durch den Aufbau eines qualifizierten Leerstandmanagements, Quartiersplanung von Wohngebieten aus den 1960er bis 1980er Jahren, Zusammenarbeit mit der Regionalplanung durch ein Monitoring der demographischen Entwicklung aller Orte im Landkreis und deren Einfluss auf die zukünftige Siedlungsentwicklung.

Gebündeltes know-how wird durch Einbindung von Bauaufsicht, UNB, Denkmalschutz, Wohnbauförderung, Bauämtern und Sozialamt genutzt. Für die SWS wurde die Organisationsform einer GmbH gewählt, um eine entsprechende Verbindlichkeit für die Projekte und das koordinierte Handeln der in der Gesellschaft beteiligten Kommunen sicherzustellen sowie eine regional auf das Kreisgebiet bezogene abgestimmte Vorgehensweise gewährleisten zu können.

Gesellschafter der Beteiligungsgesellschaft im Jahr 2019 sind der Landkreis Gießen (40,48%) sowie 15 kreisangehörige Kommunen des Landkreises Gießen. Die Anteile je Kommune betragen in 2019 3,97%. Die Gesellschafterversammlungen haben im Jahr 2019 am 04.04.2019 und am 11.12.2019 stattgefunden.

Geschäftsentwicklung

In 2019 sind zwei weitere Kommunen der SWS GmbH beigetreten. Am 23.05.2019 ist der Beitritt der Gemeinde Biebertal und der Beitritt der Gemeinde Reiskirchen beurkundet worden. Am Ende des Geschäftsjahres 2019 waren es somit 15 Kommunen und der Landkreis Gießen als Gesellschafter der SWS GmbH. Seit Gründung der SWS GmbH sind inzwischen 98 Wohneinheiten, teils bereits gebaut und teils bewilligt, welche die Bedingungen der Mietwohnförderung des Landes Hessen erfüllen. Die Fördersumme des Landkreises Gießen beträgt 2,1 Mio. Euro und erste Fördermittel sind bereits ausgezahlt worden. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 24.06.2019 der neuen Förderrichtlinie „Revitalisierung der Ortskerne im Landkreis Gießen" zugestimmt. Somit ist die Richtlinie am 24.06.2019 in Kraft getreten Mit dem Programm zur Revitalisierung der Ortskerne unterstützt der Landkreis Gießen seine Städte und Gemeinden im ländlichen Raum, Leerstand und Sanierungsstau abzubauen, und gleichzeitig neuen Wohnraum zu schaffen. Die SWS GmbH prüft die einzelnen Förderanträge, gibt dem Kreisausschuss Förderempfehlungen und begleitet die Förderprojekte.

II. Darstellung der Lage

Vermögens und Finanzlage

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 126.000,00 €. Die Umlaufvermögen liegen in Höhe von 110.010,77 € vor. Ein Jahresfehlbetrag von 6.023,18 € wird ausgewiesen und Rückstellungen in Höhe von 4.000,00 € wurden eingestellt. Die Rückstellungen beinhalten die Erstellung des Jahresabschlusses 2019, dessen Offenlegung und Revision, die Erstellung der betrieblichen Steuererklärung 2019.

III. Nachtragsbericht

Abberufung des bisherigen Geschäftsführers Herrn Hagen Roth zum 30.06.2020. Berufung des neuen Geschäftsführers Herrn Jens Köhler zum 01.07.2020.

IV. Chancen und Risiken

Die Gesellschaft ist nur administrativ und beratend tätig. Hierdurch werden Risiken bzw. wird eine Haftung aus weiterreichenden operativen Betätigungen vermieden.

Gießen, 23.09.2020

Jens Köhler
SWS GmbH

6.2.2.6. Lagebericht Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.4.1.

LAGEBERICHT
der

Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH

Gießen

für das Geschäftsjahr 2019

A. Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft

1. Gesellschaftszweck und Rahmenbedingungen

Die 1999 gegründete Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH (TIG GmbH) konzentriert ihre Aktivitäten auf die Förderung des Strukturwandels der Wirtschaft in Stadt und Landkreis Gießen und auf die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Hierzu sollen innovative Unternehmen angesiedelt und Existenzgründer unterstützt werden.

Zur Erreichung dieses Gesellschaftszwecks vermietet die TIG GmbH in ihren vier Gebäuden im Gewerbegebiet Europaviertel Büro- und Laborflächen an junge Unternehmen und Existenzgründer. Neben diesem Kerngeschäft unterbreitet die TIG GmbH ihren Mietern und den Unternehmen der Region ein breites Service-, Beratungs- und Weiterbildungsangebot, stellt eine Kommunikationsplattform für Themen aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung dar und unterstützt innovationsfördernde Maßnahmen.

Das Aufgabenfeld der TIG GmbH umfasst Aktivitäten der Wirtschaftsförderung, der Gründungsförderung und des Technologietransfers.

2. Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche

Neben der gesamtwirtschaftlichen Lage wird das Kerngeschäft der TIG GmbH insbesondere durch das Gründungsgeschehen und – im Hinblick auf die Konkurrenzsituation zu anderen Immobilienanbietern – durch die Entwicklung des regionalen Mietspiegels bestimmt.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2019 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 0,6% höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit im zehnten Jahr in Folge gewachsen. Das Wachstum hat aber an Schwung verloren (2017 +2,5%, 2018 +1,5%). Gestützt wurde das Wachstum im Jahr 2019 vor allem vom Konsum. Auch die Bruttoanlageinvestitionen sind kräftig gestiegen. Besonders stark war der Anstieg im Tiefbau und im Wohnungsbau.

Im Jahr 2019 wurden in Deutschland knapp 122 600 Betriebe gegründet, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen. Laut Destatis lag die Zahl der Neugründungen größerer Betriebe damit fast auf dem Niveau des Vorjahres (-0,1 %). Die Zahl neu gegründeter Kleinunternehmen sank 2019 gegenüber 2018 um 3,0 % auf knapp 164 000. Die Zahl der neu gegründeten Nebenerwerbsbetriebe hingegen stieg um 5,3 % auf rund 264 000. Die Gesamtzahl der Gewerbeanmeldungen stieg 2019 gegenüber 2018 um 0,6 % auf rund 672 600.

Knapp 99 400 Betriebe mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung gaben 2019 ihr Gewerbe vollständig auf. Das waren 3,2 % weniger als 2018. Die Zahl der aufgegebenen Kleinunternehmen sank um 6,5 % auf fast 203 300 und die Zahl der aufgegebenen Nebenerwerbsbetriebe um 1,3 % auf rund 190 300. Damit war die Gesamtzahl der vollständigen Gewerbeaufgaben mit knapp 493 000 Betrieben 3,9 % geringer als 2018.

Der aktuelle Mietspiegel für Gießen weist für vergleichbare Büroräume in Gewerbegebieten (gute bis sehr gute Ausstattung, Parkplätze, verkehrsmäßig gut angebunden, repräsentatives Gebäude) eine im Vergleich zum Vorjahr weiter angestiegene durchschnittliche Miete von 8,00 – 9,50 €/m² aus.

3. Umsatzentwicklung und Entwicklung der Auslastung

Das Geschäftsjahr 2019 verlief für die TIG GmbH erneut sehr erfolgreich. Bei anhaltend guter Nachfrage konnte 2019 eine durchschnittliche Mietauslastung in Höhe von 97,7 % erreicht werden.

Die Umsätze aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegen mit 732 T€ genau auf Vorjahresniveau.

Mit 15 Ein- und 18 Auszügen bewegte sich die Fluktuation 2019 auf einem etwas höheren Niveau als 2018. Bei den Neuzugängen handelte es sich überwiegend um Neugründungen mit Technologiebezug. Vier gegründete Unternehmen waren nur vorübergehend im TIG ansässig und sind im selben Jahr wieder ausgezogen.

Von den 18 Mietern, die das TIG verlassen haben, haben sich drei Firmen und das Fraunhofer IME in der Stadt Gießen und zwei im Landkreis Gießen (Linden, Buseck) sowie eine in Hüttenberg niedergelassen. Ein Unternehmen wurde zugunsten eines neu gegründeten und ebenfalls im TIG ansässigen Unternehmens abgemeldet. Ein Tochterunternehmen einer kanadischen Gesellschaft (DBC Diagnostic GmbH) wurde liquidiert und hat den Betrieb in Deutschland eingestellt. Zwei Frankfurter und ein Bremer Unternehmen sowie eine Gründung aus Braunfels haben ihr Projekt beendet bzw. ihren Geschäftsbetrieb in Gießen aufgegeben. Ein Mieter hatte zeitlich befristet Ausweichflächen für seine Geschäftsräume im Europaviertel angemietet. Bei vier vom TIG gekündigten Firmen ist unklar, ob der Geschäftsbetrieb fortgeführt wird.

Im Jahr 2019 gab es insgesamt 50 Mietanfragen. Aus 14 dieser Anfragen konnten Mietverhältnisse im TIG generiert werden.

Die Netto-Mietpreise betrugen 2018 unverändert 6,15 EUR/m² für Büroflächen in den Gebäuden Kerkrader Str. 7, 9 und 11 und 7,25 EUR/m² für Büroflächen im Gebäude Winchesterstraße 2. Die monatlich von den Mietern zu zahlenden Abschläge für Betriebskosten betragen je nach Gebäude, Lage und Ausstattung der Räume netto zwischen 3,50 €/m² und 4,50 €/ m² gemietete Bürofläche.

Die Mieten im Technologiezentrum beinhalten zwar die Nutzung der Nebenflächen (verschiedene Seminarräume, Küchen etc.) sowie der Parkplätze und sind damit weiterhin

sehr günstig, konkurrieren aber mit einem zunehmenden auf Startups und junge Unternehmen zugeschnittenen Angebot in anderen Hubs. Die TIG GmbH muss sich daher auch weiterhin von anderen Gewerbeflächenanbietern durch günstige und flexible Konditionen, einen hohen technischen Standard, Lösungen für individuelle Herausforderungen sowie ein umfangreiches, qualifiziertes Zusatzangebot abheben, das z.B. gemeinsame Marketingaktivitäten, technische Betreuung, flexible Raumlösungen, die Bereitstellung von gemeinsamer Infrastruktur (Foto- und Videostudio, Fotokopiergeräte, Präsentationstechnik etc.), Hausmeisterservice, ein interessantes Beratungs- und Veranstaltungsangebot sowie verschiedene Aktivitäten für Existenzgründer / Startups und zukunftsweisende Projekte im Zusammenhang mit Technologietransfer wie z. B. den MAGIE – Makerspace Gießen umfasst. Auch die 2019 gelungene Schaffung eines Büro- und Coworking-Angebots in Innenstadtlage beinhaltet aufgrund des sich allgemein verändernden Mobilitätsverhaltens für die TIG GmbH und ihre Mieterfirmen einen hohen Mehrwert.

4. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2019 wurde ein von den Unternehmen im TIG nutzbares Foto- und Videostudio eingerichtet (Inv. 1 T€ + GWG) sowie in die Einrichtung des Coworking Büros in der Walltorstr. 57 investiert (2,3 T€ + GWG). Weiterhin wurde ein neuer Webauftritt mit 3D-Rundgang erstellt (5,5 T€) und neue PCs angeschafft (1,8 T€).

5. Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2019 waren durchschnittlich 7 Arbeitnehmer (inkl. Geschäftsführung) beschäftigt, darunter 3 Vollzeit- und 4 Teilzeitkräfte. Die Stellen entfallen auf das Vermietungsgeschäft und auf die Qualifizierungsoffensive Landkreis Gießen bzw. das Projekt „ProAbschluss“ sowie den MAGIE – Makerspace Gießen.

6. Umweltschutz

Das Unternehmen führte im Geschäftsjahr keine umweltbelastenden Arbeiten durch. Umweltschutz-Aktivitäten und –Investitionen waren im Geschäftsjahr nicht notwendig und sind auch in den Folgejahren nach derzeitigem Kenntnisstand nicht notwendig.

7. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr 2019 war gekennzeichnet durch folgende Vorgänge:

- **Strategie TIG:** Das regionale Gründerökosystem unterliegt weiterhin großen Veränderungsprozessen. Neben den Aktivitäten und Angeboten der privatwirtschaftlichen Hubs kamen im Jahr 2019 zahlreiche Aktivitäten der mittelhessischen Hochschulen hinzu, die im Rahmen einer hochschul-übergreifenden EXIST-Antragstellung alle regionalen Partner stark in die Konzeption neuer Angebote für Gründungen aus den Hochschulen eingebunden haben. Weiterhin gab es viele Abstimmungsprozesse im Rahmen der „Gründungsinitiative Mittelhessen“, die unter Federführung der IHK Gießen-Friedberg die mittelhessischen Aktivitäten im Zusammenhang mit Existenzgründungen bündelt und auch gemeinsame Förderanträge anstrebt. Das TIG konnte seine Position innerhalb des sich weiter verändernden Gründerökosystems weiter festigen und durch neue Angebote und innovative Projektideen für die Folgejahre ausbauen. Die Zusammenarbeit mit den Gießener Hochschulen konnte nicht zuletzt durch das Projekt MAGIE – Makerspace Gießen weiter intensiviert werden.

  Die sich auch weiterhin im Umbruch befindliche Situation erfordert eine stetige Fortsetzung der Diskussion zur strategischen Ausrichtung, die Identifizierung von Angebotslücken und weiterhin eine kontinuierliche Anpassung des TIG-Angebots.

- **Liquidität:** Die Liquiditätsproblematik, die die TIG GmbH seit ihrer Gründung begleitet, beruht auf den im Verhältnis zur Abschreibungsdauer ungewöhnlich kurzen Tilgungszeiträumen für die Gebäudedarlehen. Die kritischen Jahre 2018 / 2019 konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Dennoch sollte diesem Thema weiterhin besondere Aufmerksamkeit gelten.

Die wichtigsten Entwicklungen des Geschäftsjahres für die Projekte des TIG können wie folgt zusammengefasst werden:

MAGIE – Makerspace Gießen: Nach der erfolgreichen Durchführung des Pilotprojektes von April bis Juni 2018 konnte die TIG GmbH in Kooperation mit der Technischen Hochschule Mittelhessen und der jungen Gießener Kreativagentur flux – impulse das Projekt nun beginnend zum 01.08.2019 in neu angemieteten Flächen in der Walltorstr. 57 zentral in Gießen verstetigen. Das Projekt MAGIE – Makerspace Gießen dient der Gründungsförderung, der Technologievermittlung, der Produktion von Prototypen sowie der Förderung des Austauschs und Anregung von Kooperationen zwischen Wissenschaft, Unternehmen und Bürgerschaft. Ein Makerspace ist eine offene Werkstatt für digitale Produktion und damit ein Ort des Schaffens und der Kreativität. Weltweit gibt es solche Orte in den unterschiedlichsten Ausprägungen, in Mittelhessen war aber bislang kein entsprechendes Angebot verfügbar. Für die Akteure des MAGIE – Makerspace Gießen ist die Öffnung nach außen und die Vielfältigkeit der Zugänge besonders wichtig („Vielschwelligkeit“). Das Angebot soll für alle Bevölkerungsgruppen möglichst kostenfrei verfügbar sein. Neue Technologien von digitaler Fertigung (3D-Druck, Lasercutter etc.) über IoT (Internet der Dinge) und Blockchaintechnologie bis hin zu Künstlicher Intelligenz und Mikroelektronik werden der breiten Öffentlichkeit vermittelt, mit Querschnittsthemen wie z. B. Didaktik, Gründungen, Kunst, Nachhaltigkeit und Medizintechnik verbunden und hinsichtlich Chancen und Risiken immer auch kritisch reflektiert.

Die TIG GmbH kann mit dem Engagement für dieses Projekt die Tätigkeitsfelder Wirtschaftsförderung, Gründungsförderung und Technologietransfer optimal vernetzen und intensiviert die Zusammenarbeit mit den Hochschulen und anderen Institutionen aus der Region. Das Projekt hat einen hohen Werbenutzen und ermöglicht über die bestehenden Kontakte hinaus eine Vernetzung mit den „kreativen Köpfen“ der Szene. Auch viele regionale Partner sind bereits vom Projekt MAGIE – Makerspace Gießen überzeugt und werden das Angebot finanziell und / oder ideell unterstützen. Das Projekt läuft aktuell bis zum 31.07.2020. Seitens TIG, THM, JLU und flux – impulse ist eine Fortsetzung bis mindestens zum 31.12.2021 konkret in Planung.

Die Räumlichkeiten in der Walltorstraße beinhalten auch eine ca. 70 m² große Fläche, deren Kosten das TIG alleine trägt und die als Coworking-Space genutzt werden.

Coworking-Office: Neben dem Coworking-Büro im TIG (Winchesterstr. 2) mit 2-3 ausgestatteten Büroarbeitsplätzen und Internetzugang, das in der Praxis eher als projektweise angemietetes Flexi-Office von einzelnen Mietern genutzt wird, konnte im Zuge des Projektes MAGIE jetzt auch ein zentrales Coworking-Office in der Walltorstr. 57 angemietet und jungen Gründer*innen zur Verfügung gestellt werden. Damit wurde der erste „TIG Satellit" in der Innenstadt installiert. Es ist auch ein abgeschlossenes Büro verfügbar, dass bereits seit August 2019 an eine junge Gründung aus dem THM-Kontext vermietet werden konnte, für die die übrigen TIG-Gebäude mangels eigenem PKW nicht gut erreichbar waren. Die Möglichkeiten, die der räumlich direkt angeschlossene Makerspace den im Coworking-Bereich ansässigen Gründerinnen und Gründern bietet, reichen von Prototyping über die Kompetenzvermittlung der neuen Technologien hin zur Erschließung zahlreicher hilfreicher Netzwerkkontakte.

TIG Start-Up / 6. Gießener Existenzgründertag: Mit dem 6. Gießener Existenzgründertag TIG Start-Up, der am 19.11.2019 in den Gießener Hessenhallen stattfand, ist es gelungen, den Gießener Existenzgründertag TIG Start-up und den Existenzgründertag der Messe „Chance" in Kooperation mit der Messe Gießen GmbH zu einer deutlich größeren, messeähnlichen Netzwerkveranstaltung zusammen-zufassen und damit Überschneidungen und Dopplungen sowie eine gewisse Konkurrenz um Aussteller und Inhalte innerhalb Gießens Gründerszene zu vermeiden. Das TIG präsentierte sich mit über 50 hauptsächlich regionalen Beratungspartnern den ca. 250 gründungsinteressierten Gästen. Auch zahlreiche Gießener Gründungen stellten aus und wurden aktiv ins Programm eingebunden (Best Practice). Mehrere Vorträge und der von Gießener Gründern organisierte „Gründer für Gründer"-Stammtisch ergänzten das Programm. Die Förderung des Existenzgründertags erfolgte erneut aus Landesmitteln. Der Gießener Existenzgründertag ist Teil der Startup-Initiative des Landes Hessen und soll auch 2020 wieder durchgeführt werden, wobei das Konzept eventuell von einer Gießener hin zu einer mittelhessischen Veranstaltung erweitert werden soll. Allerdings muss abgewartet werden, inwieweit die aktuelle COVID-19-Pandemie Veranstaltungen dieser Art im laufenden Jahr überhaupt wieder zulässt.

TIG akademie: Unter dem Namen „TIG akademie“ bietet das TIG in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung des Landkreises Gießen seit Mai 2015 eine Veranstaltungsreihe für junge Unternehmen an. Im Jahr 2019 wurden zehn Veranstaltungen durchgeführt, deren Themenvielfalt von Rentenversicherung für Selbstständige über IT-Sicherheit und Arbeitsrecht bis hin zu Anwendungen der Künstlichen Intelligenz reichte. In dreistündigen Workshops und Seminaren vermitteln Referentinnen und Referenten praxisnah Wissen für den Unternehmensalltag. Gleichzeitig bieten die Veranstaltungen den Teilnehmenden die Möglichkeit, sich ein Netzwerk kompetenter Ansprechpartner aufzubauen und sich untereinander auszutauschen. Die Teilnahme an den Workshops ist kostenlos.

Gründerstammtisch Gießen: Im Rahmen der ersten Gießen Existenzgründertage wurde deutlich, dass in der Region ein Angebot fehlte, das Gründerinnen und Gründern regelmäßigen Austausch und die Vernetzung sowohl untereinander als auch mit Beratern und mit erfahrenen Unternehmern ermöglicht. Das TIG hat somit den Gießener Gründerstammtisch initiiert und setzt dieses Angebot seit Juli 2015 gemeinsam mit dem Entrepreneurship-Cluster Mittelhessen, der IHK Gießen-Friedberg und den Wirtschaftsförderungen von Stadt und Landkreis Gießen sowie inzwischen auch gemeinsam mit dem Verein Region GießenerLand e. V. einmal monatlich um. Der Austausch unter den Gründungsinteressierten wird durch interessante Gäste ergänzt, die von ihren Erfahrungen zum Thema Existenzgründung berichten, und stößt über Stadt und Landkreis Gießen hinaus auf große und sehr positive Resonanz bei den Gründungsinteressierten.

Beratungsangebot für Unternehmen im TIG: Die Auditoren haben im Zuge der Zertifizierung des TIG als „Anerkanntes Innovationszentrum“ empfohlen, ergänzend zu den bestehenden Angeboten von TIG-Gesellschaftern und –Partnern ein internes Beratungsangebot im Zentrum zu etablieren, das exklusiv den TIG-Mieterinnen und -Mietern zur Verfügung steht. Die Firmen in den Zentren profitieren in der Regel sehr von einer intensiven Betreuung. Die Beratung vor Ort erhöht ihre Erfolgschancen gegenüber den nicht in Zentren angesiedelten Unternehmen statistisch beträchtlich. Das TIG hat im Geschäftsjahr 2017 (neben den zahlreichen und auch weiter wachsenden Beratungsangeboten der externen Netzwerkpartner) auch ein entsprechendes internes Angebot vorgehalten, das allerdings von den Unternehmen nicht im gewünschten Umfang nachgefragt wurde. Perspekti-

visch soll es eine Neuauflage des Angebots mit einer noch besser auf die Bedürfnisse der Mieterfirmen angepassten Struktur geben.

Förderung von Social Entrepreneurship: Das TIG ist im Jahr 2019 eine Förder- und Kooperationspartnerschaft mit der Social-startup-Plattform „social-startups.de“ eingegangen. Gemeinsam möchte man die Region Gießen in den Themenfeldern Nachhaltigkeit und Social Entrepreneurship voranbringen und sich aktiv am Aufbau notwendiger Beratungsstrukturen in der Region Gießen beteiligen.

Aus dieser Partnerschaft ist auch eine Zusammenarbeit mit der Social Impact Lab gGmbH erwachsen, mit der zwischenzeitlich ein Letter of Intent zum Aufbau eines Gründungsberatungsprogramms für Sozialunternehmen in Hessen abgeschlossen wurde. Die Social Impact Lab gGmbH beschreibt den Status Quo zu sozialen Gründungen in diesem LOI wie folgt: „Sozialunternehmen nehmen auch in Hessen eine wachsende Rolle ein. So sind allein 10,8 % der Befragten des 2. Deutschen Social Entrepreneurship Monitor 2019 (vorläufige Zahlen) aus unserem Bundesland. Das steigende Interesse der Öffentlichkeit, von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen an nachhaltigen Lösungen wird zukünftig die Anzahl der sozialunternehmerischen Gründungen noch verstärken. Diese oft hochtechnologisch orientierten und innovativen Unternehmen schaffen Werte in Milliardenhöhe – auch für unser Bundesland. Sie schaffen begehrte Arbeitsplätze und lösen konkrete gesellschaftliche Herausforderungen (z.B. zu Themen wie ländlicher Raum, Integration, Inklusion und ökologisch nachhaltiger Konsum). Darüber hinaus bringen sie Innovation und auch Digitalisierung voran. Sozialunternehmen haben in der (Vor-)Gründungsphase einen ähnlichen Beratungsbedarf wie konventionelle Gründungsvorhaben, wenn es sich um das Geschäftsmodell handelt. Bei der Beratung bezüglich der Wirkungsorientierung unterscheiden sich Sozialunternehmen von konventionellen Gründungen jedoch grundlegend. Die Beratung zu spezifischen Fragen wie Wirkungsmodell, Wahl der Rechtsform und Finanzierungsmöglichkeiten wird momentan durch keine der bestehenden Gründungsförderungsprogramme in Hessen abgebildet.“

Aktuellen Planungen zufolge wird ein vom Land Hessen gefördertes Projekt ab Mai 2020 hessenweit die notwendigen Strukturen einrichten, die Informationsveranstaltungen, Fach-

beratung, Workshops und Coworking-Arbeitsplätze für die Gründungsteams beinhaltet. Vorbehaltlich der Finanzierbarkeit wird das TIG als ein regionaler Partner in Mittelhessen zu diesem Angebot beitragen.

Qualifizierungsoffensive Landkreis Gießen / Initiative „ProAbschluss“: Im Projekt „ProAbschluss / Qualifizierungsoffensive Landkreis Gießen“, das die TIG GmbH als Projektträger in Kooperation mit dem Landkreis Gießen durchführt, wurde seitens des Hessischen Wirtschaftsministeriums sowohl die Verlängerung der aktuellen Förderphase bis zum 30.06.2019 sowie die Durchführung innerhalb der nächsten Förderphase bis zum 31.12.2020 (mit Option auf weitere Verlängerung bis zum 31.12.2021) bewilligt. Das Projekt „ProAbschluss / Bildungscoach" wird aus ESF-Mitteln, Landesmitteln und Mitteln des Landkreises Gießen zu 100 % finanziert und setzt den Schwerpunkt auf abschlussbezogene Nachqualifizierungsberatung.

Mit dem Landkreis Gießen wurde für die bestmögliche Beibehaltung des Leistungsspektrums der bisherigen „Qualifizierungsoffensive Landkreis Gießen“ für die Jahre 2019/2020 wieder eine bilaterale Vereinbarung abgeschlossen, in der geregelt wird, dass die Sensibilisierung der KMU für die Bedeutung von Mitarbeiterqualifikation auch außerhalb der Projektstrukturen von „ProAbschluss“ fortgesetzt werden kann.

Weiterbildungsportal Landkreis Gießen: Das innerhalb des hessenweiten Weiterbildungsportals von der TIG GmbH betriebene Regionalportal Landkreis Gießen ergänzt das Leistungsspektrum der Qualifizierungsoffensive Landkreis Gießen und optimiert die Zusammenarbeit mit den Weiterbildungsträgern.

Bildungsprämienberatung: Seit Mitte 2015 berät das TIG-Team auch zum Förderinstrument „Bildungsprämie“ und ergänzt damit das Beratungsspektrum im Zusammenhang mit beruflicher Weiterbildung auch um ein Angebot für Selbstständige. Eine entsprechende Bewilligung des Bundesverwaltungsamts Köln liegt vor.

B. Darstellung der Lage

1. Darstellung der Vermögens- und Finanzlage

	31.12.2019		31.12.2018		Veränderungen	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Langfristiges Vermögen	**3.274**	**90,9**	**3.471**	**90,8**	**-197**	-5,7
Kurzfristiges Vermögen	**329**	**9,1**	**353**	**9,2**	**-24**	-6,8
Gesamtvermögen	**3.603**	**100,0**	**3.824**	**100,0**	**-221**	-5,8
Eigenkapital	**1.581**	**43,9**	**1.479**	**38,8**	**102**	6,9
SoPo für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	**1.181**	**32,8**	**1.260**	**32,9**	**-79**	-6,3
Rückstellungen	**85**	**2,4**	**75**	**2,0**	**10**	13,3
Verbindlichkeiten						
1. Bankschulden	277	7,7	346	9,0	-69	-19,9
2. Übrige Verbindlichkeiten	478	13,2	663	17,2	-185	-27,9
	755	**20,9**	**1.009**	**26,4**	**-254**	-25,2
Gesamtkapital	**3.603**	**100,0**	**3.824**	**100,0**	**-221**	-5,8

Im Geschäftsjahr 2019 hat sich die Eigenkapitalquote von 38.8 % auf 43,9 % erhöht. Begründet wird der Anstieg durch die Ergebnisverwendungspolitik der Gesellschaft.

	2019 TEUR	2018 TEUR
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	**235**	**268**
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	**-17**	**-18**
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	**-248**	**-274**
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	**-30**	**-24**
Finanzmittelfonds zum 31.12.2019	**302**	**332**

Durch den positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit standen dem Unternehmen ausreichend finanzielle Mittel für Investitionen zur Verfügung, die es selbst erwirtschaftet hat.

2. Darstellung der Ertragslage

	2019 TEUR	2018 TEUR	Veränderungen TEUR	Veränderungen %
Rohergebnis	**698**	**668**	**30**	**4,5**
Personalaufwand	279	263	16	6,1
Abschreibungen	214	210	4	1,9
Sonst. betriebliche Aufw.	59	57	2	3,5
Betriebsergebnis	**146**	**138**	**8**	**5,8**
Finanzergebnis	-16	-19	3	-15,8
Ergebnis nach Steuern	**130**	**119**	**11**	**9,2**
Sonstige Steuern	28	28	0	0,0
Jahresüberschuss	**102**	**91**	**11**	**12,1**

Das Rohergebnis ist im Vergleich zum Vorjahr aufgrund erhöhter sonstiger Erträge gestiegen. Insgesamt hat sich das Jahresergebnis 2019 um TEUR 11 auf TEUR 102 erhöht.

C. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Der erfolgreiche Betrieb eines Gründer- und Technologiezentrums erfordert Fluktuation. Langjährige Mieter, die dem Gründerstatus entwachsen, siedeln sich dauerhaft außerhalb des TIG in Stadt oder Landkreis Gießen an und die frei werdenden Flächen werden wieder an junge Unternehmen oder Existenzgründer vermietet. Eine fast vollständige Auslastung der Gebäude ist zwar betriebswirtschaftlich wünschenswert, sollte aber den für ein Technologie- und Gründerzentrum erforderlichen Erneuerungsprozess in der Mieterstruktur nicht gefährden.

In diesem Spannungsfeld gilt es – gerade auch vor dem Hintergrund der oben erwähnten veränderten Angebotslandschaft für Start-Ups - eine tragfähige Balance zu finden und diese durch eine permanente Optimierung des Angebots auch perspektivisch zu gewährleisten.

1. Chancen

Auslastung / Mieterstruktur: Aus der Kombination von jungen Unternehmen und Bestandsmietern und dem Mix aus technologieorientierten Unternehmen, Serviceunternehmen sowie universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist eine Mieterstruktur entstanden, die die Möglichkeit vieler interessanter Kooperationen und Synergien bietet. Die bis Ende 2019 vom Fraunhofer IME angemieteten Laborflächen konnten nahtlos anschließend an die Justus-Liebig-Universität Gießen vermietet werden.

Projekte und Veranstaltungen: Hohe Auslastungsquoten ermöglichen dem TIG, zeitliche und finanzielle Spielräume für neue wirtschaftsfördernde Projekte zu nutzen, die der Motivation, Information und Qualifizierung sowie der Stärkung des Netzwerks von Existenzgründern und jungen Unternehmen dienen (MAGIE – Makerspace Gießen, Existenzgründertag TIG Start-Up, TIG akademie, Kooperationen zum Thema Social Entrepreneurship etc.).

Die genannten Angebote erhöhen den Bekanntheitsgrad des TIG bei der Zielgruppe und tragen somit auch künftig zur Sicherung der Auslastung bei. Nebenbei erhöhen sie innerhalb des Gießener „Gründerökosystems“ die Gründungsbereitschaft und den Vernetzungsgrad zwischen allen beteiligten Akteuren.

„TIG-Satelliten“: Ein verändertes Mobilitätsverhalten bei (vorwiegend) jungen Gründern erhöht die Standortattraktivität von Innenstadtlagen. Da kleine und kaskadierbare Büroeinheiten zu günstigen Konditionen und mit kurzen Kündigungsfristen in der Stadtmitte rar sind, kann das „Erfolgsmodell TIG“ künftig alternativ zum Europaviertel auch auf die Innenstadt übertragen werden und dort ein entsprechendes Angebot schaffen. In der Walltorstraße 57 sind seit August 2019 entsprechende Flächen in kleinem Maßstab verfügbar. Auch im Landkreis Gießen kann die Schaffung von TIG-Satelliten interessant sein, um Gründungen speziell im ländlichen Raum zu fördern, Fahrstrecken zu minimieren und durch die Schaffung von wohnortnahen Bürokapazitäten auch zur Eindämmung von Pendlerströmen in das Rhein-Main-Gebiet beizutragen.

Qualifizierungsoffensive Landkreis Gießen und „ProAbschluss / Bildungscoach“: Das TIG kann im Rahmen dieses Projekts seine guten Kontakte zu den Unternehmen der Region nutzen und sowohl seine Kompetenz in der betrieblichen Weiterbildung als auch (über Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und die Mitarbeit in Netzwerken) seinen Bekanntheitsgrad innerhalb der Region Gießen weiter ausbauen. Die Fortsetzung bis Ende 2020 ist gesichert. Ergänzend zum seitens des Hessischen Wirtschaftsministeriums aufgelegten Förderinstrument „Qualifizierungsscheck“ berät das TIG weiterhin auch zum Bundesprogramm „Bildungsprämie“.

Langfristige Ansiedlung von Unternehmen in Stadt und Landkreis Gießen: Die TIG GmbH wird sich auch künftig an der Entwicklung von Folgekonzepten beteiligen und die Unternehmen, die der Gründerphase entwachsen, rechtzeitig aktiv bei der Suche neuer, geeigneter Flächen innerhalb von Stadt bzw. Landkreis Gießen unterstützen.

2. Risiken

Risikobereitschaft des Unternehmens

Die Geschäftsführung ist durch eine konservative Geschäftspolitik bestrebt, die unternehmerischen Risiken weitestgehend zu reduzieren.

Risikomanagement

Für das Risikomanagement besteht ein der Größe und Komplexität der Gesellschaft entsprechendes Berichtssystem. Mit dem Planungssystem werden monatlich Abweichungen der tatsächlichen von der geplanten geschäftlichen Entwicklung analysiert und damit zeitnah Risiken identifiziert. Unter Beachtung des Kriteriums der Wirtschaftlichkeit sind die Existenz des Unternehmens bedrohende Risiken im Rahmen von Versicherungspolicen abgesichert.

Risiken aus der Finanzierung

Das wesentliche Risiko für die TIG GmbH sind Liquiditätsengpässe, die sich aus der Tilgung der laufenden Kredite ergeben. Obwohl die Liquidität durch die in 2013 und 2014 getroffenen Maßnahmen bei guter Mietauslastung und sonstigem plangemäßen Verlauf erst einmal sichergestellt sein dürfte, gilt diesem Thema nach wie vor die volle Aufmerksamkeit der Geschäftsführung.

Geschäftliche Risiken:

Durch die kleinräumige Vermietung, eine mittelfristig gesicherte Vermietung an große Mieter wie die Justus-Liebig-Universität oder Fraunhofer sowie durch die grundsätzlich hohe Zufriedenheit der Mieter im TIG ist das kurzfristige Risiko für sinkende Auslastungsquoten und Forderungsausfälle insgesamt gering. Nachfolgend werden die mittel- bis langfristigen Risiken für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit dargestellt:

- Auswirkungen der Corona / COVID-19-Pandemie (Stand April 2020): Zwar dürften die kurzfristigen Auswirkungen der Pandemie auf das Vermietungsgeschäft der TIG GmbH (auch aufgrund der u. a. für Mietzahlungen gedachten „Soforthilfe für kleine Unternehmen“) weniger dramatisch ausfallen als zunächst befürchtet. Mittelfristig könnten allerdings doch einige Mieterfirmen in eine Schieflage geraten oder ihren Geschäftsbetrieb vollständig aufgeben müssen. Ob dieser Effekt durch Neugründungen aufzufangen ist, hängt auch davon ab, wie lange der aktuelle „Lock Down“ anhält und in welchem Tempo sich die Wirtschaft im Anschluss wieder normalisieren wird. Da auch zahlreiche Veranstaltungen ausfallen müssen, wird die TIG GmbH schneller als geplant zumindest teilweise auf virtuelle Angebote umsteigen. Neben dem Ausbau der Homeoffice-Möglichkeiten und der Einleitung weiterer Digitalisierungsprozesse im TIG stellt dies aber in jedem Fall auch eine Chance

dar, das Portfolio der technischen Möglichkeiten im Sinne einer höheren Flexibilität dann auch im normalen Geschäftsbetrieb vermehrt einzusetzen. Einige neue Mietanfragen in den ersten Wochen der Pandemie geben zusätzlich Anlass zur Hoffnung, dass auch andere Wirtschaftsteilnehmer die Krise durchaus als Chance begreifen.

- Reparatur und Instandhaltung: Die Gebäude Kerkrader Str. 7, 9 und 11 hatten in den letzten Jahren einen nur sehr geringen Reparatur- und Instandhaltungsbedarf. Mittel- bis langfristig wird dieser voraussichtlich ansteigen (Umbau der Sanitärräume zu vermietbaren Flächen, Verbesserung des Standards durch neue Leuchten, Sonnenschutz, strukturierte Verkabelung, Erneuerung der Böden, neue Küche im Gebäude Kerkrader Str. 9 etc.). Auch im Gebäude Winchesterstr. 2 fallen aufgrund des höheren technischen Standards bereits zunehmend Instandhaltungsarbeiten an. Die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen kann derzeit noch in Abhängigkeit von der Ertragslage gesteuert werden.

- Steigende Betriebskosten: Die Wettbewerbsfähigkeit wird neben der Höhe der Kaltmieten zunehmend von der Höhe der Nebenkosten pro m² bestimmt. Mittel- bis langfristig werden die Energiekosten wieder steigen. Der Prozess lässt sich nicht verhindern, sondern nur verlangsamen, indem die verschiedenen Betriebskostenarten laufend überprüft und Verträge optimiert werden. Den steigenden Betriebskosten sollte auch zukünftig mit möglichst stabilen Mieten begegnet werden.

- Verfügbarkeit von DSL: Die Verfügbarkeit von DSL mit zeitgemäßen Übertragungsgeschwindigkeiten ist ein bedeutender – wenn nicht der bedeutendste – Standortfaktor für technologieorientierte Unternehmen. Die Versorgung mit VDSL 100 ist für die meisten Mieterfirmen aktuell ausreichend, dennoch muss diesem Thema auch weiterhin große Beachtung gelten.

- Attraktivität Standort Europaviertel: Die ÖPNV-Anbindung des Europaviertels sollte mittelfristig unbedingt verbessert werden. Die Neubauprojekte im Europaviertel führen zu einer Verknappung der Parkplätze, so dass auch weiterer Parkraum geschaffen werden sollte.

  Bisher galt die Verfügbarkeit von Parkplätzen als großes Plus bei der Anmietung von Flächen im Europaviertel. Auch das gastronomische Angebot im Europaviertel („SuppenDuo“, „Energielieferant“) stellt einen wichtigen Standortfaktor dar und muss erhalten werden.

- Konkurrenzsituation in der Region Gießen: Die Angebotssituation für Existenzgründer und junge Unternehmen verändert sich auch in der Region Gießen weiter. Es gibt zunehmend privatwirtschaftlich betriebene Gründerzentren, Accelatoren und Inkubatoren. Das TIG sieht in der Verbesserung des Angebots eine Chance für die Start-Ups und setzt auf Kooperation. Neue Angebote in kommunaler Trägerschaft (Stadt Gießen, Landkreis Gießen) bzw. Angebote der übrigen TIG-Gesellschafter sollten jedoch in Abstimmung mit dem TIG bzw. unter Beteiligung des TIG erfolgen und konzeptionell gut vorbereitet werden, um eine Transparenz für die Zielgruppe zu gewährleisten, einer zusätzlichen Konkurrenz „aus den eigenen Reihen“ vorzubeugen und somit letztlich die Leistungs- und wirtschaftliche Tragfähigkeit des TIG nicht zu gefährden.

Gießen, den 18. Mai 2020

gez. Antje Bienert

(Geschäftsführung)

6.2.2.7. Lagebericht Regionalmanagement Mittelhessen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.4.4.

LAGEBERICHT
der
Regionalmanagement Mittelhessen GmbH

für das Geschäftsjahr 2019

1. Vorbemerkungen

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH (kurz: RMG) ist beim Amtsgericht Gießen unter dem Aktenzeichen HRB 7895 eingetragen. Die Gesellschaft ist nach den Größenklassen des Paragrafen 267 HGB eine kleine Kapitalgesellschaft. Nach Paragraf 15 Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages ist der Jahresabschluss und der Lagebericht nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften im dritten Buch des HGB aufzustellen.

2. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Mit Gesellschaftsvertrag vom 27. Dezember 2012 wurde die Gesellschaft gegründet und am 9. Januar 2013 in das Handelsregister eingetragen.

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH mit Unternehmenssitz in Gießen ist eine Gesellschaft von Institutionen aus den Bereichen Kommune, Wirtschaft, Hochschule sowie dem Verein Mittelhessen. Sie ist als Ausgründung aus dem Verein Mittelhessen entstanden.

Seit dem 13. November 2013 ist Jens Ihle Geschäftsführer der Gesellschaft. Zum 1. November 2015 wurde sein Vertrag um fünf Jahre verlängert.

Die Zusammensetzung der GmbH-Gesellschafter mit der jeweiligen Beteiligung zeigt die folgende Tabelle:

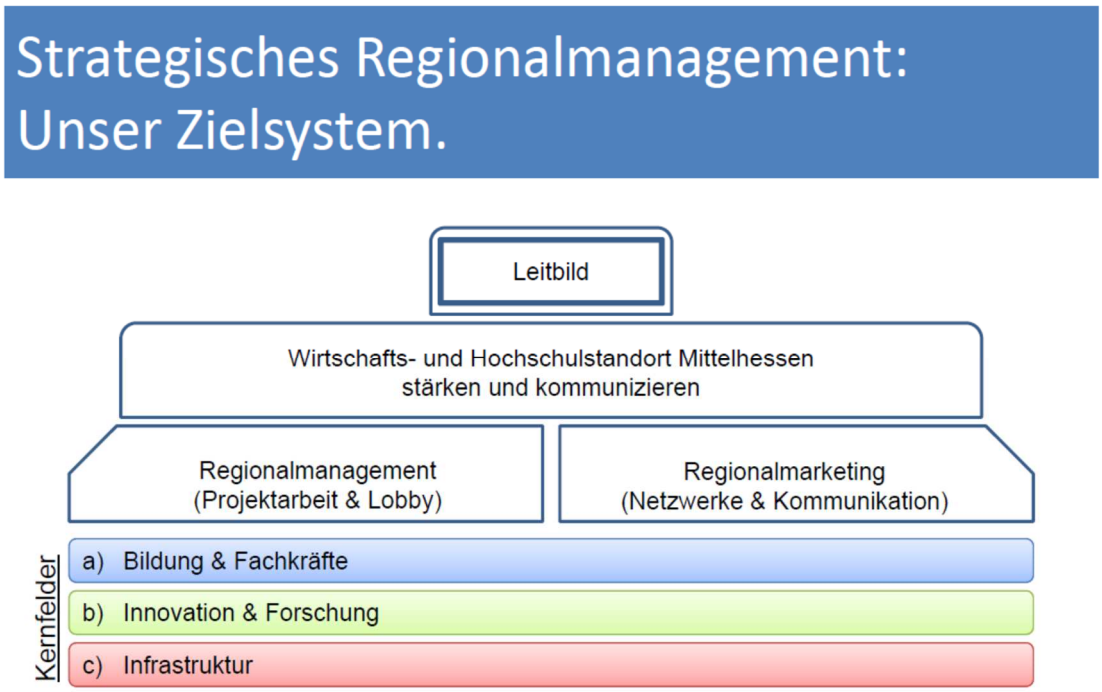
GA - Nr.	Institution	GA in Euro	GA in %
1	Lahn-Dill-Kreis	1.351,00	5,4%
2	Landkreis Gießen	1.351,00	5,4%
3	Landkreis Limburg-Weilburg	1.351,00	5,4%
4	Landkreis Marburg-Biedenkopf	1.351,00	5,4%
5	Vogelsbergkreis	1.351,00	5,4%
6	Stadt Limburg a. d. Lahn	676,00	2,7%
7	Stadt Wetzlar	1.351,00	5,4%
8	Universitätsstadt Gießen	1.351,00	5,4%
9	Universitätsstadt Marburg	1.351,00	5,4%
10	HWK Wiesbaden	2.838,00	11,4%
11	HWK Kassel	878,00	3,5%
12	IHK Gießen-Friedberg	2.399,00	9,6%
13	IHK Kassel-Marburg	2.027,00	8,1%
14	IHK Lahn-Dill	2.399,00	9,6%
15	IHK Limburg	946,00	3,8%
16	Justus-Liebig-Universität Gießen	338,00	1,4%
17	Philipps-Universität Marburg	338,00	1,4%
18	THM Technische Hochschule Mittelhessen	338,00	1,4%
19	Mittelhessen e. V.	1.015,00	4,1%
	Summe aller Gesellschafter	*25.000,00*	*100,0%*

Die RMG stärkt und vermarktet den Wirtschafts- und Hochschulstandort Mittelhessens.

Der Schulterschluss aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ist in den Themenfeldern Infrastruktur, Bildung und Fachkräfte sowie Forschung und Innovation tätig. Die Aktivitäten bestehen aus Marketing-, Projekt- , Netzwerk- ,und Lobbyarbeit, die die positive Entwicklung der Region Mittelhessen (deckungsgleich mit den Verwaltungsgrenzen des Regierungsbezirks Gießen; also den fünf Landkreisen Gießen, Lahn-Dill, Limburg-Weilburg, Marburg-Biedenkopf und dem Vogelsbergkreis) fördern und die regionsinterne Zusammenarbeit stärken soll. Dahinter steht die Überzeugung, dass man den europäischen Standortwettbewerb der Region nur durch enge Kooperationen und regionale Bündelung der Kräfte bestehen kann.

Der Geschäftszweck der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist die Entwicklung und Förderung der langfristigen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken innerhalb und außerhalb des Bundeslandes Hessen. Die Umsetzung der Projekte und der Regionalmarketingarbeit wird von der Gesellschaft koordiniert und inhaltlich und teils auch durch Einbringung von personellen, finanziellen oder konzeptionellen Ressourcen unterstützt. Als organisatorische Plattform dienen hierzu Netzwerke, Arbeitskreise und Projektgruppen.

Die strategischen Ziele sind in einem Leitbild formuliert und die zugehörigen Maßnahmen zur Zielerreichung wurden gemeinsam mit den Gesellschaftern in einem strategischen Prozess definiert. Die Stärkung des Wirtschafts- und Hochschulstandortes Mittelhessen steht als formulierte Mission der RMG im Mittelpunkt der Umsetzungen. Im Folgenden findet sich eine Darstellung des "strategischen Systems" der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH.



Die Finanzierung der Projekte erfolgt über Eigenmittel aus den Gesellschaftereinlagen, der Basisförderung des Regionalmanagements, Sponsorings oder Projektbeteiligungen sowie Projekt-Fördermittel.

3. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes konnte die deutsche Wirtschaft im Laufe des Jahres 2019 den Wachstumskurs weiter fortsetzen, verlor dabei aber deutlich an Schwung. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag im Jahresdurchschnitt 2019 um 0,6 % höher als im Vorjahr. In den beiden vorangegangenen Jahren war das Bruttoinlandsprodukt mit jeweils +2,5 % (2017) und +1,5 % (2018) noch kräftiger gewachsen. Damit lag das Wirtschaftswachstum im Jahr 2019 unter dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von + 1,3 %.

Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts zeigte sich eine deutliche Zweiteilung der Wirtschaft: Während das Produzierende Gewerbe – trotz boomendem Baugewerbe – den größten Wachstumsrückgang seit der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 zu verzeichnen hatte (– 3,6 %), stabilisierten die Dienstleistungsbereiche mit einem Zuwachs von 1,7 % die Konjunktur. Überdurchschnittlich stark war der Zuwachs erneut im Bereich Information und Kommunikation mit +2,9 % und im Baugewerbe mit +4,0 %. Im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung mit +2,4 % ebenfalls überdurchschnittlich. Gestützt wurde das Wachstum im Jahr 2019 vor allem vom Konsum: Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um 1,6 % höher als im Vorjahr, die Konsumausgaben des Staates stiegen um 2,5 %. Die privaten und staatlichen Konsumausgaben wuchsen damit stärker als in den beiden Jahren zuvor (Private Konsumausgaben 2017 und 2018 jeweils + 1,3 % gegenüber dem Vorjahr; Konsumausgaben des Staates 2017 + 2,4 % und 2018 + 1,4 % gegenüber dem Vorjahr).

Im Jahresdurchschnitt 2019 wurde die Wertschöpfung im Inland durch 45,3 Millionen Erwerbstätige geleistet. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland lag um 402. 000 Personen oder 0,9 % über dem Jahresdurchschnitt 2018. Der nun seit 14 Jahren anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit setzte sich damit auch im Jahr 2019 fort. Insgesamt wurde für die Zahl der Erwerbstätigen der höchste Stand seit der deutschen Vereinigung erreicht. Eine gesteigerte Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung sowie die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte glichen altersbedingte demografische Effekte mehr als aus. Dabei haben auch

im Jahr 2019 zugewanderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere aus den osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten und aus nicht europäischen Asylherkunftsländern, für positive Impulse bei der Erwerbstätigkeit gesorgt.

Der Staat erzielte im Jahr 2019 einen Überschuss in Höhe von 49,8 Milliarden Euro. Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen erzielten insgesamt bereits das achte Jahr in Folge einen Finanzierungsüberschuss. Dieser war zwar geringer als der Rekordüberschuss des Jahres 2018 (62,4 Milliarden Euro), aber immer noch der zweithöchste Überschuss seit der deutschen Vereinigung. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich im Jahr 2019 für den Staat insgesamt eine Überschussquote von 1,5 %. Die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote sinkt damit seit 2013 kontinuierlich. Unterstützt hat diese Entwicklung neben einer guten konjunkturellen Lage auch das sehr günstige Zinsniveau. Die Bundesregierung trägt mit einem ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden zu den soliden Staatsfinanzen bei.

Die Soziale Marktwirtschaft hat sich somit in der letzten Dekade erneut als leistungsfähige Wirtschaftsordnung erwiesen. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt ist weiterhin positiv, aus der Binnenwirtschaft kommen Impulse. Das wirtschaftliche Umfeld bleibt aber weiterhin von Unsicherheiten geprägt. Die internationalen Handelskonflikte, der Brexit und geopolitische Risiken dämpfen den Welthandel und die globale Industrieproduktion. Es gilt, in einem sich wandelnden Umfeld die Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität des Standorts Deutschland weiter zu stärken. Dazu gehört vor allem auch die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen.

Für das BMWi bleibt die Digitalisierung ein dominierender Treiber für die Transformation der Wirtschaft und Arbeitswelt. Um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, ist eine leistungsfähige und flächendeckende Infrastruktur erforderlich. Die Bundesregierung hat im November 2019 ihre Mobilfunkstrategie beschlossen. Sie soll die Mobilfunkversorgung insbesondere in der Fläche möglichst schnell verbessern. Deutschland soll ein Leitmarkt für den zukünftigen Mobilfunkstandard 5G werden. Darüber hinaus stärken industriepolitische Impulse die Wettbewerbsfähigkeit deutscher und europäischer Unternehmen. Die Bundesregierung tritt dafür ein, die Souveränität und Kompetenz in bedeutenden technologischen Feldern zu erhalten bzw. zu erlangen. Die Strategie Künstliche Intelligenz oder die Blockchainstrategie haben entscheidende Weichen in Richtung Innovationen gestellt. Mit einer zeitgemäßen digitalen Ordnungspolitik soll dafür

gesorgt werden, dass Gründungen und Innovation durch Datenteilhabemöglichkeiten erleichtert werden.

Bei den Dienstleistungsbereichen entwickelte sich erneut der Bereich Information und Kommunikation am dynamischsten: Die preisbereinigte wirtschaftliche Leistung hat sich im Jahr 2019 um 2,9 % erhöht und damit etwas schwächer als im Vorjahr (+ 3,1 %). Beim zusammengefassten Bereich der Unternehmensdienstleister fiel die Zunahme der wirtschaftlichen Leistung mit 0,6 % um 1,6 Prozentpunkte niedriger aus als im Jahr 2018 (+ 2,2 %). Während die Wirtschaftsleistung der freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleister, die beispielsweise die Rechts- und Steuerberatung, Architektur- und Ingenieurbüros umfassen, mit + 1,8 % im Vergleich zum Vorjahr zugenommen hat, war die der sonstigen Unternehmensdienstleister rückläufig (- 0,9 %). Dies dürfte zum Teil auf die Neuregelung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten) im Bereich der Zeitarbeitsbranche zurückzuführen sein. Diese ist zudem von der schwachen Produktionsentwicklung in der Industrie betroffen. Im zusammengefassten Bereich der Öffentlichen Dienstleister, Erziehung, Gesundheit war mit + 1,6 % eine leicht stärkere Zunahme der preisbereinigten Bruttowertschöpfung als im Jahr 2018 zu verzeichnen (+ 1,2 %).

Im Wirtschaftsbereich der Sonstigen Dienstleister, zu denen auch die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH gehört, hat im Jahr 2019 die preisbereinigte Bruttowertschöpfung leicht um 0,9 % zugenommen, nach + 0,1 % im Jahr zuvor.

b) Geschäftsverlauf

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2019 auf T€ 293,1 und erhöhte sich somit gegenüber dem Vorjahr um T€ 9,0.

Diese Bilanzverlängerung resultiert aus der Erhöhung von Anlagevermögen (Kauf neuer Betriebs- und Geschäftsausstattung für neuen Mitarbeiter) sowie aus der Erhöhung des Eigenkapitals.

Das Regionalmanagement Mittelhessen wurde seitens der Hessischen Landesregierung erneut mit Fördermitteln unterstützt.

Diese Mittel wurden zweckgebunden zur Finanzierung der regionalen mittelhessischen Geschäftsstelle sowie für die Breitbandberatung in Mittelhessen verwendet. Des Weiteren erhielt die GmbH Fördermittel der Europäischen Union für die Projekte „Interreg Europe ThreeT“ sowie „DiGiMit – Digitalisierung, Gründung, Innovation in Mittelhessen“.

Zur Umsetzung der strategischen Ziele in allen drei Kernfeldern hat sich die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH mit vielfältigen Maßnahmen in folgenden Projekten engagiert:

STRATEGISCHES REGIONALMANAGEMENT
PROJEKTE 2019

mittelhessen Regionalmanagement GmbH

Kategorie / Kernfelder	Eigene Projekte	Kooperationen	Moderation & Vernetzung	Marketing/Kommunikation	
Bildung und Fachkräfte	• AG Geisteswissenschaft • Dezentrale Veranstaltungs Serie „Newcomers Day Mittelhessen @...“ (Etat: 6.500 €) • MINTmit-Bildungspreis	• Karriereportal Mittelhessen • Schulprojekt Digitale Skills für Mittelhessen • Messe Chance 2019 • Students day W3 Fair + Convention	• Netzwerk Bildung • Arbeitskreis „Neue Wege zur Fachkräftesicherung“ • Internationale Schule Mittelhessen • Netzwerk Industriekultur	• PR „Neue Wege zur Fachkräfte-sicherung“ • Videos „Neue Wege zur Fachkräftesicherung“	• Mittelhessenabend (e.V.) • Kulturveranstaltung (e.V.) • Netzwerk Wirtschaft (e.V.) **Kommunikationskanäle:** • Pressesprecher & Workshops mit Medien-/ Onlinekooperationen • Website mittelhessen.eu • Weblog • Social-Media-Kanäle • Infoletter / HR-Newsletter (Etat: 4.000 €)
Innovation, Forschung und Transfer	• Breitbandberatung Mittelhessen (Etat: 98.000 €) • Innovationsökosystem • EFRE-Antrag DigiMit (Etat: 145.000 €)	• FeMH Projekt DigiMari (Partner)	• mittelhessen.digital	• Healthcare-Portal als Kooperationsprojekt (https://healthcare-mittelhessen.eu/)	
Infrastruktur	• Route der Industriekultur (Etat: 95.200 €, e. V.) • Gemeinschaftsstand auf der Expo Real 2019 (Etat: 305.000 €) • ThreeT (Interreg Förderprojekt) (Etat: 60.000 €)	• Wirtschafts-delegationen mit GTAI und HTAI	• Netzwerk Kommune • Arbeitskreis A49 • WLAN / 5G Mittelhessen-Initiative • Virtuelles Kraftwerk-Initiative (Projektidee)	• Standort-Vermarktung/ Regionale Wirtschaftsförderung (Etat: 10.000)	

Beispielhaft dafür hier ein Einblick in die Arbeit und Aktivitäten der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH für das vergangene Geschäftsjahr:

Januar - Regionalmanagement auf der Chance 2019
Unter dem Motto „Zukunft selbst gestalten“ fand am 27. und 28. Januar 2019 die Messe Chance in den Hessenhallen in Gießen statt. Über 200 Aussteller waren präsent, um den Besuchern zu den Themen Beruf und Karriere individuelle Fragestellungen zu beantworten, Hilfestellung zu leisten und vorhandene Angebote in der Region aufzuzeigen. Das Regionalmanagement Mittelhessen hat zusammen mit Experten aus dem Arbeitskreis "Neue Wege zur Fachkräftesicherung"

durch einen eigenen Stand Präsenz auf der Messe gezeigt, um interessierte Besucher durch praxisnahes Wissen zu Berufs-, Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten in Mittelhessen zu beraten.

Februar - Regionalmanagement auf der W3 FAIR CONVENTION Wetzlar 2019
Das Regionalmanagement Mittelhessen war bei der W3+ FAIR / CONVENTION am 25. und 26. Februar 2019 in der Rittal Arena Wetzlar erneut Silber-Partner. Die Netzwerkmesse für Optik, Elektronik und Mechanik hat sich seit der ersten Veranstaltung im Jahr 2014 zum zentralen, interdisziplinären Treffpunkt der Präzisionstechnologien in einem zunehmend internationalen Umfeld etabliert. Damit war die Messe mit rund 200 Ausstellern und mehr als 2.700 Fachbesuchern aus über 11 Ländern zum Aushängeschild für die Hessische Wirtschaft und Industrie geworden. Das Regionalmanagement organisierte erneut das internationale Business-Matching und moderierte erstmalig den Student Day für Schülerinnen, Schüler und Studierende.

Februar - Wechsel an der Spitze des Regionalmanagements Mittelhessen
Rainer Schwarz und Wolfram Dette folgen Kirsten Fründt und Klaus Repp - als Stellvertreter in Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung wurden Manfred Wagner und Klaus Repp gewählt. Die Aufsichtsräte und Gesellschafter der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH haben vor kurzem bei ihren Sitzungen im Limburger Rathaus die Vorsitzenden turnusgemäß neu bestimmt. An die Spitze des Aufsichtsrates wurde Rainer Schwarz gewählt; der Präsident der Industrie- und Handelskammer Gießen-Friedberg folgt Kirsten Fründt, Landrätin des Landkreises Marburg-Biedenkopf. Sein Stellvertreter wurde der Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar, Manfred Wagner. Wolfram Dette, ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter des Lahn-Dill-Kreises hat mit Klaus Repp, Präsident der Handwerkskammer Wiesbaden, die Posten an der Spitze der Gesellschafterversammlung getauscht: Dette ist nun Vorsitzender, Repp sein Stellvertreter. Alle Vorsitzenden wurden einstimmig und für zwei Jahre gewählt.

März - Workshop „Neue Wege zur Gewinnung von Mitarbeiter/innen“ in Alsfeld
Um mehr über neue Wege der Fachkräftesicherung und -gewinnung zu erfahren, haben sich rund 30 Vertreter von Unternehmen und Institutionen zu einem Workshop in Alsfeld getroffen. Im Konferenzsaal der VR Bank HessenLand eG standen drei Schwerpunkte auf der Tagesordnung, mit denen sich der Arbeitskreis Fachkräftesicherung im Regionalmanagement, Veranstalter des Workshops, unter der Leitung von Frank Schmidt vom Institut für Berufs- und Sozialpädagogik e.V. schon seit einiger Zeit beschäftigt: die Einbindung von Berufsrückkehrerinnen und -rückkehrern, die Möglichkeit der Teilzeitausbildung und die Nachqualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

März - Freiherr-vom-Stein-Schule gewinnt Preis des Regionalmanagements Mittelhessen zur Förderung von Bildung in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT)
Mit ihrem Konzept der naturwissenschaftlichen Profilklassen und anderer integrierter Maßnahmen, um Schülerinnen und Schülern so genannte MINT-Fächer näher zu bringen, hat die Wetzlarer Freiherr-vom-Stein-Schule den MINTmit-Preis des Regionalmanagements Mittelhessen gewonnen. Als Vertreter der Schule nahmen Ulrike Baum und Marcus Schnöbel die mit 2.500 Euro dotierte und mit einer Wanderstele versehene Auszeichnung bei der Heuchelheimer Schunk Group entgegen. Der Technologie-Konzern hatte zum zweiten Mal auch das Preisgeld gestiftet. Jury-Mitglied Prof. Dr. Katja Specht, Vizepräsidentin der Technischen Hochschule Mittelhessen (THM), lobte unter anderem die „hohe Übertragbarkeit“, die Bandbreite und die

Kooperationskultur des „MINT – Das können wir!“ getauften Projekts. Das Regionalmanagement hatte den Preis zum vierten Mal ausgeschrieben.

April - Erster Studienbesuch des Interreg Europe-Projektes Thematic Trail Trigger (ThreeT) mit intensivem Austausch

Die acht Partner des ThreeT-Projektes trafen sich vom 9.-11. April in Mittelhessen, um gute Beispiele für Themenrouten in Augenschein zu nehmen. Der Erfahrungsaustausch zwischen den Vertretern aus Finnland, Polen, Ungarn, Rumänien, Italien, Malta und Spanien mit den deutschen Teilnehmern aus Mittelhessen stand dabei im Vordergrund. Die Verantwortlichen vor Ort zeigten am ersten Tag den Energielehrpfad "Wasser, Wind und Sonne" in den Gemeinden Driedorf und Herborn und das Lahntal mit den Möglichkeiten, mit dem Fahrrad, zu Fuß und auf dem Wasser zu wandern und dabei die Industriekultur zu entdecken wie im Schifffahrtstunnel in Weilburg und dem Besucherbergwerk Grube Fortuna. Am zweiten Tag waren die 26 Gäste in der Vulkanregion Vogelsberg unterwegs, wo der Vulkanradweg und der zugehörige Vulkanexpress besucht wurden sowie die zur Region informierenden Einrichtungen wie das neue Infozentrum am Hoherodskopf und das Vulkaneum in Schotten.

April - Ministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus lobt wichtige Arbeit für Regionen

Hessen finanziert die Stellen der regionalen Breitbandberater in Süd-, Mittel- und Osthessen im Jahr 2019 mit insgesamt rund 333.000 Euro und sichert damit die Fortsetzung ihrer erfolgreichen Tätigkeit. Die entsprechenden Bescheide übergab Ministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus in der Hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden. „In Hessen verfügen aktuell sechs von sieben Haushalten über Breitbandanschlüsse von 50 Mbit/s oder mehr. Wir befinden uns damit unter den besten drei der deutschen Flächenländer. Dies verdanken wir auch der hervorragenden Arbeit unserer regionalen Breitbandberater“, sagte die Ministerin. Das Geld stammt aus Haushaltsmitteln des Landes. „Ein wesentlicher Erfolgsfaktor des Breitbandausbaus in Hessen ist die lokale Vertretung über die regionalen Breitbandberater als Ergänzung der übergeordneten Beratungsinfrastruktur. Ihre genaue Kenntnis der Regionen ist dabei ein großer Vorteil“, sagte die Ministerin weiter und kündigt an: „Weil das so gut funktioniert, denken wir auch über die Einrichtung regionaler Mobilfunkberatungsstellen nach.

Mai - Erfolgreiche Premiere beim Startup Weekend Mittelhessen

Das Konzept für ein innovatives orthopädisches Hilfsmittel hat beim 4. Startup Weekend Mittelhessen die Jury am meisten überzeugt: Das Projekt „Active Shift“ wartete mit einer physiotherapeutischen Bandage auf, die Gelenkschmerzen und -verletzungen heilen soll. Einfach gefallen ist die Entscheidung für die beste Startup-Idee beim „Final Pitch“ in der ehemaligen Maschinenhalle von Heyligenstedt nicht, wie Jurorin Dr. Julie Woletz, Professorin für Social Media an der THM, betonte. Die Sieger haben ihre Idee bereits zum Patent angemeldet und suchen nun Partner. Ausrichter war in diesem Jahr zum ersten Mal das Regionalmanagement Mittelhessen. „80 Teilnehmende, 12 Teams, 14 Expertinnen und Coaches sowie 30 Sponsoren waren Garanten für ein erfolgreiches Startup-Wochenende“, fasste Jens Ihle, Geschäftsführer der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH (RMG), das Wochenende zusammen.

Juni - Im Gespräch mit Landtags- Abgeordneten aus Mittelhessen

Die Neuwahl des Hessischen Landtags nahmen die Verantwortlichen der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH und des Vereins Mittelhessen zum Anlass, um alle mittelhessischen Abgeordneten zu einem Informationsaustausch einzuladen. Am 3. Juni 2019 kamen sechs zum Teil frisch gewählte Parlamentarierinnen und Parlamentarier und diskutierten so unterschiedliche

Themen wie Startup-Förderung und Tourismus, Infrastruktur und Lobbyismus, sowie Gewerbe-Ansiedlungen. Von Seiten des Regionalmanagements waren die Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates der GmbH sowie des Vereins Mittelhessen, Wolfram Dette, Rainer Schwarz und Dr. Christoph Ullrich zusammen mit Geschäftsführer Jens Ihle vertreten. Nach der positiven Bilanz der Premiere soll das Treffen wiederholt werden.

Juni - Newcomers Day Mittelhessen erneut auf der Lahn mit Paddeln und Gesprächen über die Region

Nach dem Newcomers Day Mittelhessen auf der Lahn im Sommer 2018 war den diesmal 13 Neu-Mittelhessen und ihrem Begleiter, Christian Bernhard von der IHK Lahn-Dill das Wetter erneut gewogen: ideale Bedingungen für den vergangenen Newcomers Day Mittelhessen auf der Lahn. Dieses Mal startete die Gruppe auf der Lahn in Roth paddelte von dort aus gemütliche 19,8 km bis nach Gießen. Das Ziel, andere „Neulinge“, die in der Region einen Job gefunden haben, kennenzulernen wurde mehr als erfüllt. Die Newcomers Days in der Region werden von den Mitgliedern des Arbeitskreises „Willkommenkultur“ unter dem Dach des Regionalmanagements Mittelhessen organisiert und von der Hessen Trade and Invest (HTAI), der Stadtwerken Gießen und der AOK Hessen unterstützt.

August - DIGIMARI: Mittelhessisch- japanische Digitalverbünde

Um die Vermarktung des Forschungsnetzwerks Mittelhessen in Japan voranzutreiben, begann vor kurzem unter der Federführung der Technischen Hochschule Mittelhessen (THM) das internationale Projekt „DIGIMARI“. Die „Digital Manufacturing Research Initiative“ wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) innerhalb der Kampagne „Future of Work“ mit über 200.000 Euro gefördert. Im Mittelpunkt steht dabei die digitale Transformation der Produktion. An dem Vorhaben sind auch das Regionalmanagement Mittelhessen, die Universitäten Gießen und Marburg im Rahmen des Forschungscampus Mittelhessen und die regionale Smart Electronic Factory, ein Verbund von 30 Unternehmen beteiligt. In den nächsten anderthalb Jahren will dieses Netzwerk japanische Partner für Kooperationen gewinnen, um Fortschritte bei der digitalen Transformation kleiner und mittelgroßer Unternehmen zu erzielen.

August - Hilfe zum Berufseinstieg "auf Augenhöhe" mit Ali Mahlodji

Den routinierten Redner und Coach Ali Mahlodji zeichnet vor allem die Gabe aus, seinem Publikum auf Augenhöhe zu begegnen und durch persönliche und authentische Erfahrungen zu motivieren und inspirieren. Zum Thema Berufswahl und -einstieg sprach der EU-Jugendbotschafter und Bestsellerautor in seinem Veranstaltungsformat „FutureRocka“ vor annähernd 1000 Jugendlichen an drei Orten in Mittelhessen: In Gießen war Mahlodji im großen Saal des Kinopolis zu Gast, in Marburg kam er ins Cineplex und einen Tag später in die Wetzlarer Stadthalle. Mahlodji war auf Einladung des Regionalmanagements Mittelhessen, des Verbands Hessenmetall der Metall- und Elektro-Unternehmen Hessens, Bezirksgruppe Mittelhessen, der Industrie und Handelskammern Lahn-Dill und Kassel-Marburg sowie der Handwerkskammer Wiesbaden in die Region gekommen.

September - Auftakt der Inititative Healthcare Mittelhessen

Spitzenforschung, starker Mittelstand und eine innovationsgetriebene Industrie: Das sind die Merkmale der Medizinwirtschaft in Mittelhessen. Unter dem Dach des neuen B2B-Portals www.healthcare-mittelhessen.eu präsentiert die Region jetzt erstmals das ganze Leistungsspektrum der mittelhessischen Medizin- und Gesundheits-Branche und positioniert sich weltweit als

einer der deutschen Healthcare-Hotspots. Ein Universitätsklinikum, drei Hochschulen, ein Exzellenzcluster und über 200 Industrieunternehmen in enger Kooperation: Das neue Projekt des Regionalmanagements Mittelhessen „Healthcare Mittelhessen“ will diese Exzellenz und gebündelte Kompetenz der Region in die Welt tragen und vereint dazu die Medizin- und Gesundheitswirtschaft unter einem neuen digitalen Dach: www.healthcare-mittelhessen.eu. Die Mission: Ein globales, digitales Schaufenster, das die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft Mittelhessens repräsentiert. Die Zielgruppe des neuartigen B2B (Business-to-Business) -Portals sind Investoren, Unternehmen, Wissenschaftler und Nachwuchskräfte aus Forschung und Wirtschaft.

September - mittelhessen.digital: Auftakt zum Digitaldialog im Leitzpark
Im Wetzlarer Leitzpark hat der Dialog von Vertreterinnen und Vertretern mittelhessischer IT-basierter Unternehmen die Region auf den Weg zu einem neuen Industrie-Cluster gebracht. Über 100 Teilnehmer versammelten sich unter Federführung des Regionalmanagements Mittelhessen im Wetzlarer Osten, um den Austausch zum Thema "digitale Geschäftswelt" zu pflegen. Einen Einstieg lieferte Gunter Schneider von der SCHNEIDER GmbH & Co. KG mit einem Keynote-Beitrag über "intelligente Systeme in der Optikfertigung" und die Vorteile, die „Industrie 4.0“ in der Fertigung bietet. Für ihr voll integriertes Linsenproduktionssystem hatte das Unternehmen erst kürzlich den German Innovation Award bekommen. Beim so genannten Campfire hatten die Gäste anschließend Gelegenheit, mit IT-Unternehmern und -Gründern ins direkte Gespräch über Fragen digitaler Applikationen zu kommen.

September - Fachforum Unternehmenskultur der Zukunft in Wetzlar
Viele Unternehmen auch in Mittelhessen suchen dringend Fachkräfte. Dabei gibt es eine Möglichkeit, die Betriebe nach Meinung von Fachleuten noch nicht ausreichend erschlossen haben: „Unternehmer halten sich oft für familienfreundlicher, als es Arbeitnehmer wahrnehmen“, sagte jetzt Manfred Weber, stellvertretender Leiter der Geschäftsstelle Mittelhessen der Handwerkskammer Wiesbaden und Bündnismentor der Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, während einer Veranstaltung des Arbeitskreises Neue Wege zur Fachkräftesicherung im Regionalmanagement Mittelhessen. Weber sprach während eines Fachforums mit dem Titel „Unternehmenskultur der Zukunft. Fachkräftesicherung im Wandel der Arbeitswelt Hessen: Neue Wege zur Mitarbeiterbindung im Kontext individueller Lebensentwürfe“ in Wetzlar.

September - Mittelhessen-Abend im Hessischen Landtag: Region bewirbt sich mit dem Thema eHealth als 5G-Modellregion
Beim 5. Mittelhessenabend des Regionalmanagements Mittelhessen ernannte der Vorsitzende des Vereins Mittelhessen, Regierungspräsident Dr. Christoph Ullrich die Schauspielerin und Autorin Adriana Altaras sowie die Band OK KID zu neuen Mittelhessen-Botschaftern. Über 150 Besucher waren der Einladung in den Hessischen Landtag gefolgt und erfuhren von Wolfram Dette, dem Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH, dass sich die Region im Rahmen des 5G-Innovationsprogramms des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) mit dem Thema eHealth als Modellregion beworben hat. „Wir wollen als Land zukunftsfähig sein, das schaffen wir aber nur, wenn wir in allen Regionen erfolgreich sind und nicht nur in den Metropolen,“ erklärte Ministerpräsident Volker Bouffier in seinem Grußwort, und ergänzte: „Deswegen ist die Kreativität und die Tatkraft des Regionalmanagements vor Ort für uns so wertvoll.“ Als Anerkennung dieses Erfolges habe die Landesregierung die institutionelle Förderung in eine dauerhafte umgewandelt, denn: „Wir brauchen Sie! Die breite Kooperation in der Region hilft allen“, so Bouffier.

Oktober - Gemeinschaftsstand zum 15. Mal auf der Expo Real in München - Vertragsabschluss für Hochhaus-Bau von Lupp - Hessens Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir zu Gast
Wie kann der ländliche Raum, aber auch die Ballungsgebiete der Region von der Dynamik des Immobilien-Booms profitieren? Diese Frage stand für viele Vertreter der Kommunen und Unternehmen am mittelhessischen Gemeinschaftsstand im Fokus. Insgesamt 36 Teilnehmer haben sich vom 7. bis 9. Oktober 2019 auf der Expo Real in München unter dem Dach des Regionalmanagements Mittelhessen zusammengetan, um auf der größten europäischen Immobilienmesse Präsenz zu zeigen, Kontakte zu pflegen und Projekte zu entwickeln. Die Experten sehen noch kein Ende des Booms, wie Sina Lupp von der Adolf Lupp GmbH & Co KG aus Nidda erklärt: „Wir sind bis Ende des nächsten Jahres komplett ausgelastet. Heute konnten wir heute einen Vertrag über die Erstellung eines Hochhaus-Rohbaus für das Büroturmprojekt „99 West“ im Frankfurter Senckenberg-Quartier unterzeichnen. Mit 23 Millionen Euro war das war bisher der größte Erfolg, den wir direkt mit nach Hause nehmen können.“

Oktober - Praxisforum diskutiert Unterstützung von Start-ups im ländlichen Raum
Um die Attraktivität der Standorte außerhalb der Metropolen zu steigern, ist die Schaffung wohnortsnaher Arbeitsplätze essenziell. Bei dem Praxisforum „Start-ups: Ideenschmiede ländlicher Raum“ des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wurden sowohl Förderprogramme für Unternehmen als auch Unterstützungsangebote für Gründerinnen und Gründer von der „Servicestelle Vitale Orte 2030“ vorgestellt. Bei einer Gesprächsrunde mit Teilnehmern aus der Wirtschaftsförderung, Handwerkskammer und Hochschule wurde über die richtigen Ansätze zur Förderung debattiert. „Wir müssen wieder mehr Lust auf Unternehmensgründung machen“, forderte Jens Ihle, der Geschäftsführer der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH

Oktober - Von der Industriebrache zum kreativen Knotenpunkt: Veranstaltung im Rahmen der Initiative „Industriekultur Mittelhessen“
Am 23. Oktober fand eine exklusive Besichtigung des Marburger Lokschuppen statt. Investor Gunter Schneider, Geschäftsführer der Schneider Optikmaschinen aus Fronhausen, informierte über das Konzept zur Revitalisierung des Industriedenkmals und ermöglichte zusammen mit dem Architekt Bernward Paulick einen Blick hinter die Kulissen der Baustelle. Aus Sicherheitsgründen war die Teilnehmerzahl begrenzt - rund 40 Personen nahmen an der ausgebuchten Führung teil. Nach der Bewerbung mit einem Nutzungskonzept hatten die Investoren die Ausschreibung der Universitätsstadt Marburg gewonnen, 2018 erfolgte die Unterzeichnung des Kaufvertrages für die sanierungsbedürftige historische Bausubstanz des Lokschuppens und des angrenzenden Werkstattgebäudes auf dem Marburger Waggonhallenareal. Die Baugenehmigung ist inzwischen erteilt, die Fertigstellung erfolgt voraussichtlich Ende 2020.

November - Netzwerk Wirtschaft: Über Neuronen und Change-Management
Auf eine Reise durch „die Welt von Geist und Gehirn" hat der Regensburger Neurowissenschaftler und Psychologe Dr. Volker Busch seine Zuhörer beim Treffen des Netzwerks Wirtschaft im Regionalmanagement Mittelhessen in der Gießener Spie Akademie mitgenommen. In seinem Vortrag beschrieb er, wie neuronale Netzwerke unser Denken und Handeln beeinflussen –

wichtig nicht nur für das geschäftliche, sondern auch das persönliche Change-Management. „Wir sind Opfer, aber nicht Sklaven unserer Gewohnheiten", lautete eine der Thesen, die das Ergebnis relativ neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse sind. Das Netzwerk-Treffen unter dem Motto „Netzwerk Wirtschaft trifft Technologieland Hessen“ fand in Kooperation mit der Hessen Trade & Invest GmbH (HTAI) statt.

November - Breitband-Camp Mittelhessen diskutiert über den Mobilfunkausbau
Das diesjährige Breitband-Camp Mittelhessen drehte sich um das Thema Mobilfunkausbau zum 5G-Standard. 5G wird die Zukunft der mobilen Kommunikation bestimmen, da es eine hohe Übertragungsrate bei gleichzeitig niedriger Latenzzeit ermöglicht. Darüber hinaus ist es möglich, dass bis zu einer Million Endgeräte auf einem Quadratkilometer auf Netz zugreifen können. Abstürzende Netze zu Silvester wird es dann nicht mehr geben. Allerdings wird eine annähernd flächendeckende 5G-Versorgung in Mittelhessen nicht unmittelbar umgesetzt werden können. Dafür sind neue Standorte, glasfaserbasierte Zuleitungen und wirtschaftlich tragfähige Modelle nötig. Zusätzlich gilt es, für die Akzeptanz von Sendemasten in der Bevölkerung zu werben.

Dezember -Regionalmanagement Mittelhessen trifft Webmontag Gießen
Bei der zweiten Kollaboration des Regionalmanagements Mittelhessen mit der Startup-Initiative Webmontag Gießen nach dem Auftakt bei "Netzwerk Wirtschaft trifft Webmontag Gießen" vor nicht ganz einem Jahr drehte sich einiges um Künstliche Intelligenz (KI). Beim Recruitment-Spezialisten Milch & Zucker in Gießen sprachen die Gastgeber Dr. Olena Linnyk und Ingolf Teetz über den Einsatz von KI in ihrem Unternehmen, Oliver Bracht von der eoda GmbH berichtete unter dem Motto "Abseits des Hypes" darüber, wie der Mittelstand von Künstlicher Intelligenz profitieren kann und Webmontag-Macher Sven Herchenhein von der efec AG gab in diesem Zusammenhang einen Überblick über Innovationen und Geschäftsmodelle. Annähernd 70 Anmeldungen hatte das Regionalmanagement für das Event zu verzeichnen, bei dem als Gast Regierungspräsident und Mittelhessen-Vorsitzender Dr. Christoph Ullrich die einleitenden Worte sprach.

Dezember - Arbeitskreis A49: Angefangener Lückenschluss darf nicht verzögert werden
„Wir stehen voll hinter dem Weiterbau der Autobahn A49, der Lückenschluss muss wie geplant komplett in einem Zug und ohne weitere Verzögerungen kommen! Diese Infrastrukturmaßnahme ist für die Region unerlässlich.“ Die Vertreter aus betroffenen Kommunen, Unternehmen, Wirtschafts-Kammern und -Verbänden sowie der Bundeswehr waren sich bei ihrem Treffen in der Marburger Tapetenfabrik in Kirchhain einig und forderten, dass die Maßnahmen zum Nutzen der Region, ihren Bewohnern und Unternehmen wie geplant durchgeführt werden. Zunächst hatte sich der Arbeitskreis unter dem Dach des Regionalmanagements Mittelhessen von Vertretern des Hessischen Wirtschaftsministerium und der DEGES aus erster Hand über den Sachstand zum Weiterbau der Autobahn A49 zwischen Neuental und der zukünftigen Anschlussstelle an die Autobahn A5 bei Gemünden informieren lassen.

Weitere interessante ausführliche Berichte über die Projekte und Aktivitäten der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH erhält man auf der Website der GmbH unter http://www.mittelhessen.eu.

c) Ertragslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2019 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 20.477,21 EUR aus. Entgegen einem budgetierten Jahresverlust in Höhe von -12.200 EUR hat sich das Geschäftsjahr im Verlauf positiver entwickelt als vorhergesehen, und konnte mit einem Überschuss abgeschlossen werden.

	2019 Plan	2019 Ist	Abweichung Ist - Plan	Abweichung Ist - Plan %
+ betriebliche Erträge gesamt	1.137.800 €	1.158.981,24 €	21.181,24 €	1,86%
- betriebliche Aufwendungen gesamt	-1.150.000 €	-1.138.074,17 €	11.925,83 €	-1,04%
= Betriebsergebnis	-12.200 €	20.907,07 €	33.107,07 €	-271,37%
+/- Finanzergebnis	0 €	115,00 €	115,00 €	0,00%
= Ergebnis der Geschäftstätigkeit	-12.200 €	21.022,07 €	33.222,07 €	-272,31%
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
- Sonstige Steuern	0 €	-544,86 €	-544,86 €	0,00%
= Jahresüberschuss	**-12.200 €**	**20.477,21 €**	**32.677,21 €**	**-267,85%**

Die Erhöhung der betrieblichen Erträge um 21.181,24 EUR sowie die Minderung der betrieblichen Aufwendungen um 11.925,83 EUR führten zu einer positiven Abweichung im Betriebsergebnis in Höhe von 33.107,07 EUR. Zuzüglich des Finanzergebnis von 115,00 EUR und abzüglich der Sonstigen Steuern von -544,86 EUR beträgt die Gesamtabweichung vom geplanten Jahresergebnis 32.677,21 EUR.

Die Einnahmen der GmbH setzen sich zusammen aus: Umsatzerlöse, betriebliche Erträge sowie aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen zusammen.
Die Umsatzerlöse werden netto ausgewiesen. Diese konnten gegenüber den Planwerten um 18,5% gesteigert werden.

	2019 Plan	2019 Ist	Abweichung Ist - Plan	Abweichung Ist - Plan %
Umsatzerlöse	**397.800 €**	**471.247,20 €**	**73.447,20 €**	**18,46%**
UE aus Expo Real	305.000 €	364.867,97 €	59.867,97 €	19,63%
UE aus DigiMit	37.500 €	34.713,51 €	-2.786,49 €	-7,43%
UE aus Newcomers Day	6.500 €	6.500,00 €	0,00 €	0,00%
UE aus Kooperationsvereinbarung	12.500 €	12.605,04 €	105,04 €	0,84%
UE aus Kooperation mit HTAI	15.000 €	11.920,00 €	-3.080,00 €	-20,53%
UE aus Kooperation mit Projektpartnern	6.000 €	2.389,93 €	-3.610,07 €	-60,17%
UE Sonstige	15.000 €	37.998,63 €	22.998,63 €	153,32%
UE von Mitarbeitern	300 €	252,12 €	-47,88 €	-15,96%
+ Betriebliche Erträge	**740.000 €**	**686.646,96 €**	**-53.353,04 €**	**-7,21%**
Fördermittel für Basis Regionalmanagement	100.000 €	100.000,00 €	0,00 €	0,00%
Fördermittel für Breitbandberatung	98.000 €	108.000,00 €	10.000,00 €	10,20%
Fördermittel für DigiMit	105.000 €	56.747,53 €	-48.252,47 €	-45,95%
Fördermittel für Interreg ThreeT	60.000 €	44.214,32 €	-15.785,68 €	-26,31%
Gesellschafterbeiträge	370.000 €	370.000,00 €	0,00 €	0,00%
Verrechnung sonstiger Sachbezüge	7.000 €	7.504,14 €	504,14 €	7,20%
Sonstige betriebliche Erträge	0 €	180,97 €	180,97 €	0,00%
+ Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	**0 €**	**1.087,08 €**	**1.087,08 €**	**0,00%**
= betriebliche Erträge gesamt	**1.137.800 €**	**1.158.981,24 €**	**21.181,24 €**	**1,86%**

Die Einnahmen aus dem Projekt „Expo Real“ steigen stetig. Jedes Jahr erhöhte Messepreise bedingen eine Erhöhung der Messebeiträge durch die Standpartner. Neue Projektpartner bedeuten weitere zusätzliche Einnahmen. Dem gegenüberstehen aber auch gestiegene Projektausgaben.

Zusätzliche Einnahmen wurden bei den „Sonstigen Umsatzerlösen“ getätigt. Durch Kooperationen konnten Zusatzprojekte gefördert und umgesetzt werden. Die Kooperationspartner tragen dabei die Projektkosten, die RMG unterstützt mit Knowhow und ihrem Netzwerk. Folgende Projekte konnten unterstützend begleitet werden: Organisation des Parlamentarischen Abend des Vereins Mittelhessen im Hessischen Landtag in Wiesbaden sowie das Projekt „Healthcare Mittelhessen“.

Weitere finanzielle Unterstützung bekam die RMG erneut von der Hessen Trade & Invest GmbH (HTAI). Mit Finanzmittel in Höhe von 11.920,00 EUR unterstützte sie die Initiierung eines Startup-Ecosystems für Mittelhessen. Weiterführend konnte die RMG damit das neue Förderprojekt „DiGiMit – Digitalisierung, Gründung, Innovation in Mittelhessen“ starten.
Zusätzliche Unterstützung durch die HTAI gab es durch Sponsoringleistungen für die Projekte „Startup Weekend Mittelhessen“ (5.000 EUR), „Expo Real“ (15.000 EUR) sowie „Newcomers Day“ (2.500 EUR). Diese Nettoeinnahmen wurden direkt in den Projekteinnahmen verbucht.

Die betrieblichen Erträge konnten zu 92,8 % planmäßig erzielt werden. Die Fördermittel des Landes Hessen für die Basisfinanzierung des Regionalmanagements Mittelhessen und die Breitbandberatung sowie die Fördermittel der Europäischen Union für die Projekte „Interreg Europe ThreeT“ und „DiGiMit – Digitalisierung, Gründung, Innovation in Mittelhessen“ wurden vollständig abgerufen und ordnungsgemäß abgerechnet.

Aufgrund eines unterjährigen Projektstarts von „DiGiMit“ (Beginn am 1. März 2019) wurden weniger Projektausgaben getätigt als für 2019 budgetiert. Weniger Projektausgaben bedingen weniger Einnahmen aus Fördermittel. Die Differenz, der nicht abgerufenen Fördermittel für das Geschäftsjahr 2019 wurden in das Geschäftsjahr 2020 übertragen.

Die Verrechnung der sonstigen Sachbezüge (privater Anteil von Kosten an der Nutzung von Dienstwagen) fiel mit 504,14 EUR ein wenig höher aus als budgetiert. Grund ist eine leichte Erhöhung der Personalkosten im Bereich der Sozialabgaben der betreffenden Mitarbeiter.

Die betrieblichen Gesamtaufwendungen wurden zu 99 % planmäßig getätigt.

	2019 Plan	2019 Ist	Abweichung Ist - Plan	Abweichung Ist - Plan %
- Personalaufwand	**-400.000 €**	**-399.747,68 €**	**252,32 €**	**-0,06%**
Mitarbeiter Geschäftsführung	-376.000 €	-384.609,68 €	-8.609,68 €	2,29%
Honorarkraft (Freier Pressemitarbeiter)	-12.000 €	-6.760,39 €	5.239,61 €	-43,66%
Honorarkraft (Berater Management)	-12.000 €	-8.377,61 €	3.622,39 €	-30,19%
- Regionalmarketing / Internes	**-32.000 €**	**-52.122,25 €**	**-20.122,25 €**	**62,88%**
- Veranstaltungen	**-15.000 €**	**-9.218,02 €**	**5.781,98 €**	**-38,55%**
- Projektaufwendungen	**-584.500 €**	**-577.337,10 €**	**7.162,90 €**	**-1,23%**
Breitbandberatung	-68.000 €	-75.008,60 €	-7.008,60 €	10,31%
DigiMit	-145.000 €	-81.836,67 €	63.163,33 €	-43,56%
ExpoReal	-305.000 €	-370.082,02 €	-65.082,02 €	21,34%
Newcomers Day	-6.500 €	-2.764,53 €	3.735,47 €	-57,47%
Interreg ThreeT	-60.000 €	-47.645,28 €	12.354,72 €	-20,59%
- Sonstiger betrieblicher Aufwand	**-108.500 €**	**-94.826,26 €**	**13.673,74 €**	**-12,60%**
- Aufwendungen nicht abziehb. Vorsteuer	**0 €**	**0,00 €**	**0,00 €**	**0,00%**
- Abschreibungen	**-10.000 €**	**-4.822,86 €**	**5.177,14 €**	**-51,77%**
= betriebliche Aufwendungen gesamt	**-1.150.000 €**	**-1.138.074,17 €**	**11.925,83 €**	**-1,04%**

Dabei verteilen sich die einzelnen Ausgaben wie folgt:

Größere Abweichungen vom Budget gibt es bei den Ausgaben im Bereich Regionalmarketing. Hier wurden zusätzliche Ausgaben für das Standortmarketing getätigt und in weitere Aktivitäten wie z. B. die „Initiierung eines Startup-Ecosystems Mittelhessen“ und „Healthcare Mittelhessen“

investiert. Die Projekte waren teilweise Inhalt der Kooperationsvereinbarung mit der Hessen Trade & Invest GmbH (HTAI) und wurden durch Sponsoring finanziell unterstützt. Das Projekt „Healthcare Mittelhessen“ wurde von den mittelhessischen Wirtschaftsförderern finanziert.

Die Mehrausgaben für die Breitbandberatung Mittelhessen ist der Erhöhung der Fördersumme des Landes Hessen zuzuweisen. Die Landesförderung wurde von ehemals 98.000 EUR auf 108.000 EUR (100% Förderquote) erhöht. Diese Erhöhung wurde direkt auf die Erhöhung der Honorare für die beiden Breitbandberater umgelegt. Bei der Planerstellung für 2019 war von der Erhöhung der Fördermittel noch nichts bekannt.

Die Mehrausgaben für die Expo Real wurden bereits in den vorherigen Unterpunkten dieses Berichts näher erläutert. Da dieses Projekt für die RMG budgetneutral geplant wird, bedeutet es, das gestiegene Einnahmen auch gestiegene Ausgaben bedingen. Die kurzfristige Absage eines Standpartners zur Teilnahme an der Expo Real führte zu einem Projektdefizit in Höhe von ca. -5.000 EUR und konnte auch durch weitere Ausgabenkürzungen nicht verhindert werden.

Die Aufwendungen für betriebliche Kosten wurden budgetmäßig nicht voll ausgeschöpft. Durch sparsame Haushaltung konnten hier die Ausgaben gesenkt werden.

Trotz aller Budgetänderungen hat sich die Effizienz der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH zum vierten Mal in Folge verbessert. Der Wert für die Cost-Income Ratio für das Geschäftsjahr 2019 beträgt 42,7 % (2018: 48,2%, 2017: 50,1%, 2016: 52,1 %). Diese Verwaltungsaufwand-Ertrags-Relation gibt Aufschluss über die wirtschaftliche Effizienz der Gesellschaft. Je geringer der Wert ist, desto effizienter wirtschaftet das Regionalmanagement. Die Effizienz der RMG erhöhte sich somit um weitere 5,5 % zum Vorjahr.

d1) Kapitalstruktur

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt T€ 238,4 zum Stand 31. Dezember 2019.

Es setzt sich zusammen aus T€ 25,0 Gezeichnetes Kapital, T€ 192,9 Gewinnvortrag und T€ 20,5 aus dem Jahresüberschuss zum 31. Dezember 2019.

Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 81,4 % und hat sich gegenüber 2018 um 4,7% erhöht (2018: 76,7 %).

d2) Investitionen

Im Kalenderjahr 2019 wurden T€ 5,1 in neue Büro- und Geschäftsausstattung investiert. So wurden ein Schreibtisch, ein Bürostuhl, ein Laptop mit Dockingstation sowie ein Tablet für den neuen Mitarbeiter im Regionalmanagement angeschafft. Ein weiterer Mitarbeiter erhielt einen neuen PC, und bei zwei weiteren Mitarbeitern wurden die PCs mit neuer Hardware aufgerüstet.

d3) Liquidität

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist weiterhin gut. Zum 31. Dezember 2019 weist die Bilanz einen Kassenbestand in Höhe von T€ 213,8 auf. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Kassenbestand um ca. T€ 20,0 vermindert. Hauptursache dafür sind die ausstehenden Zahlungen für die Restforderung zur Basisfinanzierung (T€ 10,0) sowie zum Projekt „Interreg Europe ThreeT“ (T€ 32,6).

Demgegenüber stehen Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 29,7 sowie Forderungen in Höhe von T€ 71,0.

Die Zahlungsfähigkeit war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

e) Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Jahresabschlusses beträgt T€ 293,1. Sie besteht auf der Aktivseite zu:

- 2,8 % (2018: 2,0 %) aus Anlagevermögen

- 24,2 % (2018: 15,6 %) aus Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen
- 73,0 % (2018: 82,2 %) aus liquiden Mitteln
- 0,0 % (2018: 0,1 %) aus aktiver Rechnungsabgrenzung.

Die Passivseite besteht zu:

- 81,4 % (2018: 76,7 %) aus Eigenkapital,
- 10,1 % (2018: 14,9 %) aus Verbindlichkeiten
- 8,5 % (2018: 8,3 %) aus sonstigen Rückstellungen,
- 0,0 % (2018: 0,1 %) aus passiver Rechnungsabgrenzung.

Die Vermögens- und Finanzlage der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist geordnet. Alle Bilanzzahlen zeigen ein Plus. Die Substanz der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist solide und wachstumsorientiert.

4. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Entwicklung der Gesellschaft im Kalenderjahr 2019 erfolgte entsprechend der angepassten Planung.

Für 2020 wird entsprechend der Budgetplanung mit einem Jahresdefizit in Höhe von T€ -10,5 EUR gerechnet. Diese Mittel sollen aus der Gewinnrücklage der letzten Jahre verbraucht werden. Sollte es der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH gelingen erfolgreich zusätzliche Fördermittel einzuwerben, werden die Gewinnrücklagen nicht benötigt.

Die RMG wird aber auch zukünftig in der Lage sein, allen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Projekte werden nur nach der vorherigen Klärung der Finanzierung umgesetzt.

5. Chancen- / Risikobericht

a) Risikobericht

Neben allgemeinen wirtschaftlichen Risiken und dem allgemeinen Geschäftsrisiko einer unternehmerischen Betätigung existieren für die Gesellschaft noch branchenspezifische Besonderheiten.

Eine positive Entwicklung der Gesellschaft hängt stark von Förderkulissen auf EU-, Bundes- und Landesebene ab. Die ausgeschriebenen Förderprojekte und Fördermöglichkeiten müssen inhaltlich passen, und der Fördergeber ist zu überzeugen, dass die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH eine geeignete Institution für die Projekte ist. Somit steht die GmbH im Wettbewerb um Fördergelder - teils auch mit den eigenen Gesellschaftern und deren Tochterunternehmen. Die Drittmittelakquise ist aber auch von Förderquoten und den Möglichkeiten der Eigenmittelbereitstellung abhängig.

Aufgrund intensiver Gespräche zwischen dem Regionalmanagement Mittelhessen mit der Landesregierung und den zuständigen hessischen Ministerien - unterstützt durch die Gesellschafter der RMG – fand eine Fortführung der Unterstützung der Regionalmanagements in Hessen Einzug in den Koalitionsvertrag zwischen der CDU Hessen und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen für die 20. Legislaturperiode – Zitat: *„Mit der letzten Änderung der Hessischen Verfassung wurden neue Staatsziele in die Verfassung aufgenommen. Im Rahmen der Aufstellung der Regionalpläne sollen zur Berücksichtigung und Ausfüllung der Staatsziele Nachhaltigkeit und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land Regionalkonferenzen in den einzelnen Regionen u. a. mit den kommunalen Verantwortungsträgern stattfinden. Das Ziel ist die Erarbeitung von angepassten Entwicklungs- und Förderstrategien, insbesondere mit Blick auf den ländlichen Raum.* ***Die Regionalmanagementgesellschaften Nord- und Mittelhessen*** *wollen wir jeweils, angelehnt an die Beteiligung an der FRM GmbH,* ***dauerhaft unterstützen****."*

Für 2020 wurde die Förderung in Höhe von 130.000 EUR (100.000 EUR + Erhöhung um weitere 30.000 EUR) aus Landesmitteln für die Erhaltung und Weiterentwicklung des Regionalmanagements (Fördertatbestand Regionalbudget) beantragt und für den Landeshaushalt angemeldet. Die Formulierung „dauerhaft" hilft den Entscheidern im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, die Position als feste Forderung anzulegen.

Der Ausblick auf den weiteren Jahresverlauf 2020 ist aufgrund der anhaltenden Corona/COVID-19-Krise noch sehr unsicher. Das Auftreten des neuen Coronavirus COVID-19 birgt besondere und in ihren Auswirkungen schwer absehbare Risiken für die Weltwirtschaft, von denen auch die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH betroffen sein kann. Es bestehen daher Risiken

sowohl mit Blick auf die Erreichung der Ziele der Unternehmensplanungen als auch auf das finanzielle Jahresendergebnis.

Jede Krise ist aber auch eine Chance. Die aktuelle Corona/COVID-19-Krise stellt alle Unternehmen vor neue Herausforderungen und eröffnet so neue Chancen und Möglichkeiten für neue Ideen und Prozesse.

b) Chancenbericht

Seit 2019 ist eine EFRE-Förderung ausschließlich als Projektförderung möglich. Dies betrifft den Fördertatbestand der sog. „ergänzenden Projekte“ mit innovativem Charakter (Bedingung der Förderfähigkeit: Einklang mit Schlüssel- und Handlungsbereichen der hessischen Innovationsstrategie und den EFRE-Zielen). Die Richtlinie dazu ist am 26. Dezember 2016 im Staatsanzeiger des Landes Hessen veröffentlicht worden.

Schlüsselbereiche der hessischen Innovationsstrategie sind:

1. Life Sciences, Bioökonomie, Gesundheitswirtschaft
2. Umwelttechnologie, Energietechnologie und Ressourceneffizienz
3. Informations- und Kommunikationstechnologie
4. Automatisierung und Systemtechnik
5. Nano- und Materialtechnologie
6. Innovative Mobilitäts- und Logistikkonzepte, Elektromobilität.

Handlungsbereiche der hessischen Innovationsstrategie sind:

1. Bildung
2. Grundlagenforschung und Forschungsinfrastruktur
3. Wissens- und Technologietransfer
4. Cluster-Netzwerke
5. Betriebliche Innovation
6. Innovations- und Technologiemarketing.

Die Fördertatbestände der EFRE Projektförderung (Fördertopf von 2 Millionen Euro) sind auf die Regionalmanagementgesellschaften aus Mittel- und Nordhessen ausgerichtet. Für diese Art der Projektförderung sind aber ausreichende Eigenmittel der RMG notwendig.

Die Chancen der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH bestehen darin, dass Gesellschafter, das Land Hessen und andere Kooperationspartner geeignete Projekte über das Regionalmanagement Mittelhessen umsetzen. Das Regionalmanagement soll als Dienstleister oder als Projektplattform dienen. Beispielhaft ist hier die Konzeption und Durchführung des mittelhessischen Gemeinschaftstandes auf der Gewerbeimmobilienmesse Expo Real in München zu nennen.

Im Geschäftsjahr 2019 konnte das Regionalmanagement erfolgreich einen Projektförderantrag für Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zum Thema Innovation auf den Weg bringen. Das Förderprojekt mit dem Namen „DigiMit - Digitalisierung, Gründung, Innovation in Mittelhessen“ beinhaltet folgende Themen-Bausteine:

1. Trägerschafts-Übernahme des „Startup Weekend Mittelhessen“
2. Konzeption und Umsetzung einer mittelhessischen Innovationskonferenz,
3. Aufbau einer Kommunikationsarchitektur zur Unterstützung bestehender Aktivitäten in der Region,
4. Umsetzung eines „Digitaldialog Mittelhessen“ zusammen mit dem Mittelhessen e.V.
5. Personalkosten für Stelle „Ecosystemmanager/in“, um die unter 1-4 genannten Themen umzusetzen.

Projektziel ist die Steigerung der Kooperationen mit der hessischen Gründerszene. Die geplanten förderfähigen Ausgaben belaufen sich auf insgesamt T€ 630 für einen Projektzeitraum von 36 Monaten. Projektstart war der 1. März 2019, Projektende ist der 28. Februar 2022.

Für die Finanzierung des Projekts „DigiMit“ erhält die RMG eine 50%-ige Förderung aus EU-Mitteln. Das entspricht bei einer Ausgabensumme von insgesamt T€ 630 eine Fördermitteleinnahme in Höhe von T€ 315. Als Drittmittel dienen Einnahmen aus Sponsoring in Höhe von insgesamt T€ 93,6 sowie Einnahmen aus Finanzmitteln des Vereins Mittelhessen e.V. in Höhe von insgesamt T€ 18,9. Der Restbetrag in Höhe von insgesamt T€ 202,5 kommt aus den Eigenmitteln der RMG.

Eine weitere Chance für das Regionalmanagement liegt in dem 2018 positiv beschiedenen EU-Förderantrag „INTERREG Europe“. Es handelt sich dabei um die Förderung des Austauschs und Lernprozess zwischen insgesamt acht europäischen Regionen sowie der Verbesserung von regionalen Politikinstrumenten. Speziell geht es in diesem Programm um die Entwicklung von neuen bzw. Verbesserung von bestehenden thematischen Routen für den Tourismuswirtschaftlichen Sektor; der Berücksichtigung von vorhandener Infrastruktur, insbesondere Natur- und Kulturdenkmälern; der Verknüpfung mit sanften Tourismus- und umweltbewussten Mobilitätskonzepten. Das Potential für einen nachhaltigen Tourismus in der Region soll gestärkt werden, um Wachstumsimpulse zu generieren

Das Projektvolumen beträgt insgesamt ca. T€ 1.892,7 für alle acht Projektpartner. Der Projektanteil für die RMG beläuft sich dabei auf T€ 195,5. Bei einer 70%-igen Förderquote aus dem EFRE-Fördertopf erhält die RMG einen Zuschuss in Höhe von T€ 146,6 aufgeteilt auf eine 4,5-jährige Projektlaufzeit. Der Eigenanteil in Höhe von T€ 48,8 ist aus den Finanzmitteln der RMG zu tragen.

Nachdem in den ersten beiden Projektjahren (2019-2020) ein reger Erfahrungsaustausch (Exkursionen in alle Partnerregionen) stattfinden wird, soll in den darauffolgenden Projektjahren ein Lernprozess initiiert und ein Aktionsplan formuliert werden. Dieser dient dem Austausch mit dem Management Authority (HMWEVW) zur Nutzung der Erkenntnisse zur Vorbereitung der kommenden EU-Förderperiode.

6. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen verwendeten Finanzinstrumenten zählen insbesondere Forderungen, Bankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeder Art. Die Geschäftsleitung verfolgt eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko wird für jedes Projekt eine Planung erstellt, die in die Unternehmensplanung und damit auch Liquiditätsplanung einfließt. Die RMG begleicht ihre Fremdverbindlichkeiten innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen in der Regel mit Skonto.

7. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

In der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist ein der Größe des Unternehmens angemessenes internes Kontrollsystem eingeführt. Kontrollen der Geschäftsleitung erfolgen durch die Referentin für Finanzwesen und die Assistentin der Geschäftsleitung in regelmäßigen Abständen. Die Geschäftsführung ist außerdem vertraglich verpflichtet vierteljährlich zu den Stichtagen am 20.01., 20.04., 20.07. und 20.10. einen schriftlichen Finanzbericht an die Gesellschafter abzugeben. Seit Beginn des Geschäftsjahres werden die Gesellschafter ebenso über den Zielerreichungsgrad der nicht monetären Zielwerte informiert.

Weiterhin erfolgt eine Kontrolle der Belege bei der Erfassung durch das beauftragte Buchführungs- und Steuerbüro.

Die Überwachung der Einhaltung der internen Vorgaben wird durch die Prüfung des Jahresabschlusses sowie die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach §53 Haushaltsgrundsätzegesetz durch einen externen Wirtschaftsprüfer gestützt.

8. Sonstige Angaben

Die Gesellschaft tätigt keine spezifische Forschung und Entwicklung.
Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

Gießen, 14. Mai 2020

gez. Jens Ihle
Geschäftsführer

6.2.2.8. Lagebericht Stadttheater Gießen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.5.1.

LAGEBERICHT
für das Geschäftsjahr 2019

Seit der Spielzeit 2002/2003 wird die Gesellschaft durch die Geschäftsführerin und Intendantin Cathérine Miville vertreten.

A. UNTERNEHMENSZWECK

Der Gesellschaftszweck der Stadttheater Gießen GmbH besteht in der Führung eines **Mehrspartentheaters** mit den Bereichen **Schauspiel, Musiktheater und Tanz** in Gießen sowie der Durchführung von Auswärtsgastspielen. Darüber hinaus bietet das Stadttheater **Kinder- und Jugendtheater sowie Sinfonie-, Chor- und Kammerkonzerte** im Rahmen des verfügbaren Personals und der vorhandenen Mittel an.
Die Gesellschaft dient ausschließlich **zwei gemeinnützigen Zwecken:** Der Volksbildung und der Vermittlung wertvollen Kulturgutes.
Die Stadttheater Gießen GmbH ist im Rahmen des Studiengangs „Drama, Theater, Medien" der Justus-Liebig-Universität Gießen an der theaterpraktischen Ausbildung von Studierenden beteiligt. Seit Juni 2015 kooperiert das Stadttheater im Rahmen einer Vereinbarung ebenso mit der Technischen Hochschule Mittelhessen und arbeitet auf dem Gebiet der Aus- und Weiterbildung im Bereich des Eventmanagements und der Eventtechnik sowie der künstlerischen Umsetzung von Events zusammen. Die Gesamtverantwortung für diese Beteiligung an beiden Kooperationen liegt bei der Intendantin.

Das Stadttheater Gießen ist Mitglied im **Deutschen Bühnenverein** und in der **Hessischen Theaterakademie**. Die Gesellschaft pflegt **zahlreiche Kooperationen** und **unterstützt kulturelle und soziale Projekte und Veranstalter** sowie **Bildungseinrichtungen** unterschiedlichster Art: Besonders hervorzuheben ist hierbei die Zusammenarbeit mit verschiedenen Instituten der **Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU)** und der **Technischen Hochschule Mittelhessen (THM),** der **Gießener Musikschule** sowie dem **Kulturamt** der Stadt Gießen. Es bestehen aktive Arbeitskontakte u.v.a. zu den **VHS** der Stadt und des Kreises sowie zu der **Stadtbibliothek** Gießen und zu den Gießener **50er-Vereinigungen**. Außerdem ist das Stadttheater Gießen **Kulturpartner des Hessischen Rundfunks**. Die Zahl der Schulen, die über die Kooperation mit den **Staatlichen Schulämtern der Landkreise Gießen-Vogelsberg und Limburg-Weilburg (Lahn-Dill-Kreis)** zu Partnern des Theaters wurden, ist auch 2019 erfreulich hoch geblieben. Weitere Kooperationen bestehen mit der **Gießener Kulturloge** und der **Kulturloge Lahn-Dill**.

B. NORMALER GESCHÄFTSVERLAUF

1. Anzahl Vorstellungen 2019

Im Großen Haus wurden 199 Vorstellungen angeboten.
Zum Vergleich:

2003:	210 Vorstellungen	2011:	214 Vorstellungen
2004:	195 Vorstellungen	2012:	222 Vorstellungen
2005:	217 Vorstellungen	2013:	216 Vorstellungen
2006:	208 Vorstellungen	2014:	217 Vorstellungen
2007:	221 Vorstellungen	2015:	217 Vorstellungen
2008:	218 Vorstellungen	2016:	218 Vorstellungen
2009:	213 Vorstellungen	2017:	208 Vorstellungen
2010:	219 Vorstellungen	2018:	195 Vorstellungen

In der taT-studiobühne wurden 228 Vorstellungen gezeigt.
Zum Vergleich:

2003:	136 Vorstellungen	2011:	188 Vorstellungen
2004:	154 Vorstellungen	2012:	235 Vorstellungen
2005:	169 Vorstellungen	2013:	228 Vorstellungen
2006:	198 Vorstellungen	2014:	211 Vorstellungen
2007:	188 Vorstellungen	2015:	246 Vorstellungen
2008:	175 Vorstellungen	2016:	256 Vorstellungen
2009:	188 Vorstellungen	2017:	231 Vorstellungen
2010:	181 Vorstellungen	2018:	243 Vorstellungen

2. Der Spielbetrieb

Die **Vorstellungen auf beiden Bühnen** des Stadttheaters in Gießen besuchten im Berichtsjahr rund **99.000 Personen;** Gastspiele eigener Produktionen außerhalb zusätzlich **10.500** Personen. Dies entspricht einem Zuwachs von insgesamt rund 5.000 BesucherInnen im Vergleich zum Vorjahr.

Mit seiner bewährten Spielplan-Mischung aus Bekanntem, beliebten und unbekannten oder vergessenen Raritäten aller Sparten ist es dem Stadttheater Gießen auch in 2019 erneut gelungen, das Publikum mit einem sehr vielseitigen Programm zu begeistern und auch zu fordern.

3. Ausbildungstätigkeit und Praktika

Als Unternehmen in öffentlicher Trägerschaft leistet die Stadttheater Gießen GmbH seit langem einen verantwortungsbewussten Beitrag als **Ausbildungsbetrieb** und beschäftigte 2019 **insgesamt 13 Auszubildende**.

Neben dem zeitgemäß ausgerichteten Ausbildungsberuf **VeranstaltungstechnikerIn** bildet das Stadttheater im Bereich **TheatermalerIn**, **MaskenbildnerIn** sowie **SchreinerIn aus.** Auch an der **Bildungsmesse CHANCE** beteiligte sich das Stadttheater erneut und präsentierte an einem attraktiven Stand Theaterberufe und Ausbildungsmöglichkeiten.

Im Jahr 2019 betreuten die MitarbeiterInnen des Stadttheaters **157 PraktikantInnen** in verschiedenen Abteilungen sowie inzwischen **weit über 200 Jugendliche** in den verschiedenen Spielclubs.

4. Lage der Gesellschaft

4.1 Wirtschaftliche Lage

Die wirtschaftliche Lage der Stadttheater Gießen GmbH blieb auch 2019 erfreulicherweise **weiter stabil.** Die **Zuwendungen** sind im Berichtsjahr ausschließlich zum **Ausgleich der Mehrkosten durch tarifliche Lohnanpassungen** erhöht worden.

Im **Personalbereich** ist gegenüber dem Geschäftsjahr 2018 insgesamt eine **Erhöhung der Kosten** um **T€ 349** im Geschäftsjahr 2019 zu verzeichnen. Die tarifliche Lohnsteigerung betrug knapp 3 %.

4.2 Ertragslage

Trotz der großen finanziellen Belastungen, insbesondere im Personalbereich aber auch bei den Sachkosten liegt das **Jahresergebnis 2019 mit T€ 15 wiederum im positiven Bereich**.

Gegenüber dem Vorjahr stellt sich die Ertragslage im Jahr **2019** wie folgt dar:

Geschäftsjahr:	2019	2018
	T€	T€
Umsatz	1.544	1.693
Sonstige betriebliche Erträge	15.825	15.442
Materialaufwand	1.105	1.189
Personalaufwand	14.610	14.261
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.639	1.673
Jahresergebnis	**+ 15**	**+ 12**

Im Berichtsjahr sind die **Umsatzerlöse** des Stadttheaters im Vergleich zum Vorjahr um T€ 149 gesunken. Die **sonstigen betrieblichen Erträge** erhöhten sich um T€ 383.

Aus Mitteln des **Kommunalen Finanzausgleichs** erhielt die GmbH **Sonderfördermittel** in Höhe von T€ 611, zweckgebunden für dringliche Maßnahmen u.a. in den Bereichen Bühne, Beleuchtung, Ton und IT.
Das **Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst** unterstützte darüber hinaus – ebenfalls außerhalb der Quotierung – die **Durchführung von Gastspielen in Hessen**, das **Festival Tanz-Art ostwest 2019** und die Auftragskomposition für die Oper **„Alp Arslan“.**

4.3 Vermögenslage

Das Vermögen der Gesellschaft setzt sich zu 100 % aus mittel- und kurzfristigen Vermögensteilen zusammen. Die mittel- und kurzfristigen Vermögensteile werden im Wesentlichen durch flüssige Mittel und Forderungen gegen Gesellschafter bestimmt. Das Eigenkapital beträgt T€ 131. Das mittel- und kurzfristig realisierbare Vermögen reicht aus, um die kurzfristigen Verbindlichkeiten zu decken.

4.4 Finanzlage

Zum Bilanzstichtag ergab sich eine gegenüber 2018 um T€ 15 gestiegene Liquidität. Die Liquiditätssumme zum Bilanzstichtag zeichnet jedoch kein relevantes Bild, da sie lediglich eine vorübergehende Größenordnung abbildet. Ihr stehen im Januar des Folgejahres anfallende beträchtliche Kosten aus Rechnungen des Vorjahres sowie Personalausgaben gegenüber.

5. Prognose (Chancen- und Risikobericht)

Die wirtschaftliche Lage kann erfreulicherweise weiterhin als grundsätzlich stabil bezeichnet werden. Die Stadttheater Gießen GmbH befindet sich, wie schon unter Ziffer 4.1 (Wirtschaftliche Lage) ausgeführt, bei regulärem Spielbetrieb nach wie vor auf einem soliden Kurs. Dies darf aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass das positive Ergebnis im Berichtsjahr nicht zuletzt durch den unter Ziffer 4.2 (Ertragslage) genannten Sonderzuschuss aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs realisiert werden konnte. Auf Basis des zurzeit gültigen Wirtschaftsplanes ist auch für 2020 mit einem ausgeglichenen Ergebnis zu rechnen. Allerdings berücksichtigt der aktuelle Wirtschaftsplan die Auswirkungen durch die COVID-19-Pandemie nicht. Da diese Auswirkungen zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses nicht hinreichend verlässlich prognostizierbar sind, wurde der Wirtschaftsplan dahingehend noch nicht angepasst.

Hinsichtlich der COVID-19-Pandemie wird auf die Berichterstattung über die „Vorgänge von besonderer Bedeutung“ (Nachtragsbericht) im Anhang des Jahresabschlusses verwiesen. Nachdem die Erlöse aus dem Kartenverkauf in den beiden ersten Monaten des Wirtschaftsjahres 2020 wegen besonders hoher Auslastung einzelner Aufführungen überdurchschnittlich hoch waren (insgesamt +23.500 € im Vergleich zum Vorjahr), musste der Spielbetrieb ab Mitte März aufgrund behördlicher Anordnung bis auf Weiteres eingestellt werden. Die daraus resultierenden Einnahmenausfälle addieren sich bis zum Ende der Spielzeit 2019/20 am 3. Juli 2020 auf ca. 480.000 €. Eine Wiederaufnahme des Spielbetriebes ist (abgesehen von einigen wenigen Test-Vorstellungen vor sehr kleinem Publikum im Juni) ab September 2020 geplant. Allerdings schränken die noch nicht vollständig übersehbaren Auswirkungen der Hygiene- und Abstandsregelungen auf den Spiel- und Probenbetrieb die Prognosefähigkeit des Gesellschaftsverlaufs ab August 2020 sehr deutlich ein. Zweifelsohne werden sich auch bei optimistischer Annahme über den Verlauf der Pandemie die Einnahmenausfälle bis Ende des Kalenderjahres 2020 zu einer Einbuße im hohen sechsstelligen Bereich addieren. Bei entsprechenden Berechnungen wurde berücksichtigt, dass im Falle der Aufnahme eines pandemiebedingt angepassten Spielbetriebes zwischen September und Dezember 2020 mit großer Wahrscheinlichkeit nur ein Bruchteil der in dieser Periode sonst üblichen Einnahmen durch den regulären Kartenverkauf eingebracht werden kann. Offen ist die Frage, ob es noch in 2020 wieder Theaterbesuche durch Schulklassen und Kindergartengruppen geben darf. Sollte dies nicht der Fall sein, wäre mit zusätzlichen Einnahmeverlusten zu rechnen, da insbesondere in den Monaten November und Dezember üblicherweise rund 15.000 Kinder das Stadttheater besuchen.

Dem prognostizierten Einnahmenausfall stehen, wie ebenfalls in der Berichterstattung über die „Vorgänge von besonderer Bedeutung“ im Anhang des Jahresabschlusses genauer ausgeführt, avisierte, aber noch nicht monetär bestätigte Teil-Einsparungen durch die temporäre Einführung von Kurzarbeit entgegen, die allerdings – in Absprache mit den Zuwendungsgebern – insbesondere zur Kompensation der sonstigen durch Absage bzw. Verschiebung von Vorstellungen und Proben notwendigen Ausfallvergütungen im Personalbereich (Gastdarsteller, Gastmusiker und Orchesterzuzüger, Regieteams und weitere Kräfte) eingesetzt werden. Außerdem werden darüber hinaus Zusatzkosten anfallen, z.B. für Aufträge an Komponisten, die für mehrere Neuproduktionen im Musik- bzw. Tanztheater kleine Orchesterfassungen erstellen, oder für die notwendigen, zusätzlichen Probenprozesse zur Realisierung der gemäß Abstandsregeln vorzunehmenden Umarbeitung von Produktionen, die insbesondere für AbonnentInnen wegen pandemiebedingter Vorstellungsausfälle wiederaufgenommen werden müssen.

Unabhängig davon haben die Zuwendungsgeber der GmbH signalisiert, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie auszugleichen, auch wenn die daraus resultierenden Risiken zurzeit insgesamt noch nicht final

absehbar bzw. quantifizierbar sind. Die Liquidität ist aufgrund einer Zusicherung der Stadt Gießen, mittelfristige Liquiditätsengpässe aufzufangen, bis auf Weiteres nicht gefährdet.

Darüber hinaus wird die GmbH Sondermittel im Zusammenhang mit der angedachten Anhebung der Mindestgage im NV-Bühne Bereich um 300 Euro auf 2.300 Euro pro Monat sowie die dadurch notwendigen Gagenanpassungen insbesondere im unteren und mittleren Gagenbereich benötigen. Auch für die Vorbereitung des Intendanz-Wechsels zur Spielzeit 2022_23 werden zusätzliche Mittel benötigt. Für beide Themenbereiche sind Mittel bei den Zuschussgebern beantragt.

Im Übrigen bleibt die Situation perspektivisch unverändert, insbesondere mit Blick auf diverse – vor allem im technischen Bereich notwendige – Ersatzbeschaffungen. Auch bei der Thematik Energieeffizienz sind die begonnenen Schritte in Richtung eines Gesamtkonzepts weiter zu intensivieren, ebenso in puncto Weiterbildung und strukturelle Optimierung. Hinsichtlich des im vergangenen Jahr an dieser Stelle angesprochenen (bundes- und europaweiten) Fachkräftemangels in weiten Bereichen der Theatertechnik hat sich nichts geändert, im Gegenteil: Um den Proben- und Spielbetrieb aufrechterhalten zu können (resp. wieder aufnehmen zu können, muss oftmals deutlich höheren Gehaltsforderungen entsprochen werden.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass das positive Ergebnis des vorliegenden Jahresabschlusses maßgeblich mit auf der vom Land Hessen inzwischen gewährleisteten Verstetigung von Sondermitteln für über den Wirtschaftsplan hinausführende notwendige Maßnahmen beruht. Diese Zusatzmittel werden auch weiterhin dringend benötigt, denn der Mehrbedarf im Sachkostenbereich, der nicht über eine Anhebung der Ansätze im jeweiligen Wirtschaftsplan und damit verbundener diesbezüglicher Erhöhung der Fördersumme ausgeglichen werden darf, entsteht weiterhin kontinuierlich in beträchtlichem Umfang.

Dankenswerterweise wurde der GmbH im Rahmen des Wirtschaftsplanes eine Erhöhung von 2 % der Sachkosten pro Jahr ab 2019 bewilligt. Dadurch stehen jährlich zusätzliche Mittel von zunächst jeweils rund 40.000 € zur Verfügung. So ist in dieser Entscheidung zwar ein Schritt in die richtige Richtung zu sehen, den anfallenden hohen Bedarf kann die GmbH damit aber nicht decken: Es handelt sich um einen Nachholbedarf, der entstanden ist, weil die GmbH über 10 Jahre den Mehrbedarf im Sachkostenbereich aus eigener Kraft erwirtschaften musste. Die eigentlich im Theatervertrag garantierten angemessene Anpassungen bei Sachkosten wurden in dieser Zeit nicht mehr zugestanden.

Vor diesem Hintergrund sind die Mittel aus der jährlichen Sonderzuweisung des Landes Hessen zur Sicherung der Zukunft des Stadttheaters ganz grundlegend notwendig, zumal die Möglichkeiten, durch Effizienzsteigerung Einsparungen zu generieren, längst an Grenzen gestoßen sind, und die Möglichkeiten, Mehreinnahmen zu generieren, aus zahlreichen Gründen – nicht allein pandemiebedingt – nicht realistisch erscheint.

Gießen, den 4. Juni 2020

Die Geschäftsführerin

…….
Cathérine Miville
Intendantin

6.2.2.9. Lagebericht Region Vogelsberg Touristik GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.5.2.

LAGEBERICHT
der
Region Vogelsberg Touristik GmbH
Schotten

für das Geschäftsjahr 2019

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Branche
Der Tourismus in Hessen stellte 2019 zum zehnten Mal in Folge einen neuen Jahresrekord bei der Gästezahl auf. 2019 empfingen die hessischen Beherbergungsbetriebe mit 10 oder mehr Gästebetten und die Campingplätze knapp 16,0 Millionen Gäste. Die Zahl der Gästeankünfte lag um 2,2 Prozent über dem Niveau des Jahres 2018. Wie das Hessische Statistische Landesamt mitteilt, stammten 11,9 Millionen Gäste aus Deutschland und rund 4,1 Millionen aus dem Ausland. Dies waren 2,8 Prozent mehr Inlandsgäste und 0,7 Prozent mehr Auslandsgäste.

Auch die für die Tourismusbranche bedeutendere Übernachtungszahl stieg 2019 gegenüber dem Vorjahr. Sie erhöhte sich um 2,5 Prozent auf 35,6 Millionen. Das war das zehnte Wachstumsjahr und das achte Rekordjahr in Folge. Die Anzahl der Übernachtungen der inländischen Gäste, die mehr als drei Viertel aller Übernachtungen ausmachte, war im Jahr 2019 mit gut 27,4 Millionen um 3,0 Prozent höher als 2018. Die Anzahl der Übernachtungen von Auslandsgästen wuchs um 0,9 Prozent auf rund 8,2 Millionen.

Die Bedeutung des Wirtschaftsfaktors Tourismus spiegelt sich nicht zuletzt darin wider, dass hiervon in Hessen in Vollzeitstellen umgerechnet rund 230.000 Arbeitsplätze abhängen. Die Basis hierfür bilden Bruttoumsätze in Höhe von schätzungsweise 14,3 Mrd. Euro im Jahr 2019. Daraus resultierten Einkommen in Höhe von 6,7 Mrd. Euro.

In Zeiten der stetig steigenden Aufgabenbereiche und des zunehmenden Kostendrucks ist eine verlässliche Ermittlung der wirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus zentral für eine zielgerichtete Tourismusarbeit in der Region. Aus Sicht der Geschäftsführung gilt es hierbei, die Sensibilität für die Bedeutung des Tourismus zu erhöhen und zu belegen, dass (öffentliche) Investitionen in den Tourismus sinnvoll sind. Denn diesen gegenüber sorgt der Tourismus auch für nennenswerte Einnahmen – sei es über Gewerbesteuer, Grundsteuer, Tourismusbeiträge oder Einnahmen kommunaler Einrichtungen.

Die Ergebnisse einer Studie des dwif-München helfen hierbei, den politischen Gremien, aber auch der Bevölkerung, den Stellenwert des Tourismus realistisch einzuschätzen. Hierbei wurden für das Jahr 2017 für die Destination Vogelsberg 1,518 Mio Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben (inkl. Privatvermieter, Camping- und Reisemobilisten) gezählt. Darüber hinaus belief sich die für die Region bedeutsame Zahl der Tagesreisen auf 7,0 Mio. Aus diesen 8,518 Aufenthaltstagen ergibt sich ein Bruttoumsatz von 243,6 Mio €. Direkte Profiteure hierbei sind das Gastgewerbe (116,3 Mio. €), der Einzelhandel (70,6 Mio €) sowie der Dienstleistungsbereich (56,7 Mio. €).

Der Einkommensbeitrag von 117,1 Mio. € entspricht einem Äquivalent von rund 4.460 Personen, die durch die touristische Nachfrage in der Region Vogelsberg ein durchschnittliches Primäreinkommen (= 26.269,- €) pro Kopf und Jahr beziehen könnten. Dieser Wert darf nicht mit der Anzahl der durch den Tourismus beschäftigten Personen gleichgesetzt werden.
Dies macht die Wirkung und Relevanz des Tourismus für die Wirtschaft in der Region deutlich und unterstreicht, dass der Tourismus in der Vulkanregion Vogelsberg eine klassische Querschnittsbranche ist. Egal ob Gastgewerbe, Einzelhandel, Dienstleister oder Zulieferer wie

regionale Produzenten und Handwerksbetriebe, es gibt kaum einen Wirtschaftsbereich, der nicht vom Tourismus profitiert. Deshalb lohnen sich Investitionen der Kommunen und Unternehmen in die tourismusbezogene Infrastruktur, konkrete Produkte und die touristische Vermarktung.

Der Tourismus ist Umsatzbringer und leistet über Steuereinnahmen einen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte. Als Jobmotor bietet der Tourismus Menschen vieler unterschiedlicher Berufsqualifikationen und Beschäftigungsverhältnisse (von der Saisonkraft bis zur Vollzeitstelle) Einkommensmöglichkeiten. Er schafft und sichert ortsgebundene Arbeitsplätze.

In der Destination Vogelsberg wurden hinsichtlich der Ankünfte und Übernachtungen in den Jahren 2014-2018 erkennbar höhere Steigerungsraten als in den Vorjahren erreicht. Damit wurde das Niveau der Jahre 1990 ff., in denen bisher infolge der Wiedervereinigung die höchsten Werte zu verzeichnen waren, z.T. übertroffen.

Im Zeitraum der Jahre 2014 bis 2018 stieg die Zahl der Ankünfte insgesamt um 8,7%. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 7,6 %. Im gleichen Zeitraum verringerte sich die Zahl der Betriebe um etwa 5,4 % und die Zahl der Betten um etwa 3,3 %.
Die Entwicklung im Vogelsbergkreis gilt als exemplarisch für die Entwicklung der gesamten Destination Vogelsberg, da dieser den weitaus größten Bereich der Destination widerspiegelt.

Im Jahre 2019 konnte die Zahl der Gästeankünfte im Vogelsbergkreis nochmals um 1,7 % gegenüber dem Vorjahr erhöht werden. Die Zahl der Übernachtungen im Vogelsbergkreis sank im Vergleich zum Vorjahr um 0,6%.

Geschäftsverlauf der Gesellschaft
Im Jahr 2019 wurden die bewusste und kundenorientierte Reduktion von Druckmedien und deren Auflagenhöhe sowie die sukzessive Verringerung von Messeauftritten und Anzeigenschaltungen fortgeführt. Dennoch konnte aufgrund der neuen bzw. geänderten Aufgabenstellung der Destinations-Management-Organisationen (kurz: DMOs) der Aufbau neuer Kooperationsansätze gestaltet werden. Hieraus und insbesondere aus den Anzeigenerlöse im Zusammenhang mit der Erstellung des „Wanderpocket-Guides" ergab sich eine Erhöhung der Umsatzerlöse um 14,5 % gegenüber dem Vorjahr.

Trotz der Verringerung des Personalaufwands um 8,5 % gab es im Bereich der betrieblichen Aufwendungen nahezu kein Einsparpotential, ohne den zunehmenden Erfolg der bis dahin getroffenen Maßnahmen gänzlich aufzuheben. Die gestiegenen Werte im Rahmen der Gästeankünfte und –übernachtungen sowie die zunehmenden Zugriffszahlen auf den Internetbereich belegen die Notwendigkeit und Erfolg an den Maßnahmen festzuhalten. Hierfür notwendige, zukunftsorientierte Investitionen in die technische Aufwertung des Internetauftritts sowie des Customer Management Systems waren daher weiterhin unumgänglich und haben den Fortbestand einer positiven Entwicklung gesichert. Der Prozess hinsichtlich der Markenfindung der Vulkanregion Vogelsberg war aufgrund seiner notwendigen Innenausrichtung und nicht zuletzt als eine der maßgeblichen Forderungen des Tourismuspolitischen Handlungsrahmen mehrfach notwendig.

Im Rahmen seit dem Jahre 2018 geführten gemeinsamen Gespräche u.a. der Verwaltungsspitzen der Kreise Vogelsberg, Wetterau und Gießen sowie der jeweiligen Geschäftsführungen und dem Umsetzungsmanagements wurde entgegen der ursprünglich grundsätzlichen Absicht zur zukünftigen Zusammenarbeit deutlich, dass aufgrund der neuen Destinationszuschnitte in Hessen eine weitere Zusammenarbeit mit dem Wetteraukreis bzw. dessen Kommunen nicht weitergeführt werden soll . Dies hat sich gegen Ende des Jahres 2018 auch in entsprechenden Gremienbeschlüssen gefestigt und in 2019 entsprechend fortgeführt. Im Ergebnis führte dies dazu, dass im Jahre 2020 acht Wetterauer Kommunen beschlossen, ihre Gesellschaftsanteile an den Vogelsbergkreis zu übertragen. Dies erfolgte mit Wirkung zum 01.01.2020. Ein entsprechender Übertragungsvertrag mit dem Gesellschafter Wetteraukreis wurde zwischenzeitlich abgeschlossen, da auch dieser sein Ausscheiden aus der Gesellschaft zum 31.12.2020 angekündigt hat.

Mit Feststellung des Jahresabschlusses für das 2018 und dem voraussichtlichen Verlust im Jahre 2019 wurde deutlich, dass ohne entsprechende Maßnahmen der Gesellschaft keine perspektivisch positive Weiterführung möglich sein werde. Im Rahmen der Gesellschafterversammlung im Januar 2019 wurden daher eine Erhöhung des Stammkapitals sowie eine angemessene Erhöhung der jährlichen Zuschüsse erstmals diskutiert. Eine zwischenzeitliche Überprüfung durch das Amt für Finanzen und Kassenwesen (Beteiligungscontrolling) des Vogelsbergkreises hat sich jedoch ergeben, dass es gesellschaftsrechtlich geboten sei, das Stammkapital von 150.750 Euro auf 25.011 Euro (§ 5 Abs.1 GmbHG) im vereinfachten Verfahren herabzusetzen (§ 58a GmbHG). Ein entsprechender Beschluss erging in der Gesellschafterversammlung vom 09.12.2019. In gleicher Sitzung wurde ebenso beschlossen, die jährlichen Zuschüsse für das Jahr 2020 um 25% zu erhöhen.

Bereits in der Sitzung vom 27.06.2019 hat die Gesellschafterversammlung beschlossen, für das Jahr 2019 einen Nachschuss an die Gesellschaft von insgesamt 30.000 € zu zahlen. Dieser wurde für die Gesellschafter entsprechend der für das 2019 bereits bewilligten Zuschüsse anteilig berechnet.

II. Darstellung der Lage

Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage:

Eigenkapital (TEUR):	29,7 (Vorjahr 24,6)
Anlagevermögen (TEUR):	2,6 (Vorjahr 3,4)
Umlaufvermögen (TEUR):	52,1 (Vorjahr 57,0)
Bilanzsumme (TEUR):	54,7 (Vorjahr 63,0)
Umsatzerlöse aus in Rechnung gestellten Leistungen (TEUR):	56,7 (Vorjahr 42,2)
Zuschüsse der Gesellschafter (TEUR):	297,3 (Vorjahr 266,8)
Eigenkapitalquote (%):	54,1 (Vorjahr 39,0)
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (TEUR):	5,0 (Vorjahr -30,0)

Aufgrund des relativ hohen Anteils der Personalkosten sowie der betrieblichen Aufwendungen mit nahezu fehlendem Einsparpotential war eine Einsparung ausschließlich im Bereich der Kommunikationsmittel/Marketing in dem Umfang nur bedingt möglich, ohne den zunehmenden Erfolg der bis dahin getroffenen Maßnahmen gänzlich aufzuheben. Hierfür notwendige, zukunftsorientierte Investitionen in die Darstellung des touristischen Contents in den stetig zu optimierenden Internetauftritt waren daher weiterhin unumgänglich und haben den Fortbestand einer positiven Entwicklung gesichert.

Die Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen die üblichen Positionen für die Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses, Rückstellungen für noch nicht genommenen Urlaub und ausstehende Eingangsrechnungen.

Die Erhöhung der Umsatzerlöse, ohne Berücksichtigung der Zuschüsse der Gesellschafter beruht im Wesentlichen auf den Anzeigenerlösen im Zusammenhang mit der Erstellung des „Wanderpocket-Guides", der ca. im dreijährigen Turnus erscheint.

Die Verträge über die Zuschussgewährung mit den kommunalen Gesellschaftern und Kreisen sicherten einen jährlichen Zuschuss zu den Betriebskosten von rd. 297.300 TEUR im Jahr 2019. Ca. 80% werden für den allgemeinen Geschäftsbetrieb im Rahmen der wirtschaftsfördernden Tätigkeit benötigt. Darin enthalten sind die Personalkosten. 20% stehen für nicht refinanzierbare, imageförderndne und strategische Marketingmaßnahmen zur Verfügung.

Aufgrund der Zunahme der Aufgaben, der notwendigen Investitionen im Bereich der Digitalisierung ist finanzielle Stabilität der Gesellschaft nicht unerheblich beeinträchtigt, sondern vor

allem durch die strukturellen Probleme verstärkt. Dies schwächt maßgeblich die zielgerichtete Aufgabenerfüllung und deren Erfolg.

Trotz der alljährlich durch die Geschäftsführung erfolgten Hinweise auf die unzureichende finanzielle Ausstattung der Gesellschaft hat insbesondere auch im Rahmen der Vorstellung der Prüfberichte der letzten Jahre der Wirtschaftsprüfer die Gesellschafter eindringlich auf die unzureichende finanzielle Ausstattung und damit fehlende Perspektive hinsichtlich einer gemäß des Gesellschaftsvertrags erfolgsorientierten Aufgabenerfüllung hingewiesen. Er stellte gleichzeitig fest, dass seitens der Gesellschaft hier bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Lösungsansätze erkennbar sind.

Die Geschäftsstelle leiste angesichts der begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel und Ausstattung eine anerkannt gute Arbeit, die sich nicht zuletzt auch in stetig steigenden Ankunfts- bzw. Übernachtungszahlen ablesen lasse. Jedoch werde das Geschäftsmodell in seiner bisherigen bzw. aktuellen finanziellen Ausstattung sich ständig als defizitär erweisen. Perspektivisch werde im Zeitraum von maximal ein bis zwei Jahren die Gesellschaft ohne entsprechende Veränderungen die Insolvenzreife erreichen.

Mit Feststellung des Jahresabschlusses für das 2018 und dem voraussichtlichen Verlust bzw. geringen Überschuss im Jahre 2019 wurde deutlich, dass ohne entsprechende Maßnahmen der Gesellschaft keine perspektivisch positive Weiterführung möglich sein wird. Im Rahmen der Gesellschafterversammlung im Januar 2019 wurden daher eine Erhöhung des Stammkapitals sowie eine angemessene Erhöhung der jährlichen Zuschüsse erstmals diskutiert.

Vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage der Gesellschaft aufgrund der Fehlbeträge in den letzten Jahren, hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 11.06.2019 der Gesellschafterversammlung empfohlen, das Stammkapital um 100.000 Euro zum 01.01.2020 zu erhöhen. Eine zwischenzeitliche Überprüfung durch das Amt für Finanzen und Kassenwesen (Beteiligungscontrolling) des Vogelsbergkreises hat jedoch ergeben, dass es gesellschaftsrechtlich geboten ist, das Stammkapital von 150.750 Euro auf 25.000 Euro (§ 5 Abs. 1 GmbHG) im vereinfachten Verfahren herabzusetzen (§ 58a GmbHG).
Mit dieser Stammkapital-Herabsetzung wird dem Umstand der zwischenzeitlich eingetretenen Verluste Rechnung getragen. Diesem Ziel diente auch die in der Gesellschafterversammlung am 27.06.2019 beschlossene Nachzahlung von insgesamt 30.000 Euro für das Geschäftsjahr 2019. Darüber hinaus wurde eine Erhöhung der Zuschüsse um 25% ab dem 2020 beschlossen. Diese Maßnahmen haben die Finanz- und Liquiditätslage der Gesellschaft nachhaltig verbessert.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war aufgrund ausreichender Bankguthaben im abgelaufenen Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben.

III. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken

Risikobericht und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Den Tourismusorganisationen in Deutschland stehen umfassende Veränderungen durch den Markt, in der Finanzierung und bei den rechtlichen Rahmenbedingungen bevor. Vor allem die regionalen Organisationen - wie die Region Vogelsberg Touristik GmbH der (DMO) - als Schnittstelle zwischen Landes- und Ortsebene sehen sich dabei mit einem völlig neuen Selbstverständnis konfrontiert.
Die aktuelle Situation in der Destination Vogelsberg stellt sich weiterhin so dar, dass aufgrund mangelnder Ressourcenausstattung die Aufgaben einer Destinationsmanagementorganisation von der Region Vogelsberg Touristik GmbH nicht oder nicht hinreichend wahrgenommen werden können. Es wird im Wesentlichen eine „Vermarktungsfunktion" ausgeübt. Der kleinteilige Destinationszuschnitt erschwert eine effektive Marktbearbeitung zusätzlich. Sollten die notwendigen Voraussetzungen nach Wahrung einer Frist nicht erfüllt werden können, kann

eine vollständige Veränderung des Status und / oder der Gebietskulisse notwendig werden. Der Destinationsstatus kann nur bei ausreichender Finanzierungsperspektive anerkannt werden. Hierzu ist neben der erfolgten Klärung der Gebietskulisse und der Finanzierungsbereitschaft auch eine stärkere Willensbildung erforderlich.

Vor dem Hintergrund der sich hieraus ergebenden Fragestellungen und Herausforderungen haben Ende 2019 erste Gespräche zwischen den Geschäftsführungen der Region Vogelsberg Touristik GmbH und des Geoparks Vulkanregion Vogelsberg hinsichtlich einer möglichen organisatorischen Zusammenlegung stattgefunden. Hierbei stehen seitens der Region Vogelsberg Touristik GmbH der verbesserte Mittel- und Personaleinsatz, sowie die Fokussierung der Tätigkeiten im Hinblick auf die Umsetzung der touristischen (Marken-) Strategie im Fokus. Dieser Prozess soll Ende des Jahres 2020 abgeschlossen werden und zum 01.01.2021 eine Umstrukturierung der Gesellschaft unter Einbeziehung des Geoparks erfolgen.

Einhergehend mit dem Beschluss zur Kapitalherabsetzung auf 25.011 € erfolgte im Dezember 2019 der Beschluss die jährlichen Zuschüsse ab 2020 um 25% zu erhöhen. Gleichzeitig erfolgte jedoch das Ausscheiden des Wetteraukreises als Gesellschafter sowie der Wetterauer Kommunen zum Jahresanfang. Somit relativiert sich die Zunahme der jährlichen Zuschüsse entsprechend.
Vor dem Hintergrund der u.a. mit der angestrebten Umstrukturierung der Gesellschaft unter Einbeziehung des Geoparks und einer damit einhergehenden inhaltlichen Neuausrichtung sowie der hiervon unabhängigen besseren finanziellen Ausstattung der Gesellschaft ist kurz- bis mittelfristig eine Weiterführung gesichert.

Aufgrund der im März erfolgten Einschränkungen infolge der Covid-19 Pandemie wurden Ausgaben im Marketingbereich notwendigerweise entweder gestrichen oder auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Obwohl sich hierdurch gleichzeitig auch die Erträge aufgrund von Marketingkooperationen bzw. Beteiligungen verringern, ist ein deutlich positives Jahresergebnis zu erwarten.

Der zu erwartende deutliche Rückgang der Gäste- und Übernachtungszahlen für das Jahr 2020 aufgrund der COVID19-Pandemie keinen direkten Einfluss auf die Gesellschaft, da Umsatzerlöse oder -verluste nicht von diesen Parametern abhängig sind. Die Aufgaben der Gesellschaft beruhen im Wesentlichen im Bereich der Vermarktung und nicht im (provisionsgebundenen) Vertrieb von Unterkünften bzw. Betten.

Schotten, den 30.10.2020

Region Vogelsberg Touristik GmbH

Roger Merk, GF

6.2.2.10. Jahresbericht Zweckverband Naturpark Vulkanregion Vogelsberg - Ergänzung zu Kapitel 3.5.5.

Auszug aus dem Jahresbericht der Geschäftsstelle

Zusammenarbeit mit den Kommunen und Hessen - Forst

Der Naturpark - Pflegetrupp hat im Haushaltsjahr 2019 an der Pflege und qualitativen Verbesserung der zahlreichen Anlagen in seiner Zuständigkeit gearbeitet.

Im Arbeitsjahr 2019 wurden die Mitarbeiter des Pflegetrupps schwerpunktmäßig für die Pflege und Instandsetzung der Wander- und Radwanderwege, der Spielplätze und der Loipen eingesetzt. Hierzu gehörte auch die Erneuerung einer Brücke, die Erneuerung zahlreicher Hüttendächer und ein neuer Fotopoint für den Verein „Erlebnisberg Hoherodskopf“.

Nur mit Unterstützung der Bauhöfe und Verwaltungen einiger Kommunen war die Fülle der Aufgaben zu erledigen. Dank gilt auch der Forstverwaltung, insbesondere dem Heimatforstamt Schotten für die Unterstützung bei der Unterhaltung der Wanderwege und Loipen. Im Jahr 2018 wurde der bisherige Gestattungsvertrag mit HessenForst gegen einen neuen Kooperationsvertrag ersetzt. Dazu gehört auch die aufwendige Neuerfassung aller Naturparkanlagen im Staatswald. Diese Tätigkeit wird das Personal im Naturpark bis 2020 weiter beschäftigen. Bis Mitte 2020 soll die Neuerfassung aller Naturparkanlagen, auch solche in der Zuständigkeit der Mitgliedskommunen, abgeschlossen werden.

Die Beschäftigung der Naturparkmitarbeiter in den Naturschutzgebieten des Forstamtes ist rückläufig.
Daraus resultieren auch rückläufige Einnahmen. Der Naturpark ist auf Grund der Lohnstruktur (TVÖD) im Vergleich zu privaten Anbietern nicht konkurrenzfähig.

Die vom Naturpark zu pflegenden Anlagen und die Gesamtheit der Aufgaben lasten die Außendienstmitarbeiter, das Infozentrums-Personal und die Geschäftsstelle voll aus. Krankheitsbedingte Ausfälle führen regelmäßig zur Überlastung des verbliebenen Personals.
Die Übernahme weiterer Aufgaben ist ohne personelle Verstärkung nicht mehr möglich.

Personalstand

Neben den Stammarbeitern des Naturparks und der Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle werden seit vielen Jahren weitere Mitarbeiter auf der Basis „geringfügiger Beschäftigung“ eingesetzt. Es handelt sich vorwiegend um Rentner, die im Verbandsgebiet für die Müllentsorgung und die Pflege kleinerer Anlagen eingesetzt werden. Die gesetzlichen Regelungen dieser Beschäftigungsverhältnisse bringen einen hohen Verwaltungsaufwand mit sich. Auch die Antragsstellung und Abwicklung von Landes- und EU- Zuschüssen ist bürokratisch sehr aufwendig.
Wir danken an dieser Stelle dem Vogelsbergkreis, der Stadt Schotten und ihren Mitarbeitern für die Übernahme von Verwaltungstätigkeiten bei der Bearbeitung der Löhne.
Durch den Weggang des Kassenleiters Mitte des Jahres 2019, werden die Kassengeschäfte derzeit vertretungsweise von Bediensteten der Kreiskasse erledigt. Die Aufstellung des doppischen Haushaltsplanes für 2020 erfolgte mit Unterstützung aus dem Amt für Finanzen und Kassenwesen. Auf Grund der Komplexität der vom Gesetzgeber vorgeschriebenen „Doppischen Buchführung“ kann die Geschäftsstelle diese Arbeiten ohne die Hilfe durch das Fachpersonal des Kreises nicht mehr bewältigen.

Das Projekt „Vogelsberg-Garten“ in Ulrichstein wird seit Jahren von Herrn Richard Golle betreut. Er arbeitet nicht nur selbst als Gärtner, sondern koordiniert auch den Einsatz des städt. Bauhofes, der ehrenamtlichen Helfer, der Schulklassen und Kindergartengruppen. Weiterhin

organisiert er öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und unterstützt die Akquise weiterer Fördermittel. Es wurden viele Maßnahmen in 2019 umgesetzt und der Vogelsberggarten weiter aufgewertet. Alle anfallenden Lohnkosten werden nach Abschluss des Jahres vom Naturpark dem Förderverein in Rechnung gestellt.

Informationszentrum Hoherodskopf und Werkstatt

Seit 2008 liegen die Mittelbewirtschaftung und der Betrieb des NIZ in den Händen der Naturparkgeschäftsstelle. Das Personal wurde im Wesentlichen aus den Reihen der Naturparkführer rekrutiert. Damit ist eine umfassende und kompetente Beratung der Gäste und Besucher sichergestellt. Die Einrichtung wird in Kooperation mit der Gesellschaft für Tourismus und Stadtmarketing Schotten geführt und erfreut sich wegen der großzügigen Öffnungszeiten steigender Beliebtheit mit ca. 30 – 35.000 Gästen pro Jahr.
Die Mittel zum Betrieb der Einrichtung werden im Rahmen der institutionellen Förderung vom Land Hessen bereitgestellt. Der Naturpark hat im Oktober 2016 durch einen Anbau die Ausstellungsfläche erweitert.

Im August 2018 wurde die neue Gemeinschaftsausstellung des Naturparks, Geoparks und des Naturschutzgroßprojektes eröffnet. Die Maßnahme wurde zu 50 % aus EFRE – Mitteln gefördert.
Die neue Ausstellung hat im Vergleich zur vorhergehenden ein gänzlich neues Erscheinungsbild und andere Inhalte. Diese Veränderung wurde von den bisherigen Besuchern auch teilweise kritisch bewertet. Insbesondere der Wegfall des musealen Teils (ausgestopfte Tierpräparate/Dioramen) wurde im Gästebuch bemängelt. Die neuen Informationen zu den Institutionen Naturpark, Geopark und Naturschutzgroßprojekt werden jedoch insgesamt positiv bewertet. An der Vervollständigung der Ausstellung wird weiter gearbeitet.
Mit der TS (Tourismus und Stadtmarketing Schotten) wurde ein Vertrag über den zukünftigen Betrieb des NIZ geschlossen.

Naturparkführer

Die vom Naturpark ausgebildeten Geo-/Naturparkführer/innen haben ein weiteres erfolgreiches Jahr vorzuweisen. Die Nachfrage nach geführten Wanderungen, Radwanderungen und anderen Ausflügen ist zu einem festen Bestandteil im touristischen Spektrum unserer Region geworden.
2019 wurde der Veranstaltungskalender letztmalig in Zusammenarbeit mit dem Geopark Vulkanregion Vogelsberg herausgegeben.
Ab 2020 wird dieses Druckwerk ersetzt durch die Herausgabe von 4 Infobroschüren (Landfrühling/Sommerfrische/Landherbst/Winterzeit) der Region Vogelsberg Touristik GmbH. Diese beinhalten die gleichen Gästeinformationen und weitere damit verbundene Angebote aus der Region. Die Eingabe der Daten erfolgt jetzt von allen Geo-/ Naturparkführern direkt über das Internet. Inzwischen ist es zu mehreren Kooperationen zwischen den Naturparkführern und touristischen Anbietern, Hotels und der Gastronomie gekommen.
Das erweiterte Angebot hat zu spürbar besserer Nachfrage und einer längeren Aufenthaltsdauer bei den Gästen der Region geführt.
Der größte Teil der Geo-/Naturparkführer/innen wurde durch das Infozentrum Hoherodskopf vermittelt.

Schotten, 03.12.2019

Rolf Frischmuth
Geschäftsführer

6.2.2.11. Lagebericht Servicebetrieb Landkreis Gießen - Ergänzung zu Kapitel 3.6.1.

Servicebetrieb Landkreis Gießen

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

Vorschriften und Rahmenbedingungen

Der Servicebetrieb Landkreis Gießen wird als Eigenbetrieb entsprechend den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes geführt.
Mit Grundsatzbeschluss des Kreistages vom 10.09.2012 wurde der Servicebetrieb zum 01.01.2013 gegründet. Die Satzung des Servicebetriebes Landkreis Gießen wurde in der Sitzung des Kreistages am 10.09.2012 beschlossen.
Die Satzung des Servicebetriebes Landkreis Gießen vom 10.09.2012, wurde zuletzt am 16.11.2015 geändert.
Am 05.10.2015 hat der Kreistag die Eingliederung der Bauunterhaltung in den Servicebetrieb ab 01.01.2016 beschlossen.
Zu den Aufgaben des Servicebetriebes gehört somit die Gebäudereinigung, Hausmeisterdienste, Bauunterhaltung der kreiseigenen Schul- sowie Verwaltungsliegenschaften, Abwicklung von Versicherungsschäden an Schulen, EDV-Support an den Schulen, Umzugsmanagement in den Verwaltungsliegenschaften sowie Energiemanagement.
Der Servicebetrieb ist somit mit den o. g. Aufgaben für 54 Schulen zzgl. Verwaltungsgebäuden an sechs Standorten zuständig.
Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 wurde in der Kreistagssitzung am 12.11.2018, parallel zur Einbringung des Haushalts des Landkreises Gießen, beschlossen. In der Kreistagssitzung am 11.11.2019 wurde ein Nachtrag, für den Wirtschaftsplan 2019, beschlossen.

Geschäftsentwicklung

Die Aufwendungen für das Geschäftsjahr 2019 liegen in Summe 597.106,54 € unter dem Planansatz (gemäß Nachtrag), haben sich somit verbessert.
Der folgenden Tabelle ist zu entnehmen, dass die indexierten Bauunterhaltungskosten mit 349.650,26 € unter dem Planansatz liegen. In Höhe dieses Minderaufwands wurden jedoch bereits 2019 entsprechende Aufträge erteilt.
Ferner stehen für Bauunterhaltungszwecke noch seitens des Kreises Finanzmittel aus der Zeit vor Übernahme des Aufgabengebiets "Bauunterhaltung" zu Verfügung. Auf

diese Mittel wurde in den vergangenen Jahren sukzessive zurückgegriffen und in 2019 wurden diese Finanzmittel von 68,7 T€ auf 45,5 T€ reduziert.

Ist-Planvergleich des Gesamtaufwands je Produkt für 2019

	Aufwand Ist 2019	Aufwand Plan 2019	Abweichung 2019	Abweichung ohne Bauunterhaltung
	€	€	€	€
Reinigung	4.600.431,12	4.625.462,00	-25.030,88	-25.030,88
Hausmeister	2.306.710,02	2.365.118,00	-58.407,98	-58.407,98
Bauunterhaltung indexiert	4.986.349,74	5.336.000,00	-349.650,26	
Bauunterhaltung nicht indexiert	1.163.357,72	1.234.320,00	-70.962,28	-70.962,28
EDV Support	200.702,28	238.000,00	-37.297,72	-37.297,72
Asylunterkünfte	41.384,98	46.000,00	-4.615,02	-4.615,02
Sonstiges	85.193,20	128.700,00	-43.506,80	-43.506,80
Integration	121.464,40	129.100,00	-7.635,60	-7.635,60
Summe	13.505.593,46	14.102.700,00	-597.106,54	-247.456,38

Ist-Planvergleich des Gesamtaufwands je Produkt für 2018

	Aufwand Ist 2018	Aufwand Plan 2018	Abweichung 2018	Abweichung ohne Bauunterhaltung
	€	€	€	€
Reinigung	4.456.637,22	4.777.783,00	-321.145,78	-321.145,78
Hausmeister	2.250.914,35	2.473.317,00	-222.402,65	-222.402,65
Bauunterhaltung indexiert	4.530.613,53	3.710.000,00	820.613,53	
Bauunterhaltung nicht indexiert	1.059.174,09	1.177.800,00	-118.625,91	-118.625,91
EDV Support	166.733,67	220.400,00	-53.666,33	-53.666,33
Asylunterkünfte	50.292,16	64.900,00	-14.607,84	-14.607,84
Sonstiges	100.139,39	0,00	100.139,39	100.139,39
Integration	39.363,54	30.400,00	8.963,54	8.963,54
Summe	12.653.867,95	12.454.600,00	199.267,95	-621.345,98

Die Aufwendungen für die Bauunterhaltung (indexiert) sind rund 456 T€ höher als im Vorjahr. Bereits in 2018 waren die Aufwendungen Bauunterhaltung um 519 T€ höher als im Jahr 2017.

Die Aufwendungen für Reinigung sind um rund 144 T€ gestiegen, die Aufwendungen für Hausmeister sind um rund 56 T€ gestiegen.

Das satzungsgemäß ausgeglichene Jahresergebnis wird durch die Betriebskostenzuschüsse des Landkreises Gießen erzielt.

Umweltschutz

Der Servicebetrieb misst dem Schutz der Umwelt und dem verantwortungsbewussten Umgang mit Ressourcen große Bedeutung bei. Im Reinigungsbereich werden auch weiterhin für die tägliche Unterhaltsreinigung ausschließlich kennzeichnungsfreie Produkte verwendet.

Darstellung der Lage

Darstellung der Vermögenslage

	31.12.2019		31.12.2018	
	TEUR	%	TEUR	%
Anlagenvermögen	350,7	31,39%	352,3	44,68%
Sonstige Aktiva	766,7	68,61%	436,2	55,32%
Aktiva	1.117,4	100,00%	788,5	100,00 %
Eigenkapital	200,0	17,90%	200,0	25,36%
Sonderposten mit Rücklageanteil	196,4	17,58%	299,9	25,35%
Kurz- und mittelfristiges Fremdkapital	721,0	64,52%	388,6	49,29%
Passiva	1.117,4	100,00%	788,5	100,00%

Der Anteil des langfristig gebundenen Anlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt 31,39 %. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die betriebsnotwendigen Gegenstände zur Leistungserbringung in den Bereichen Reinigungsdienstleistungen und Hausmeistertätigkeiten.

Beim Eigenkapital handelt es sich um die vollständig eingezahlte Netto-Position, die dem Eigenbetrieb durch den Landkreis Gießen zur Verfügung gestellt wurde. Der Sonderposten resultiert aus Investitionszuschüssen des Landkreises Gießen. Diese Position wird ratierlich ertragswirksam aufgelöst. Das kurz- und mittelfristige Fremdkapital setzt sich aus Rückstellungen (441 T€) und Verbindlichkeiten (280 T€) zusammen.

Die Finanzströme des Servicebetriebs zeigt folgende Kapitalflussrechnung:

	2019 TEUR	2018 TEUR
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	49	43
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-78	-77
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	29	34
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	0	0

Da der Servicebetrieb selbst über keine eigenen liquiden Mittel verfügt, erfolgt die Abwicklung des Zahlungsverkehrs unter Zuhilfenahme eines Verrechnungskontos durch die Kasse des Landkreises Gießen. Die Zahlungsfähigkeit des Servicebetriebs ist somit durch die Liquidität des Landkreises Gießens zu jeder Zeit gewährleistet.

Für etwaige anstehende Investitionen hat sich der Landkreis Gießen bereit erklärt, notwendige Investitionszuschüsse zu gewährleisten, sofern die Anschaffungen nicht aus Abschreibungen finanziert werden können. Weiterhin werden die entstehenden Betriebskosten durch den Landkreis Gießen in Form von Zuschüssen abgedeckt.

Entwicklung der Rückstellungen

	Stand 01.01.2019	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2019
Rückstellung für Zeitguthaben	131.000,00 €	-131.000,00 €		186.500,00 €	186.500,00 €
Rückstellung für Urlaubsguthaben	95.800,00 €	- 95.800,00 €	- €	147.100,00 €	147.100,00 €
Rückstellung für Personalgestellung	24.471,00 €			44.217,00 €	68.688,00 €
Rückstellung für Leistungsentgelte	26.400,00 €	- 26.400,00 €		26.700,00 €	26.700,00 €
Rückstellung für Abschluss- und Prüfungskosten	8.500,00 €	- 8.330,00 €	- 170,00 €	8.500,00 €	8.500,00 €
Rückstellung für Reisekosten	3.400,00 €	- 3.400,00 €		3.700,00 €	3.700,00 €
Gesamt	289.571,00 €	- 264.930,00 €	- 170,00 €	416.717,00 €	441.188,00 €

Die Rückstellungen sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Einer der Gründe sind die Langzeiterkrankungen, insbesondere aus dem Reinigungs- und Hausmeisterbereich, sowie die Fluktuation im Reinigungsbereich, die durch Mehrarbeit anderer Mitarbeiter aufgefangen wurde.

Tabellarisch lässt sich das wie folgt darstellen:

	Soll (Stellen)	Ist (Stellen)	Langzeitkrank (Person)	Arbeitsunfähig (Person)
1. Quartal	170,79	145,07	11	21
2. Quartal	170,79	143,82	13	11
3. Quartal	170,79	148,28	15	11
4. Quartal	170,79	148,97	20	5

Grundlage ist der Stellenplan (Soll und Ist lt. Stellenplan), In der Spalte „Langzeitkranke Person“ wird die Anzahl der Personen dargestellt, die zum Stichtag, länger als 6 Wochen krank waren. In der Spalte „Arbeitsunfähig Person“ werden Personen angezeigt, die zum Stichtag weniger als 6 Wochen krank waren.

Im Jahr 2019 konnte die Reinigung trotz dessen immer gewährleistet werden. Dies wurde unter anderem durch Überstunden von anderen Kollegen*innen sichergestellt. Viele der Beschäftigten möchten die Mehrstunden durch Freizeitausgleich abbauen.

Darstellung der Ertragslage

	2018 T€	2019 T€
Umsatzerlöse, Betriebskostenzuschüsse	12.575	13.398
Materialaufwand	4.925	5.468
Personalaufwand	6.826	7.183
sonstige betriebliche Erträge	79	107
Abschreibungen	79	79
sonstige betriebliche Aufwendungen	822	773
Betriebsergebnis	2	2
Finanzergebnis	0	0
Sonstige Steuern	2	2
Jahresergebnis	0	0

Aufgrund der Betriebskostenzuschüsse durch den Landkreis Gießen, die sich nach den entstandenen Erträgen und Aufwendungen des Geschäftsjahres bemessen, wird das satzungsgemäß vorgesehene ausgeglichene Jahresergebnis erzielt.

Die Kosten für Reinigungs- und Hausmeisterdienstleistungen unterschreiten den angepassten Vergleichswert für das Jahr 2011 um 475 T€.

	2018 T€	2019 T€
Vergleichsrelevanter Aufwand	6.707	6.960
Angepasste Vergleichswerte aus 2011	7.183	7.410
Unterschreitung	475	450

Der angepasste Vergleichswert 2011 berücksichtigt Tariferhöhungen und Preissteigerungen.

Entwicklung des Personals

Zum Stichtag 31.12.2019 waren im Servicebetrieb 250 Arbeitnehmer (= 148,97 Vollzeitäquivalente (VZÄ)) beschäftigt. Davon waren 172 (= 84,59 VZÄ) für Reinigungsdienstleistungen, 48 (= 38,55 VZÄ) für Hausmeistertätigkeiten (davon eine Person im Bereich Asyl), 5 (= 5 VZÄ) für den EDV-Support, 21 (= 18,05 VZÄ) im Overhead und 4 (= 2,78) im Bereich Integration tätig.

Im Geschäftsjahr 2019 sind Personalaufwendungen in Höhe von Höhe von 5.544.932,37 Euro für Löhne und Gehälter sowie 1.638.650,12 Euro für soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung angefallen. Für Personalgestellung und Leiharbeitskräfte sind weitere 121.360,10 Euro angefallen.

Die Summe, in Höhe von 7.304.942,59 € (= 7.183.582,49 € + 121.360,10 €) verteilt sich wie folgt:

Reinigungskräfte	3.777.089,11
Hausmeister	1.894.788,90
Overhead	462.612,11
EDV-Support	200.411,13
Bauunterhaltung	722.872,33
Asyl	41.442,04
Sonstiges	84.475,62
Integration	121.251,35

Die stetig steigende Reinigungsdienstleistung aufgrund der Nachmittagsbetreuung und der Betreuung in den Ferienzeiten erfordert mittelfristig eine Anhebung des Stellenplanes.

Entwicklung in der Nachmittagsbetreuung:

Jahr	Anzahl der Schulen
2015/2016	20
2016/2017	27
2017/2018	30
2018/2019	31
2019/2020	32

Stellenbesetzung

Im Geschäftsjahr 2019 fanden mehrere Stellenbesetzungsverfahren statt. Sechs Stellenbesetzungsverfahren im Reinigungsbereich, zwei Stellenbesetzungsverfahren im Hausmeisterbereich, neun Stellenbesetzungsverfahren im Overhead und acht Stellenbesetzungsverfahren in der Bauunterhaltung.

Fortbildungsangebote

Im Geschäftsjahr 2019 wurden den Reinigungskräften der Lehrgang „Erste Hilfe Ausbildung“ am 11.01.2019 in zwei Kursen angeboten. Zudem fand für Hausmeister, Reinigungskräfte und den Overhead in 3 Kurseinheiten am 06.05./ 13.05./und 20.05.2019 Gesundheitspräventionskurse statt. Inhaltlich wurde Achtsamkeit, Rückentraining und Entspannungsübungen angeboten.
Des Weiteren wurden die Reinigungskräfte am 28.06.2019 gemäß §12 Arbeitsschutzgesetz und §14 Gefahrstoffverordnung unterwiesen.

Nachtragsbericht

Wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres liegen nicht vor.

Chancen

Durch eine kontinuierliche Anpassung der Reinigungsreviere bei jeglicher Veränderung wird der Reinigungsbereich laufend weiterhin optimiert. Das gleiche trifft auch auf die Optimierungen im Hausmeisterbereich zu.
Durch regelmäßig geschultes Fachpersonal ist der Servicebetrieb in der Lage auch zukünftig fachgerechte Unterhalts- und Grundreinigung zur Werterhaltung der Gebäude durchzuführen.

Risiken

Es bestehen keine wesentlichen Risiken, da der Servicebetrieb nahezu ausschließlich für den Landkreis Gießen tätig ist. Die Abwicklung der liquiden Mittel erfolgt durch die Kreiskasse des Landkreises Gießen. Die Zahlungsfähigkeit des Servicebetriebs ist somit durch die Liquidität des Landkreises Gießens zu jeder Zeit gewährleistet.
Bedingt durch die Corona-Krise ist davon auszugehen, dass im Jahr 2020 die Ansätze des Wirtschaftsplans nicht mehr angemessen sind und der Servicebetrieb voraussichtlich einen höheren Zuschussbedarf benötigt.
Im Übrigen hoffen wir, dass unsere Arbeitnehmer gesund bleiben.

Gießen, den 27.05.2020

Sascha Ott
Betriebsleiter

6.2.2.12. Lagebericht ekom 21 – KGRZ Hessen - Ergänzung zu Kapitel 3.6.3.

1. Grundlagen des Unternehmens

Die ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen (ekom21 - KGRZ Hessen) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die mit Wirkung zum 1. Januar 2008 aus dem Zusammenschluss der ehemaligen Kommunalen Gebietsrechenzentren Kassel und KIV in Hessen hervorgegangen ist. Der Sitz der Körperschaft ist Gießen. Sie unterhält weitere Standorte in Kassel und Darmstadt.

Die ekom21 – KGRZ Hessen bietet für öffentliche Verwaltungen, insbesondere Kommunalverwaltungen und kommunale Unternehmen sowie artverwandte Einrichtungen, folgende Leistungen an:

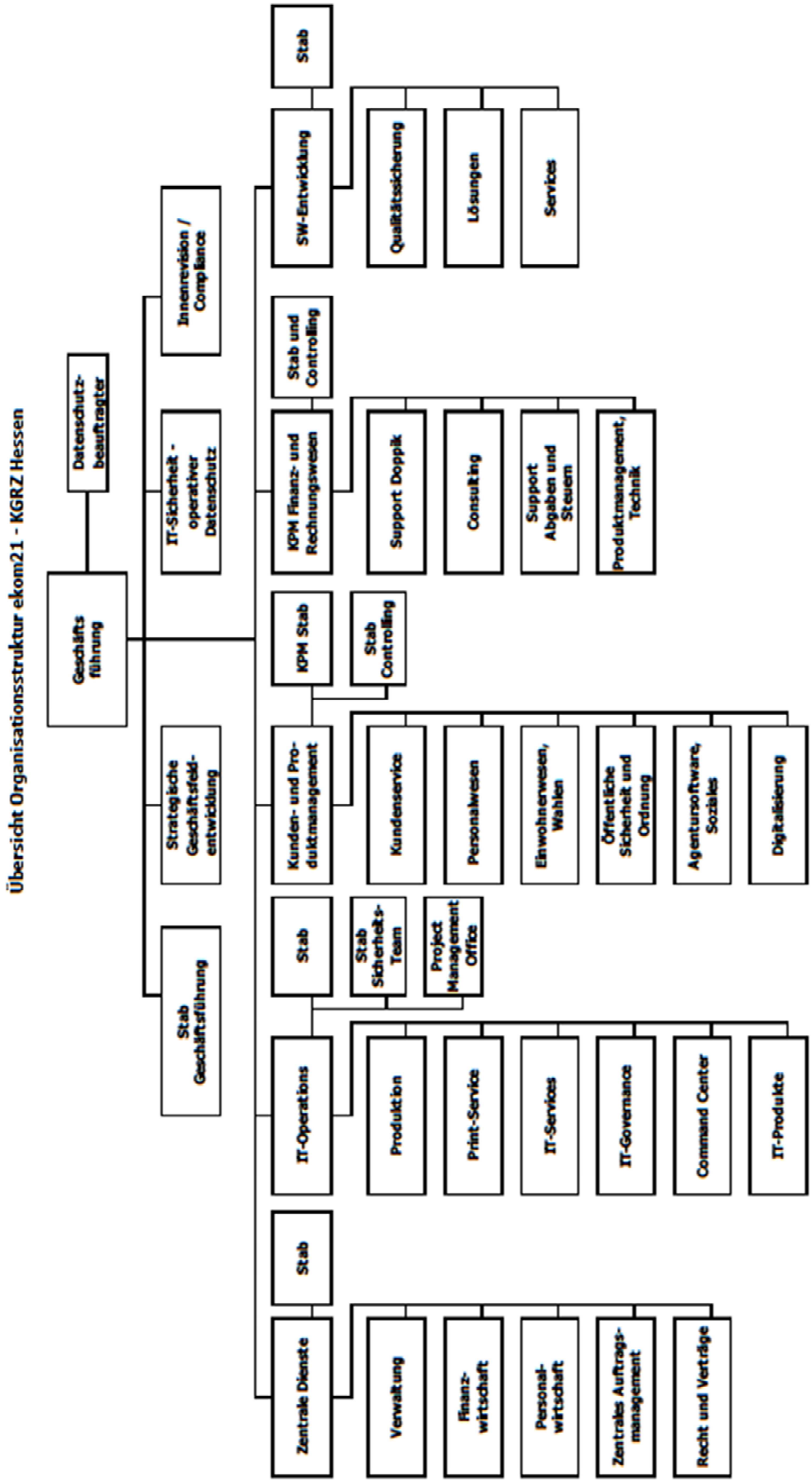
- Bereitstellung von informationstechnischen Anlagen und Lösungen,
- Entwicklung, Wartung und Vertrieb von Informationstechnologien,
- Betriebliche Abwicklung von Verfahren der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) sowie
- Beratung, Schulung und Dienstleistungen aller Art auf dem IuK-Sektor.

Für die ekom21 – KGRZ Hessen sind das Hessische Datenverarbeitungsverbundgesetz (DV-VerbundG), das Hessische Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG), das Hessische Eigenbetriebsgesetz (EigBGes) sowie die Satzung die ekom21 – KGRZ Hessen in der jeweils gültigen Fassung maßgebend.

Das Geschäftsgebiet der ekom21 – KGRZ Hessen umfasst räumlich die kreisfreien Städte Kassel, Darmstadt, Frankfurt am Main und Offenbach sowie die Landkreise Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Fulda, Gießen, Groß-Gerau, Hersfeld-Rotenburg, Hochtaunuskreis, Kassel, Lahn-Dill-Kreis, Limburg-Weilburg, Main-Taunus-Kreis, Marburg-Biedenkopf, Main-Kinzig-Kreis, Odenwaldkreis, Offenbach, Rheingau-Taunus-Kreis, Schwalm-Eder, Vogelsbergkreis, Waldeck-Frankenberg, Wetterau und Werra-Meißner.

Der ekom21 - KGRZ Hessen gehören insgesamt 378 Städte und Gemeinden, 21 Landkreise, das Land Hessen sowie 100 sonstige Mitglieder an.

Der Wirtschaftsplan der ekom21 – KGRZ Hessen weist einen Gewinn in Höhe von 179.100,00 Euro aus. Das Jahresüberschuss 2019 beträgt 609.313,17 Euro.


Übersicht Organisationsstruktur ekom21 - KGRZ Hessen
Geschäfts-führung
Datenschutz-beauftragter
Innenrevision / Compliance
IT-Sicherheit - operativer Datenschutz
Strategische Geschäftsfeld-entwicklung
Stab Geschäftsführung
Stab
SW-Entwicklung
Qualitätssicherung
Lösungen
Services
Stab und Controlling
KPM Finanz- und Rechnungswesen
Support Doppik
Consulting
Support Abgaben und Steuern
Produktmanagement, Technik
KPM Stab
Stab Controlling
Kunden- und Pro-duktmanagement
Kundenservice
Personalwesen
Einwohnerwesen, Wahlen
Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Agentursoftware, Soziales
Digitalisierung
Stab
Stab Sicherheits-Team
Project Management Office
IT-Operations
Produktion
Print-Service
IT-Services
IT-Governance
Command Center
IT-Produkte
Stab
Zentrale Dienste
Verwaltung
Finanz-wirtschaft
Personal-wirtschaft
Zentrales Auftrags-management
Recht und Verträge

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland war im Jahr 2019 durch positive Wachstumsdynamiken geprägt. Das Statistische Bundesamt stellt dazu fest: „Die deutsche Wirtschaft ist auch 2019 gewachsen, wenngleich weniger dynamisch als in den Jahren zuvor. Das Bruttoinlandsprodukt ist im zehnten Jahr in Folge gestiegen, dies ist die längste Wachstumsphase im vereinten Deutschland."[1]

Laut „Stadtfinanzen 2019"[2], herausgegeben vom Deutschen Städtetag, war die wirtschaftliche Lage auch aus kommunaler Sicht im Wesentlichen gut: „Überschüsse sind zu verzeichnen, die Investitionen sind angestiegen". Dementsprechend konnten die Kommunen im vergangenen Jahr einen Finanzierungsüberschuss von 8,7 Milliarden Euro erzielen. Dies ist erfreulich, in Anbetracht des wirtschaftlichen Umfeldes aber auch angemessen.

Die Ergebnisse des KfW-Panels, durchgeführt vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), bestätigen, dass zugleich weiterhin ein hoher Investitionsstau besteht.[3]

Laut Branchenverband Bitkom lag die Digitalbranche, zu der auch die ekom21 als IT-Dienstleister gehört, in diesem allgemeinen positiven Wachstumstrend und konnte auch 2019 ihre Umsätze deutlich steigern. Dies gilt auch bei der Beschäftigung, hier wurden ca. 42.000 neue Jobs geschaffen.

„Die zunehmende Digitalisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft treibt das Wachstum in der Bitkom-Branche", sagt Bitkom Präsident Achim Berg – und appelliert zugleich an Unternehmen und Verwaltungen: „Gerade wenn sich die konjunkturelle Lage eintrübt, müssen die Unternehmen ihre Prozesse und Geschäftsmodelle überprüfen. Sie müssen effizienter und damit wettbewerbsfähiger werden und auf die wachstumsstarken Digitalmärkte setzen. Jetzt die notwendigen Investitionen in die Digitalisierung zurückzustellen, wäre fatal. Jetzt muss es heißen: nicht reden, sondern machen. Und in aller Konsequenz und ohne Wenn und Aber digitalisieren."[4]

Ein wesentlicher Treiber für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist das Onlinezugangsgesetz (OZG), das am 18. August 2017 in Kraft getreten ist. Es verpflichtet Bund, Länder und Kommunen bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale digital anzubieten.

[1] https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2020/01/bruttoinlandsprodukt-2019-012020.html
[2] http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/beitraege_stadtpolitik/beitraege_zur_stadtpolitik_114_stadtfinanzen_2019.pdf
[3] https://www.kfw.de/KfW-Konzern/KfW-Research/KfW-Kommunalpanel.html
[4] https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Bitkom-Branche-zeigt-stabiles-Wachstum

Es geht dabei um die Bereitstellung von mindestens 538 Online-Services für Bürgerinnen und Bürger entsprechend des Hessischen OZG-Umsetzungskatalogs[5]. Die Praxistauglichkeit der Strategie der ekom21 zur OZG-Umsetzung wurde 2019 am Beispiel zweier Portale demonstriert: Am 8. März 2019 wurde in Hessen das bundesweit erste OZG-konforme Standesamtsportal freigeschaltet. Alle hessischen Standesämter können seitdem darüber ihren Bürgerinnen und Bürgern die Beantragung von Personenstandsurkunden von zu Hause aus als Service anbieten. Am 5. Juni 2019 wurde dann das OZG-Sozialportal für OZG-Leistungen der Landkreise und der zuständigen Städte freigeschaltet. Bürgerinnen und Bürgern wird es damit ermöglicht, die Beantragung von Unterhaltsvorschussleistungen, die Übernahme von Kita-Gebühren sowie die Förderung von Kindertagespflege auf elektronischem Weg bei den hessischen Jugendämtern vorzunehmen. Diese beiden Portale sind „proof of concept" für den Ansatz der ekom21, OZG-Prozesse zentral zu erstellen und den Kommunen zum einfachen Verwenden durch Einbettung auf ihrer Website zur Verfügung zu stellen.

Die OZG-Umsetzung ist jedoch nur das Einstiegstor in die Digitalisierung – wichtiger noch ist die daran anschließende elektronische Vorgangsbearbeitung in der Behörde bis hin zur revisionssicheren Ablage in einer eAkte.

Für die flächendeckende Umsetzung dieses ambitionierten Ansatzes ist für ekom21 die enge Zusammenarbeit mit dem Land Hessen und den kommunalen Spitzenverbänden ein wesentlicher Faktor. Am 27. September 2019 haben das Land Hessen und die kommunalen Spitzenverbände eine Vereinbarung über eine Zusammenarbeit u. a. zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) mit den Kommunen unterzeichnet. Diese Vereinbarung bildet die Grundlage für die weitere Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und dem Land Hessen sowohl bei der Umsetzung des OZG als auch für die Unterstützung des Landes bei der Digitalisierung der Verwaltung bis einschließlich 2025. Insgesamt rund 37 Millionen Euro investiert das Land Hessen in die Verwaltungsdigitalisierung der Kommunen.

2.2. Geschäftsverlauf

Der erzielte Jahresüberschuss in Höhe von 609 TEUR fiel um knapp 172 TEUR besser aus als im Vorjahr.

Auf Seiten der Umsatzerlöse konnte eine Steigerung von 24.458 TEUR erzielt werden, welche im Wesentlichen auf den zunehmenden Verkauf von EDV-Handelswaren (+ 17.206 TEUR), höheren Produktionserlösen (+ 2.954 TEUR) sowie aus gestiegenen Dienstleistungserträgen (+ 2.294 TEUR) zurückzuführen war.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge um 698 TEUR resultierte vor allem aus der außerplanmäßigen Auflösung einer Rückstellung im Bereich Altersteilzeit (500 TEUR) und höheren Erträgen aus der Erstattung von Versorgungsbezügen (+ 420 TEUR).

Der Aufwandsbereich war insbesondere durch einen immensen Anstieg der Materialaufwendungen (+ 20.746 TEUR) geprägt. Diese ergaben sich insbesondere aus deutlichen Mehrausgaben für die Beschaffung von EDV-Handelswaren (+ 15.636 TEUR), der verstärkten Inanspruchnahme von externen Dienstleistungen (+ 2.537 TEUR) sowie aus höheren Softwarepflegegebühren (+ 1.310 TEUR).

[5] https://www.hsgb.de/egovernment/umsetzung-des-online-zugangsgesetzes-bitte-um-mitwirkung-1546597603/2019/01/04

Bei den Personalkosten ergab sich insgesamt eine Erhöhung um 2.447 TEUR, da neben den steigenden Gehaltszahlungen auch zusätzliche Rückstellungen für auszuzahlende Leistungsentgelte, Pensionen und sonstige Personalansprüche (u.a. Überstunden, Urlaub usw.) gebildet werden mussten. Rückläufige Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr waren hingegen im Bereich der Beihilfeverpflichtungen (- 1.403 TEUR) zu verzeichnen, die mit der in 2019 erfolgten Auflösung von Rückstellungsbeträgen gemäß Gutachten im Zusammenhang stand.

Weitere Mehraufwendungen gegenüber 2018 gingen aus Abschreibungen (+ 861 TEUR), nicht verrechenbaren Vorsteuern (+ 431 TEUR) sowie aus außerplanmäßigen Rückstellungen im Einwohnermeldeverfahren emeld21 infolge aufgetretener Betriebsstörungen (754 TEUR) hervor.

Im Vergleich zur Planung wurde das Jahresergebnis insbesondere durch folgende Geschäftsentwicklungen sehr stark beeinflusst:

- Höhere als geplante Einnahmen aus Leitungsentgelten (+ 518 TEUR)
- deutliche Mehrumsätze aus dem Verkauf von EDV-Handelswaren (+ 27.213 TEUR)
- Mehrerträge aus Portogebühren Kuvertierung (+ 901 TEUR)
- erhebliche Mehrausgaben aus dem Einkauf von EDV-Waren für Kunden (+ 25.780 TEUR)
- immense Einsparungen bei den Abschreibungen (- 644 TEUR)
- außerplanmäßige Aufwendungen aus der Bildung einer Rückstellung infolge aufgetretener Betriebsstörungen im Einwohnermeldeverfahren emeld21 (+ 754 TEUR)

Das Land Hessen hat der ekom21 – KGRZ Hessen im Jahr 2019 weitere Fördermittel in Gesamthöhe von rund 908 TEUR zur Verfügung gestellt hat, um die Cybersicherheit in den hessischen Städte- und Gemeindeverwaltungen sowie Landkreisen zu gewährleisten bzw. zu erhöhen. Diese Summe hat die ekom21 im Berichtsjahr zur Kostenerstattung für erbrachte Beratungs- und Sachleistungen im Umfeld IT-Sicherheit in Höhe von 270 TEUR in Anspruch genommen.

Zudem wurden die bereits in Vorjahren begonnenen Aktivitäten im neuen Geschäftsfeld Digitalisierung von kommunalen Verwaltungsleistungen (gemäß Onlinezugangsgesetz) weiter intensiviert. Die im Geschäftsjahr 2019 entstandenen Mehraufwendungen werden im Nachgang weitgehend vom Land Hessen ausgeglichen, sobald die hierfür vorgesehenen Rahmenverträge offiziell zum Abschluss gekommen sind.

Neben dem Zuwachs im Bereich des Hard- und Softwarevertriebes stellt die Digitalisierung im Rahmen des Online-Zugangs-Gesetzes eine große Herausforderung für die ekom21 dar.

Um die Anforderungen umsetzen zu können, war es notwendig, verstärkt Personal einzustellen. Im Wirtschaftsplan 2019 wurden 39 zusätzliche Stellen in der Stellenübersicht nachgewiesen, für das Jahr 2020 sind weitere 75 Stellen geplant.

2.2.1. Beteiligungen

In 2019 hat die Verbandsversammlung der ekom21 – KGRZ Hessen beschlossen, dass sich die ekom21 GmbH an der Fa. LORENZ Orga-Systeme GmbH mehrheitlich beteiligen soll. Durch diese Beteiligung soll sichergestellt werden, dass die strategische Partnerschaft im Rahmen der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie bestehen bleibt bzw. noch weiter ausgebaut werden kann. Im Bereich der Digitalisierung sind auch Beteiligungen an weiteren Unternehmen nicht ausgeschlossen und werden derzeit geprüft.

Mit einer Minderheitsbeteiligung an der vote iT GmbH durch die ekom21 GmbH hat sich die ekom21 – KGRZ Hessen eine Chance eröffnet, die Bedarfe und Anforderungen der hessischen Anwender unmittelbar als Gesellschafter - und nicht „nur" als Vertragspartner – direkt beim Hersteller der Software adressieren zu können. Zwar ist die ekom21 ein Minderheitsgesellschafter, sie vertritt aber einen der größten Anwenderkreise.

Neben diesen Beteiligungen hat die Verbandsversammlung auch dem Beitritt der ekom21 – KGRZ Hessen zur Genossenschaft govdigital e.G. zugestimmt. Diese Genossenschaft soll eine Blockchain-Infrastruktur betreiben. Die Blockchain-Technologie wurde basierend auf der Idee eines dezentral verteilten Systems entwickelt, das zentrale Instanzen ablösen und Transaktionen unmittelbar zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eines Netzwerkes ermöglichen soll.

2.2.2. Überörtliche Prüfung durch den Hessische Rechnungshof

Im Jahr 2019 wurde die ekom21 – KGRZ Hessen mit ihren Beteiligungen durch die überörtliche Prüfung des Hessischen Rechnungshofs geprüft, die sich dabei der Expertise eines großen Wirtschaftsprüfungs- und Beratungshauses bediente.

Der Schlussbericht dieser Prüfung wird im Mai 2020 vorliegen und im Rahmen der im Juni 2020 stattfindenden Sitzungen in den Gremien erörtert. Der Gesamtbericht soll im Herbst 2020 erscheinen und wird dann einerseits im Landtag vorgestellt und andererseits im Internet abrufbar sein.

Die ekom21 – KGRZ Hessen hat mit dem Beginn der Prüfung ein Projekt eingerichtet und die Leiterin der Innenrevision zur Projektleiterin bestellt. Die Überörtliche Prüfung des Hessischen Rechnungshofs bedient sich bei ihren Prüfungen in Ausschreibungen, um geeignete Marktteilnehmer zu finden, die die Prüfungstätigkeiten übernehmen. Im Fall dieser Prüfung war dies ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen der Big Four.

Das Ziel der Prüfung war die Untersuchung der Rechtmäßigkeit, Sachgerechtheit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns der ekom21 – KGRZ Hessen und ihrer Beteiligungen – wie in allen anderen Prüfungen der Überörtlichen Prüfung des Hessischen Rechnungshofs auch. Der betrachtete Prüfungszeitraum umfasste die Jahre 2014 bis 2018. Die wesentlichen Prüfungshandlungen fanden im Januar und Februar 2019 statt.

Zwar liegt zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts noch kein Schlussbericht vor, der Tenor der Feststellungen kann aber auch bereits den Prüfungsfeststellungen entnommen werden. Zusammenfassend kommt die Prüfung zu dem Schluss, dass die ekom21 – KGRZ Hessen die ihr zugewiesenen Aufgaben entsprechend den Grundsätzen der Rechtmäßigkeit, Sachgerechtheit und der Wirtschaftlichkeit erfüllte und dass die Leistungen in hoher Qualität und mit angemessenen Sicherheitsvorkehrungen bereitgestellt wurden.

2.2.3. Gewinn- und Verlustrechnung

Der Jahresabschluss der ekom21 - KGRZ Hessen schloss mit einem Gewinn in Höhe von Euro 609.313,17 ab.

Die Aufwendungen teilten sich hierbei wie folgt auf:

Aufwendungen	Plan 2019	Ist 2019	Differenz
Materialaufwand	71.482.100,00	99.451.598,40	-27.969.498,40
Personalaufwand	42.587.600,00	45.484.517,86	-2.896.917,86
Abschreibungen	5.306.500,00	4.662.273,66	644.226,34
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.203.000,00	9.351.065,82	-148.065,82
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	893.400,00	1.037.226,58	-143.826,58
Steuern von Einkommen und Ertrag	0,00	-5.707,66	5.707,66
sonstige Steuern	17.900,00	20.260,83	-2.360,83
Summe	129.490.500,00	160.001.235,49	-30.510.735,49

Die Mehrkosten im Bereich der Materialaufwendungen in Höhe von 27.969 TEUR resultierten überwiegend aus der Beschaffung von IT-Standardprodukten für Kunden. Der Erwerb von Kunden-Hardware zog hierbei Kosten in Höhe von 49.054 TEUR anstelle geplanter 29.780 TEUR nach sich. Für die zum Weiterverkauf bestimmten Microsoft-Standard-Lizenzen wurden Aufwendungen in Höhe von 19.396 TEUR statt 13.500 TEUR aufgebracht. Diesen überplanmäßigen Aufwendungen standen jedoch auch entsprechend höhere Verkaufsumsätze gegenüber.

Weitere Mehrausgaben resultierten aus der Inanspruchnahme von externen DV-Leistungen. Die hierfür angefallenen Ausgaben in Gesamthöhe von rund 7.236 TEUR lagen aufgrund zusätzlicher Anforderungen um insgesamt 1.810 TEUR über ihrer Vorgabe. Zusätzliche Leistungen mussten u.a. für das Projekt Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen (+ 1.054 TEUR) sowie für die Weiterentwicklung der Verfahren kfz21 (+ 317 TEUR), fe21 (+ 145 TEUR), wgs21 (+ 142 TEUR) und owi21 (+ 128 TEUR) erbracht werden.

Die Portokosten aus der Postauslieferung von kuvertiertem Schriftgut fielen mit 4.618 TEUR ebenfalls um 318 TEUR höher aus als veranschlagt. Gleiches galt für die Ausgaben von Softwarepflegegebühren (+ 182 TEUR) sowie für abgeschlossene Service-Verträge von dezentralen Kundensystemen (+ 172 TEUR). Diese Mehraufwendungen wurden jedoch ebenfalls entsprechend weiterberechnet.

Geringere als geplante Aufwendungen ergaben sich hingegen aus der Bereitstellung von Kundennetzverbindungen (- 111 TEUR) sowie aus dem Verbrauch von EDV-Papier (- 42 TEUR).

Die Personalkosten in Höhe von knapp 45.485 TEUR überschritten ihren Gesamtansatz um insgesamt 2.897 TEUR, da insbesondere zusätzliche Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen (+ 3.328 TEUR), auszuzahlende Leistungsentgelte und sonstige Personalansprüche (u.a. Überstunden, Urlaub usw.) gebildet werden mussten. Diesen standen jedoch auch deutliche Minderaufwendungen aus der Auflösung von Beihilferückstellungen (- 1.535 TEUR) gegenüber, welche sich nach einem Gutachten ergaben.

Aus Abschreibungen resultierten insgesamt Aufwendungen in Höhe von 4.662 TEUR. Geplant war ein Gesamtbetrag in Höhe von 5.307 TEUR. Die nachweisbaren Minderaufwendungen von 644 TEUR waren in erster Linie darauf zurückzuführen, dass diverse Investitionsvorhaben nur in Teilen, später als geplant oder überhaupt nicht realisiert wurden. Zudem konnten diverse Beschaffungsmaßnahmen entgegen der Planung direkt dem Aufwandsbereich zugeführt werden, da die entsprechenden Aktivierungsvoraussetzungen für eine Aufnahme in das Anlagevermögen nicht gegeben waren.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit einer Summe von 9.351 TEUR um 148 TEUR leicht über ihrer Gesamtvorgabe, da u.a. im Einwohnermeldeverfahren emeld21 infolge aufgetretener Betriebsstörungen eine außerplanmäßige Rückstellung für Entschädigungen gebildet wurde und die Ausgaben für Bewirtungen (+ 143 TEUR) sowie Dienstreisen (+ 95 TEUR) höher ausfielen als veranschlagt. Diese Mehrkosten konnten jedoch zum Teil durch Einsparungen bei der Bewirtschaftung und Instandhaltung der Gebäude (- 208 TEUR), den Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit und Messen (- 102 TEUR), den Ausgaben für Dienstfahrzeuge (- 90 TEUR) sowie bei den nicht verrechenbaren Vorsteuern (- 87 TEUR) kompensiert werden.

Die Zinsaufwendungen in Höhe von 1.037 TEUR überschritten ihren Ansatz um knapp 144 TEUR, da die Zinsbelastungen im Bereich der Pensionsrückstellungen höher ausfielen als geplant.

Bei den beiden Positionen Steuern in Gesamthöhe von knapp 15 TEUR handelte es sich weitgehend um Kapitalertrags-, Körperschafts-, Lohn- und KFZ-Steuern.

Diesen Aufwendungen stehen folgende Erlöse gegenüber:

Erlöse	Plan 2019	Ist 2019	Differenz
Erlöse aus Zentralrechnerverfahren	49.073.300,00	49.076.709,84	3.409,84
Erlöse für Connectivity	5.341.500,00	5.856.057,04	514.557,04
Erlöse aus dem Vertrieb von Hard- und Software	54.645.300,00	82.288.100,72	27.642.800,72
Erlöse aus Dienstleistungen	8.583.000,00	9.290.800,76	707.800,76
Erlöse aus Druck- und Kuvertierleistungen	6.547.600,00	7.504.612,76	957.012,76
Erträge aus Vermietung und Verpachtung	187.900,00	190.581,81	2.681,81
Sonstige betriebliche Erträge	4.689.200,00	5.730.321,62	1.041.121,62
Erträge aus Beteiligungen	25.000,00	46.092,42	21.092,42
Zinsen und ähnliche Erträge	576.800,00	627.271,69	50.471,69
Summe	**129.669.600,00**	**160.610.548,66**	**30.940.948,66**

Die Erlöse aus Zentralrechnerverfahren bewegten sich mit Gesamterträgen von knapp 49.077 TEUR insgesamt auf Planniveau. Höher als erwartet fielen hierbei insbesondere die Produktionserlöse in den Verfahren emeld21 (+ 364 TEUR), ema21 (+ 211 TEUR) sowie LOGA (+ 199 TEUR) aus. Diese Mehreinnahmen ergaben sich vor allem aus überplanmäßigen Fallzahlen und zusätzlich beauftragten Sonderauswertungen. Weitere Mehrerlöse in Höhe von 133 TEUR konnten aus der RZ-Verarbeitung von Oracle-Anwendungen gegenüber dem Landeswohlfahrtsverband in Hessen erzielt werden. Nicht zu realisieren waren hingegen die anvisierten Umsatzvorgaben in den Geschäftsfeldern Finanzwesen, Archivierung sowie Digitalisierung, da die Erlösvorgaben teilweise zu optimistisch eingestellt wurden und sich diverse Kundenaufträge entgegen der Planung erst im Rechnungsjahr 2020 umsetzen lassen. Negative Planabweichungen waren in diesem Zusammenhang vor allem beim Finanzverfahren Rechnungsworkflow 3.0 (- 635 TEUR), der eGovernment-Suite civento21 (- 252 TEUR) sowie bei der Archivierungssoftware eAkte (- 244 TEUR) zu verzeichnen.

Die Erträge aus der Bereitstellung von Netzwerkeinrichtungen (Connectivity) bezifferten sich im Berichtsjahr auf insgesamt 5.856 TEUR und lagen damit um 515 TEUR über ihrer Jahresvorgabe, da die Einnahmen im Bereich des Weitverkehrsnetzes aufgrund breitbandigerer Kundenanforderungen weitaus höher ausfielen als geplant.

Aus dem Vertrieb von EDV-Handelswaren ergaben sich im Geschäftsjahr 2019 infolge unerwartet guter Auftragslage Umsatzerlöse in Höhe von 82.288 TEUR, so dass die Vorgabe um 27.643 TEUR überschritten wurde. Beträchtliche Mehreinnahmen waren vor allem aus dem Handel mit IT-Standardprodukten zu verzeichnen. Auf den Absatz von Hardware-Systemen entfielen Umsatzerlöse in Gesamthöhe von 55.802 TEUR anstelle geplanter 34.893 TEUR. Aus dem Vertrieb von Standardsoftware wurden Erträge von 21.116 TEUR gegenüber veranschlagten Einnahmen von 14.710 TEUR erzielt. Nicht geplant waren zudem weitere Umsätze aus Lizenzüberlassungen im Anwendungsverfahren Archivierung eAkte (562 TEUR). Für die Softwarepflege der im Einsatz befindlichen Anwendungsprogramme wurden im Berichtszeitraum insgesamt Erträge in Gesamthöhe von 4.334 TEUR erwirtschaftet.

Die Einnahmen aus Dienstleistungen in Höhe von 9.291 TEUR überschritten ihre Planvorgabe um rund 708 TEUR, da insbesondere in den Geschäftsfeldern allgemeiner IT-Support (+ 443 TEUR) und Digitalisierung (+ 409 TEUR) sowie bei den Verfahren Wahlen (+ 157 TEUR) und owi21 (+ 140 TEUR) mehr Serviceleistungen abgesetzt werden konnten als geplant. Nicht erreicht wurden hingegen die Umsatzvorgaben aus der Durchführung von Datenschutzseminaren /- tagen (- 139 TEUR) sowie aus Dienst- und Schulungsleistungen im Bereich Finanzwesen (- 138 TEUR).

Die Einnahmen im Bereich Druck und Kuvertierung bezifferten sich in 2019 auf insgesamt 7.505 TEUR. Während die Erlöse aus Druck-, Kuvertier- und Versandleistungen mit insgesamt 1.604 TEUR weitgehend im Rahmen der Planung lagen, fielen die Portoerträge aus der Postauslieferung von kuvertiertem Schriftgut mit 5.901 TEUR um 901 TEUR deutlich höher aus als veranschlagt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich auf insgesamt 5.730 TEUR und lagen damit um 1.041 TEUR über ihrem Budget, da im Rahmen von Jahresabschlussarbeiten ein Rückstellungsbetrag im Bereich Altersteilzeit in Höhe von 500 TEUR außerplanmäßig aufgelöst wurde und aus der Erstattung von Versorgungsbezügen (3.440 TEUR) Mehreinnahmen von insgesamt 340 TEUR resultierten. Weitere Einnahmen in Höhe von 1.177 TEUR gingen aus der Kostenerstattung des Landes Hessen für die Abwicklung der Projekte KDLZ-CS Stufe 1 und 2 hervor.

Sonstige Erträge ergaben sich aus Zinsgeschäften (627 TEUR), Raumvermietungen (191 TEUR) sowie aus der Gewinnausschüttung der KIV Thüringen GmbH (46 TEUR).

2.2.4. Investitionen

Der Vermögensplan 2019 sah Ausgaben in Höhe von 9.164 TEUR vor. Weitere Mittel von insgesamt 2.872 TEUR konnten zudem aus Überträgen des Vorjahres in Anspruch genommen werden, um einzelne Investitionsprojekte aus 2018 abzuschließen.

Im Laufe des Geschäftsjahres 2019 wurden jedoch auch Planausgaben in Höhe von 258 TEUR gesperrt, da einzelne Anschaffungen nicht aktivierungsfähig waren und direkt dem Aufwandsbereich zugeführt wurden.

Von dem zur Verfügung stehenden Gesamtbudget in Höhe von 11.778 TEUR wurden in 2019 Mittel von insgesamt 5.463 TEUR für Neuinvestitionen eingesetzt, welche sich auf u.a. folgende Vorhaben bezogen:

- Oracle Enterprise Lizenzen für emeld21 (768 TEUR)
- neue Speichersysteme für den RZ-Betrieb (820 TEUR)
- neue PNV-Schneidelinie inkl. Fördertechnik für den Print-Service (349 TEUR)
- Lizenzen für den Rechnungsworkflow RWF 3.0 (427 TEUR)
- Entwicklung neue Software owi21 (645 TEUR)
- Entwicklung neue Software kfz21 (765 TEUR)

Auch in 2019 konnten nicht alle geplanten Maßnahmen umgesetzt bzw. abgeschlossen werden, so dass aus dem Gesamtbudget 4.770 TEUR in das Geschäftsjahr 2020 übertragen wurden.

2.2.5. Personal- und Sozialbericht

Nach der Stellenübersicht verfügt die ekom21 - KGRZ Hessen zum Bilanzstichtag über insgesamt 504,2 Stellen (48,0 Beamten-, 456,2 Angestelltenstellen). In 2018 waren durchschnittlich bei der ekom21 - KGRZ Hessen 498,45 (davon 24,25 Auszubildende) auf volle Beschäftigung umgerechnete Stellen besetzt.

Die Gesamtsumme der Personalaufwendungen hierfür lässt sich wie folgt aufteilen:

Aufwandsgruppen	Plan 2019	Ist 2019	Abweichung
Dienstbezüge der Beamten	1.186.400,00	1.213.405,28	-27.005,28
Vergütungen der Angestellten	27.607.100,00	28.117.136,11	-510.036,11
Sozialversicherung Angestellte	5.256.400,00	5.487.695,85	-231.295,85
Altersversorgung Angestellte	2.231.400,00	2.289.464,19	-58.064,19
Versorgungsbezüge	4.741.500,00	4.840.522,89	-99.022,89
Beihilfen	844.800,00	803.888,54	40.911,46
Zuführung zur Pensionsrückstellung	-30.000,00	3.297.517,00	-3.327.517,00
Zuführung zur Rückstellung für Beihilfen	970.000,00	-565.112,00	1.535.112,00
Zuführung zur Altersteilzeitrückstellung	-220.000,00	0,00	-220.000,00
Summe	**42.587.600,00**	**45.484.517,86**	**-2.896.917,86**

2.3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.3.1 Vermögenslage

Aktiva	2019 TEUR	2018 TEUR	Veränderung TEUR
A. Anlagevermögen			
- Immaterielle Wirtschaftsgüter	8.808,2	7.357,0	1.364,9
- Sachanlagen	10.297,5	10.983,5	-599,6
- Finanzanlagen	5.045,3	5.024,2	21,1
	24.151,0	23.364,7	786,4
B. Umlaufvermögen			
- Vorräte	4.051,8	6.207,6	-2.155,8
- Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	19.389,9	16.724,1	2.665,8
- Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	59.805,9	53.534,0	6.271,9
	83.247,6	76.465,7	6.781,9
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.851,2	1.802,1	49,1
Summe	**109.249,9**	**101.632,5**	**7.617,4**

Das Anlagevermögen hat sich durch die Investitionen, vor allem in neue Softwareprodukte, erhöht. Die Finanzanlagen enthalten die Beteiligungen und die gewährten Arbeitgeberdarlehen. Außerdem wurde in weitere Wertpapiere investiert.

Kennzahl	2019	2018	Veränderung
Anlagevermögen / Umlaufvermögen	29,0 %	30,6 %	-1,6 %

Die Entwicklung der Intensitätskennzahlen geben Auskunft über die Liquidierbarkeit der Vermögensgüter und stellen sich wie folgt dar:

Kennzahl	2019	2018	Veränderung
Anlagevermögen / Gesamtvermögen	22,1 %	23,0 %	-0,9 %
Umlaufvermögen / Gesamtvermögen	76,2 %	75,2 %	1,0 %

Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem Gewinn in Höhe von 609.313,17 Euro ab und führt somit zu einem Anstieg des Eigenkapitals.

Eigenkapital	2019	2018	Veränderung
I. Stammkapital	11.600.000	11.600.000	0
II. Rücklagen			
1. Allgemeine Rücklage	24.790.404	24.790.404	0
III Gewinn/Verlust			
Gewinnvortrag	596.908	159.098	437.810
Jahresverlust/Jahresgewinn	609.313	437.810	171.503
Summe Eigenkapital:	**37.596.625**	**36.987.312**	**609.313**

Die Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

Rückstellungen für	Stand am 01.01.2019	Verbrauch Auflösung	Zuführung	Stand am 31.12.2019
Pensionsverpflichtung	23.043.961	0	4.020.759	27.064.720
Rückstellungen für Altersteilzeit	1.341.000	491.000	0	850.000
Beihilfeverpflichtungen	13.378.377	262.097	0	13.116.280
Personalrückstellungen	5.372.796	5.309.293	6.600.445	6.663.948
Unterlassene Instandhaltungen	82.800	82.800	0	0
Abschluss- und Beratungskosten	248.696	212.291	166.216	202.621
Aufbewahrungsrückstellung	89.900	0	0	89.900
Ausstehende Rechnungen	236.600	155.300	140.438	221.738
Entschädigung emeld21 (OLAV)	0	0	753.986	753.986
Summe	**43.794.130**	**6.512.781**	**11.681.844**	**48.963.193**

Die versicherungstechnische Lösung der Beamtenversorgung bei dem ehemaligen KGRZ KIV in Hessen sieht eine Abdeckung der Verpflichtungen bei Ausscheiden im 65. Lebensjahr vor. Weiterhin sieht diese Lösung keine Abdeckung von Witwen und Waisen vor. Die bestehenden Rückstellungen wurden um 3.122.399 Euro auf 14.398.193 Euro aufgestockt. Die Rückstellung für die Ansprüche der Beamten und Versorgungsempfänger des ehemaligen KGRZ Kassel wurden um 898.360 Euro erhöht und betragen 12.666.527 Euro.

Da der Tarifvertrag im öffentlichen Dienst die Möglichkeit der Altersteilzeitregelung bietet, wurden in den Vorjahren Rückstellungen gebildet. Durch die Inanspruchnahme der Altersteilzeit bzw. durch Auflösung potentieller Anwärter wurden 491.000 Euro verbraucht.

Für zu erbringende Beihilfen für Versorgungsempfänger und Beamte müssen Rückstellungen gebildet werden. Nach den versicherungsmathematischen Berechnungen betragen die Verbindlichkeiten zum 31.12.2019 gegenüber den Beamten des ehemaligen KGRZ Kassel 1.638.726 Euro und gegenüber den Beamten der ehemaligen KIV in Hessen 11.477.554 Euro. Die Rückstellung wurde in gleicher Höhe gebildet.

2.3.2. Finanzlage

Die ekom21 – KGRZ Hessen konnte im Berichtsjahr ihren Zahlungsverpflichtungen rechtzeitig nachkommen. Skontomöglichkeiten wurden soweit wie möglich ausgeschöpft.

Jahresüberschuss	609,3 TEUR
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	4.662,3 TEUR
Veränderung der Rückstellungen	5.169,1 TEUR
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-616,1 TEUR
Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,0 TEUR
Veränderung der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	-559,2 TEUR
Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	1.839,1 TEUR
Zinsaufwendungen/Zinserträge	+410,0 TEUR
Sonstige Beteiligungserträge	-46,1 TEUR
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	**11.468,4 TEUR**

Demgegenüber haben insbesondere die Investitionen zu entsprechenden Mittelabflüssen geführt, so dass sich die Stichtagsliquidität zum 31.12.2019 um TEUR 6.272,0 auf TEUR 59.805,9 erhöht hat.

2.3.3. Ertragslage

Die Umsatzerlöse liegen um 24.458,0 TEUR über den entsprechenden Zahlen des Vorjahres. Dieser Anstieg ist vor allem auf den Vertrieb von Hard- und Software zurückzuführen.

Erträge / Aufwendungen	2019 TEUR	2018 TEUR	Ergebnis-Veränderung TEUR
Umsatzerlöse	154.206,9	129.748,9	24.458,0
Sonstige betriebliche Erträge	5.730,3	5.032,1	698,2
Gesamtleistung	**159.937,2**	**134.781,0**	**25.156,2**
Materialaufwand	99.451,6	78.705,3	20.746,3
Rohergebnis	**60.485,6**	**56.075,7**	**4.409,9**
Personalaufwand	45.484,5	43.037,7	2.446,8
Übrige betriebliche Aufwendungen	9.351,1	8.388,1	963,0
Erfolgsunabhängige Steuern	20,3	19,1	1,2
EDITDA	**5.629,7**	**4.630,8**	**998,9**
Planmäßige Abschreibungen	4.662,3	3.801,5	860,7
EBIT	**967,4**	**829,2**	**138,2**
Finanzergebnis	-363,9	-383,6	19,7
EBT	**603,5**	**445,6**	**157,9**
Ertragssteuern	-5,7	7,7	-13,4
Gesamtergebnis	**609,2**	**437,9**	**171,3**

3. Chancen- und Risikobericht

3.1. Geschäftsentwicklung

Durch die ständige Anpassung bisheriger Produkte an aktuelle und künftige Bedarfslagen und die Einführung neuer Produkte soll die Kundenzahl gehalten bzw. ausgebaut und somit die Marktstellung des Unternehmens verbessert werden. Darüber hinaus ist es aus wirtschaftlichen Gründen notwendig, das Produktangebot laufend zu überprüfen und ggf. in neue oder bestehende Produkte zu integrieren. Daher ist Produktbereinigung bzw. Produktintegration als eine ständige Aufgabe anzusehen.

Der Zusammenschluss von Kommunen im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit bietet die Möglichkeit der Gewinnung von Neukunden, birgt aber auch gleichzeitig das Risiko Bestandskunden zu verlieren.

Nach dem OZG sind Bund, Länder und Kommunen verpflichtet, ihre Verwaltungsdienstleistungen bis Ende 2022 auch digital zugänglich zu machen. Um diese Mammutaufgabe bewältigen zu können, ist für Hessen eine digitale Strategie entwickelt worden, bei der die ekom21 eine zentrale Rolle spielen wird. Bei der Umsetzung des OZG wird die ekom21 die Prozessdigitalisierung unterstützen. Im Zuge der Digitalisierung ist es vorteilhaft, wenn die Programme untereinander verzahnt sind bzw. die Daten ohne Schnittstellenproblematiken austauschen können. Deshalb erhofft sich die ekom21 weitere Kunden für die Nutzung der Verfahren auf den ASP-Rechnern gewinnen zu können.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2020 geht von einer weiteren Steigerung der Umsatzerlöse in Höhe von 32,6 Mio. Euro aus. Da sich ein Großteil dieser Erlöse auf den Vertrieb von Handelswaren bezieht steigt der Materialaufwand um 23,6 Mio. Euro. Für die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie ist es notwendig weiteres qualifiziertes Personal einzustellen. Aus diesem Grund wird der Personalaufwand um 7,3 Mio. Euro ansteigen. Es wird mit einem Jahresergebnis in Höhe von 265.200 Euro gerechnet.

In den nächsten beiden Jahren werden die geplanten Investitionen weiter ansteigen. Dies ist auf die Neuentwicklung der Verfahren kfz21 und owi21 zurückzuführen. Die Entwicklung dieser Verfahren soll bis spätestens 2022 beendet sein.

Die im Rahmen der Wirtschaftsplanung aufgestellte mittelfristige Finanzplanung-geht von weiterwachsenden Umsatzerlösen aus. Die geplanten Jahresergebnisse liegen zwischen 200 TEUR und 478 TEUR.

3.2. Personal

Um die aktuelle und zukünftige Auftragslage und Aufgabensituation erfolgreich bewältigen zu können, war eine weitere Aufstockung des Stellenplans erforderlich.

Weitere Stellen sind vor allem in den folgenden Bereichen notwendig:

- Ausbau im Rahmen der KDLZ-CS-Beratung
- Umsetzung des OZG
- Digitalisierungsprojekte bzgl. der einzelnen Verfahren
- Verstärkung im operativen Datenschutz
- Umsetzung der gestiegenen Anforderungen bei der IT-Sicherheit
- Verstärkung der Kundenberatung
- Personelle Unterstützung im Bereich des RZ-Betriebes
- Zusätzliche Aufgaben im administrativen Bereich (wie Projekt- und Prozessmanagement)

Darüber hinaus macht sich zurzeit bei der Personalgewinnung schon der oft zitierte Fachkräftemangel deutlich bemerkbar. Aus Sicht der tariflichen Vergütung bieten sich immer weniger Möglichkeiten, auf dem Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben. Ein zusätzlicher Aspekt hat sich durch die neue Entgeltordnung ergeben, die bei Führungskräften im IT-Bereich höhere Stellenwerte erforderlich macht.

Durch Aufstockung kann dem Wissensverlust durch Wechsel vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ruhestand gezielt entgegengewirkt werden. Gerade beim anstehenden Generationswechsel in Schlüsselpositionen des Unternehmens versucht die ekom21 eine rechtzeitige Parallelbesetzung der Stellen vorzunehmen. Damit soll sichergestellt werden, dass kein Know-how verloren geht.

3.3. Umsatzsteuerrecht

Der Wegfall der hoheitlichen Beistandsleistungen mit der Einführung des § 2b UStG könnte sich deutlich auf das im Entgeltverzeichnis verankerte Preismodell der ekom21 auswirken. Im Dezember 2019 hat der Bundesrat die Entschließung gefasst, die Bundesregierung aufzufordern, die Übergangsfrist für das Inkrafttreten des § 2b UStG um weitere zwei Jahre bis zum 31. Dezember 2022 zu verlängern. Die Anzeichen, dass der § 2b UStG nach dem Ablauf der Übergangsfrist keine Anwendung auf die ekom21 finden wird, verdichten sich jedoch immer mehr. Um eine Umsatzsteuerbefreiung wenigstens für die Mitglieder der ekom21 erreichen zu können, wird zur Zeit geprüft, ob § 4 Nr. 29 UStG Anwendung finden kann.

3.4. Auswirkungen der Corona-Pandemie

Die Corona-Krise hat die ekom21 ebenso wie ihre Kunden vor große Herausforderungen gestellt. Als vorläufiges Fazit lässt sich jedoch festhalten, dass es der ekom21 gut gelungen ist, sowohl den regulären Arbeitsbetrieb in einen Corona-Modus zu überführen, bei dem ca. 80% der Mitarbeiter vom Home-Office aus arbeiten. Dies gelang reibungslos, da die mobile Arbeit und virtuelle Zusammenarbeit sowohl technisch als auch organisatorisch einem großen Teil der Mitarbeiter schon vertraut war und zum Arbeitsalltag gehörte. Nun wurde dies auch auf alle Mitarbeiter erweitert, für die keine Anwesenheit am Standort prinzipiell notwendig war. Ebenfalls positiv wirkte sich die Existenz eines Pandemieplans aus, der seit langem im Zuge der BSI-Auditierung vorlag und nun zur Umsetzung kam. Seitens der Kunden wurden keine Einbußen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der ekom21 wahrgenommen; vielmehr wurde den Kunden sogar entgegengekommen durch verlängerte Online- und Supportzeiten sowie die unbürokratische Bereitstellung von VPN-Zugängen für die Home-Office-Fähigkeit der kommunalen Kunden. Für bereits beauftragte Projekte und Neuaufträge nahm die ekom21 eine Unsicherheitsklausel auf, die die Kunden darüber informiert, dass aufgrund der Unwägbarkeiten der Situation gegebenenfalls Liefertermine und Projektpläne angepasst werden.

Inwieweit die Corona-Situation mittelfristig die Umsatzerwartungen der ekom21 beeinträchtigt, lässt sich aktuell noch nicht abschätzen. Es besteht ein Risiko, dass gesunkene Gewerbesteuereinnahmen bei den Kommunen sich zeitverzögert auf den Auftragseingang auswirken könnten. Kurzfristig ist davon noch nichts zu spüren. Die Auftragseingänge liegen auf Vorjahresniveau. Tatsächlich ist durch die Corona-Situation sogar eine verstärkte Nachfrage nach Angeboten der ekom21 festzustellen, die besonders relevant für die Kunden in der gegenwärtigen Situation sind. Dies betrifft etwa die digitale Terminvergabe– und –verwaltungssoftware, aber auch den digitalen Sitzungsdienst SD.NET und besonders natürlich schulbezogene Hardware im Kontext des Digitalpakts Schule.

Neben der Aufrechterhaltung des regulären Betriebs sind durch die Corona-Situation auch Sonderaufträge eingegangen. Vor allem hervorzuheben ist dabei die Umsetzung des Antragsverfahrens für die Corona-Soforthilfe für hessische Unternehmen im Auftrag des Landes Hessen. Der Antragsprozess läuft über die Digitalisierungsplattform civento im Rechenzentrum der ekom21 und liegt in der Verantwortung des Regierungspräsidiums Kassel.

Die ekom21 hat zudem auf Initiative und in Zusammenarbeit mit verschiedenen Kreisen und Städten Online-Services für verschiedene Herausforderungen im Rahmen der Corona-Pandemie entwickelt und zur Verfügung gestellt, die alle hessischen Kommunen im Rahmen der Corona-Pandemie unterstützen und kostenfrei mit der Digitalisierungsplattform civento genutzt werden können. Dazu gehören etwa ein Antrag für Bürger und Unternehmen auf Entschädigungszahlungen nach § 56 des Infektionsschutzgesetzes, ein digitaler Antrag auf Stundung kommunaler Abgaben für Personen, welche aufgrund der Pandemie in Zahlungsschwierigkeiten sind oder ein Service zur digitalen Meldung von Corona-Verdachtsfällen durch betroffene Bürgerinnen und Bürger.

3.5. Fortbestand des Unternehmens

Kenntnisse über besondere Umstände oder Vorkommnisse, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, liegen nicht vor.

Gießen, 30. März 2020

Bertram Huke	Ulrich Künkel
(Geschäftsführer)	(Geschäftsführer)

Impressum:

Herausgeber: Kreisausschuss des Landkreises Gießen
Riversplatz 1-9
35394 Gießen

Redaktion: Uta Heuser-Neißner (Stabsstelle Controlling)

Druck: Landkreis Gießen, Hausdruckerei

Redaktionsschluss: 18. Februar 2021